

Stenographischer Bericht

6. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 13. Februar 2001

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Beutl, Abg. Ferstl.

1. Zuweisungen bzw. Mitteilungen (146).
2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 50/1, der Abgeordneten Gennaro, Kollegger, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend den innovativen Ausbau des „Kohleenergiestandortes Voitsberg“.
Berichterstatter: Abg. Prattes.
Redner: Abg. Kollegger, Abg. Dirnberger, Abg. Hagenauer, Abg. Dirnberger, Abg. Wiedner, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 113/1, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Rosigraben“ der L 104, Breitenauer Straße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 122/1, betreffend Grund- sowie Objekteinlösung Zöhre für das Bauvorhaben „Fladnitzberg“ der L 320, Teichalmstraße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 35/1, Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, betreffend Reform des Gesundheitswesens und Krankenanstaltenfinanzierung.
Berichterstatter: Abg. Dr. Hans-Helmut Forenbacher.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landrechnungshofes, Einl.-Zahl 178/1, stichprobenweise Überprüfung der Leistungsverrechnungen und Kalkulationen gemäß den Bestimmungen des KAG 1957 beziehungsweise KALG 1957 sowie der Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Dokumentation im Gesundheitswesen; Nachprüfung.
Berichterstatterin: Abg. Graf.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 177/1, Prüfung der Zentraldirektion der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. und der Betriebsorganisation des LKH – Universitätsklinikum Graz.
Berichterstatter: Abg. Mag. Lackner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 5 bis 7: Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Graf, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Mag. Lackner, Abg. List, Landesrat Dörflinger, Abg. List, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 103/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dr. Forenbacher und Bacher, betreffend Abschluss einer Vereinbarung nach Artikel 15 a B-VG zur Sicherung der Patientenrechte (Patientencharta).
Berichterstatter: Abg. Dr. Forenbacher.
Redner: Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Mag. Erlitz, Landesrat Dörflinger.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 101/1, der Abgeordneten Wicher, Lafer, Hammerl, Graf, Dr. Forenbacher, Bacher und Tschernko, betreffend behinderte Landesbedienstete in der KAGES.
Berichterstatterin: Abg. Wicher.
Redner: Abg. Wicher, Abg. Graf, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 115/1, betreffend den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 166, Grundbuch 61066 Unterlaufenegg an Gerd Predota, wohnhaft in 8530 Deutschlandsberg, Wildbacher Straße 22.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.
Beschlussfassung).
11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 39/1, betreffend Tourismusbericht 1999 gemäß Paragraf 6 Absatz 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992.
Berichterstatter: Abg. Tasch (169).
Redner: Abg. Tschernko, Abg. Margarethe Gruber, Abg. List, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Tasch, Abg. Prattes, Abg. Wicher, Abg. Gennaro, Abg. Straßberger, Abg. Schrittwieser, Abg. Straßberger, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 120/1, Überprüfung der Lachtal Lifte- und Seilbahnen Ges.m.b.H. & Co. KG.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Margarethe Gruber, Abg. Bacher.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 121/1, Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 14.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 119/1, Überprüfung der Steiermärkischen Landesbibliothek.
Berichterstatter: Abg. Dr. Forenbacher.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 13 und 14: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Straßberger, Landesrat Dr. Hirschmann, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 179/1, stichprobenweise Prüfung einer von der Stadtgemeinde Mürrzuslag, 8680 Mürrzuslag, Wiener Straße 9 errichteten Wohnanlage.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Redner: Abg. List, Abg. Stöhrmann.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 124/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2000 (siebenter Bericht für das Rechnungsjahr 2000).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Rednerin: Abg. Gross.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 92/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Ferstl, Graf, List und Wiedner, betreffend Versicherungsleistungen des Landes Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 125/1, betreffend Industriepark Scheifling, EZ. 467, KG. 65320 Scheifling; Optionseinräumung an die Firma Resch GmbH. & Co. KG. Wels auf Erwerb des Grundstückes 252/3 im Flächenausmaß von 2101 Quadratmeter zu einem Quadratmeterpreis von 250 Schilling.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 108/1, betreffend den Gewerbepark Albersdorf-Prebuch, 8200 Gleisdorf; schenkungsweise Übereignung von Restflächen der Liegenschaften EZZ. 1838, 1835 und 1500 je KG. 68111 Gleisdorf im Gesamtausmaß von 12.300 Quadratmeter, davon: 1. 6133 Quadratmeter an die Gemeinde Gleisdorf, 8200 Gleisdorf, 2. 5402 Quadratmeter an den Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf-Prebuch, Region Gleisdorf, Kommanditerwerbsgesellschaft, 8200 Gleisdorf, 3. 765 Quadratmeter an die Steirische Ferngas AG., 8041 Graz.
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 77/1, der Abgeordneten Kaufmann, Gennaro, Kröpfl und Dr. Reinprecht, betreffend die Erzeugung genetisch identer Lebewesen mit Hilfe gentechnologischer Methoden (Klonierung).
Berichterstatter: Abg. Böhmer.
Redner: Abg. Dr. Rauch, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.

21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 111/1, betreffend den Abverkauf des zum Landwirtschaftsbetrieb Hafendorf gehörenden Objektes Töllergraben 3, bestehend aus der Bauparzelle 43 laut Änderungsausweis des Dipl.-Ing. Karl Neuper in einem Ausmaß von 998 Quadratmeter mit einem darauf befindlichen Wohnhaus an die Familie Gabriele und Peter Michl, 8605 Kapfenberg, Mühlbacher Straße 14 zum Kaufpreis von 1,251.000 Schilling.
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 123/1, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Redner: Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Majcen, Abg. Dietrich, Abg. Dipl.-Ing. Grabner.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 34/1, Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, betreffend Steiermark, Verwaltungsjahr 1999.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 118/1, stichprobenweise Überprüfung der bisher angelaufenen Planungs- und Bauvorbereitungskosten einschließlich der Nebenkosten für das Trigon-Haus im Pfaengarten und das Kunsthaus am Fuße des Schloßbergs.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Abg. Dr. Lopatka, Abg. Mag. Zitz, Abg. Hammerl, Abg. Kröpfl, Abg. Dr. Bleckmann, Abg. Dr. Rauch, Abg. Hagenauer, Abg. Lafer, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl, Abg. Schrittwieser, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.08 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die sechste Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze. (Beifall bei der ÖVP.)

Entschuldigt sind Landtagsabgeordnete Walburga Beutl und Landtagsabgeordneter Georg Ferstl.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Auflagen und Zuweisungen:

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen in Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen beziehungsweise Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass fünf schriftliche Anfragen und sechs Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über.

Ich freue mich, auf der Zuschauertribüne eine Abordnung aus Frauental, die Mitglieder des Steirischen Bauernbundes unter der Leitung von Herrn Fellner und eine Gruppe von Damen und Herren von Zwaring-Pöls unter der Leitung von Herrn Wolf begrüßen zu dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Aber auch Schülerinnen und Schüler des BG Kirchengasse unter der Leitung von Herrn Prof. Swetec sowie 22 Schüler der Justizwache, Außenstelle Graz unter der Leitung von Herrn Abteilungsinspektor Peter Mathes. Ich begrüße Sie recht herzlich (Allgemeiner Beifall.)

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 50/1, der Abgeordneten Gennaro, Kollegger, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend den innovativen Ausbau des „Kohle-Energiestandortes Voitsberg“.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (10.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Situation im Bezirk Voitsberg ist dramatisch. Der Bund hat sich verabschiedet – das Ende des Kohlebergbaues und der kalorischen Stromerzeugung mit 2004 ist beschlossene Sache. Ein noch ausstehender Beschluss der Europäischen Kommission könnte die Verbundgesellschaft sogar veranlassen, das Kohlekraftwerk Voitsberg III bereits im Jahr 2002 stillzulegen, was auch die sofortige Schließung des Bergbaubetriebes der GKB zur Folge hätte. Diese Entscheidung fiel, obwohl die Europäische Union in ihrer Strombinnenmarkttrichtlinie explizit vorsieht, dass sich ein Mitgliedsstaat zu einem bevorzugten Einsatz heimischer Primärenergieträger als Brennstoff für die Stromerzeugung bis zu 15 Prozent des Jahresgesamtverbrauches entschließen kann. Diese „öffentliche Dienstleistung“ soll sicherstellen, dass in der Vergangenheit getätigte Investitionen durch die Strommarktöffnung nicht mit einem Schlag wertlos werden und dadurch Milliarden an investiertem volkswirtschaftlichem Vermögen in den Sand gesetzt werden. Österreich hat von diesen Schutzmaßnahmen für die „Verstromung“ der heimischen Braunkohle über so genannte „Betriebsbeihilfen“ nur sehr halbherzig Gebrauch gemacht. Nunmehr hat sich die Verbundgesellschaft, die im mehrheitlichen Eigentum der Republik Österreich steht, bereits vor einer Bestätigung dieses Betriebsbeihilfenmodells durch die Europäische Kommission aus der Verpflichtung verabschiedet. Die Gesellschaft wird das Dampfkraftwerk Voitsberg III – eine kalorische Stromerzeugungsanlage, die bisher erst zu 20 Prozent ihrer konzipierten Nutzungsdauer gefahren wurde und höchste Umweltschutzstandards durch technisch aufwändige nachgeschaltete Rauchgasreinigungsanlagen erfüllt – vom Netz nehmen. Das Land Steiermark muss sich seiner Verantwortung um die steirische Kohleenergieregion Voitsberg bewusst werden und in den Bereichen Maßnahmen umsetzen, wo das Europarecht und die nationalen Gesetze verpflichten. So verlangt beispielsweise das österreichische Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz von den Verteilnetzbetreibern, dass sie bis zum Jahr 2002 mindestens 4 Prozent ihrer Stromabgabe aus erneuerbaren Primärenergieträgern bereitstellen. Mit 1. Oktober 2001 ist bereits ein Prozent nachzuweisen, für die Steiermark sind das zirka 80 Millionen Kilowattstunden. Derzeit werden lediglich 0,27 Prozent erreicht. Voitsberg III ist eine Kraft-Wärme-gekoppelte Anlage, das heißt, dass neben elektrischem Strom auch Wärme für ein öffentliches Fernwärmenetz erzeugt wird. Voitsberg könnte beträchtlich mehr Wärme bereitstellen, als dies derzeit geschieht. Das könnte durch einen forcierten Ausbau der regionalen weststeirischen Fernwärmeanschlussgebiete, gekoppelt mit effizienten Förderprogrammen, umgesetzt werden, wodurch wesentliche CO₂-Einsparungspotenziale erreicht und Importabhängigkeiten von teuren fossilen Energieträgern vermindert werden könnten. Die Verordnung von Abnahmepflicht und Mindesteinspeisetarifen für den KWK-Strom, befristet bis 31. Dezember 2004, sagt das im Steirischen Landesausführungsgesetz aus. Weitere Chancen für den Kraftwerkstandort Voitsberg ergeben sich über die Schiene des Mitverbrennens von so genannten Ersatzbrennstoffen, das sind brennbare Abfälle, die gemeinsam mit dem Hauptbrennstoff in Kraftwerkskesseln verbrannt werden können. Für die Entsorgung beziehungsweise Deponierung dieser Abfälle werden derzeit hohe Preise gezahlt. Mit dem mittelfristigen rechtlichen Verbot der Deponierung bestimmter Abfälle beziehungsweise dem Knappwerden von verordneten Deponieflächen ergibt sich die Chance, Ersatzbrennstoffe zu „verstromen“ und dafür zusätzliche Deckungsbeiträge zu erzielen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein Konzept über die Weiterführung des Kraftwerkstandortes Voitsberg III als steirischen Erzeugungsstandort in Auftrag zu geben, das zu prüfen hat, wie die Forderungen Erreichung des EIWOG-Zieles durch Realisierung eines Biomassezufeuerungsprojektes, Prüfung des Ausbaupotenzials für ein erweitertes Fernwärmenetz im weststeirischen Raum, thermische Verwertung von Abfällen als Ersatzbrennstoffe umgesetzt werden können, um dem Kohleenergiestandort Voitsberg einen Weiterbestand – unter maximaler Ausnutzung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf einer wirtschaftlich tragbaren Basis – zu sichern. Ich bitte um Annahme. (10.17 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kollegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollegger (10.17 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Wie die meisten von Ihnen ja wissen werden, ist gerade die Region Voitsberg in den letzten Jahren vom großen Industriebezirk zu einer Ferienregion geworden. Nach dem Bekanntwerden der Schließung des Bergbaues, der über Jahrzehnte für Arbeit und soziale Sicherheit in unserem Bezirk gesorgt hat, wäre jetzt das nächste große Standbein der Industrie in Voitsberg von der Schließung bedroht. Wenn man bedenkt, dass die Nutzungsdauer der ÖDK III, eines der modernsten Braunkohlekraftwerke in Europa, erst zu 20 Prozent ausgenutzt wurde, sehe ich es nicht ein, dass dies ohne eine weitere Nutzung stillgelegt wird und das gerade in Zeiten der fossilen Energieknappheit, was sich natürlich im Preis von Erdöl und Erdgas niederschlägt. Wir wissen auch, dass die Menschen immer mehr Wert auf biogene Heizungsformen legen. Es wäre eine vertane Chance, dieses Heizwerk nicht mit alternativen Energiequellen zu versorgen. Gerade von der Struktur des Bezirkes her würde sich Holz für den Weiterbetrieb anbieten. Es würde damit nicht unerheblich die Landwirtschaft unterstützt, sondern auch die Kaufkraft würde im Bezirk bleiben. Es kann unser Bestreben nur sein, alle nur erdenklichen Möglichkeiten auszunutzen, um den Energiestandort Voitsberg zu erhalten mit dem Effekt, dass auch heimische erneuerbare Energieträger verwendet werden. Denn eines ist klar, geschlossen ist dieses Werk schnell. Wir müssen auch auf die Auswirkungen der betroffenen Dienstnehmer Bedacht nehmen, wo bereits jetzt ein Großteil aus dem Bezirk auspendelt über eine problematische B 70 in Richtung Graz. Es kann nur die Aufgabe der Landespolitik sein, nachdem der Bund sich verabschiedet hat, den Fortbestand der ÖDK Voitsberg zu unter-

stützen und auf längere Sicht zu sichern. Die politischen Vertreter des Bezirkes Voitsberg stehen geschlossen hinter der Installation eines Bioheizwerkes, um nicht ein neu erbautes Fernwärmenetz stillzulegen. Es wird sicher eher darüber nachgedacht dieses auszubauen, nachdem in der Stadt Köflach eine Thermenanlage geplant und gebaut werden soll, wo erste Vorgespräche mit den zuständigen Landesräten bereits stattgefunden haben und dem Projekt „Therme Nova Köflach“ positiv gegenüberstehen. Darum mein Ersuchen an den Steiermärkischen Landtag, diesen Antrag größtmöglich zu unterstützen, um ein Biokraftwerk, das dem letzten Stand der Technik entspricht, zu installieren, damit Diskussionen über das Errichten einer Müllverbrennungsanlage im Zentrum des Bezirkes Voitsberg verstummen. Gerade wo über die Ferienregion Voitsberg gesprochen wird und bereits große Vorhaben realisiert wurden und werden, wäre es enorm wichtig, mit biologischen Stoffen und Abfallprodukten, wie Sägemehl, Hackgut und Rinde, dieses zu betreiben und Fernwärme und Strom zu erzeugen. Ich bedanke mich im Namen der Region Voitsberg schon jetzt für Ihre Unterstützung und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 10.21 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordnetem Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (10.21 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Herren Landesräte! Geschätzte Damen und Herren!

Der Kollege Kollegger hat schon geschildert, dass der GKB-Bergbau bei uns geschlossen wird und GKB-Bergbau und ÖDK hängen ja wirklich sehr nahe zusammen. Es war immer vorgesehen, dass 2008 der Bergbau schließt. Durch verschiedene Umstände hat es sich ergeben, dass es spätestens 2004 sein wird. Wenn nicht eine Betriebsbeihilfe oder Schließungsprämie kommt, kann es noch früher eintreten. Bei der GKB haben wir derzeit folgenden Stand, dass noch rund 270 Personen beschäftigt sind, dass die ÖDK an sich 470 Schilling pro Tonne bezahlen müsste, aber in Wirklichkeit einen 200 Schilling Abschlag durchführt, weil sie diese Kosten am Markt nicht unterbringt und weil in Brüssel bis jetzt diese Betriebsbeihilfe nicht gewährt wird, obwohl beim Wirtschaftsministerium 0,4 Groschen pro Kilowattstunde für solche Betriebsbeihilfen schon geparkt sind. Es wird sicher notwendig sein, hier massiven Druck weiterhin auszuüben. Wir sind ständig in Verbindung mit Minister Bartenstein und haben auch einen Termin – GKB-Vorstandsdirektor Barmann und ich – am 28. Feber. Wir waren im vergangenen Herbst im Saarland, in Deutschland, das Saarland, das regelmäßig gewechselt hat zwischen Frankreich und Deutschland, jetzt ein deutsches Bundesland ist. Dort gibt es eine ähnliche Problematik, dort spielt der Kohlenbergbau noch eine wesentlich größere Rolle und dort hat man die gleiche Situation, dass die Gesteigungs- oder Produktionskosten pro Tonne Kohle 280 D-Mark betragen und am Weltmarkt erzielt man nur 90 D-Mark. Alles andere muss zugeschossen werden und hier gibt es auch von Seiten Brüssel jetzt massive Einsparung und auch Bremsen vor allem auf Druck von Großbritannien, die das nicht einsehen, warum so hohe Betriebsbeihilfen gewährt werden. Hier drängt man auch mehr auf Schließungsprämien. Es ist wichtig, dass ein geordneter Ausstieg für unseren Bezirk stattfindet, denn ein abruptes Abbrechen würde bedeuten, dass natürlich diese Lächer zurückbleiben und hier, glaube ich, ist es schon für die Region von immenser Bedeutung, dass man wirklich einen geordneten Rückzug durchführt, dass auch Rekultivierung stattfindet und auch diverse andere Maßnahmen durchgeführt werden, wie zum Beispiel ein Projekt, ein Bergbaumuseum im Bereich Rosental, was Kerngebiet des Bergbaues ist oder vor allem war. Die ÖDK – ist schon erwähnt worden – hängt natürlich mit dem GKB-Bergbau zusammen und hier geht es um Alternativen. Ich bin auch sehr dafür, dass Alternativen gesucht werden und wenn es möglich wäre, hier Biomasse zu verfeuern und es ist an sich ja möglich, dann findet das sicherlich meine Unterstützung. Nur, die Experten meinen, dass das Kraftwerk wesentlich zu groß ist und es aus dieser Sicht sehr schwer möglich sein wird. Zur Müllverbrennung selbst, auch hier bin ich für eine sachliche Diskussion, weil ich glaube, alle Alternativen müssen sachlich diskutiert werden. Nur eines, Herr Kollege Kollegger, eine Bitte, ihr müsst euch einig werden, was ihr wirklich wollt. Auf der einen Seite hier einen Antrag um Prüfung einer Müllverbrennung und im gleichen Atemzug treten große Bürgermeister draußen aus der Stadt auf gegen die Müllverbrennung. Da wäre es wirklich angebracht, dass man sich einmal einigt, welche Richtung geht man. Auch hier meinen die Experten, dass es die Müllverbrennung nicht sein wird, weil hier ein Dauerbetrieb sein müsste und die Anlage so groß ist, dass hier der Müll weit über die Steiermark hinaus verbrannt werden könnte. Es gibt auch alternative Gedanken, dass man Klärschlamm mit Biomasse verfeuern könnte, auch Kohle dazu und das neueste Thema war das Tiermehl. Auch hier war ein Bürgermeister beleidigt, weil er anscheinend nicht rechtzeitig informiert wurde und hat sich massiv aufgeregt. Auf alle Fälle sollte unbedingt dieses Kraftwerk erhalten bleiben zumindest als Reservekraftwerk, weil man nie weiß, wie sich Krisensituationen wirklich auswirken. Und das bedeutet, wenn man ein Reservekraftwerk hat, dass man auch eine gewisse Stammmannschaft vor Ort auch beschäftigen muss. Die Situation ist im Bezirk an sich in den letzten Jahren nicht so schlecht gewesen, wie wir es immer darstellen. Wir haben in den letzten zehn Jahren 1768 neue Arbeitsplätze geschaffen und bei den Gewerbenegründungen haben wir ein Plus von 45,8 Prozent, in der Steiermark ist ein Plus von 36,8 Prozent, also wirklich weit über den Durchschnitt. Bei der Arbeitslosenrate haben wir uns wesentlich heruntergeschraubt, wir liegen aktuell bei 6,9 Prozent, ist natürlich noch immer viel zu hoch, aber eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Jetzt gibt es einige Projekte, die sinnvoll wären auch umzusetzen. Zum Beispiel der Gewerbebepark in Rosental wird schon umgesetzt, das Bergbaumuseum in Rosental habe ich angesprochen. Ein ganz wichtiges Projekt wäre die Schießarena Zangthaler, die würde wirklich kaufkräftiges Publikum, zahlungskräftiges Publikum in unsere Region bringen. Die Therme wurde angesprochen, die auch unsere vollste Unterstützung bekommt oder auch ein Tourismusprojekt, der Ausbau des Salzstiegl-Schigebietes. Hier finden wir auch von der Region schön langsam eine gemeinsame Sprache, auch Gemeinden sind bereit, sich

hier bei verschiedenen Projekten zu beteiligen. Und es gibt auch eine Arbeitsgruppe, zusammengesetzt aus der Wirtschaftskammer, dem AMS, der Industriellenvereinigung und Vertretern des Landes Steiermark, die sich mit der Zukunft unseres Bezirkes beschäftigt und die drei Eckpfeiler herausgearbeitet hat. Der eine ist eine Qualifizierungsoffensive, weiters die Infrastrukturverbesserung, sprich die Straße, Bahn aber natürlich auch der Datenhighway und auch ein Innovationsförderprogramm soll gestartet werden, um die Rohstoffveredelung voranzutreiben. Nur ein Beispiel, wir haben den Marmor als Rohstoff, der ist wirklich ein hochwertiges Produkt, wird bei uns abgebaut, aber nicht veredelt. Und wenn der vor Ort veredelt werden könnte im Bezirk Voitsberg, würde sich das zweifellos auch auf die Arbeitsplatzsituation positiv auswirken.

Ich darf aus dieser Sicht einen Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Dirnberger, Bittmann und Kasic, betreffend Restrukturierungsmaßnahmen im Bezirk Voitsberg.

Auf Grund der im Antrag EZ. 50/1 angeführten Probleme im Zusammenhang mit der geplanten Stilllegung des Kohlekraftwerkes Voitsberg III und der damit verbundenen Schließung des Bergbaubetriebes der GKB arbeitet bereits seit Mai 2000 die so genannte Arbeitsgruppe „Zukunft – Bezirk Voitsberg“ an einem Konzept zur Restrukturierung des gesamten Bezirkes. Diese Arbeitsgruppe ist aus Vertretern der Wirtschaftskammer, des AMS, der Industriellenvereinigung und des Landes Steiermark zusammengesetzt.

Die drei wesentlichen Eckpfeiler des Konzeptes sind:

Erstens: Eine Qualifizierungsoffensive – getragen vom Land Steiermark und dem AMS – in engster Zusammenarbeit mit den regionalen Unternehmungen – unter Koordination der WK-Bezirksstelle Voitsberg mit Einbindung der Steirischen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft und dem WIFI und BFI. Zielsetzung ist es, den Qualifikationsbedarf der regionalen Wirtschaft zu decken und die Arbeitsplatzverluste bei der GKB und ÖDK abzufangen.

Zweitens: Ausbau beziehungsweise Verbesserung der Infrastruktur, Sicherung von aufgeschlossenen Grundstücken für gewerblich-industrielle Investitionen und deren Vermarktung.

Drittens: Initiierung und Installierung eines Innovationsförderungsprogrammes (beispielsweise für Produktentwicklung – Rohstoffveredelung, Kreativwerkstatt und dergleichen).

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das von der Arbeitsgruppe „Zukunft – Bezirk Voitsberg“ erarbeitete Konzept zur Restrukturierung des Bezirkes Voitsberg mit den drei Punkten Qualifizierungsoffensive, Infrastrukturentwicklung und Innovationsförderung bestmöglich zu unterstützen und die erforderlichen Maßnahmen ehestmöglich einzuleiten.

Ich ersuche hier im Interesse der Region auch dem Entschließungsantrag die Zustimmung zu erteilen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.31 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (10.31 Uhr): Frau Landeshauptfrau, Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne mit dem Entschließungsantrag der ÖVP, den Herr Kollege Dirnberger jetzt gerade verlesen hat. Wir werden diesem Entschließungsantrag zustimmen, denn die Forderungen sind in Ordnung. Gestatten Sie mir aber trotzdem ein paar kleine Bemerkungen dazu. Diese zitierte Arbeitsgruppe „Zukunft – Bezirk Voitsberg“ erschöpft sich nach meinen Informationen nach jahrelanger Tätigkeit noch immer in der Verfassung einer Geschäftsordnung und ist darüber noch nicht hinausgekommen. Ich sage dies deshalb, weil das ja an sich nichts Neues ist – leider Gottes für den Bezirk. Jeder, der den Bezirk kennt, weiß genau, dass das herausstechende Merkmal jetzt nicht nur der dortige Bergbau und seine Strukturprobleme sind, sondern leider Gottes auch Strukturprobleme, was die politische Struktur anbelangt. Wir haben es dort mit mehr oder weniger ambitionierten eigenbrödlerisch agierenden Bürgermeister zu tun, die seit Jahrzehnten – erinnern Sie sich, die Altgedienten, etwa an die Debatte um einen Autobahnanschluss noch bevor die Südbahn gebaut wurde – es erfolgreich geschafft haben, sich gegenseitig zu blockieren und legendäre Geschichten zu produzieren, was gegenseitige Aggressionen und Erfolglosigkeit anbelangt. Die Landesregierung beziehungsweise die Mächtigen in der Burg sehen das – so sage ich einmal – durchaus nicht immer ohne Wohlgefallen, weil ein paar Bürgermeister, die sich nicht einigen können, sind dem Land ja nicht unbedingt zuwider, zumal wenn man ohnehin nicht so viel Geld ausgeben will und zumal wenn sie nicht von der selben Parteifarbe sind, sondern von einer anderen. Das muss man von dieser Stelle aus laut und deutlich sagen. Ich sage das auch deshalb, weil wir am Beginn einer Legislaturperiode sind und weil wir uns eigentlich erwartet hatten, dass dieses Versprechen, etwa Kriterien für Bedarfszuweisungen, jetzt in dieser Periode umgesetzt werden. Die Botschaft des Magnolienbaumes hat scheinbar dieses Problem nicht bis in die Burg getragen, scheinbar nicht. Wir hatten, wenn Sie sich erinnern, einen Vorschlag in der letzten Periode eingebracht über Kriterien für Bedarfszuweisungen, der so wie die bestehende Regelung im heiligen Land Tirol ausgeschaut hat, dass nämlich entlang der regionalen Entwicklungsprogramme diese Bedarfszuweisungen vergeben werden. Dann würden genau diese eigenbrödlerischen und gegenseitigen Blockierungen, wie sie im Bezirk Voitsberg seit Jahrzehnten zum Schaden der Bevölkerung gang und gäbe sind, damit beendet werden können. Dann kann die Region sich ein derartiges Programm erstellen, dann hat man in so einem Entwicklungsprogramm eben eine Therme drinnen oder einen Industriepark oder was die Region sonst noch braucht und dafür werden dann die Bedarfszuweisungen vergeben. Dann

braucht man nicht zum Landesfürsten oder zur Landesfürstin bitten und betteln gehen, sondern dann hat die Region das selbst entschieden. Sie weiß ganz genau, wenn sie sich nicht entscheidet, gibt es keinen Groschen Geld, was – so glaube ich – ihre Entscheidungsfreudigkeit und ihren Zusammenhalt wesentlich erhöhen wird. Das heißt, wir können in einer Zeit, wo es solche Strukturprobleme gibt und wo es derartige Budgetkürzungen und Mittelkürzungen gibt, es uns nicht leisten weiter so zu fuhrwerken, wie wir das jetzt tun. Erklären Sie mir bitte nicht, dass es ohnehin Kriterien gäbe, die festlegen, dass man für einen Hauptschulzubau 40 Prozent und nicht 45 Prozent bekommt. Das ist mir bekannt, ist aber unzureichend. Das ist als Kriterium zu wenig. Das Entscheidende wäre, dass man Bedarfszuweisungsmittel gezielt für eine Region einsetzt, in regionalen Kategorien denkt, um Parallelstrukturen zu verhindern. Ein derartiges Leitbild braucht die Region und sie redet auch schon seit Jahrzehnten davon. Ich wünsche ihr alles Gute, glaube aber nur, dass sie es aus eigener Kraft nicht schaffen wird. Ich glaube, dass das Land sich nicht zurücklehnen darf, um zu beobachten, wie dort draußen nichts weitergeht, sondern dass man hier von Landesseite wird eingreifen müssen und im Bezirk ein bisserl mithelfen muss, wenn wirklich etwas weitergehen soll. Zur Situation des Bezirkes nur ganz kurz eine Anmerkung: Jeder, der in der Raumplanung in der Steiermark tätig war, weiß, dass der Bezirk Voitsberg nie in die üblichen Schemata hineingepasst hat, nie. Voitsberg ist zu nahe an Graz, hat immer das Problem gehabt, dass es einerseits zu nahe ist, andererseits sage ich aber, dass das eine Chance ist. Die Tendenz, so zeigen alle Analysen, ist die, dass der Entwicklungsmotor für die Steiermark – ich darf Ihnen zwischendurch für die erhöhte Aufmerksamkeit herzlich danken – der Zentralraum Graz ist. Ich behaupte, dass die Chancen für den Bezirk Voitsberg nicht zuletzt darin liegen, dass man diese Nachbarschaft zu Graz erkennt, nutzt und so gut es geht in einer Funktionsteilung mit dem Ballungsraum Graz sogar sich als Teil dieses Ballungsraumes profiliert und abgeht davon zu glauben, dass ein derart relativ kleiner Bezirk, ein relativ strukturschwacher Bezirk, der zwar einige Arbeitsplätze auch geschaffen hat, wie wir schon gehört haben, aber die relativ schlecht bezahlt sind, das ist nicht dazugesagt worden, jetzt tue ich es damit, aus eigener Kraft alleine sich quasi bei den Haaren aus dem Sumpf ziehen kann. In dem Sinn ist es durchaus zu begrüßen, wenn man etwa ein Thermenprojekt in Voitsberg realisiert. Ein Beispiel: Es macht keinen Sinn, so wie jetzt laufend zu beobachten, dass um 10 Uhr Vormittag über das Radio die Meldung kommt, Loipersdorf sei wieder einmal gesperrt. Im Raum Graz – ich sage es an der Stelle wieder – eine Therme zu haben, die für den Ballungsraum quasi als Naherholung dient, ist etwas sehr Gescheites. Ich würde es nur begrüßen, wenn man die Köflacher draußen nicht an der kurzen Leine und sie im eigenen Saft schmoren lässt und mit der zynischen Behauptung, „zuerst müsst ihr euch dort draußen selbst einmal einigen“, dumm sterben lässt, weil ohnehin ein jeder in Graz weiß, dass die dort draußen sich eben nicht einigen. Dasselbe gilt für das Verkehrsproblem. Jeder Ballungsraum heute, das hat sich nicht unbedingt bis nach Graz durchgesprochen, aber vielleicht wird es noch einmal sein, der konkurrenzfähig ist im europäischen Konzert der Standorte hat ein leistungsfähiges Verkehrssystem im öffentlichen Verkehr. Die Straße bringt es heute nicht mehr, weil einfach der Straßenverkehr viel zu schnell wächst und dass über kurz oder lang ohnehin wieder alles kollabiert. Aus genau diesem Grund ist ein funktionsfähiges öffentliches Verkehrsmittel heute der Standortfaktor. Es nutzt den Voitsbergern auch nichts, wenn sie 3 Minuten schneller in Straßgang sind und dann 5 Minuten in der Kärntner Straße wieder liegen lassen, während der öffentliche Verkehr so schlecht beisammen ist, wie er ist. Das heißt, eine Stadtregionalbahn, wo man von Köflach, Voitsberg bis zum Grazer Hauptplatz direkt ohne Umsteigen durchfahren kann, ist nach unserer bescheidenen Meinung eine der ganz großen wichtigen Rückgratinvestitionen, ohne die man diese Region nicht weiterbringen wird. Jetzt zum Thema Müllverbrennung: Ich bin auch ein bisschen irritiert, Herr Kollege Kollegger, weil Sie haben sich jetzt in Ihrer Wortmeldung gegen die thermische Verwertung des Mülls ausgesprochen. Gleichzeitig ist auch vom Kollegen Dirnberger genannt worden und ich habe es selbst in Wortmeldungen, wenn Sie sich erinnern, auch schon mehrfach gesagt in dem Zusammenhang, Voitsberg ist das größte Kraftwerk der Steiermark mit zirka 800 Megawatt, das sind 800.000 Kilowatt oder zirka 100.000 Wohnungen zum Beheizen als Gegenwert. Einen derart großen Kessel mit Biomasse zu befeuern ist schwierig, obwohl ich derartige Untersuchungen und Versuche natürlich unterstützen würde, ihn mit Müll zu befeuern und mit Müll rentabel zu machen, halte ich weder für vertretbar noch für chancenreich. Diese Mengen an Müll zu verfeuern bedeutet wieder auf der anderen Seite auch etwas, nämlich ein Imageproblem in dem Fall. Die Region wird sich ein Leitbild geben müssen und sie ist meiner Meinung nach nicht gut beraten, jetzt auf die Müllverbrennung zu setzen, um ihr Image zu prägen und man dann zwei Jahre später draufkommt, dass man mit der Müllverbrennung ohnehin heute kein Geschäft mehr macht, weil man in ganz Europa hinter dem Müll her rennt, um ihre bestehenden Verbrennungsanlagen und Kraftwerke auszulasten. Sie wissen das ohnehin. Machen Sie sich hier also keine Illusionen. Gescheit wäre es, ein Alternativenergiezentrum etwa in Voitsberg einzurichten. Die EdF hat seinerzeit großartig gesagt und alle diejenigen Damen und Herren, die die EdF hereingeholt haben in unser schönes Land, sie wollen die Steiermark beziehungsweise die STEWEAG als Kompetenzzentrum erhalten. Ich habe das nicht vergessen. Und ein derartiges Kompetenzzentrum, lieber Herr Landesrat Paieryl, ein derartiges Kompetenzzentrum, lieber Herr Landesrat Pörtl, für die ganze EdF, selbst wenn das nur aus der Sicht der Franzosen eine Alibiaktion ist, was ich für wahrscheinlich halte, ist für steirische Verhältnisse immer noch eine gigantische Investition. Wäre etwas Schönes, wäre etwas auch für den Bezirk Voitsberg, habe ich aber noch nie in irgendeiner Form irgendetwas gehört in diese Richtung.

Zum Abschluss noch eine Anmerkung zum Thema Fernwärme. So ist es halt, wenn man von 12 bis zu Mittag denkt, der kleine Raumplaner Hagenauer und der kleine Raumplaner Paieryl haben vor 20, 25 Jahren einen Brief an den damaligen Bundeskanzler Kreisky unterschrieben mit der Bitte, er möge sich doch das noch einmal überlegen, das Kraftwerk in Voitsberg zu bauen und ob es nicht besser wäre, näher an Graz zu gehen, nach Lieboch etwa. So ist es! Und jetzt haben wir ein Problem mit dem Fernwärmeausbau da draußen, weil einfach wir wie gesagt 100.000 Wohnungen beheizen können mit der Abwärme aus Voitsberg insgesamt von der Kessel-

leistung. Wenn ich jetzt sage, die Hälfte davon für die Fernwärme, dann sind das immer noch 50.000 Wohnungen. Das heißt, das ist eine Heizung für Graz, aber nicht eine für Voitsberg oder Köflach. Der Standort ist das Problem beziehungsweise die Unfähigkeit, etwas weiter als von 12 bis zu Mittag zu denken. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP.)

Herr Präsident, bitte noch ganz kurz. Ich habe vergessen, noch einmal einen Satz zu sagen zu unserem Stimmverhalten den SPÖ-Antrag betreffend: Nachdem es leider nicht möglich ist, diese Punkte getrennt abzustimmen, müssen wir dem, obwohl wir das Anliegen achten und dem Anliegen an sich, was die ersten beiden Punkte betrifft, natürlich positiv gegenüberstehen, können wir – um Missverständnisse zu vermeiden – dem Antrag nicht zustimmen, weil hier die thermische Verwertung explizit angeführt ist. Ich verweise in dem Zusammenhang auch auf einen Entschließungsantrag aus der letzten Landtagsperiode vom 18. Jänner 2000, eingebracht von mir und meiner Kollegin Edith Zitz, wo der Landtag bereits beschlossen hat, ich zitiere wörtlich: „Der Landtag spricht sich gegen eine Umrüstung des Kraftwerkes Voitsberg in eine Müllverbrennungsanlage aus.“ Das heißt, ich verweise auf einen bereits gültigen Beschluss dieses Landtages in Sachen Müllverbrennung Voitsberg. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 10.44 Uhr.)

Präsident: Bevor ich zur nächsten Wortmeldung komme, hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet.

Abg. Dirnberger (10.45 Uhr): Herr Kollege Hagenbauer – Hagenauer, Entschuldigung, es ist richtig, dass es im Kernraum diese Streitigkeiten über Jahre und Jahrzehnte bei unseren Bürgermeistern gibt. Es ist aber falsch, dass diese Arbeitsgruppe über die Statuten nicht hinausgekommen wäre, weil es gibt keine Statuten für diese Arbeitsgruppe (Abg. Hagenauer: „Geschäftsordnung habe ich gesagt!“) oder Geschäftsordnung. Die hat nämlich keine, weil das ist eine lose zusammengesetzte Arbeitsgruppe und besteht unter anderem aus dem Vizepräsidenten Frizberg, aus der Frau Kresch aus der Industriellenvereinigung, aus Herrn Faschingbauer von AMS, Hofrat Hasewend, unter anderem auch der Kammerobmann Heidmann und der Wirtschaftssekretär Bramauer sind dabei. Also die haben sich im Juli das erste Mal getroffen, im September und im Oktober noch einmal und haben diese Vorschläge ausgearbeitet. Also das ist vollkommen falsch, dass die bei Statuten oder Geschäftsordnung hier hängengeblieben wären. Unter anderem, Sie sind ja Raumplaner, haben Sie gesagt, dann wissen Sie auch, dass unser Bezirk an sich ein Leitbild hat, wo sieben Projekte hauptsächlich verankert sind. Da sind interessante Themen dabei, die ich schon erwähnt habe und einige sind auch schon in der Umsetzung, wie der Telepark Bärnbach oder der Gewerbepark Rosental. Und natürlich sind weitere wie die Therme ein äußerst wichtiges und interessantes Projekt. Es ist auch richtig, dass unser Bezirk vom Raum Graz profitiert, keine Frage, nur bei dem Punkt Infrastruktureinrichtung Bahn und Straße kann ich Ihnen nicht zustimmen. Die Bahn ist wichtig für uns, aber genauso die Straße. Jede Region muss von Bahn und Straße erschlossen werden, weil eine wirklich effektive Bahn ist schon richtig, nur, solange hier im Großraum Graz sich nichts ändert, dass die Pendler dann wieder umsteigen müssen, damit sie nach Raaba kommen oder Produkte, die bei uns draußen erzeugt werden, zugeliefert werden nach Raaba, hier einfach einen Tag oder länger unterwegs sind, dann wird das nicht funktionieren. So gesehen brauchen wir sicherlich Bahn und Straße. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.47 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr verehrte Herren der Landesregierung!

Ich darf mich ganz kurz zu diesem Punkt zu Wort melden. Die weitere fachliche Unterstützung wird dann der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel geben. Es ist natürlich auch für uns ein Anliegen, einer Region zu helfen, wenn sie wirtschaftliche Probleme hat. Wir haben deswegen auch diesem Antrag im Ausschuss zugestimmt, mit dem Antragstext jedoch haben wir ein bisschen ein Problem. Es geht hier darum, dass wieder das Land einspringen sollte und ein Konzept erstellen sollte für einen Bereich, in dem es eigentlich keine Kompetenz und Zuständigkeit hat. Voitsberg III gehört nicht dem Land. Man muss auch dort demjenigen, der dafür verantwortlich ist, die unternehmerische Kompetenz lassen, das zu machen, was er glaubt, was für ihn, für die Region und für die Arbeitsplätze gut ist. Ich sehe das nicht immer ein, dass immer dann das Land zu Hilfe gerufen wird, auch in Bereichen, für die es nicht zuständig ist. Ich weiß, ich kann mich noch erinnern, dass wir in der letzten Periode Regionalprogramme im EU-Ausschuss beschlossen haben für alle vier großen Regionen der Steiermark, da war natürlich auch Voitsberg einer der großen Diskussionspunkte, aber auch Voitsberg III. Ich hoffe, dass sich die Region nun draußen auch einigt, dass man diese Programme umsetzt. Die Leitbilder dafür stehen ja und ich sehe es als nicht richtig an, weil sich beide Anträge, der von der SPÖ und der jetzt vorgetragene Entschließungsantrag von der ÖVP inhaltlich ja widersprechen. Einer fordert vom Land ein Konzept für etwas, wo es nicht zuständig ist, und die ÖVP sagt, man soll draußen initiativ unterstützen. Ich glaube, dieser war der richtige Antrag. Nachdem aber beide darum gehen, der Region zu helfen wieder Arbeitsplätze zu schaffen, dieses Kraftwerk Voitsberg III, jetzt kann man diskutieren, thermische Verwertung oder egal was es ist, zum Leben zu erwecken, stimmen wir beiden zu, wobei wir aber sehen, dass der Antrag von der ÖVP der richtige ist im Sinne der Zuständigkeiten. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel (10.50 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Geschätzte Regierungskollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben es bei den Auswirkungen auf diese Region Voitsberg indirekt natürlich auf eine Auswirkung des EU-Beitritts zurückzuführen, weil – wie Sie wissen – die Strompreisliberalisierung und die Strommarktliberalisierung ausgehend von der EU auch bei uns Platz greifen wird. Das ist einmal der ursächliche Zusammenhang. Zum Zweiten ist es natürlich das Ziel der Landesregierung, eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Kalifornien soll bei uns nicht möglich sein. Ziel ist es, Strompreise zu günstigen Bedingungen für unsere Wirtschaft, aber vor allem auch für die Konsumenten bereitzustellen. Das ist das Ziel der Landesregierung. Es kann aber nicht das Ziel der Landesregierung sein, Unternehmen Konzepte aufzudrücken, für Unternehmen wirtschaftliche Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Das wäre eine Art Rückverländerung oder Rückverstaatlichung, die wir alle nicht wollen und da bitte ich Sie um Verständnis. Sehr wohl sind wir bereit, im Bereich der Forschung und Wissenschaft, soweit Unterstützung bei der Erarbeitung von Konzepten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit notwendig ist, mitzuarbeiten, soweit sie vom Unternehmen gewünscht und mitgetragen werden. Zu den einzelnen Punkten möchte ich noch ausführen, dass die Biomassezusatzbefuerung analog zum Werk Zeltweg möglich sein würde, dass ein gewisses Ausbaupotenzial des Fernwärmenetzes sicher vorhanden ist. Vor allem wäre eine Kooperation zwischen der Steirischen Ferngas in diesem Raum mit der ÖDK voranzustellen. Die zu erwartenden Erlöse im Bereich der Fernwärmeversorgung sind selbstverständlich in die Wirtschaftlichkeitsüberlegung mit einzubeziehen. Ich bitte um ein bisschen Aufmerksamkeit. Wenn das keinen interessiert, dann frage ich mich sowieso, warum man hier redet. Ich glaube aber, mir geht es nicht anders als anderen Rednern. Zur Verwertung von Abfällen: Ich halte einen zweijährigen Versuchsbetrieb zur Mitverbrennung von getrocknetem Klärschlamm und unbelastetem Filtermaterial für sehr sinnvoll. Die Verbrennung von Tiermehl, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eine Notlösung. Ich halte sie nicht für eine sehr intelligente Lösung. Das ist auch der Grund, warum ich durch die Aussetzung eines Forschungs Sonderpreises auf diesem Gebiet eine bessere, intelligente Lösung für die Verwertung dieses an sich wertvollen Produktes in der Landwirtschaft oder in anderen Bereichen vorantreiben möchte. Ich danke für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 10.53 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 50/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Restrukturierungsmaßnahmen im Bezirk Voitsberg ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 3 und 4 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 113/1, betreffend Grundeinlösung für das BV. „Rossgaben“ der L 104, Breitenauer Straße.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 113/1. Es geht hierbei um eine Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Rossgaben“ der L 104, Breitenauer Straße. Es liegen Ihnen der Text und die genauen Grundstücke, die abgelöst werden sollen, mit den entsprechenden Summen vor. Ich bitte Sie um Annahme dieses Antrages. (10.55 Uhr.)

Präsident: Danke.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 122/1, betreffend Grund- sowie Objekteinlösung Zöhler für das BV. „Fladnitzberg“ der L 320, Teichalmstraße.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.55 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 122/1, betreffend die Grund- sowie Objekteinlösung Zöhler für das Bauvorhaben „Fladnitzberg“ der L 320, Teichalmstraße. Auch in diesem Fall liegt Ihnen das Geschäftsstück vor. Es sind jene Grundstücke, die eingelöst werden sollen, mit den entsprechenden Preisen angeführt. Ich stelle den Antrag, dieses Stück zu beschließen. (10.56 Uhr.)

Präsident: Ich danke dem Berichterstatter. Mir liegen keinerlei Wortmeldungen zu diesen beiden Stücken vor, so dass ich somit zur Abstimmung komme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 113/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Weiters ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 122/1, das ist der Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 5 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidentskonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

5. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 35/1, Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, betreffend Reform des Gesundheitswesens und Krankenanstaltenfinanzierung.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Helmut Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (10.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2001 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, betreffend Reform des Gesundheitswesens und Krankenanstaltenfinanzierung, Einl.-Zahl 35/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, betreffend Reform des Gesundheitswesens und Krankenanstaltenfinanzierung, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (10.59 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 178/1, stichprobenweise Überprüfung der Leistungsverrechnungen und Kalkulationen gemäß den Bestimmungen des KAG 1957 beziehungsweise KALG 1957 sowie der Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Dokumentation im Gesundheitswesen; Nachprüfung.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (10.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Leistungsverrechnungen und Kalkulationen gemäß den Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes 1967 beziehungsweise des Krankenanstalten-Landesgesetzes 1957 sowie der Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Dokumentation im Gesundheitswesen, Nachprüfung, Einl.-Zahl 178/1, beraten. Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Leistungsverrechnungen und Kalkulationen gemäß den Bestimmungen des KAG 1957 beziehungsweise KALG 1957 sowie der Einhaltung der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Dokumentation im Gesundheitswesen, Nachprüfung, wird zur Kenntnis genommen. (11.00 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 177/1, Prüfung der Zentralklinik der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. und der Betriebsorganisation des LKH – Universitätsklinikum Graz.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (11.00 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung der Zentralklinik der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. und der Betriebsorganisation des LKH – Universitätsklinikum Graz, Einl.-Zahl 177/1 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend der oben angeführten Inhalte, wird zur Kenntnis genommen. (11.01 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Dr. Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (11.01 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wie Sie alle wissen, wurde ab Jahresbeginn 1997 das bis dahin bestehende System der Abrechnung der Kosten in den Krankenanstalten nach Pflgetagen durch ein leistungsorientiertes Finanzierungssystem ersetzt. Mit dieser LKF, dem leistungsorientierten Finanzierungssystem ist ein erster Schritt zur weit reichenden Strukturreform in unseren Spitälern gesetzt worden. Der Rechnungshof überprüfte von Feber bis November 1999 im Rahmen einer alle Bundesländer und das Ministerium umfassenden Querschnittsüberprüfung die Umsetzung der Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung. Nach Ansicht des Rechnungshofes war die Einführung des LKF zweckmäßiger als die bisher gepflogene Abrechnung und er empfahl, diesen ersten Schritt zu einer umfassenden Gesundheitsreform weiterzuführen. Die Ziele der Reform waren primär ein bundeseinheitlich gleiches Abrechnungssystem zu schaffen, weiters waren Ziele die Eindämmung der überproportionalen Kostensteigerungen in den Spitälern, einmal durch kürzere Verweildauer, zum anderen durch Verschiebung von Leistungen in den ambulanten und extramuralen Bereich sowie in die Rehabilitation. Weiters die Reduktion entbehrlicher Mehrleistungen, eine verbesserte Kosten- und Leistungstransparenz, dadurch Entscheidungsfindung auf fundierten Daten und schließlich die Qualitätssicherung. Der Rechnungshof gelangt nunmehr zur Beurteilung, dass diese Erwartungen nur teilweise erfüllt wurden und er empfahl dem Bund und den Ländern folgende Maßnahmen zu setzen: erstens die Weiterentwicklung der begonnenen Reformen zu einem integrativen Gesundheitssystem, zweitens die Zielsetzungen weiterer Reformschritte in künftige Vereinbarungen zu verankern, drittens die Abrechnungsmodalitäten der einzelnen Länderfonds zu vereinheitlichen und viertens Diagnose und Leistungsdokumentation weiterzuentwickeln.

Was nun die spezielle Situation in der Steiermark betrifft, kommt der Rechnungshof zu folgenden Schlussbemerkungen:

Die Anwendung des LKF führte nur im ersten Betriebsjahr 1997 zu einer deutlichen Verringerung der Aufenthaltsdauer. Es kam jedoch gleichzeitig zu einem starken Anstieg der so genannten Null- und Eintagespatienten, also zu einer Verlagerung aus dem ambulanten in den kostenintensiveren stationären Bereich. Und er gibt für die Steiermark folgende Empfehlungen ab:

Erstens: Die Leistungen in den ambulanten und extramuralen Bereich auszulagern und dazu ein Finanzierungssystem zu entwickeln.

Zweitens: Die Notwendigkeit von Steuerungsfaktoren ist zu hinterfragen.

Drittens: Die Abgangsdeckungs- und allfälligen Rechtsträgermittel wären in den SKAFF einzubringen, um eine finanzielle Verbesserung zu erreichen.

Viertens: Der Einsatz von Finanzmitteln für strukturverbessernde Maßnahmen wäre zu überdenken.

Fünftens: Die Zweckmäßigkeit alternativer Verwendungen einzelner Krankenanstalten wäre zu überprüfen.

Sechstens: Ausführungsbestimmungen betreffend die Qualitätssicherung wären ehest zu erlassen. Das Land war seit der Krankenanstaltengesetznovelle 1993 zur gesetzlichen Regelung der Qualitätssicherung verpflichtet. Das Ausführungsgesetz zur Qualitätssicherung wurde jedoch bisher noch nicht erlassen.

Siebtens: Aus Sparsamkeitserwägungen wäre die Leitung der Geschäftsstelle Mitarbeitern der Rechtsabteilung 12 zu übertragen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 11.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihr.

Abg. Graf (11.07 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie Sie schon gehört haben, geht es bei meinem Bericht um die Nachprüfung. Und ich sage es hier noch einmal, weil es meiner Meinung nach mit dieser Nachprüfung in manchen Bereichen leider noch immer nicht abgetan ist und dazu einige Beispiele:

Bei den sekundären Kosten, dies ist der Bereich der eigentlichen innerbetrieblichen Leistungsverrechnung, wird entweder direkt oder nach Schlüsselwerten abgerechnet. Beim LKH Fürstenfeld wurden zwei Kritikpunkte bekräftelt und die Nachprüfung hat ergeben, dass dies in Angriff genommen wurde. Beim LKH Bad Aussee wurde bei der Nachprüfung festgestellt, dass für die Kosten für den betriebsärztlichen Dienst die Anstaltsleitung von der KAGES jedoch nochmals hingewiesen werden musste auf die gesetzlichen Bestimmungen. Und das ist zum Beispiel ein Punkt, der mir als zu wenig erscheint. Darauf hinweisen, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, denn wie der erste Bericht und auch Teile des zweiten Berichtes zeigen, ist das eben nicht genug. Das LKH Universitätsklinikum Graz war durch die Größe bedingt der Stichprobenweisen Überprüfung auch bei der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung für konsiliarärztliche Tätigkeiten bekräftelt worden. Und ein ähnliches Problem gab es bei der Verrechnung von ambulanten Kosten eines stationär aufgenommenen Patienten. Dies bedeutet, dass sowohl zwischenzeitliche zusätzliche Leistungen ebenso wie mittlerweile nicht mehr erbrachte Leistungen und jede Anzahl von neuen Ambulanzen nicht berücksichtigt wurden. Die Nachprüfung ergab, dass mittlerweile mit der Datenerfassung für die innerbetriebliche Leistungsberechnung auf Kostenstellen begonnen wurde, jedoch würde dieses Vorhaben EDV-umstellungsbedingt noch einige Jahre dauern. Die Organisationsrichtlinie der Finanzdirektion der KAGES betreffend Konsiliarleistungen stand kurz vor der Aussendung. Hier würde mich ebenso interessieren, ob diese Aussendung tatsächlich passiert ist. Im LKH Universitätsklinikum stammten die eingesehenen Kostenstellenbeschreibungen aus unterschiedlichen Zeiten. Bemühungen um den aktuellen Stand jedoch wurden beteuert. Die Kostennachweise der einzelnen Kostenstellen wurden dem jeweils Verantwortlichen nicht nachweislich zur Kenntnis gebracht, ja nicht einmal alle ausgedruckt. Wieder wurde hier

auf die gesetzliche Vorgangsweise hingewiesen. Zusammenfassend wurde vom Landesrechnungshof festgestellt, dass sich die KAGES in weiten Bereichen weder an die gesetzlichen Vorgaben der Kostenrechnungsverordnung beziehungsweise Vorgaben der Krankenanstaltenkostenrechnungsverordnung gehalten hat. Die Nachprüfung in diesem Bereich ergab, dass Kritikpunkte bereinigt wurden beziehungsweise zumindest in Angriff genommen wurden. Und hier ist ebenso der Ausdruck „zumindest in Angriff genommen wurden“ zu wenig. Wenn ich die Versäumnisse im ersten Bericht lese und das waren meiner Meinung nach große Versäumnisse, dann ist hier „in Angriff genommen“ zu wenig. Hier wird Kontrolle meiner Meinung nach regelrecht gefordert.

Bei der Leistungsverrechnung und Kalkulation geht der Landesrechnungshof lediglich auf den Bereich der nicht im Schutze einer gesetzlich sozialversicherten Person ein. Bei nicht versicherten wird unterschieden zwischen österreichischen Staatsbürgern und Fremdbürgern, welche nach Regelung des Paragraphen 39 abgerechnet werden. Bei der Überprüfung wurde eine unterschiedliche Handhabung festgestellt und eine Schulung der damit betrauten Mitarbeiter empfohlen. Ist diese Schulung passiert? Sind die Mitarbeiter nun mit der Situation vertraut? Bei der Nachprüfung wurde festgestellt, dass die KAGES die einzelnen Häuser wieder neuerlich über die gesetzlichen Bestimmungen informiert hat, wieder neuerlich informiert. Zusammenfassend stellt der Rechnungshof fest, dass die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft mbH. auf Grund der schwer wiegenden Beanstandungen im Bericht bemüht war, durch Nachkalkulation bestehender Tarife und Kalkulation der Kosten neuer Leistungen Ordnung in diesem Bereich zu schaffen, um in Zukunft unnötige Einnahmenverluste vermeiden zu können. Schlimm genug ist, dass so große Einnahmenverluste hingenommen wurden. Nun jedoch ist es Sache des zuständigen Landesrates, die Anregungen, für die er sich auch in seiner Stellungnahme bedankt, ernst zu nehmen und umzusetzen und hier den Verpflichtungen nachzukommen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 11.12 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek zur Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (11.12 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich in meiner Stellungnahme auf alle drei Berichte der Rechnungshöfe – es handelt sich ja um den Landesrechnungshof und um den Bundesrechnungshof – beziehen, und zwar im Speziellen auf Punkte, die mir nicht nur in Sachen Rechnungshof – also sozusagen aus der Feder des Rechnungshofes – interessant erscheinen, sondern auch in Bezug auf die Antworten, die von den zuständigen Personen darauf gegeben wurden, unter anderem vom Herrn Landesrat. Der Rechnungshofbericht zur Prüfung der Zentraldirektion spricht davon, dass es deutliche Hinweise darauf gibt, dass die Verantwortlichen das Problem der Budgetüberschreitung nicht im Griff haben und er verortet auch ein Fehlen einer entsprechend aussagekräftigen Analyse der dafür verantwortlichen Gründe. Er nimmt als Beispiel isoliert heraus, um das zu illustrieren, die ärztliche Verantwortung, wo es im Rahmen der Monate von Jänner bis Mai 1999 schon zu einer Überschreitung von 31 Millionen Schilling gekommen ist. Der Vorstand hat sich dieser Sache angenommen und hat urgiert. Es scheint dabei jedoch nicht sehr viel herausgekommen zu sein – wenn Sie mir diese saloppe Formulierung gestatten. Ich denke, dass das ein deutlicher Hinweis darauf ist, dass ein ausgereiftes Controlling hergehört, wie es in jedem kleinen und mittleren Betrieb heutzutage schon vorhanden ist. Es kann nicht angehen, dass Missstände aufgezeigt werden und dass es keinerlei Möglichkeiten der Kurskorrektur gibt. Nächster Punkt, Dienstrecht: Es wird festgestellt, dass die Tätigkeitskataloge und umfangreiche Aufgliederung der einzelnen Tätigkeiten teils nicht vorhanden waren. Es sollten Detailunterlagen erarbeitet werden, die die Nachvollziehbarkeit der Wertigkeit der einzelnen Dienstposten in den Verwaltungsbereichen herstellen sollten. Die Antwort von Herrn Landesrat Dörflinger war, dass solche Unterlagen im Rahmen einer ISO-Zertifizierung erarbeitet worden seien. Der Rechnungshof stellt fest, dass er trotz Urgenz solche Unterlagen nicht vorgelegt bekommen hat. Das zeigt für mich, die im Übrigen eine ISO-zertifizierungskritische Person ist, eine weitere Grenze von ISO-Zertifizierungen auf, die an sich aus dem Produktionsbereich kommen und gerade im Bereich von sozialen und Gesundheitsdienstleistungen ganz deutlich auch ihre Grenzen offenbaren, nämlich die spezielle Grenze, dass Unterlagen erarbeitet werden, die dann nicht verwendet werden. Das wird wohl auch etwas über die Unterlagen und ihre Verwendbarkeit aussagen. Ein weiterer Punkt, noch immer Dienstpostenplan: Trotz des im Mai 1996 beschlossenen Programms zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit ist der Dienstpostenplan in der Zentraldirektion ohne Sonderprojekte nicht wie vereinbart um 10 Prozent gesunken, sondern um 25,28 Prozent gestiegen. Das Programm zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit – sagt der Rechnungshof dazu – stellt sich also eher als eine plakative, nicht umgesetzte Absichtserklärung vor und wir haben es weiters noch mit vielen hoch bewerteten Dienstposten zu tun und mit gehaltmäÙigen Sonderregelungen. Der Rechnungshof stellt dann auch noch einen Vergleich an und sagt, wir brauchen eine Möglichkeit um einzuschätzen, ob es sich hier wirklich um eine übermäßige Anzahl von hoch dotierten Dienstposten handelt oder nicht und zieht als Vergleichsgröße die Landesregierung heran. Im Bereich der Krankenanstalten haben wir es mit rund 75 Prozent der Dienstposten in der Zentraldirektion in den Verwendungsgruppen A und B zu tun, das Amt der Steiermärkischen Landesregierung findet mit 51 Prozent das Auslangen. Der Rechnungshof zieht eine Conclusio aus den vorher genannten angerissenen Punkten, was die Budgetsicherstellung und den Dienstpostenplan gemeinsam betrifft und er sagt, das bedeutet, dass die Krankenanstaltengesellschaft mbH. trotz wesentlicher Erhöhung des Dienstpostenstandes und trotz 75-prozentigem Anteil an Dienstposten der Verwendungsgruppen A und B dennoch nicht in der Lage war, einzelne Geschäftsbereiche entsprechend wahrzunehmen. Außerdem – noch eine kleine Anfügung – stellt der Rechnungshof fest, dass die Anstaltsleitung, insbesondere die Verwaltungsdirektion und die ärztliche Direktion offensichtlich von der Tendenz geprägt seien, möglichst viele vorgeschaltete „gewichtige“ Führungs- und Funktionsbereiche zu

etablieren. Die Antwort des Landesrates war im Wesentlichen, dass es viele neue Funktionen in diesem Bereich gibt, die es früher noch nicht gab und dass auch in anderen Kliniken mit einer ähnlichen Häufigkeit von Dienstposten beziehungsweise mit einer ähnlichen Einstufung gearbeitet werde. Der Rechnungshof repliziert, dass die Einwendungen beziehungsweise die Antwort des Landesrates die Feststellungen des Rechnungshofes in keiner Weise entkräftet. Mich interessiert jetzt sehr, was das jetzt heißt. Heißt das, es ist eh alles okay? Der Rechnungshof hat zwar gesagt, hier muss man hinschauen, denn das ist eine bedenkliche Entwicklung. Wenn ich mir die Antwort von Ihnen, Herr Landesrat, anschau, dann heißt das, es ist alles in Ordnung, ich sehe keinen Handlungsbedarf. Ich möchte Sie auffordern, dazu Stellung zu beziehen und auch zu sagen, was Ihre nächsten Schritte sein werden, um die Situation zu verbessern.

Der zweite Rechnungshofbericht, der heute zur Debatte steht, bezieht sich auf die stichprobenartige Überprüfung der Leistungsverrechnung und Kalkulation und Frau Kollegin Graf hat sich heute auch schon darauf bezogen, wo sehr klar sichtbar wird, dass es ein großes Problem in der Kostenrechnung gibt. Der Rechnungshof stellt fest, dass keine echten Effizienz- und Effektivitätseinschätzungen der Kosten- und Leistungsrechnung möglich sind und sagt, dass man sich damit ein wesentliches Entscheidungsinstrument selbst genommen hat. Das ist richtig. Wenn man die Kosten nicht eindeutig berechnen und kalkulieren kann, kann man auch nicht entscheiden, wo etwas zu verändern ist und wo es eine Verbesserungsnotwendigkeit gibt. Im Übrigen gibt es auch so etwas wie das Kriterium der Kostentransparenz, was besonders im Bereich der Verwendung öffentlicher Mittel eine besondere Bedeutung hat. Zu den Ambulanzgebühren: Für die Ambulanzgebühren ist es wichtig, dass man die Teile, die Tarifelemente, aus denen sie sich zusammensetzen, eindeutig kennt. Der Rechnungshof stellt fest, dass es sich in diesem Bereich nicht um eine ausgereifte Kenntnis der Grundlagen handeln kann, denn einerseits wurden Kostenänderungen verspätet mitgeteilt, nämlich der Landesregierung, das hat zu erfolgen, andererseits gibt es Bestandteile in der Kostenkalkulation, die rettungslos veraltet sind. Es gibt 49 Elemente in der Berechnung des Tarifes der Ambulanzgebühren, wovon 42 nicht mehr „state of the art“ – also zeitgemäß – sind und das seit 20 Jahren, und sieben davon heutzutage als gesundheitsschädigend eingestuft werden. Ich persönlich habe hier ein lachendes und ein weinendes Auge. Ich bin froh, dass diese Leistungen seit 20 Jahren nicht mehr erbracht werden, wenn sie gesundheitsschädigend sind, finde es aber bedenklich, dass sie noch immer in der Kalkulation vorkommen. Zum Wahrnehmungsbericht des Bundesrechnungshofes zur Reform des Gesundheitswesens, im Speziellen zur Krankenanstaltenfinanzierung möchte ich mich jetzt nur mehr auf die Bereiche beziehen, die unmittelbar den Landtag betreffen und auch von diesem gestaltbar sind beziehungsweise zu verantworten sind. Die leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung ist – wie der Kollege von der ÖVP vorhin schon erklärt hat – ein Instrument, das zu Kosteneinsparungen und zur Kostenwahrheit führen soll. Das ist grundsätzlich ein guter Weg. Ich halte es auch für einen guten Weg, erbrachte Leistungen genauer zu definieren und nicht nur Gesamtumfänge zu finanzieren. Die Schwächen des Systems liegen allerdings auch deutlich auf der Hand. Mit der Berechnung der Leistungen durch so genannte LKF-Punkte ist es natürlich ganz klar, dass es auch zu einer Errechnung von optimalen Liegezeiten kommt. So nennt man das, also optimalen Zeiten für eine spezielle Krankheit. Wird der Patient vorher entlassen, ist es ein finanzieller Nachteil für die Krankenanstalt, wird er danach entlassen, ebenso. Das führt natürlich dazu, dass die Patienten relativ genormt entlassen werden. Und mir kann kein Mensch erzählen, dass es jedem Menschen fünf Tage nach einer Blinddarmoperation gleich geht wie jedem anderen verschiedenen Alters, mit einer verschiedenen Konstellation im Gesundheitsbereich. Trotzdem werden die beiden Personen am gleichen Tag entlassen. Das ist eine Grenze, die führt dazu, dass viele Personen verfrüht entlassen werden, wo nicht darauf Bedacht genommen wird, was sie zu Hause vorfinden. Dass das Netz, das dazu notwendig ist, um diesen Weg zu gehen, nämlich Betten abzubauen, vor allem Akutbetten abzubauen, nämlich Leistungen aufzubauen, die dezentral erbracht werden und nur mobil, wenn dieser Weg nicht gegangen wird, dann funktioniert das System nicht. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir damit nicht sicherstellen, dass es den Steirerinnen und Steirern gut geht, wenn sie krank sind und dass sie wirklich auf Leistungen zurückgreifen können, die sie in dieser speziellen Lebenssituation unterstützen. Und – es wird Sie vielleicht überraschen – es ist auch finanziell ein Defizit, denn es kommt in vielen Fällen und immer mehr Fällen zu Neueinweisungen nach kurzer Zeit. Also dieselbe Person kommt nach wenigen Tagen oder Wochen wieder in die Klinik, weil es mit der häuslichen Pflege nicht hingehaut hat, weil ihr Gesundheitszustand sich so verschlechtert hat, dass eine Neuaufnahme auch angezeigt erscheint und was passiert? Es geht die ganze Maschinerie von vorne wieder los. Das heißt, es werden alle Basisuntersuchungen, die bei uns so üblich sind, wieder durchgeführt. Das ist für den Patienten nicht sehr angenehm, das ist für die Belegschaft, für die Mitarbeiterinnen der Krankenanstalten eine zusätzliche Belastung und klar, es kostet jede Menge Geld. Wenn das der Weg ist, den wir beschreiten wollen, dann möchte ich klar und deutlich ein Veto aussprechen. Das heißt, leistungsorientierte Krankenhausfinanzierung kann nur funktionieren, wenn es uns gelingt, ein großes Netz aufzubauen von ambulanten und mobilen Diensten. Da gibt es verschiedenste Formen. Da kann man durchaus auch in andere Bundesländer und auch in andere Staaten schauen, wenn es einem selber an Ideen mangeln würde. Ich möchte jetzt fragen, was in der Steiermark in der nächsten Zeit hier geplant ist. Ich denke, es ist großer Handlungsbedarf da. Man kann auch nicht sehr lange zuwarten. Wir haben erschwerend hier die Situation, dass eine Zusammenschau aller Dienste beziehungsweise auch aller Bereiche in der Landesregierung, die diesen Themenbereich abdecken, nicht erleichtert worden ist dadurch, dass es ein Splitting in Sachen Zuständigkeit gibt. So ist einerseits die Sozialgesetzgebung beziehungsweise der Soziallandesrat zuständig über das Sozialhilfegesetz, das die mobilen Dienste regelt. Andererseits ist natürlich das Gesundheitsressort zuständig und dann auch der Bereich der Gemeinden, über den ja die Mittel in die Gemeinden fließen für die mobilen Dienste. Ich möchte die zuständigen Personen in der Landesregierung auffordern kundzutun, wie sie in dieser Sache weiter vorzugehen gedenken, denn wenn man das Krankenanstaltenwesen und das Gesundheitswesen reduzieren will in der Steiermark auf

Sparen unter dem Deckel der leistungsorientierten Krankenhausfinanzierung und sonst nichts tut, gefährdet man die Gesundheit und Versorgung der Steirerinnen und Steirer. Und das hat dann diese Landesregierung auch zu verantworten. Danke! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 11.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste hat sich zu Wort gemeldet die Frau Mag. Lackner. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Lackner (11.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit dem Bericht über die Prüfung der Zentralklinik der KAGES und der Betriebsorganisation des LKH – Universitätsklinikum Graz liegt ein sehr umfassender und kompakter Bericht vor. Grundsätzlich merkt der Rechnungshof an, dass im Rahmen des Gesamtunternehmens Steiermärkische KAGES das schon zitierte Universitätsklinikum eine sehr zentrale Rolle einnimmt und legt dieser Betrachtungsweise den Wirtschaftsplan 1999 zugrunde. Und im Bericht geht der Rechnungshof auf die Abgrenzung der Aufgabenstellungen beziehungsweise auf die möglichen und nicht genutzten Synergieeffekte ein.

Zum Prüfungsumfang: Geprüft wurde die Betriebsorganisation hinsichtlich Aufbau und Funktionierens der Ablauforganisation, wurden Handlungsvollmachten, dienstrechtliche Grundlagen, die Entwicklung des Dienstpostenstandes und der Wertigkeit der Dienstposten in der Zentralklinik und in der Betriebsdirektion des LKH – Uni-Klinikum, die Betriebsorganisation aus Sicht der betrieblichen Daten, die Auswirkungen der Inbetriebnahme des LKH West und zum Schluss die sicherheitstechnischen Dienste, Brand-, Katastrophen- und Strahlenschutzangelegenheiten. Schon jetzt – bevor ich auf einige Punkte eingehe – weise ich darauf hin, dass diesem Rechnungshofbericht sehr konkrete Schritte gefolgt sind. Ganz kurz zur Betriebsorganisation, was den Aufbau und das Funktionieren der Ablauforganisation betrifft. Hier stellt der Rechnungshof fest, dass die Stabsstellen besser der Anstaltsleitung zuzuordnen sind als den Betriebsverwaltungen und den Betriebsleitungen. Zur Bereichsverwaltung merkt der Rechnungshof grundsätzlich an, dass diese Einrichtungen positiv sind. Sie sollen den Betriebsdirektor bei der Wahrnehmung seiner Geschäfte entlasten. Allerdings wird schon noch angemerkt, dass es einen Reformbedarf in Hinblick auf die Kompetenzabgrenzung und die Aufgabenbereiche geben muss. Zur ausformulierten Budgetüberschreitung beim Budgetansatz „Ärztliche Verantwortung“ möchte ich kurz darauf hinweisen, dass ein entsprechendes Controlling bereits von der KAGES installiert wurde und erstmalig schon 2000 zur Anwendung gekommen ist. Die ärztliche Direktion nimmt auch einen wesentlichen Teil des Berichtes ein und hier ist zu sagen, was sich inzwischen ja schon geklärt hat, dass mit 1. Juli 2000 ein hauptberuflicher ärztlicher Direktor in Amt und Würde ist.

Zum Kapitel 5 „Dienstrechtliche Grundlagen“: Hier schickt der Rechnungshof voraus, dass mit der Novelle des Gesetzes über die Zuweisung der Landesbediensteten 1997 die Rechtsgrundlage geschaffen wurde, Bedienstete der KAGES als Landesbedienstete übernehmen zu können. Und in diesem Bereich stellt nun auch der Rechnungshof – wie meine Vorrednerin schon angesprochen hat – Vergleiche an mit dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung, ob zu Recht oder zu Unrecht sei dahingestellt, jedenfalls können manche dienst- und besoldungsrechtliche Regelungen in der KAGES nicht dem Blick des Rechnungshofes standhalten.

Zur Entwicklung des Dienstpostenstandes sowohl in der Zentralklinik als auch im LKH – Universitätsklinikum wird auch der Vergleich mit dem Amt der Landesregierung angestellt und der Rechnungshof stellt fest, dass es dort und da zu einer Erhöhung des Dienstpostenstandes gekommen ist und er regt nachhaltig an, dass die Organisationsstruktur der Zentralklinik kritisch überdacht werden muss. Etwas, was den Kontrollausschuss und auch den Landtag beschäftigt hat, bereits im Jahr 1999 war ein Landesrechnungshofbericht, dem eine Nachprüfung gefolgt ist und zwar zur Verwertbarkeit von Daten. Und hier geht es dem Rechnungshof darum, den Blick auf die Qualität der betrieblichen Daten in Hinblick auf die Verwendung für betriebswirtschaftliche Entscheidungen anzuschauen. Die Nachprüfung zum damaligen Bericht hat ergeben, dass die KAGES bemüht war, alle Nachkalkulationen der Kosten neuer Leistungen in Ordnung zu bringen und Übersicht zu schaffen, um unnötige Einnahmenverluste zu vermeiden. Zum Schluss widmet sich der Rechnungshofbericht dem sicherheitstechnischen Dienst. Hier ist, und das muss auch lobend erwähnt werden, eine gute Nachvollziehbarkeit hervorgehoben worden und es gibt kaum Anlass Kritik walten zu lassen. Nun zu den konkreten Schritten, die nach Vorliegen des Berichtes gesetzt wurden: Die Generalversammlung, das heißt in Person von Landesrat Günter Dörflinger und für die Spitäler zuständig, hat am 27. April des Vorjahres dem Vorstand der KAGES eine Weisung erteilt, eine unabhängige Unternehmensfirma zu beauftragen, um für die Organisation der Anstaltsleitung, insbesondere der Betriebsdirektion des LKH – Universitätsklinikum Graz und der Zentralklinik ein Konzept zur Optimierung zu erstellen. Die Zielvorgabe war die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten beziehungsweise die Parallelstrukturen sollten auch hintangestellt werden, um eine sparsame, wirtschaftliche und qualitativ hochwertige Betriebsführung sicherzustellen. Start dieses Projektes war im November des Vorjahres und die Präsentation der gutachterlichen Empfehlungen des Unternehmens wird für Ende März erwartet. Ich komme nun zum Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, der im allgemeinen Teil die Bundesländer und im besonderen Teil, nämlich von April bis Juni 1999, die SKAFF-Geschäftsstelle und die Teilgebiete der Gebarung des Landes Steiermark überprüft hat. Herr Kollege Landtagsabgeordneter Dr. Forenbacher hat schon den allgemeinen Teil speziell ausgeführt und ich möchte zum besonderen Teil noch etwas dazusagen: Im Grunde stellt hier der Bundesrechnungshof der geprüften Einrichtung ein sehr gutes, ein positives Zeugnis aus. Die Geschäftsstelle ist die Rechtsabteilung 12 des Amtes der Landesregierung. Es gibt zwei Geschäftsführer. Die Fondsmittel werden zu 90 Prozent für die Finanzierung der Versorgung der Krankenanstalten eingesetzt und, was sehr wichtig ist, die Kostensteigerungen waren ab 1995 rückläufig. Mit Gründung der LKF – wenn ich diese Abkürzung auch weiterhin verwenden darf – wurde der Steiermärkische Krankenanstaltenfinanzierungsfonds – kurz SKAFF genannt – außer-

halb des Landeshaushalts eingerichtet. Die Geschäftsstelle hat einen Personalaufwand von acht Personen und dafür einen Budgetaufwand von 3,4 Millionen Schilling. Es sind aber nicht nur die SKAFF-Bereiche, die dort abgewickelt werden, sondern auch die Wirtschaftsaufsicht über die Spitäler, die Mitwirkung in sanitätsbehördlichen Verfahren, die Mitwirkung am Krankenanstaltenplan et cetera. Eines schon vorweg zu den Schlussbemerkungen des Wahrnehmungsberichtes: Die vom Rechnungshof empfohlene Übertragung der Leitung der Geschäftsstelle ist faktisch bereits vollzogen, weil ein Geschäftsführer bereits Bediensteter der Rechtsabteilung 12 ist und auf seinen Antrag hin auch die Entschädigung eingestellt wurde. Seit 1996 – so weist der Bericht nach – war eine Tendenz zur Verringerung der Kostensteigerungsraten ersichtlich. Anstiege, die darauf gefolgt sind, sind unter anderem auch dem Arbeitszeitgesetz für Spitalsbedienstete zugrunde zu legen, die ab 1998 beträchtliche Personalzuwächse notwendig gemacht haben. Was auch lobend erwähnt wird ist die Qualitätssicherung, die seit 1993 intensiv von der KAGES in der Stelle „Qualitätsmanagement“ betrieben wird. Auch die Einrichtungen zur Datenqualitätssicherung und die Verknüpfung dieser Daten mit der medizinischen Qualitätssicherung wurden als zweckmäßig und sehr positiv hervorgehoben. Im Zuge der Einführung der LKF wurde 1997 auch der Österreichische Krankenanstaltenplan erarbeitet und neu vereinbart. Neu ist mit diesem Zeitpunkt die Aufnahme der Psychiatrie, der Akutgeriatrie sowie die Hospiz- und die Intensiveinrichtungen. Am Schluss möchte ich auf eine Bemerkung eingehen, die der Rechnungshof mitgibt, und zwar zum Vorschlag der Zweckmäßigkeit alternativer Verwendungen einzelner Krankenhausstandorte. Hier gibt es eine aufrechte Standortgarantie sowohl von der Landesregierung als auch vom Landtag. Das zuständige Regierungsmitglied, Landesrat Dörflinger, hat in der Vergangenheit und wird auch in Zukunft eine sehr konsensuale Vorgangsweise suchen und weiterhin auch setzen, um Verbesserungen vorzunehmen, beispielsweise die Zusammenlegung der Standorte Judenburg, Knittelfeld oder auch die Zusammenlegung der gynäkologisch-geburtshilflichen Abteilungen in Bruck und Leoben. Die mit Regierungsbeschluss und Landtagsbeschluss – ich wiederhole es noch einmal – vorliegende Standortgarantie ist und bleibt für Landesrat Dörflinger aufrecht. Auf diesen Zug ist im Oktober des Vorjahres Landeshauptfrau Klasnic aufgesprungen, die in einem Brief an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KAGES mitgeteilt hat und ausdrücklich festhält, dass sie sich selbstverständlich zu der von den im Steiermärkischen Landtag vertretenen Parteien abgegebenen Standortgarantie für unsere steirischen Spitäler bekenne und niemand um seinen Arbeitsplatz fürchten muss. (Abg. Bacher: „Frau Kollegin, das haben wir hier schon beschlossen!“) Sie können sich dann zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden. (Abg. Bacher: „Das haben wir gemeinsam beschlossen, nur dass das klar ist!“) Im Zuge der laufenden Budgetverhandlungen gilt es aber jetzt, Entwicklungen wahrzunehmen. Ich nehme dieses Wort des Rechnungshofes jetzt bewusst her, um auf die Dimension von Einsparungsszenarien aufmerksam zu machen: Einsparungen im Bereich des Personals, Einsparungen aber auch im sensiblen Bereich der Strukturinvestitionen – diese Liste ist sehr lang und ich möchte Sie Ihnen nicht ersparen –, Einsparungen in dem Bereich, wo es keinen Baubeginn für bereits vorverhandelte Projekte gibt, wie Bad Aussee, Stolzalpe, Strahlentherapie in Leoben, den Zubau von Hörgas, die Neurologie und Intensivstation in Feldbach und den ersten Abschnitt des LNKH neu. Vershoben werden auch etliche Projekte, wie zum Beispiel der Intensivzubau in Rottenmann, in Knittelfeld, der Kardiozubau in Bruck und weitere Investitionen in Leoben, in Mürzzuschlag und in Fürstenfeld. Flächendeckend wird hier in der Steiermark große Verunsicherung geschaffen. Ich stelle fest, dass von dem sozialen Dialog zwischen dem Land Steiermark und der KAGES und deren Bediensteten keine Rede sein kann. Nachdem Strukturinvestitionen, wie Sie ja wissen, immer regionale Auswirkungen nach sich ziehen, hat die Nichtinvestition auch Auswirkungen in den Regionen, und zwar Rückschläge, die die Qualität der Krankenhäuser als moderne medizinische Impulsgeber für die Regionen grundsätzlich in Frage stellen. Diese Tatsache muss angesichts dieses Rechnungshofberichtes und angesichts der Budgetverhandlungen erkannt und im Sinne der Aufrechterhaltung von Standards und deren Weiterentwicklung verantwortungsvoll behandelt werden. Die hochwertige Struktur der Gesundheitsversorgung in der Steiermark darf nicht dem Sparstift zum Opfer fallen. (Beifall bei der SPÖ.) Vielmehr muss die Gleichbehandlung der Regionen und damit der Menschen in unserem Land auch in Zukunft im Vordergrund stehen. Und da gilt es, sehr geehrte Damen und Herren vor allem von der ÖVP, Farbe zu bekennen und den Worten und Briefen auch Taten folgen zu lassen. Danke! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 11.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete List zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. List (11.40 Uhr): Herr Präsident, Herr Gesundheitslandesrat!

Frau Kollegin Uschi Lackner, den Applaus hast du dir redlich verdient. (Abg. Gennaro: „Warum hast du nicht mitgeklatscht?“) Ich habe klopfend applaudiert, falls du das nicht gesehen hast. Du hast gerade mit unserem EU-Fachmann, Herrn Mag. Ludwig Rader, gesprochen. Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages! Bei den letzten vier Debattenrednern steht die Kontrolle im Bereich der Gesundheit im Mittelpunkt. Für mich ist es daher wichtig, eine Woche zurückzugehen, und zwar zum letzten Dienstag in die Sitzung des Kontroll-Ausschusses. Dort ist kurzfristig vor Sitzungsbeginn, Herr Landesrat Günter Dörflinger, deine Entschuldigung für deine Abwesenheit hereingeflattert oder abgegeben worden. Die logische Folge waren natürlich Überlegungen und Diskussionen unter den Mitgliedern des Kontroll-Ausschusses, deine Berichte von der Tagesordnung abzusetzen. Von den insgesamt fünf Berichten, die behandelt werden sollten, fielen drei, das sind 60 Prozent, ausschließlich in deine Zuständigkeit. Dein Klubobmann, der Sigi Schrittwieser, hat dort argumentiert, dass natürlich wichtige Gründe für dein Fernbleiben ausschlaggebend waren. Der Ausschussobmann Peter Hagenauer und ich als sein Stellvertreter wurden kurzfristig weichgeredet und haben dann die Beratungen

im Kontroll-Ausschuss zugelassen. (Abg. Schrittwieser: „Siehst du, was ich für eine Kraft habe!“) Du hast es geschafft, Sigi! Wir beide aber wollen – und das ist unbedingt notwendig – dass Vertretungen von verantwortlichen Regierungsmitgliedern für Bundesrechnungshof- und Landesrechnungshofberichte im Kontroll-Ausschuss generell vorher in der Präsidiale zum Thema gemacht werden. Dort soll nämlich die künftige und auch akzeptable Vorgangsweise geregelt werden, wie Vertretungen in Kontroll-Ausschusssitzungen durchgeführt werden sollen. Jetzt die interessante Situation für mich. Umso überraschender, Herr Landesrat, auch für alle Ausschussmitglieder, als du plötzlich noch vor Beginn des nächsten Ausschusses, das war der Ausschuss für die Europäische Integration, im Rittersaal erschienen oder aufgetaucht bist. Jeder von uns mag hier natürlich selbst beurteilen, was oder welche Gründe auch immer derart wichtig und ausschlaggebend waren, die du nicht mehr um diese eineinhalb Stunden, um diese 90 Minuten verschieben hast können – läppische 90 Minuten. Mir liegt es fern und uns allen zu vermuten, dass du dich den Fragen in deinen Sachbereichen dem Kontrollausschuss entziehen wolltest. (Abg. Stöhrmann: „Bei der Sachkenntnis des Landesrates ist das verständlich!“) Ich weiß schon, er versteht mich, der Herr Landesrat und auch du, Herr Bürgermeister, ich weiß genau, worauf ich hinaus will. Herr Landesrat Dörflinger als Roter Teufel wird sich sicherlich heute (Abg. Stöhrmann: „Wie war das?“) als „Roter Teufel“ in der Fußballersprache – Moment, wir sind eher fußballerische Freunde, das darf auch noch gesagt werden. (Landesrat Dörflinger: „Jetzt habe ich dich vor einem Ordnungsruf bewahrt!“) Herr Bürgermeister, wenn du mich ausreden lässt, dann wirst du es hören, dass das sehr wohl in der fußballerischen Sprache und als Freund des GAK-Klubs gemeint ist, dass du dich heute nicht den Fragen entziehen wirst. Noch einmal, wenn das falsch aufgefasst wurde von dieser Seite des Landtages, lag das nicht in meiner Absicht. (Abg. Mag. Erlitz: „Ich habe schon verstanden!“) Danke, Wolfgang, danke, Herr Mag. Erlitz, du verstehst das.

Aber, Herr Landesrat, wir Freiheitlichen hätten gerne im Kontrollausschuss einige Aussagen und Statements von dir über die äußerst kritischen Passagen in den Berichten erhalten. Das war leider nicht möglich. Wir wollten Antworten, wie du so schön gesagt hast nachher, auf einen Fragenkatalog, auf einen vorbereiteten und ausführlichen von Experten, von dir als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung, und nicht von deinen Mitarbeitern und Beamten. Trotzdem habe ich aber – die im Kontroll-Ausschuss waren, können sich erinnern – den Versuch gestartet, an den von dir entsandten Soziallandesrat Dr. Kurt Flecker als deinem Vertreter eine einzige Frage im Gesundheitsbereich zu stellen. Nach seiner Antwort, nach seiner „profunden“ Antwort in seiner großzügigen und eigenen charmanten Art mussten wir leider feststellen, dass weitere Fragen zwecklos waren. Damit, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, wurde zu den vielen kritischen Bemerkungen in den drei Prüfberichten lediglich eine einzige Frage gestellt, die eine halbe und auch teilweise unvollständige Antwort erhielt. Absicht oder nicht, das kann man sich auch hier in Gedanken überlegen. Herr Landesrat, wir Freiheitlichen werden dich auch heute noch vor den Fragen schonen, wir haben darüber im Klub diskutiert und entschieden. (Landesrat Dörflinger: „Nein, bitte nicht!“) Weil wir ja nicht annehmen konnten, dass du heute kommst! Ich weiß es ja nicht. Ich wußte nicht, ob du an der Landtagssitzung teilnimmst. Oder dich kurzfristig wieder vom Soziallandesrat Flecker vertreten lässt. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Stöhrmann: „Er ist schon da, aber die Kollegin von dir ist nicht da!“)

Aber ich sage es ganz kurz, worauf ich hinaus will. Die Absicht der Freiheitlichen ist es nämlich, in wenigen Wochen hier im Landtag anlässlich der Budgetdebatte uns nochmals mit den Kritikpunkten des Landesrechnungshofes und mit dir als verantwortliches Regierungsmitglied auseinander zu setzen. Wenn nämlich über die vielen Milliarden diskutiert wird, die in deinem Ressort vorhanden sind, dann werden wir Freiheitlichen die entsprechenden Fragen stellen.

Abschließend darf ich zum Rechnungshofbericht des Bundes über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung im Bereich des Bundeslandes Steiermark einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen. Die kurze Begründung werde ich nicht mehr vortragen, sondern nur mehr den Unselbstständigen Antrag von den freiheitlichen Abgeordneten Klubobmann Lafer, Kollegin Dietrich und meiner Wenigkeit:

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den Antrag: Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert: erstens zur Entlastung des teuren stationären Bereichs Leistungen in den ambulanten und extramuralen Bereich auszulagern und ein dafür geeignetes Finanzierungssystem zu entwickeln, zweitens die Notwendigkeit von Steuerungsfaktoren kritisch zu hinterfragen, drittens die Abdeckungs- und allfällige Rechtsträgermittel in den SKAFF einzubringen, um eine finanzielle Verbesserung des Fonds zu erreichen, viertens den Einsatz von Finanzierungsmitteln für strukturverbessernde Maßnahmen zu überdenken, fünftens die Zweckmäßigkeit alternativer Verwendungen einzelner Krankenanstalten beziehungsweise ihrer Bereiche zu prüfen, sechstens die Ausführungsbestimmungen betreffend die Qualitätssicherung zu erlassen und siebentens ein gesamtseinheitliches medizinisches Strukturkonzept unter Einbeziehung des extramuralen Bereiches dem Landtag binnen Jahresfrist vorzulegen.

Wir bitten Sie, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, diesen Antrag zu unterstützen. Es sind sechs Anregungen aus dem Bericht des Bundesrechnungshofberichtes. Eine Anregung, die bereits von der Frau Kollegin Mag. Ursula Lackner erwähnt wurde, nämlich aus Sparsamkeitserwägungen wäre die Leitung der Geschäftsstelle Mitarbeitern der Rechtsabteilung 12 zu übertragen, scheint zwischenzeitlich erledigt zu sein. Dieser Punkt wurde daher ausgeklammert. Ich bitte Sie im Sinne der Gesundheit in diesem Lande und im Sinne der Möglichkeiten, die aus dem Gesundheitsressort für die Bevölkerung vorhanden sind, diesen unseren Antrag zu unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 11.49 Uhr.

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Landesrat Dörflinger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dörflinger (11.50 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht eine kleine Vorbemerkung, was „meine Flucht“ aus dem Kontroll-Ausschuss betrifft. Ich bin jetzt das sechste Jahr Mitglied der Landesregierung und ich gehöre zu denen, die immer in die Ausschüsse gehen, also wenn man einmal nicht dort ist, ich erspare mir, die Gründe offen darzulegen. Ich werde sie dir nachher sagen. Und ich sage unter Freunden, ich wünsche dir nicht, dass du einmal einen Grund hast, zu einem Termin nicht zu kommen, der ident ist mit dem, weil ich auch glaube, dass man irgendwann einmal akzeptieren sollte, dass man als Politiker keine Maschine ist, wo man auf Knopfdruck funktioniert oder nicht funktioniert, sondern dass es daneben auch persönliche Schwierigkeiten oder Probleme geben kann, wieso man das eine oder andere Mal nicht hinkommt. Dass ich dann den ganzen Nachmittag nicht weggeblieben bin, sondern wie ich das erledigt gehabt habe, wieder hergekommen bin, dass das als indirekter Vorwurf verwendet wird, tu ich mir relativ schwer damit umzugehen, weil ich sage, da wäre es gescheiter gewesen, ich wäre nicht mehr gekommen, glaube ich auch nicht, dass es das ist. (Abg. List: „Wir sind glücklich, wenn du da bist!“)

Das Zweite, das sage ich auch sehr, sehr grundsätzlich. Ich halte es schon für ein Problem, wenn du sagst, du willst von mir allein die Antworten haben und nicht von irgendwelchen Beamten oder irgendwelchen Mitarbeitern. (Abg. List: „Politische Aussagen!“) Ich sage ganz ehrlich, ich stehe zu meinen Beamten und ich stehe zu den Mitarbeitern, ob sie in der KAGES sind, im SKAFF oder sonst irgendwo. In vielen Fällen wissen sie im Detail mehr als ein Politiker wissen kann. Wenn ich über die Geschäftsführung der KAGES das Gleiche weiß wie die Vorstandsdirektoren und Bereichsdirektoren, wären die dort überflüssig und ich müsste dort Vorstands- oder Bereichsdirektor spielen. Ich glaube auch, dass die Beamten im Haus, die bei uns arbeiten, ob das Hofrat Dr. Nigitz, Hofrat Dr. Feenstra und wie sie alle heißen, ist, höchst qualifizierte, höchst seriöse und gute Leute sind und in vielen Fällen das sehr ordentlich beantworten könnten – fachlich und sachlich. Die politischen Konsequenzen trage sowieso ich und zu denen stehe ich auch. Der zweite Punkt: Ich bedanke mich an sich für die fachliche und sachliche Diskussion. Der dritte Punkt, den ich auch schon öfter hier im Haus erwähnt habe: Ich nehme jeden Rechnungshofbericht sehr ernst. Ich bin der Letzte, der hergeht und dann irgendwo mauert und zumacht und sagt, das interessiert mich nicht. Ich gehe aber gleichzeitig an die Rechnungshofberichte sehr kritisch heran, weil die Bibel ist das nicht, was der Rechnungshof uns mitteilt. Allwissend sind sie nicht, unfehlbar sind sie nicht und bei manchen Empfehlungen – und Hofrat Dr. Leikauf rutscht jetzt ein bisschen hin und her –, die der Bundesrechnungshof und der Landesrechnungshof in der Vergangenheit in manchen Bereichen gegeben haben, bin ich sehr froh, dass wir diesen Empfehlungen nicht gefolgt sind, weil sie nicht immer nur zum Vorteil gereicht hätten. Trotzdem müssen wir uns mit der Kritik ordentlich auseinandersetzen und das tun wir. Was die Diskussion über das Gesundheitswesen und die Spitäler betrifft, so erinnert mich das heute ein bisschen an die Leserbriefseite in der „Kleinen Zeitung“. Dort gibt es jeden dritten oder vierten Tag eine Rubrik unter dem Titel „Dank für die Betreuung haben übermittelt die Frau Meier in der I. Chirurgie, die Frau Huber auf der Gynäkologie und der Herr Meier dort.“ Das sind ungefähr acht Zeilen. Wenn irgendwo einer sich dann schlecht behandelt fühlt, ist es die große Leserbriefgeschichte, die dann breitgetreten wird und der Dank wird dann zusammengegeben. Das ist aber die Realität, mit der wir leben müssen und über die ich mich nicht beschwere. Ich möchte jetzt zu den Fragen konkret Stellung nehmen: Ich verwehre mich, meine Damen und Herren, dagegen, dass alles so ausschaut, als ob, wenn nur die Spitäler nichts kosten würden, das Finanzproblem des Landes erledigt wäre. Die Nettobelastung des Spitalzuschusses beträgt 7,6 Prozent am Gesamtbudget. Wenn man jetzt so tut, dass die Spitäler an allem Schuld sind, dann müsste man davon ausgehen, dass die restlichen 92,4 Prozent kein Problem sind und alles in Ordnung ist – das wird nicht so sein. Ein Nächstes, und zwar die Kritik, wir hätten die Vorgaben nicht eingehalten. Meine Damen und Herren! In der Relation zu den Forderungen, die von der KAGES an das Land gestellt wurden, haben wir in den Jahren 1996 bis 1999 um mehr als 130 Millionen Schilling weniger verbraucht, als uns eigentlich zugestanden wäre und wir haben nicht gesagt, wir hauen die Marie beim Fenster hinaus, egal wie es ist, nur damit es weg ist, damit man nicht hergeht und gesagt wird, ihr habt das ganze Geld sowieso nicht verbraucht. Ich möchte das daher auch ganz klar hinstellen. Ein nächster Punkt zur zentralen Kritikgeschichte an der Zentralklinik, meine Damen und Herren: Okay, nehme ich so wie sie ist zur Kenntnis. Ich sage aber, wir haben richtig darauf reagiert. Es hätte nämlich zwei Möglichkeiten gegeben. Die erste wäre, dass ich mich zurücklehne und sage, ist mir Wurscht, was die sagen. Ich lese Ihnen die Vergleichsziffern gerne vor, wie etwa die Direktion im AKH ausschaut, das etwa eineinhalb Mal so groß ist wie unser Klinikum: Bei uns sitzen in der technischen Direktion 13, im AKH sitzen 90. Im technischen Betrieb sitzen bei uns 190, dort 812 Leute und im Projektmanagement sitzen bei uns 17 und im AKH 200. Das bringt uns überhaupt nichts, weil jeder Vergleich ein Problem ist. Wir haben schon einmal Vorgaben auch draußen gegeben und gesagt, wir wollen, dass in der Zentralklinik ein Minus von 10 Prozent an Personal durchgesetzt wird. Diese Vorgaben sind von der KAGES nicht eingehalten worden. Das sind Vorgaben, die wir gemacht haben. Wir wollen jetzt aber wissen, was der Grund dafür war. Ist man wirklich ein bisschen locker umgegangen und hat ein paar Leute zuviel eingestellt, ein paar Leute mehr hereingenommen, oder sind das objektive Gründe? Wir haben deshalb eine internationale Unternehmensberatungsfirma einstimmig in der Regierung beschlossen und diese beauftragt, sich das anzuschauen. Die Leute sind auch heute beisammen und irgendwann Mitte März wird es ein Ergebnis geben und wir werden dieses dann realisieren und umsetzen, weil man nicht hergehen und sagen kann, vorweg weniger Leute ist allemal besser, sondern man muss auch schauen, welche Finanzvolumina dort bewegt werden. Primarius Forenbacher weiß, wie viele hunderte Millionen wir jährlich investieren. Ich glaube, dass es auch eine

Qualität des Hauses draußen ist, dass wir zumindest in den letzten fünf Jahren in keinem einzigen Fall eine Baukostenüberschreitung gehabt haben, in keinem einzigen Fall eine Bauzeitüberschreitung gehabt haben, sondern dass wir im Schnitt zwischen 500 und 700 Millionen Schilling pro Jahr so abgewickelt haben, mit einer begleitenden Vorkontrolle vom Landesrechnungshof, Kontrolle des Rechnungshofes des Projektes, Kontrolle der Folgekosten und begleitende Kontrolle und, und, und, dass man eigentlich sagen kann, okay Freunde, das ist ordentlich abgelaufen. Ich glaube, das sollte man auch einmal herausheben, weil es nicht selbstverständlich ist und ich sage das bewusst, weil das eine öffentliche Institution ist. Auch diese können sparsam bauen, auch diese können in Ordnung bauen, auch die können Dinge machen, die in Ordnung sind. Der zweite Punkt, die Geschäftsstelle des SKAFF: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, ein paar Zahlen zur Kenntnis zu nehmen. Wir verwalten im SKAFF 8,4 Milliarden Schilling mit acht Leuten. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist viel Geld!“) Herbert Paierl meint, das ist zu viel. Er ist außerdem gerade dabei, mir das wegzunehmen. Da werden wir aliquot auch die Leute kürzen, damit es besser wird. Nochmals: 8,4 Milliarden Schilling mit acht Leuten. Ich sage das auch deshalb, weil Herr Dr. Schnabl im Zuschauerraum sitzt. Einen Geschäftsführer zu finden, der so einen Job um 18.000 Schilling brutto zwölfmal im Jahr macht, ohne irgendetwas dazu, ist nicht leicht. Ich wünsche allen anderen Bundesländern, allen anderen Bereichen, dass sie das finden. Ich stehe auch nicht an zu sagen, dass Helmut Hirt und Hellmuth Schnabl das so machen, dass sie österreichweit sagen, eure Verwaltung ist vorbildlich, sie ist sparsam und ihr macht noch dazu Projekte, die österreichweit interessant sind, wenn man gewisse Voreiterrollen dort auch macht. Ich möchte zu den Punkten, die im Antrag stehen, lieber Kollege List, schon ein paar kritische Anmerkungen machen. Erstens zum Selbstständigen Entschließungsantrag der FPÖ: 1 zu 1, 1 zu 0,98, weil ein Punkt heraußen ist, ist es die Punctuation, die der Rechnungshof als Empfehlung hineingeschrieben hat, mit dem Unterschied, lieber Kollege List, dass der Rechnungshof darüber schreibt: „Zusammenfassend hob der Rechnungshof noch folgende Empfehlungen hervor.“ Und jetzt macht ihr daraus einen Antrag und das ist ein Problem. Ich lese vor, erster Punkt: „Zur Entlastung des teuren stationären Bereiches wären Leistungen in den ambulanten und extramuralen Bereich auszulagern und ein dafür geeignetes Finanzierungssystem zu entwickeln.“ Sorry, die Idee ist großartig, allemal. Aber wir können nichts machen in der Steiermark. Wenn der Bund die Voraussetzungen nicht ändert, können wir nicht. Wir haben keine Möglichkeit, Leistungen etwa im Bereich der niedergelassenen Ärzte zu finanzieren. Wir haben keine Möglichkeit, gewisse Strukturen zu verändern, weil die Zahl der niedergelassenen Ärzte nicht geregelt ist, die Zahl der Kassenverträge, unabhängig vom Land passiert. Jede Intervention, wenn einer zu mir kommt und sagt, wir bräuchten dort noch eine Kassenstelle für das oder für das, kann ich wie eine Briefkastenfirma beantworten, indem ich einen Brief an die Kasse schreibe und die Kasse schreibt mir zurück: „Tut mir leid, täte ich gerne, nur Marie habe ich keine.“ Das bringt nichts. Da ist der Adressat der falsche. Der zweite Punkt: „Die Notwendigkeit von Steuerungsfaktoren wäre kritisch zu hinterfragen“. Meine Damen und Herren! Wenn man die Steuerungsfaktoren nur herausnehmen würde, wie behandle ich dann das Klinikum in Graz, wo ich von Herztransplantationen bis was weiß der Teufel was mache, behandle ich die dann gleich wie ein peripheres Haus, das in der Relation dazu wesentlich einfachere und natürlich auch wesentlich kostengünstigere Leistungen bringt? Entweder ich hebe die draußen auf das Klinikum an, dann explodieren uns die Kosten, oder ich senke das Klinikum auf das Niveau ab, das wir in den Bereichen draußen haben. Dann – gute Nacht, Freunde – dann werden wir draußen diese Spitzenleistungen nie mehr bringen können, weil eine normale Blinddarmoperation etwas anderes ist wie eine Herztransplantation, weil gewisse Geschichten eben nicht vergleichbar sind. Ich würde davor warnen, diese Steuerungsfaktoren ganz einfach rauszulassen und nichts zu machen.

Zum Punkt 3: „Abgangsdeckung und allfällige Rechtsträgermittel wären auch in den SKAFF einzubringen, um eine finanzielle Verbesserung des Fonds zu erreichen.“ Freunde, auf Deutsch gesagt, ist mir Wurscht, also wenn wir den Landeszuschuss in den SKAFF geben und der SKAFF das weiter verteilt, ändert sich überhaupt nichts. Ob ich aus der linken Tasche oder aus der rechten Tasche das rauszahle, ist „schetzkoijetno“, es ist Wurscht, da brauche ich nichts anderes machen.

Der Punkt 4 sozusagen findet bei mir ein gewisses Problem, gebe ich zu. Der Einsatz von Finanzmitteln für strukturverbessernde Maßnahmen wäre grundsätzlich zu überdenken. Was heißt das, Kollege List? (Abg. List: „Melde mich noch!“) Meint ihr, dass wir zu wenig Mittel oder zu viel Mittel für strukturverbessernde Maßnahmen einsetzen? (Abg. Dietrich: „Er meldet sich noch zu Wort!“) Das würde mich noch interessieren.

Der Punkt 5, hier hat die Kollegin Lackner ausgeführt, wenn der Landtag mehrheitlich von der Standortgarantie abrückt, muss ich das als Referent realisieren. Ich würde das für falsch halten, ich würde es nicht für richtig halten, aber das ist eine Entscheidung, die im Landtag – der Hans Bacher hat es in einem Zwischenruf richtig gesagt – getroffen wurde. Wenn der Landtag mit diesem Beschluss davon abrückt, dass die Krankenhäuser, die jetzt Krankenhäuser sind, auch in Zukunft Krankenhäuser sein sollen, ist es aus meiner Sicht politisch falsch, als Demokrat muss ich akzeptieren, wenn die Mehrheit von dieser Standortgarantie abgeht. Qualitätssicherung ist keine Frage und die Frage der Geschäftsstelle ist im Antrag jetzt nicht mehr drinnen, kann man dazunehmen.

Also insgesamt glaube ich dass wir durchaus einen Bericht haben, der in vielen Bereichen die Verbesserungen aufzeigt, wo wir Dinge machen müssen und auch machen werden, in vielen Fällen schon daran sind. Jetzt sage ich konkret, was die Frage der Zentraldirektion betrifft, in den anderen Bereichen sind Punkte angesprochen, wo wir keine Zuständigkeit haben, durchaus aber dankbar wären, wenn sich hier der Bund in irgendeiner Form rührt. Und ein Punkt, den die Frau Klubobmann Lechner-Sonnek angesprochen hat, diese Zusammenfassung, diese wirkliche Zusammenfassung sämtlicher im Gesundheitsbereich Tätigen ist eine Sache, die ich seit fünf Jahren in diesem Haus fordere und die wahrscheinlich ich und meine Nachfolger noch 15 Jahre fordern

werden, weil aus meiner Sicht die einzige Möglichkeit, die Kosten in diesem System in den Griff zu bekommen und gleichzeitig die Qualität zu verbessern, eine Vereinheitlichung des Finanzierungssystems wäre. So lange wir in dem einen Bereich, nämlich im stationären Bereich, die Krankenhäuser anders behandeln wie den niedergelassenen Bereich, wenn es zwei verschiedene Finanzierungsformen und Quellen sind, wird sich das immer aufsplittern, wird es immer zu Reibungsverlusten und zu Problemen kommen. Also da müsste der Bund sich einmal trauen, über diese Schranke drüberzuspringen und hier das zu verbessern. Ob wir das zusammenbringen oder nicht, weiß ich nicht, aber sonst stehen wir immer auf dem gleichen Punkt und kommen nicht weiter. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.05 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Der Herr Abgeordnete List hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Abg. List (12.05 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich habe vorher gesagt, Herr Gesundheitslandesrat, dass ich mich ganz kurz noch zu Wort melden werde. Zuerst zu deinen Ausführungen. Sehen wir sie nicht unbedingt als eine Aktion im Februar, die erste Wortmeldung, die ich getätigt habe. Sondern man sollte sich wirklich überlegen, wie wir bei Abwesenheiten von Regierungsmitgliedern in diversen Ausschusssitzungen künftig vorgehen werden. Das war das Ziel. Dass es gerade dich dabei erwischt hat, war vielleicht etwas übertrieben, mag sein, ich kenne die Gründe nicht. Wenn es so ist, tut es mir in dieser Sache leid, aber das würde trotzdem, glaube ich, an unserer kameradschaftlichen, freundschaftlichen Beziehung nichts ändern. Die ist einmal so, ich mag ihn sehr gern, also Schwamm drüber.

Jetzt zu diesen Ausführungen und zum Unselbstständigen Entschließungsantrag der Freiheitlichen. Selbstverständlich ist dieser Antrag mit Masse vom Bundesrechnungshof übernommen, ob es 98 Prozent oder 70 Prozent sind, ist eigentlich vollkommen gleichgültig. Wichtig ist, dass das zuständige Regierungsmitglied – und das bist in diesem Fall du – Anregungen und Empfehlungen des Bundesrechnungshofes nach Möglichkeit zu übernehmen und umzusetzen hat zum Wohle des Gesamten in der Steiermark, hier zum Wohle des Gesundheitswesens in der Steiermark. Wenn es hier Möglichkeiten gibt, Umschichtungen, Strukturveränderungen und Ähnliches durchzuführen, damit diese Standards künftig verbessert werden, dann glaube ich, dass das von allen hier gebilligt und unterstützt wird. Natürlich ist es Sache der KAGES und in deiner Verantwortung gelegen, gewisse Dinge anders zu sehen als der Bundesrechnungshof oder anders zu bewerten als der Landesrechnungshof, der in vielen Teilbereichen möglicherweise nur die Wirtschaftlichkeit, die Zweckmäßigkeit oder Ähnliches überprüft hat, nicht unbedingt aber die Standards. Wir bitten aber trotzdem, dass nach Möglichkeit jetzt die Empfehlungen überprüft werden, die im Antrag enthalten sind. Wenn sie Verbesserungen für die Gesundheitssituation in der Steiermark bringen, dass sie dann auch dementsprechend von dir umgesetzt werden. (Beifall bei der FPÖ. – 12.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dörflinger (12.08 Uhr): Okay, nur zwei Dinge:

Erstens Bundesrechnungshof, ich würde den Landtag sehr davor warnen, alle Empfehlungen des Bundesrechnungshofes zu 100 Prozent zu befolgen, weil der Bundesrechnungshof natürlich die Interessen des Bundes vertritt. Und ob es besonders gescheit ist, dass wir – das ist jetzt politisch eine Frage, die wir wahrscheinlich anders sehen als ihr, ich kann nur für meine Fraktion sagen, für uns ist schon das Landesinteresse primär, und nicht das Interesse des Bundes. Wir schauen einmal, was im Land herauskommt. (Beifall bei der SPÖ.) Das würden wir machen. (Abg. Schrittwieser: „Da unterscheiden wir uns!“)

Und der zweite Punkt, bei den anderen Geschichten wird es eine Frage werden, wie man das handelt. Ich bitte nur mir zu erklären, was heißt das, wenn dieser Landtag heute mehrheitlich beschließt, dass wir alternative Verwendungsformen für Krankenhäuser erarbeiten sollen. Wenn ihr das beschließt, muss ich das tun. Heißt das, dass die Standortgarantie noch gilt oder nicht mehr gilt? Das würde mich noch interessieren. (Beifall bei der SPÖ. – 12.09 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Es liegt jetzt endgültig keine Wortmeldung mehr vor. Ich komme daher zur getrennten Abstimmung der Tagesordnungspunkte 5 bis 7.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 35/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ich danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrags fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Reformen im steirischen Gesundheitswesen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ fest. (Abg. Schrittwieser: „Abzählen!“)

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 178/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Der Herr Klubobmann Schrittwieser hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Schrittwieser (12.11 Uhr): Meine Damen und Herren! Herr Präsident!

Wir haben gebeten, weil die Bänke hier relativ leer sind, die Abstimmung abzuzählen. Wir stellen fest, dass die Mehrheit gegen diesen Entschließungsantrag war. Und wenn wir verlangen das zu zählen, bitte, Herr Präsident, ersuche ich Sie, diesem Wunsche nachzukommen. (Beifall bei der SPÖ. – 12.11 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich wiederhole die Abstimmung über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Reformen im steirischen Gesundheitswesen. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich bitte um Abzählung. Ich bitte jetzt um die Gegenprobe. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? Auch in diesem Fall bitte ich um Stimmzählung. Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. 27 stimmen für Annahme des Entschließungsantrages, 21 stimmen dagegen.

Damit ist der Entschließungsantrag angenommen, und zwar mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ.

Ich komme zur Abstimmung über den Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.-Zahl 177/1. Ich bitte die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, dies mit einem Zeichen der Hand kundzutun. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 103/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Dr. Forenbacher und Bacher, betreffend Abschluss einer Vereinbarung nach Artikel 15 a B-VG zur Sicherung der Patientenrechte (Patientencharta).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Helmut Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (12.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2001 den Antrag, Einl.-Zahl 103/1, betreffend Abschluss einer Vereinbarung nach Artikel 15 a B-VG zur Sicherung der Patientenrechte beraten. Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG mit dem Bund zur Sicherstellung der Patientenrechte abzuschließen, die unter anderem folgende Punkte beinhalten soll: Achtung der Persönlichkeitsrechte und Menschenwürde der Patienten, keine Diskriminierung von Patienten und Patientinnen auf Grund ihrer Krankheit, Recht auf Diagnostik, Behandlung und Pflege entsprechend dem jeweiligen Stand der Wissenschaft, Recht auf Achtung und Wahrung der Privatsphäre der Patienten und Patientinnen, Recht auf Geheimhaltung gesundheitsbezogener Daten, Recht auf Selbstbestimmung und Information, Recht auf Dokumentation, besondere Bestimmungen für Kinder (zum Beispiel hinsichtlich Aufklärung, Begleitperson, altersgerechte Ausstattung von Räumen et cetera), Vertretung von Patienteninteressen und Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen. Ich ersuche um Annahme. (12.15 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Abg. Dr. Forenbacher (21.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bereits im Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung für die XVIII. Gesetzgebungsperiode vom Dezember 1990 wurde das Ziel formuliert, die Patientenrechte systematisch weiterzuentwickeln. Auch im Übereinkommen der Regierungsparteien der Bundesregierung für die XXI. Gesetzgebungsperiode vom Februar 2000 findet sich das Ziel, die Patientenrechte durch Schaffung einer bundeseinheitlichen Regelung zu harmonisieren und zu verbessern. In der Praxis gibt es immer wieder Schwierigkeiten, Patientenrechte durchzusetzen. Dies liegt jedoch kaum daran, dass keine Rechte bestehen würden, sondern dass diese über eine Vielzahl von Gesetzen verstreut sind. Auch die Untersuchungskommission, die sich mit den Vorgängen im Landeskrankenhaus Freistadt beschäftigt hat, kommt zu der Feststellung, dass durch die Verankerung der einzelnen Patientenrechte in den unterschiedlichsten Rechtsvorschriften eine Information der Patienten nicht gewährleistet ist. Kein Patient hat die Möglichkeit, auf einen Blick seine Rechte zu erfahren. Der Charakter der Patientenrechte als Querschnittsmaterie, ihre Zersplitterung über zahlreiche Vorschriften im Rahmen der Rechtsordnung des Bundes und der Länder, das dadurch bedingte Informationsdefizit und nicht zuletzt aus diesem Grund verursachte Schwierigkeiten in der Durchsetzung führten zu der Überlegung, kein eigenes Patientenrecht auszuführen, sondern den Versuch zu unternehmen, auf der Grundlage einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG, in der sich Bund und Länder wechselseitig zur Sicherstellung dieser Patientenrechte verpflichten. Dabei kann die Möglichkeit genutzt werden, diese Rechte weiterzuentwickeln und eventuelle Lücken zu schließen. Durch diese Patientencharta soll eine übersichtliche Information der Patienten über ihre Rechte ermöglicht werden. Diese Vereinbarung sollte Regelungen zu folgenden Bereichen enthalten: Recht auf Behandlung und Pflege, Recht auf Achtung der Würde und Integrität, Recht auf Selbstbestimmung und Information, Recht auf Dokumentation, besondere Bestimmungen für Kinder, Vertretung von Patienteninteressen und Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.19 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (12.19 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Alles, was zur Sicherstellung der Patientenrechte beziehungsweise zu einer Erweiterung dieser führt, ist grundsätzlich zu befürworten. So auch diese vorliegende Patientencharta, die Kärnten und Oberösterreich bereits unterschrieben haben. Unsere Charta hier in der Steiermark ist an und für sich die gleiche und ist bereits an den Verfassungsdienst weitergeleitet worden beziehungsweise an das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, um sie zu überprüfen. Das soll aber nicht heißen, dass erst mit der Unterzeichnung dieser Charta Patientenrechte in unserem Land Einzug halten. Für den Bereich unseres Landes Steiermark wurden längst einschlägige Patientenrechte, soweit eine diesbezügliche Regelung in die Kompetenz des Landes fällt, im Paragraphen 6 a des Steiermärkischen Krankenanstaltengesetzes aufgelistet und in Kraft gesetzt. Dennoch scheint es zielführend, die Patientenrechte durch einen entsprechenden Vertrag oder Vertragsabschluss mit dem Bund, wie schon Herr Primarius gesagt hat, systematisch weiterzuentwickeln. Die Erfahrung zeigt, dass die eigentlichen Probleme in der Praxis nicht oder kaum in nicht bestehenden Patientenrechten liegen, sondern dass diese bisweilen schwer durchgesetzt werden können, obwohl in der Rechtsordnung längst vorhanden und durch die Judikatur abgesichert. Und ein Grund dafür liegt eben darin, dass die Patientenrechte über eine Vielzahl von Gesetzen verstreut sind. Die Patientenrechte finden sich eben sowohl in Bundes- als auch in Landesrechtvorschriften. Im Bund im Ärztesgesetz, Sozialversicherungsgesetz, Strafgesetzbuch, im Land unter anderem wie gesagt im Landeskrankenanstaltengesetz, im Bereich des Kompetenztatbestandes der Heil- und Pflegeanstalten, Rettungswesen et cetera. Und auf Grund unterschiedlicher Zuständigkeiten ergibt sich eben die Tatsache, dass zur Regelung einer einzelnen Frage stets der Gesetzgeber zuständig ist, der zur Regelung des jeweils angesprochenen Problembereiches insgesamt kompetent ist. Und dies führt eben zur erwähnten Zersplitterung oder Aufdröselung der Regelungen über Patientenrechte. Ein Bundespatientenrechtegesetz könnte daher letztlich immer nur Teilbereiche lösen und müsste demnach immer unvollständig sein, außer es gäbe eine Verfassungsänderung dazu. Und auf Grund dieser Zersplitterung, dieser Aufdröselung, wie gesagt einerseits Rechtsordnung des Bundes, andererseits Kompetenzbereich des Landes, wird eben dieser jetzige Versuch unternommen, eine 15 a-Vereinbarung zu treffen, in der sich Bund und Länder wechselseitig zur Sicherstellung der darin genannten Patientenrechte im Rahmen ihrer Zuständigkeiten verpflichten. Eben diese Patientencharta ist eine, losgelöst von der Kompetenzlage, vollständige und übersichtliche Zusammenfassung aller Patientenrechte – und jetzt betone ich das – in einem Stück Bundesgesetzblatt. Das heißt, diese Charta schafft kein neues Recht, sondern ist nur eine Sammlung bestehender Rechte, die die Patienten bis jetzt ja auch schon haben. Dem einzelnen Patienten war es aber fast unmöglich, sich zwischen den Rechten zurechtzufinden und das herauszubekommen, was in seiner Situation gerade das Richtige ist. Selbst für den Fachmann ist es oft schwierig, eben herauszubekommen, was richtig ist. Vieles findet sich ja auch nur in OGH-Urteilen und man muss erst dort nachlesen. Das ist für Patienten praktisch unmöglich, diese Zugänge zu finden. Und diese Charta sollte für die Patienten so eine Art Leitfaden sein, eine Orientierungshilfe dafür, was ihnen eigentlich ohnehin schon längst zusteht. Und entscheidend für mich ist, dass diese Inhalte der Charta den Patienten auch bekannt gemacht werden und das Ganze aber in verständlicher Form. Ob das ein Bundesgesetzblatt löst, nämlich das den Patienten verständlich näherzubringen, daran zweifle ich schon. Denn wer seine Rechte nicht kennt, kann sie auch nicht geltend machen. Und die Rechte gibt es längst, nur bekannt sind sie offensichtlich noch nicht in diesem Maße wie wir uns das vorstellen und wünschen. Und da hilft, glaube ich, auch kein Bundesgesetzblatt weiter, um das den Menschen verständlich zu machen. Das heißt, das Problem liegt eigentlich woanders. Nicht dass es die Rechte nicht gibt, die gibt es längst, sondern entscheidend ist, wie mache ich diese den Leuten, den Patienten verständlich und bekannt.

Die Möglichkeit, die Charta zum Beispiel aus dem Internet – habe ich gehört – herunterzuladen, wird sicherlich möglich sein und günstig sein, aber auch nicht unbedingt bürgernah. Wenn ich sage, du kannst es eh herunterladen aus dem Internet, dann weißt du, was dir zusteht. Nicht jeder hat ein Internet, nicht jeder rennt mit einem Laptop herum. Aber in jeder Arztpraxis und in jedem Spital sollte man die Charta bei der Hand haben, dort brauche ich sie, da habe ich aber keinen Laptop bei der Hand. Dort brauche ich irgendetwas, zum Beispiel eine Broschüre, die es im Land ja längst gibt, der Herr Landesrat längst veranlasst hat, dass es eine Broschüre gibt, „Meine Rechte als Patient“, lesbar und verständlich. Je leichter eben der Zugang und je niedrighschwelliger das alles passiert, desto besser kann der Patient eben damit umgehen. Aber die Charta allein wird eben nicht ausreichen, sage ich hier, um die Patienten über ihre Rechte aufzuklären. Mündliche Beratung wird immer ergänzend notwendig sein, so wie es jetzt eben unsere Patientenombudsfrau ja schon seit Jahren erfolgreich durchführt. Der Patient braucht eben zunächst eine Grundinformation, um sich ein Bild über seine Rechte machen zu können, auf Information, auf Einwilligung et cetera. Er braucht auch Informationen, was zu tun ist, wenn er meint, eine Behandlung wäre falsch, ob er einen Gutachter beauftragen kann oder nicht und so weiter. Das muss er wissen, das muss man ihm mündlich mitteilen. Grundsätzlich glaube ich, dass seine Rechte dem Patienten noch viel zu wenig bekannt sind. Und das ist das eigentliche Problem, ich habe es schon gesagt, dass das einer Lösung zuzuführen ist. Die Auflage eines Bundesgesetzblattes wird zu dieser Lösung – glaube ich – wenig beitragen können, nämlich zur Lösung, wie mache ich dem Patienten seine Rechte bekannt. Denn resümierend ist festzuhalten, nur gut informierte Patienten und Behandler können gleichberechtigte Partner sein. Und das soll unser Ziel sein. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.27 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Landesrat Dörflinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dörflinger (12.27 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich kann es sehr kurz machen. Festzuhalten ist, dass diese Patientenrechtscharta ein rein formaler Akt ist, dass es eine Zusammenfassung aller in Österreich gültigen Bestimmungen ist, die das Recht des Patienten schützen oder schützen sollen. Zu Ihrer Information, ich habe am 5. Feber dem Verfassungsdienst und dem Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen einen Entwurf dieser Charta mit all den Inhalten übermittelt, die auch im Antrag drinnen sind. Ich glaube, dass der Abschluss kein Problem ist. Ich möchte auf einen Punkt nur bitte wirklich noch einmal aufmerksam machen und gebe da zu, dass ich eigentlich anstehe und ich keine besonderen Vorschläge oder Ideen noch habe, wie wir das Problem in den Griff kriegen. Wir haben ein irres soziales Gefälle bei der Möglichkeit, sein Recht wahrzunehmen. Ich sage es allegorisch: Einer 70-jährigen Arbeiterin, die im Zimmer im Bett liegt, werden wir Broschüren und Informationen in die Hände drücken können so viel wir wollen. Sie wird sich kaum in der Lage sehen und ich sage dazu getrauen, ihr Recht dort auch einzufordern. Und ich glaube, dass man mit dieser Patientenrechtscharta auf der einen Seite jenen, die sich wehren können und wehren wollen, helfen kann, die Gruppe – und die sind aus meiner Sicht eigentlich die Ärmsten in den Spitälern, die auf Grund ihrer Ausbildung, ihrer sozialen Herkunft, ihrer Persönlichkeit, ihres Zustandes sich nicht getrauen oder nicht in der Lage sind sich zu wehren, weil sie Respekt haben, weil sie Angst haben, weil sie unsicher sind, weil sie sich nicht so artikulieren können. Für diese Gruppe müssen wir etwas anderes finden. Und wenn ich etwas wüsste, hätte ich es schon gemacht. Ich weiß nicht, wie wir diese soziale Ungleichheit, die es da in den Spitälern gibt, in Wirklichkeit beseitigen können. Und wenn es da Vorschläge und Ideen gibt, wäre ich sehr dankbar, wenn wir gemeinsam da den nächsten Schritt nach der Patientenrechtscharta machen könnten, weil ich glaube, dass da der größte Nachholbedarf insgesamt noch besteht. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest und komme zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 101/1, der Abgeordneten Wicher, Lafer, Hammerl, Graf, Dr. Forenbacher, Bacher und Tschernko, betreffend behinderte Landesbedienstete in der KAGES.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (12.30 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 6. Feber 2001 über den Antrag, Einl.-Zahl 101/1, der Abgeordneten Wicher, Lafer, Hammerl, Graf, Dr. Forenbacher, Bacher und Tschernko, betreffend behinderte Landesbedienstete in der KAGES, beraten.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, eine entsprechende Erhöhung des Budgetpostens im Sozialressort für die Lohnkosten der geschützten ArbeitnehmerInnen im Landesdienst unter Einbeziehung der Zentralbehindertenvertrauenspersonen vorzunehmen, damit wieder mehr voll geschützte Arbeitsplätze im KAGES-Bereich vorhanden sind. Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (12.31 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (12.31 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Über den Inhalt dieses Antrages muss ich nicht weiter referieren, denn über ihn wurde schon im Ausschuss beraten und ist auch allgemein bekannt. Ich möchte, wenn Sie gestatten, ein paar allgemeine Bemerkungen über dieses Thema machen. Arbeit ist für jeden Menschen, ob er behindert ist oder nicht, ein eminent wichtiger Bestandteil seines Lebens. Der Begriff Arbeit bedeutet nicht nur die Erlangung eines Einkommens zur Finanzierung des Lebensunterhaltes, arbeiten zu können und zu dürfen stärkt das Selbstbewusstsein und das Selbstverständnis. Häufig bestimmt Arbeit den Stellenwert eines Menschen. Arbeitslosigkeit hingegen bedeutet in vielen Fällen nicht nur finanzielle Einbußen, sondern, was oft noch viel schwerer wiegt, einen gesellschaftlichen Abstieg – man gehört einfach nicht mehr dazu. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren gottlob zum Besseren gewendet, wobei vor allem die Anzahl der Teilzeitjobs gestiegen ist. Leider hat die Arbeitssituation behinderter Menschen mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten, ganz im Gegenteil. Immer mehr Behinderte bekommen überhaupt keine Chance, sich in den Arbeitsprozess einzugliedern. Erfreulicherweise bietet unser Schulsystem die Möglichkeit des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nicht behinderter Kinder. Auch in Kindergärten hat man damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Doch nach Absolvierung der Schulpflicht wird es dann sehr finster. Lehrplätze für behinderte Jugendliche sind ausgesprochen rar und schwerst Behinderte haben praktisch überhaupt keine Chance. Und da setzt die Kritik der Behindertenvertreter an. Wozu, fragen sie, haben wir den Artikel 7 Absatz 1 der Bundesverfassung, der unter anderem besagt, dass niemand auf Grund seiner Behinderung diskriminiert werden darf? Entweder liest niemand diesen Gesetzestext oder man kümmert sich schlicht und einfach nicht darum. Einen Beruf zu erlernen und ihn auch auszuüben gehört zu den Grundrechten und muss auch für behinderte Menschen gelten. Soll doch dadurch die Möglichkeit geboten werden, eigenes

Geld zu verdienen und eine eigenständige Pension zu erlangen. All dies, so denke ich mir, wäre doch auch im Interesse der Allgemeinheit und man könnte sich in Folge, zumindest teilweise, vom reinen Betreuungs- und Wohlfahrtssystem entfernen. Ein guter Schritt in diese Richtung ist in meinen Augen das Projekt „faMoos“ der Lebenshilfe in Mooskirchen. Dort betätigen sich schwerst Behinderte als kreative Torten- und Kuchenbäcker und als Ausrichter ganz exquisiter Büfets. Davon sollten Sie sich wirklich einmal überzeugen, denn es schmeckt ausgesprochen köstlich. Gestern am Abend wurde im Fernsehen bei „Thema“ dieses Projekt behandelt. Ich hoffe wirklich sehr, dass die Einschaltquoten entsprechend hoch gewesen sind, damit auch Menschen, die mit diesen Dingen bis dato nichts zu tun gehabt haben, einen kleinen Einblick in die Arbeitswelt schwerst behinderter Menschen bekommen. Meine Damen und Herren! Das Wort Integration ist zu einem sehr häufig verwendeten Schlagwort geworden. Es bedeutet Eingliederung oder Wiedereingliederung. Im Zusammenhang mit behinderten Menschen frage ich mich, was passiert denn, wenn ein berufstätiger, gesunder, tüchtiger, erfolgreicher Mensch, der in seinem Umfeld fest verankert ist, einen Unfall erleidet oder erkrankt und so plötzlich zur Kategorie „Behinderter“ gezählt wird? Ist er, und das frage ich mich wirklich, von einer Minute zur anderen ausgegliedert und muss er sich bemühen, wieder integriert zu werden? Als Mensch ist er derselbe geblieben. Er hat lediglich Handicaps, die ausgeglichen werden müssen. Ich denke, meine Damen und Herren, wir als Abgeordnete haben die Aufgabe, als Multiplikatoren zu dienen, um die nicht so gut informierte Öffentlichkeit mit all diesen Tatsachen vertraut zu machen. Durch bessere Informationen könnten viele Ängste, Vorurteile und Missverständnisse vermieden werden und so das Miteinander behinderter und nicht behinderter Menschen einfacher gestaltet werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (12.38 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn wir hier die Chronologie der Problematik verfolgen, die zu diesem Antrag geführt hat, gab es 1995 die Privatisierung der Landesspitäler, für die behinderten Arbeitnehmer der KAGES gab es so genannte Lohnkostenzuschüsse vom Bund und Land. 1996 wurden durch einen Beschluss der Landesregierung alle KAGES-Bediensteten in den Landesdienst übernommen. Die Lohnkostenzuschüsse wurden für die Landesbediensteten eingestellt. Durch das Ausbleiben dieser Lohnkostenbeiträge wurde die Arbeitssituation für diese Mitarbeiter sehr schwierig. Einerseits wurde von ihnen 100-prozentige Arbeitsleistung erwartet und auf der anderen Seite waren zunehmende Krankenstände die Folge der großen Belastung dieser Personen. Die Lohnkostenzuschüsse brachten eine Erleichterung und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensqualität der Behinderten. Durch diese Lohnkostenzuschüsse konnten im Bedarfsfall Mitarbeiter aufgenommen werden, um Bedienstete in geschützter Arbeit zu entlasten. Das Land hat bezüglich der geschützten Arbeitsplätze für behinderte Arbeitnehmer in der KAGES großen Aufholbedarf. Wenn man vergleicht, so gibt es im Landesdienst 1100 behinderte Mitarbeiter, 339 davon auf voll geschützten Arbeitsplätzen, in der KAGES gibt es 1000 behinderte Mitarbeiter und davon nur 91 auf voll geschützten Arbeitsplätzen. Der Abbau geht hier schleichend vor sich. Hier leidet meines Erachtens auch die Vorbildfunktion des Landes sehr. Es wird aber nicht zum ersten Mal auf diese Situation hingewiesen, denn im März 2000 gab es bereits eine Anfrage an die ehemalige Soziallandesrätin Dr. Anna Rieder, die dies als Problem der Personalabteilung darstellte. Hier auf Abteilungen hinzuweisen hilft den Betroffenen sicherlich sehr wenig. Auch Sozialminister Haupt im Bund sieht hier den großen Handlungsbedarf und hat auch begonnen mit der Eingliederung behinderter Frauen, Behinderter höheren Alters und vieles andere im Rahmen der österreichischen Behindertenmilliarde für 2001 und 2002. Und wie wichtig das in diesem Bereich ist, hat die Kollegin Wicher vorher erörtert. Und wir hier sollten diese Situation entschärfen, indem wir diesem Antrag zustimmen, der ebenso weitsichtig, weil eine Zentralbehindertenvertrauensperson der KAGES, die am besten feststellen kann, wo Bedarf gefordert ist, als auch dieser Antrag für die Behinderten der KAGES sehr, sehr wichtig ist. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.41 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Lechner-Sonnek (12.42 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Es ist mir eine große Freude, diesem Antrag zustimmen zu können, obwohl ich mir wünschen würde, dass wir das gar nicht notwendig hätten. Die öffentliche Hand hat auch als Gesetzgeberin eine ganz entscheidende Funktion als Arbeitgeberin zu erfüllen, und zwar die der Behinderteneinstellungspflicht. Es mutet ja ein bisschen eigenartig an, dass man sich selber daran erinnern muss, was man beschlossen hat. Wenn die öffentliche Hand ihrer Behinderteneinstellungspflicht nachkommen würde, dann gäbe es kein Beschäftigungsproblem für behinderte Menschen, rein zahlenmäßig. Das heißt nicht, ganz bestimmt nicht, dass ich mich jetzt dafür einsetze, dass behinderte Menschen automatisch nur bei der öffentlichen Hand beschäftigt sein sollen. Aber ich denke, es ist wichtig ein klares Beispiel zu geben und ein Bekenntnis zu geben dazu, dass Beschäftigung für behinderte Menschen wichtig ist. In diesem Raum und in anderen Räumen hören wir oft die Klage, dass es immer mehr Personen gibt, die von der Sozialhilfe und anderen sozialen Hilfseinrichtungen beziehungsweise Zuschüssen abhängig sind. In diesem Bereich der Beschäftigung behinderter Menschen liegt es an uns, das zu verändern. Ich kenne viele behinderte Menschen, die sehr motiviert sind, die hoch motiviert sind zu arbeiten, einen Arbeitsbereich auszufüllen und sich dadurch ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, damit auch in den Genuss der Absicherung zu kommen wie wir hier alle in diesem Raum, die wir nicht behindert sind. Ich glaube, dass es

wichtig ist, dieses Beispiel zu geben. Ich glaube auch, dass es wichtig ist, darüber hinaus nicht nur als Arbeitgeber zu denken und Arbeitgeberin sondern auch im neu zu gestaltenden Behindertengesetz darüber nachzudenken und dafür Lösungen anzubieten, dass in der Privatwirtschaft die Fördermodalitäten eindeutiger und unterstützender geregelt sind für die Beschäftigung behinderter Menschen zum einen und auf Bundesebene auch darüber nachzudenken beziehungsweise zu einer Änderung in der Haltung zu kommen, dass es nicht mehr möglich ist, sich mit dem Leisten und Auszahlen einer geringen Taxe freizukaufen von dieser Behinderteneinstellungspflicht. Als „Rahmenprogramm“ wünsche ich mir natürlich, dass die vielen privaten Initiativen, die gerade in der Steiermark beispielhaft tätig sind im Bereich der beruflichen Integration behinderter Menschen, in ihrer Beratungstätigkeit sowohl der behinderten Menschen als auch der Institutionen und der Firmen unterstützt werden und im nötigen Ausmaß ausgebaut werden. Aber für heute – wir unterstützen diesen Antrag natürlich gerne und aus Überzeugung. Danke! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 12.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dr. Flecker (12.45 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich ein paar Worte zur Debatte sagen. Frau Kollegin Wicher, ich bin Ihnen sehr dankbar für das, was Sie gesagt haben und wir liegen im Prinzip überhaupt nicht auseinander. Ich glaube, dass Integration, Einbeziehung der Behinderten aber nicht nur eine Sache der freiwilligen Förderung sein darf, dass es nicht eine Sache des Almosens ist, dass sich irgendjemand damit befasst, sondern auch Integration in Arbeit, ein individuelles Recht, falls das möglich ist, das zu tun, ein individuelles Recht des Einzelnen sein wird. Ich werde bis Sommer ein neues Behindertengesetz über die Regierung dem Landtag näher bringen, wo wir diese individuellen Rechte statuieren werden, soweit sie landesgesetzlich regelbar sind. Und ich hoffe sehr, dass dann das, was Sie hier gesagt haben, auch im Abstimmungsverhalten Ihrer Fraktion seinen Niederschlag findet. Es ist so, dass die Konstituierung von Rechten natürlich auch mit Ausgaben verbunden ist, zu denen ich mich im Sinne des Ganzen und der Aufgabe der öffentlichen Hand voll bekenne. Ich kann nur die Hoffnung wiederholen, dass ich das auch von anderen Seiten so höre und die Reaktion so ist, dass man da zustimmt. Ich wäre natürlich auch glücklich, wenn auf Ihrer Seite auf der Regierungsbank zu Problemen der Behinderten auch Zuhörer anwesend wären, zumindest auch der dafür zum Teil zuständige Personallandesrat, weil ja letztlich die Bewirtschaftung der geschützten Arbeit im Landesdienst auch mit dem Personallandesrat sehr viel zu tun hat. Und ich glaube, es würde nicht schaden, wenn man zu diesem Thema auch den Kollegen der anderen Fraktion auf seiner Seite wüsste. Ich kann nicht das Gegenteil behaupten, ich sage nur, die Anwesenheit und das Interesse allein wären schon ein gutes Zeichen.

Ich bin voll bei der Kollegin Lechner, wenn sie sagt, dass es ja in Wirklichkeit letztlich eine halbherzige Geschichte ist, dass man sich von Verpflichtungen freikaufen kann. Das ist einfach der Weg, den man in einem Staat geht, wo man sagt, eigentlich hast die Verpflichtung, aber wenn du das Geld hergibst, kannst dich davon freikaufen. Ich hielte viel mehr davon, wenn wir zu einer Behinderteneinstellungspflicht kommen und das auch tatsächlich dann durchgezogen wird und nicht durch ein freiwilliges Leisten von Ersatzzahlungen man sich so locker davon befreit. Es müsste wesentlich schmerzhafter sein.

Vielleicht zwei Worte noch zur Frau Kollegin Graf. Ich bin sehr dankbar für den Antrag, weil wir dann doch im Bereich der KAGES beim Kollegen Dörflinger mit einem zusätzlichen Budgetansatz dazu kommen werden, dass wir dort zu mehr geschützter Arbeit kommen. Das ist die eine Seite. Wie das entstanden ist, haben Sie geschildert, das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Bediensteten vom Land übernommen worden sind und daher Voraussetzungen, wie sie vorher gegeben waren, nicht mehr gegeben sind. Wir müssen das jetzt selbst substituieren und mit diesem zusätzlichen Betrag von 10 Millionen Schilling im Budget werden wir da auch einiges machen können. Und wenn Sie meine Vorgängerin angesprochen haben, es ist das alles halt letztlich immer das Ergebnis, wie spricht man vor der Budgetbeschlussfassung und wie spricht man nachher. Wenn Sie vorher sagen, das gehörte so und man beschließt dann ein Budget, wo die nötigen Mittel nicht dafür gegeben sind, dann kann der mit dem besten Willen das nicht vollziehen, wenn Sie die entsprechenden Budgetansätze nicht zur Verfügung stellen.

Eines noch: Ich freue mich natürlich über die Behindertenmilliarde. Aber ganz so glorios wie das dargestellt wird ist die Sache doch nicht. Ich glaube, das sollten Sie sich schon einmal anschauen, wenn das soziale Gewissen der FPÖ plötzlich irgendwo entdeckt werden sollte. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Es ist vorhanden!“) Ich habe es ja noch nicht entdeckt. Weil wenn nämlich der Herr Minister Haupt zur Bedeckung der Behindertenmilliarde in Wirklichkeit die Besteuerung der Unfallrenten heranzieht, so zahlen letztlich Leute, die draufgezahlt haben für Leute, die draufzahlen. (Beifall bei der SPÖ.)

In Wirklichkeit ist es eine Umverteilung unter einer Gruppe, in Wirklichkeit verkaufen sich solche Milliarden ganz gut, das ist der vordergründige Effekt. Eine zusätzliche Schwerpunktsetzung ist dadurch wohl nicht erfolgt. War auch nicht so zu erwarten, wenn man sich das Zugehen der FPÖ zu Sozialproblemen Revue passieren lässt. Ich danke Ihnen fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. – 12.51 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Eine Gegenprobe ist nicht notwendig, weil ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 115/1, betreffend den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 166, Grundbuch 61066 Unterlaufeneegg an Gerd Predota, wohnhaft in 8530 Deutschlandsberg, Wildbacher Straße 22.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (12.51 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Abverkauf der Liegenschaft EZ. 166, Grundbuch 61066 Unterlaufeneegg an Gerd Predota, wohnhaft in 8530 Deutschlandsberg, Wildbacher Straße 22. Zum Kaufgegenstand: Liegenschaft 166, Grundbuch 61066 Unterlaufeneegg, Grundstück Nr. 497 Baufläche im Ausmaß von 660 Quadratmeter samt darauf befindlichem Wohnhaus 8530 Deutschlandsberg, Wildbacher Straße 22 a. Eigentumsverhältnisse: Land Steiermark zu neun Zehntel und Sozialhilfverband Deutschlandsberg zu einem Zehntel. Käufer: Gerd Predota, 8530 Deutschlandsberg, Wildbacher Straße 22. Bewertung: Laut Gutachten der Baubezirksleitung Leibnitz vom 28. Juli 2000 ergibt sich ein Sachwert für diese Liegenschaft von 1,141.000 Schilling. Das Haus ist jedoch in einem sehr desolaten Zustand und liegt das zweite Angebot überhaupt nur bei 420.000 Schilling. Bisherige Nutzung: Unterbringung von besonders kinderreichen Familien im Rahmen der Wohnraumbeschaffung nach dem Steiermärkischen Sozialhilfegesetz. Das Objekt Wildbacher Straße 22 a steht mit Jahresende leer. Frau Weiss ist bereits mit ihren minderjährigen Kindern zum Lebensgefährten verzogen. Ihre drei großjährigen Söhne verlassen das Objekt spätestens zum Jahresende. Ein Bedarf zur Unterbringung einer anderen kinderreichen Familie hat sich bisher nicht ergeben. Stellungnahme des Sozialhilfverbandes Deutschlandsberg: Der Sozialhilfverband Deutschlandsberg hat in seiner Sitzung vom 7. Juli 2000 dem Verkauf des Einzehntelanteiles an der Liegenschaft EZ. 166, Grundbuch 61066 Unterlaufeneegg zugestimmt. Begründung: Mangels vorliegenden Bedarfes für eine allfällige Wohnversorgung sozial bedürftiger Familien wäre die Liegenschaft abzustoßen. Öffentliche Ausschreibung: Seitens der Fachabteilung für das Sozialwesen wurde die Liegenschaft öffentlich zum Verkauf ausgeschrieben. Die am 20. Oktober 2000 erfolgte Anbotseröffnung ergab zwei Anbote, von denen Gerd Predota, Deutschlandsberg mit einem Kaufpreis von einer Million Schilling Meistbieter war. Bezahlung des Kaufpreises: Der Kaufwerber erklärte sich bereit, den Kaufpreis in der Höhe von einer Million Schilling in bar zu erlegen und liegt ein Schreiben der Raiffeisenbank Schwanberg vom 24. November 2000 vor, wonach der Betrag für den Erwerb des gegenständlichen Objektes in Höhe von einer Million Schilling auf seinen bei der Raiffeisenbank Schwanberg geführten Konten jederzeit zur freien Verfügung steht. Beurteilung durch die Fachabteilung für das Sozialwesen:

Erstens: Unter Berücksichtigung der oben genannten Darstellung und des Umstandes, dass die Eigentümer mangels Bedarfes zur allfälligen Wohnversorgung von sozial bedürftigen Familien und auch die Haftung nach dem ABGB zu bedecken ist, liegt ein Verkauf der gegenständlichen Liegenschaft auch im überwiegenden Interesse des Landes Steiermark.

Zweitens: Das Haus ist jedoch in einem sehr desolaten Zustand und liegt das zweite Angebot bei nur 420.000 Schilling. Die Kosten der unbedingten notwendigen Instandsetzungsarbeiten belaufen sich auf rund 500.000 Schilling, weshalb ein Verkauf der Liegenschaft um 141.000 Schilling unter dem bewerteten Schätzwert befürwortet wird.

Drittens: Die vertragliche und grundbücherliche Durchführung des Kaufgeschäftes hat durch einen Notar im Einvernehmen mit der Rechtsabteilung 10 zu erfolgen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 8. Jänner 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Verkauf der Neunzehnteileigentumsanteile des Landes Steiermark an der Liegenschaft EZ. 166, Grundbuch 61066 Unterlaufeneegg an Gerd Predota um den Betrag von 900.000 Schilling wird gemäß Paragraph 15 Absatz 2 litera c Landes-Verfassungsgesetz 1960 genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (12.56 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

11. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 39/1, betreffend Tourismusbericht 1999 gemäß Paragraph 6 Absatz 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes 1992.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (12.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gemäß Paragraph 6 Absatz 4 des Steiermärkischen Tourismusgesetzes ist dem Landtag jährlich ein Bericht vorzulegen, der die Entwicklung des Tourismus, Angebot und Nachfrage sowie die Förderung touristischer Vorhaben, die Verbesserung der Struktur der Tourismusverbände und die Durchführung regionaler Vorhaben umfasst. Aus dem nun vorliegenden Tourismusbericht 1999 ist ersichtlich, dass der Aufwärtstrend im steirischen Tourismus unvermindert anhält und im Jahr 1999 ein Nächtigungszuwachs von 3,7 Prozent zu verbuchen war. Damit hat die Steiermark nach Burgenland und Salzburg am stärksten zugelegt. Mit mehr als 9,4 Millionen Nächtigungen halten die Steirer bereits einen Anteil von 8,3 Prozent am gesamtösterreichischen Tourismus und

liegen hinter Tirol, Salzburg und Kärnten auf Rang vier. Die verstärkten Bemühungen der steirischen Touristiker um die Gäste aus den unmittelbaren Nachbarstaaten Österreichs schlug sich in durchaus positiven Zahlen nieder. So ist ein erfreuliches Plus von 21,3 Prozent bei den italienischen Gästen und ein Zuwachs von 12 Prozent bei den Touristen aus Tschechien zu verzeichnen. Durch die Forcierung von Leitprojekten (Formel I auf dem A1-Ring, Nordische Ski-WM in der Ramsau, Alpentour Steiermark, Hufeisentour Steiermark sowie Golfveranstaltungen) konnten Milliardenumsätze für das „Event-Land Steiermark“ erzielt werden. Im Hinblick auf die Qualitätssicherung im steirischen Tourismus wird über das Pistengütesiegel sowie das Loipengütesiegel berichtet. Im Zusammenhang mit der Gebarung des Tourismusförderungsfonds wird festgehalten, dass im Jahr 1999 für 359 Förderungsfälle im Rahmen des eigenen Bereiches insgesamt 48,4 Millionen Schilling an Förderungen genehmigt wurden. Mit diesem Betrag konnten Investitionen von rund 1,7 Milliarden Schilling im Bereich des gewerblichen Tourismus in der Steiermark gefördert werden. Ich bitte um Kenntnisnahme dieses Berichtes! (12.59 Uhr):

Präsidentin Dr. Rieder: Ich danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (12.59 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der Tourismusbericht 1999 liest sich wie eine Erfolgsgeschichte und das ist auch eine Erfolgsgeschichte für die Steiermark. Ich darf Herrn Landesrat Hirschmann, seinen Mitarbeitern im Hause und vor Ort in den Regionen, der StG herzlich zu dieser Erfolgsgeschichte gratulieren. Ich nutze auch die Möglichkeit euch zu danken, dass Einbußen im Tourismus bereits seit 1997 gestoppt werden konnten. 1997 ist euch sogar eine Trendumkehr gelungen, wodurch der Tourismus in der Steiermark einen Aufwärtstrend verzeichnen kann. Laut dem Tourismusbericht hat die Steiermark einen Nächtigungszuwachs von 3,7 Prozent zu verbuchen. Und von den 9,4 Millionen Nächtigungen in der Steiermark hatten wir bereits einen Anteil von 8,3 Prozent an Nächtigungen österreichweit und liegen somit auf Rang vier der Rankingliste der Bundesländer. Jede Entwicklung setzt eine Initialzündung voraus. Und was war die Ursache für diese positive Entwicklung im Tourismus in der Steiermark? Erstens, für mich ist es ganz sicher der Ausbau und die Durchführung von touristischen Großveranstaltungen und dem Erlebnistourismus. Ich führe als Beispiel den A1-Ring an, der als Großveranstaltung hier in der Steiermark abgehalten wird und daher ein Riesenerfolg für die Region erzielt werden kann, jedes Jahr auch ein wirtschaftlicher Erfolg erzielt werden kann.

Zweitens, die ständige Qualitätsverbesserung im Bereich des Bettenangebotes. Und hier möchte ich auch gleichzeitig noch meine Bitte hinzufügen und noch einmal einbringen den einst beschlossenen Antrag zur Sicherung der Qualitätsbetten, um diese zu fördern, in der Höhe von 250 Millionen Schilling, auch umzusetzen, da diese Weiterentwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Drittens, die Entwicklung neuer touristischer Angebote mit Angebotsschwerpunkten wie zum Beispiel die Alpentour Steiermark, der längsten Bikertour in einer Strecke von 900 Kilometer zusammenhängend, ein Eldorado für die Mountainbiker oder die Hufeisentour, die noch weiter ausgebaut werden muss. Derzeit ist diese Hufeisentour in der Südweststeiermark entstanden und viele Betriebe in der Südweststeiermark sind bereits miteinander verbunden und weitere Ausbaustufen sind aber noch geplant im Mur- und Mürztal und auch dem Ennstal. Wir hätten auch hier die Chance, das größte Reitwegenetz Mitteleuropas entstehen zu lassen, als Beispiel der Alpentour folgend.

Aber erlauben Sie mir noch einige Trends im Bereich unserer Angebotsschwerpunkte aufzuzeigen im Bereich des Sportes und im Bereich der Kultur. Und weil heute noch hoch aktuell in diesem Haus zum letzten Tagesordnungspunkt über das Kunsthaus diskutiert und abgestimmt wird, möchte ich die Kunst als Tourismusfaktor noch beleuchten. Wir haben schon gehört, dass wir ein aufstrebendes Tourismusland sind. Die Touristen wollen aber neben der Natur, der schönen Landschaft, den gepflegten Hotels und Gaststätten auch Kultur erleben. Kulturtourismus ist im Aufwind, daher sind auch kluge Investitionen für die Kultur im Umweg über den Tourismus notwendig und auch rentabel. Es gibt genügend solcher Beispiele in Europa, ein Beispiel möchte ich erwähnen, zum Beispiel das Museum in Bilbao. Und damit möchte ich auch sagen, dass das Kunsthaus in Graz für die Steiermark auch für den Tourismus sehr, sehr wichtig wäre und sehr, sehr wichtig ist. Wichtig deshalb, weil ja ökonomische Impulse von diesem Projekt ausgehen, ja große regionalwirtschaftliche Effekte erzielt werden können. Denken wir an die Bauphase, denken wir an den Betrieb und an die Arbeitsplätze und die Beschäftigten. Wenn auch Graz und Graz-Umgebung den größten Nutzen von diesem Projekt davonträgt, ich schätze, zwei Drittel Nutzen werden in Graz und Umgebung sein, so bleibt doch dieser Nutzen von einem Drittel für die übrige Steiermark. Das Kunsthausprojekt bringt also Mehreinnahmen, mehr Arbeitsplätze und mehr Touristen.

Einen vierten Punkt möchte ich noch erwähnen, Golfen als Wirtschaftsfaktor und ich war überrascht, dass zum Beispiel – wie im Bericht berichtet wird – 10.000 Golftouristen 150 Millionen Schilling in einer Region lassen. Somit ist dann für mich Golf nicht mehr ein elitärer Sport oder ein Freizeitvergnügen, es hat sich bereits zum Volkssport entwickelt. Aber dies ist nur möglich, wenn diese Entwicklung konsequent und deren Umsetzung konsequent erfolgen. Und wir können es ableiten aus den Tourismusangeboten der Dachstein-Tauern-Region, aus dem Thermenland und Graz jetzt in Bezug auf Übernachtungen, die auch für uns als Tourismuslokomotiven gelten und auch solche sind.

Und nun zur Süd- und Weststeiermark. Auch wir sind jetzt auf der Aufholspur. Die Entwicklungsstufen und die Angebote in anderen Regionen, also wie sie in anderen Regionen umgesetzt werden – golfen, reiten, Rad fahren, Wein – führen auch unsere Angebote zu höheren Nächtigungen im südsteirischen Weinland. Das Weinland wird auch immer beliebter und entwickelt sich auch zur Zukunftsregion in der Steiermark! Die Nachfrage nach Beherbergung ist derzeit sehr, sehr groß, wie Urlaub am Weinbauernhof, in den Hotels, aber auch in den Pensionen. Nur, hier mangelt es noch an unserer Bettenkapazität und es hält sich auch noch in Grenzen. Unsere Gäste schätzen in erster Linie natürlich den Wein, Land und Leute und der Trend zeichnet sich immer mehr im Genießen ab, das heißt „Genuss pur“. Und auch hier werden konkret im südsteirischen Weinland Angebote schon entwickelt. Derzeit halten wir bei über 4400 Betten aller Kategorien jetzt zusammengezählt, das uns übrigens schon im Jahre 1999 240.000 Übernachtungen bescherte und im Jahr 2000 waren es bereits 280.000 Übernachtungen. Also ein Plus von über 15 Prozent oder in Nächtigungen ausgedrückt sind das über 40.000 Nächtigungen. Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich noch eines erwähnen, den Tourismus als wichtigsten Wirtschaftsfaktor. Denn schon 1999 sorgte der Tourismus für die meisten Jobs. Keine Wirtschaftssparte bringt mehr neue Arbeitsstellen als der steirische Tourismus. Während Gewerbe und Handwerk als größter Arbeitgeber um 1,7 Prozent mehr Arbeitsplätze schaffen konnten, gab es beim Tourismus bereits gleich um 6,3 Prozent mehr Jobs. Konkret sind das dann über 1670 neue Arbeitsstellen, gegenübergestellt dem Gewerbe und dem Handwerk und dieser Trend ist anhaltend. Und daher wünsche ich mir für die Tourismusverantwortlichen vor Ort und im Land und ich wünsche es auch der Wirtschaft, dass diese positive Entwicklung in den nächsten Jahren sich weiter fortsetzt.

Abschließend noch ein Danke an die Verantwortlichen dieses Berichtes. Es ist ein wunderbarer und schöner Tourismusbericht. Ich hoffe, es werden weitere erfolgreiche Tourismusberichte in den nächsten Jahren folgen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.08 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zur Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile es ihr.

Abg. Margarethe Gruber (13.09 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Tourismusbericht des Landes Steiermark, wie er uns vorliegt, ist ein positiver, zeigt er doch Zuwächse in allen Sparten und eine gute Positionierung im Mittelfeld Österreichs. Steiermark ist ein Land, das aufbaut auf Traditionen und sich den Neuerungen des internationalen und nationalen Tourismuswettbewerbes durchaus gewachsen zeigt. Und so kann man auch ohne veraltet zu wirken davon sprechen, dass es – um sich künftig noch besser zu positionieren – notwendig ist zu trachten, dass dort, wo der Gast ankommt, er gut funktionierende Gegebenheiten vorfindet wie im Vorwort vom Aufbau der Destinationsmanagementstrukturen geschrieben wird. Es wird zu trachten sein, um auch in den kommenden Jahren den Druck des internationalen und nationalen Wettbewerbes entgegenzuhalten, die Stärken, die Vielfalt und den landwirtschaftlichen Reichtum dieses Landes hervorzuheben und ein geeignetes Mittelmaß zwischen Tradition und Innovation, zwischen Brauchtum und Eventkultur zu finden. Ein Lob sei von dieser Seite aus an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Träger der touristischen Einrichtungen, jener direkt vor Ort, den regionalen Verbänden vom Dachstein und bis zum Rebenthal gegeben. Hier wird getrachtet, den speziellen Charakter der Regionen herauszustreichen, den Gästen vorzustellen und vor allem dazu zu führen, dass die Neugierde zum Kennenlernen der anderen Regionen geweckt wird. Hier scheint es notwendig, dass die einzelnen Regionen sich gegenseitig unterstützen mit dem Wissen, dass gesunder Wettbewerb untereinander für alle positive Aspekte mit sich bringen kann. Der Tourismus als Wirtschaftsfaktor ist für die Steiermark von enormer Wichtigkeit. 9,3 Prozent der Beschäftigten der steirischen Wirtschaft sind hier tätig, mehr als doppelt so viele Frauen, allerdings nicht immer unter den besten Voraussetzungen – das ist aber eine andere Geschichte. Die Leitprojekte, wie zum Beispiel die längste Biketour der Welt, zeigen dass es wichtig ist, gerade jetzt, wo der Radsport einen so hohen Stellenwert hat, das Radnetz noch weiter auszubauen. Egal in welcher Sparte, egal in welcher Region, wichtig ist vor allem die Qualität. Hier sind alle gefordert, von der kleinsten Gemeinde bis zur Stadt. Kein Platz im Tourismusbericht wird der Kultur zugestanden. Hier seien die großartigen Ausstellungen in Graz und in Leoben erwähnt sowie die Bemühungen aller Regionen der Steiermark, den Gästen neben Erholung, Sport und einem guten Angebot an Freizeitbetätigungen auch einen kulturellen Ausgleich zu bieten. Ich komme aus der Obersteiermark, der Region der Freizeitarena „Oberes Murtal“. Hier konnte im Eventbereich Großes organisiert werden, denkt man nur an den Flugtag in Zeltweg zurück. Aber auch auf kultureller Seite wird den Gästen sehr viel geboten. Der Schwerpunkt und das gemeinsame Ziel aller in dieser Region für die Region tätigen Menschen ist aber das Projekt „Therme Gabelhofen“, für das es einen Schulterschluss aller politischen Kräfte gibt. Hier darf ich von dieser Stelle aus die Bitte um Unterstützung – der Herr Abgeordnete Tschernko hat schon gesagt – für die Tourismuslokomotive aussprechen. Zu hoffen ist, dass zwischen den Aussagen von der Finanzseite, dass in Zukunft nicht mehr jedes kleine Schibergerl gefördert werden wird können, und der Umsetzung von regionalen Plänen, die sich ins Gesamtkonzept einfügen, ein für alle akzeptabler Kompromiss gefunden werden kann. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es Ihnen.

Abg. List (13.14 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Tourismuslandesrat!

Als kräftige steirische „Tourismuslokomotive“ wird das Thermenland im Tourismusbericht 1999 mit sage und schreibe 434.281 Ankünften „plakativ“ bezeichnet. Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, damit hat das steirische Thermenland seine Spitzenposition mit einer Steigerung von rund 1,1 Prozent durch hohen Gästewechsel ausgebaut. Auch der 7,1-prozentige Zuwachs bei den Übernachtungen im steirischen Thermenland ist durchaus erfreulich im Bericht. Leider führte diese Entwicklungen an so genannten starken Tagen zu Überfüllungen der Thermen. Besonders kritisch war die Situation während der letzten Weihnachtsfeiertage und dürfte auch in den kommenden Energieferien in unserem Bundesland wieder eintreten. Die damaligen Schlagzeilen in den steirischen Medien, wie „Vor Thermen stehen Besucher Schlange“, – „Das beliebte Ausflugsziel, die Therme Bad Radkersburg, musste bereits ab 9.30 Uhr, das bedeutet 30 Minuten nach Öffnung, geschlossen werden“, sind uns allen sicherlich noch in Erinnerung! Diese Situation, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, ärgert vor allem jene Besucher, die bereits bei den umliegenden kleinen Zimmervermietern Eintrittskarten gekauft hatten und nicht das heiße Nass genießen dürfen. Anrainer sowie Einheimische mit Jahreskarten werden ebenfalls nicht mehr hineingelassen. Familien werden getrennt, weil etwa ein Elternteil Sachen im Auto holen musste, die man vergessen hatte oder der Vater, der Kraftfahrer, sich nach der Parkplatzsuche etwas verspätete. Und viele andere Besucher, die aus verschiedenen Orten angereist sind, um sich zu erholen, müssen mit den gekauften Karten vor verschlossenen Thermentüren stehen. Natürlich beschwerten sie sich und sind selbstverständlich empört. Hier glaube ich festhalten zu müssen, dass die Verantwortlichen im Bereich der Organisation vor Ort arg überfordert sind. Einen wesentlichen Anteil an diesen teilweise chaotischen Zuständen in der Therme Bad Radkersburg hat unwiderruflich das neue Vitalhotel. Die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebsgesellschaft Bad Radkersburg ist gleichzeitig Manager und Betreiber dieses Vitalhotels, was durch einen Managementvertrag mit dem Erbauer des Hotels, der HBR-Betriebsgesellschaft, fixiert und abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag ist eine Wettbewerbsverzerrung erster Klasse! Wir haben hier im Landtag bereits wiederholt davor gewarnt und diese Problematik aufgezeigt. Leider sind alle unsere Befürchtungen schon wenige Wochen nach der Eröffnung eingetreten. Durch die vertragliche Zusicherung, geschätzte Damen und Herren, dass der Manager – jetzt die Therme – für die Verwaltung und Führung des Vitalhotels ein Fixgeld von rund 1,25 Millionen Schilling erhält und gleichzeitig eine erfolgsabhängige garantierte Gewinnbeteiligung bekommt, sind die Leitung der Therme und jeder ihrer Mitarbeiter selbstverständlich unter Druck geraten. Diese haben größtes Interesse, dass das Vitalhotel bestens ausgelastet ist, weil sie dadurch, wie aus dem Vertrag ersichtlich, mitverdienen! Durch diese Tatsache kommt es bereits jetzt zu einer entscheidenden Benachteiligung aller anderen thermen-touristischen Betriebe in der Region. Von einer einseitigen Werbung, Beratung und Vermietung von Zimmern haben wir gewarnt. Für den Start, die Eröffnung des Vitalhotels wurden sämtliche verfügbaren Adressen, das gesamte vorhandene Adressenmaterial in und um Bad Radkersburg verwendet. Jeder Gast, der sich in dieser Region aufhält, von dem die Daten bekannt sind, wurde angeschrieben und teilweise falsch informiert. Ich frage mich hier, welcher andere Betrieb kommt zu diesen gesammelten Unterlagen? Jeder, der einmal Gutscheine für die Therme gekauft hatte, musste seine Adresse bekannt geben. Auch dieser Personenkreis wurde angeschrieben und gezielt beworben. Wo bleibt hier der Datenschutz? Hier wird alles unternommen, damit das eigene Hotel gefüllt wird. Logisch, geschätzte Damen und Herren des Landtages, dass durch diesen konzentrierten Einsatz der verfügbaren Thermenwerbemittel ihr eigenes Hotel, aber auch alle anderen im unmittelbaren Bereich geführten Betriebe, wie der „Kaiser von Österreich“, in sämtlichen Inseraten und Prospekten bevorzugt behandelt werden. Hier, kann ich offen sagen, findet der freie Wettbewerb nicht mehr statt. Die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe konzentrieren sich vorrangig auf ihr Hotel, das übergehen dürfte, während die anderen Zimmer der kleinen Vermieter leer bleiben! Diese Vermieter haben immer das Risiko getragen, besitzen keine Ausfallhaftungen und bleiben damit auf der Strecke. Frühstückspensionen haben erstmals seit Bestehen – und das wurde hinterfragt – keinen Hausgast! Die Hausgäste wurden gezielt abgeworben. Gleichzeitig gibt es auch zwei Klassen von Gästen in der Parktherme Bad Radkersburg. Der eine ist ein privilegierter Badegast, er ist Gast des Vitalhotels, der in der Therme hofiert wird. Für diese Gäste werden Liegen reserviert, die aber oft leer bleiben. Auch gibt es einen eigenen Bereich für diese privilegierten Badegäste im Restaurant, wo die Tische für sie gedeckt sind. Der einfache, normale Badegast aus anderen nahen Beherbergungsbetrieben oder der Tagesgast kann sich auf keine Liege freuen und erhält diesen Service nicht. Mit vollem Tablett stehend darf er sich nicht an diese reservierten Tische setzen. Ich sage, die Therme und hier vor allem die Therme Bad Radkersburg muss alle Gäste gleich behandeln, und nicht ihre eigenen bevorzugen! Im Tourismusbericht steht von dir, Herr Landesrat, wörtlich, „signifikant ist der Trend zum Qualitätstourismus“, das ist eine deiner richtungsweisenden Aussagen. Ich behaupte, dass hier vom Qualitätstourismus zum Massentourismus gegangen wird. Ein derartiges Hotel wie das Vitalhotel in eine gewachsene Region zu stellen ist schlichtweg, ich formuliere es sehr salopp, eine Frechheit oder auf alle Fälle eine Zumutung. Die Bettenanzahl dieses Hotels soll sich wesentlich erhöht haben, von 281 Betten in 151 Zimmern wurde geschrieben, jetzt ist plötzlich auf Grund gewisser Zeitungsartikeln, diese Bettenanzahl auf insgesamt 489 Betten angewachsen. Aus einem projektierten Drei-Sterne-Haus wurde ein Vier-Sterne-Hotel ohne eigenes Restaurant. Wo gibt es das heute noch, ein Vier-Sterne-Hotel ohne eigenes Restaurant? Vermutungen sind aufgetaucht, dass es einen Bau im Bau gegeben haben soll. Aus einem Hotel mit Frühstück auf Grund der vorhandenen Benutzungsbewilligung wurde ein voller Hotelbetrieb. Dieser darf die Ressourcen der ganzen Therme, den neuen um 60 Millionen umgebauten Bereich mit Badelandschaft und alle dort involvierten Möglichkeiten, insbesondere das Restaurant voll und uneingeschränkt nutzen und auch einbinden. Hier wird bewusst falsch verkauft, behaupte ich. Ein Hotel, und zwar dieses Hotel in dieser Dimension ohne eigenen Badebereich und entsprechenden Restaurantbetrieb zu genehmigen ist eine Zumutung für alle anderen. Insgesamt wurde das Hotel äußerst

spartanisch auf minderem Standard gebaut. Einige Schmankerln darüber: Die Toilettenanlagen in den Zimmern sind Billigstausführungen auf engstem Raum. Etwas größer gewachsene Gäste haben echte Probleme in bestimmten Situationen. In den Bädern sind keine Duschtassen und keine Duschvorhänge vorhanden. Allen anderen Privatzimmervermietern wird das bereits in der Baubewilligung vorgeschrieben. Für uns Freiheitliche ist unverständlich, wie es möglich ist, dass von den Verantwortlichen der Stadtgemeinde im Planungsbeirat nach den gültigen Bebauungsrichtlinien im Kurort für Dachneigungen von 38 Prozent hier beim Vitalhotel nur eine Dachneigung von 17 bis 20 Prozent bewilligt wurde. Weiters wurde anstelle des Ziegeldaches ein plumpes, einfach gestrichenes Blechdach genehmigt. Hier könnte ich noch das eine oder andere Schmankerl aus der Region erwähnen, wie man mit Bürgern umgeht, die nicht diese Möglichkeiten haben wie die Errichter vom Vitalhotel. Und trotzdem sollen in dieses Hotel während der Errichtung, also in der so genannten Bauphase, zusätzliche Mittel an die Hotelbetriebsgesellschaft geflossen sein. Wir Freiheitlichen – und das sollte auch der Landtag fordern – wollen wissen, welche Geldmittel seitens der öffentlichen Hand, dem Land Steiermark, in das Vitalhotel geflossen sind. Gleichgültig jetzt aus welchen Zuständigkeitsbereichen des Landes, sei es aus der Wirtschaftsförderung oder aus dem Tourismusförderungsfonds. 1999 wurde das Projekt aus dem Wirtschaftressort unterstützt und eine Förderung von rund 5,8 Prozent der förderbaren damaligen Gesamtinvestition von 148 Millionen Schilling genehmigt. Die Gesamtinvestitionssumme ist nach den letzten Berichten wesentlich höher und beläuft sich auf über 174 Millionen Schilling. Hier ist ein wesentlicher Anstieg zu verzeichnen. Wir verlangen eine detaillierte Aufklärung, ob nicht zusätzliche Förderungsmittel in dieses Hotel geflossen sind. Diese Aufklärung wurde längst von deinem Regierungskollegen, Herr Tourismuslandesrat, vom Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl versprochen. Jetzt liegt es in deiner Verantwortung als Tourismuslandesrat und auch Zuständiger für die Landesholding aufzuzeigen, welche Wege die Holding hier gegangen ist und ob diese gesetzeskonform sind. Ebenfalls interessiert uns, welche Wege die Holding in diesen Bereichen insgesamt künftig einschlagen wird. Es kann und darf nicht sein, geschätzte Damen und Herren, dass sie eigene Hotels betreibt und zum Konkurrenzunternehmen für alle anderen wird. Ich bin überzeugt und glaube felsenfest daran, dass die Holding nur die Rahmenbedingungen zu schaffen hat und alle Betriebe in der Tourismusregion gleich zu behandeln hat. Ich weiß, glaube oder vermute, nein ich weiß es, Herr Landesrat, dass du mit diesem Vitalhotel sicherlich nicht glücklich bist. In der Region wird bereits vom Massentourismus im Fabriksgebäude gesprochen, zumal dieser Hotelkomplex auch so aussieht. Er passt keinesfalls zu den anderen gewachsenen Häusern, wie das Kurhotel im Park, den „Radkersburgerhof“, die „Vier Jahreszeiten“ oder das kürzlich neu gebaute idyllische „Triest“. Die Region – so scheint es – hat durch diesen Hotelbau und den eigenständigen Betrieb von der Therme Bad Radkersburg einen bedeutenden Qualitätsverlust erfahren. Der einzige Gewinner dabei dürfte ein schlauer Geschäftsmann an der Spitze der Hotelbetriebsgesellschaft sein, der mit diesen Verträgen und anderen Vereinbarungen null Risiko eingegangen ist. Auch sein Freund, der jetzige Bürgermeister der Stadtgemeinde Bad Radkersburg als Freund dieses schlauen Geschäftsmannes, hat mir persönlich erklärt, dass es hier zu einer entscheidenden Wettbewerbsverzerrung im Tourismus kommt. In dieser Region findet der freie Wettbewerb nicht mehr statt. Damit dieser freie Wettbewerb wieder stattfindet, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, erlauben sich die freiheitlichen Abgeordneten List, Wiedner und Lafer einen Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend Förderung des Tourismus in der Region um die Therme Bad Radkersburg mit der kurzen Begründung einzubringen:

Die Errichtung des Vitalhotels in Bad Radkersburg führte zu einer Verzerrung der touristischen Wettbewerbssituation in der Region rund um die Therme Bad Radkersburg und überfordert den Thermalbetrieb vor Ort. Durch den Abschluss eines Managementvertrages, der für dieses Hotelprojekt Ausfallhaftungen durch das Land Steiermark garantiert, kam Unruhe in dieses Tourismusgebiet. Die Entwicklung in den letzten Wochen zeigt, dass die anderen überwiegend privat finanzierten Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe durch diese einseitige Unterstützung aus öffentlicher Hand massiv benachteiligt werden. Diese Situation wird durch verschiedene Schreiben von Betroffenen auch an Regierungsmitglieder und Mandatare bestätigt.

Ich habe einige Schreiben hier, die an die zuständigen Regierungsmitglieder, beispielsweise auch den Herrn Landesrat Hirschmann gegangen sind, in denen ein Betroffener schreibt: „Ich frage mich, wo bleibt die Chancengleichheit zwischen Groß und Klein? Durch dieses Vitalhotel haben sich die Leistungen für die Gäste der kleinen Betriebe wesentlich verschlechtert“, oder, „Ist es der Zwang zur Vermittlung durch Auslastungsgarantie oder fließen hier Provisionen“, und vieles andere mehr.

Deshalb dieser Antrag, den die unterfertigten Abgeordneten stellen.

Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, binnen sechs Monaten erstens zu prüfen (wenn notwendig durch externe Experten) und dem Steiermärkischen Landtag zu berichten, inwieweit der von der Landesholding, der Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg GesmbH. mit der HBR Hotelbetriebsgesellschaft mbH. über das Vitalhotel abgeschlossene Managementvertrag sich wettbewerbsverzerrend auf die Situation des Tourismus in der Region auswirkt und ob dieser den rechtlichen Kriterien der europäischen Union bezüglich der Vergabe von Subventionen und Ausfallhaftungen entspricht, zweitens dem Steiermärkischen Landtag zu berichten, welche Subventionen für das Vitalhotel, aufgegliedert nach den verschiedenen Zuständigkeiten in der Steiermärkischen Landesregierung, aus den Bereichen der Wirtschaftsförderung, dem Tourismusförderungsfonds und anderen Förderungsmöglichkeiten insgesamt in das Projekt Vital-Hotel geflossen sind und drittens an die Kur- und Fremdenverkehrsbetriebe Bad Radkersburg heranzutreten, Rahmenbedingungen zu schaffen, die von einer einseitigen Bewerbung des Vitalhotels Abstand nehmen und alle Tourismusbetriebe in der Region um die Therme Bad Radkersburg gleich behandeln.

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses und Herr Landesrat, wir sind gefordert: Verhindern wir gemeinsam diese Wettbewerbsverzerrung, wie sie hier stattfindet!

Setzen wir uns viel besser für die Sicherheitsbohrung in Bad Radkersburg ein, damit die Thermalwasserförderung langfristig gewährleistet ist und wird. Das Sprudeln der Therme ist nämlich eine existenzielle Frage für die gesamte Region und ihrer Bewohner. Bemühen wir uns, durch diesen Antrag das Ziel vom verstorbenen Altbürgermeister Alfred Merlini zu erreichen, nämlich die Therme Bad Radkersburg soll ein Qualitätsniveau ähnlich dem italienischen Badeort Abano erhalten und nicht zur Massentherme werden. Erfüllen wir diesen Wunsch, überprüfen wir diese Vorgangsweise beim Vitalhotel und beschließen wir diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag. Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung! (Beifall bei der FPÖ. – 13.32 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

Abg. Lechner-Sonnek (13.32 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich beziehe mich in meiner Wortmeldung auf den Entschließungsantrag betreffend die behindertengerechte Ausstattung von Tourismuseinrichtungen. Erstmals möchte ich anmerken, dass ich es für eine sehr sinnvolle und wichtige Haltung empfinde, Wirtschaftsförderung an qualitative Kriterien zu koppeln und nicht nur an die Zahl der fiktiven möglicherweise zu gewinnenden Arbeitsplätze. Das wäre auch im Bereich der Frauenförderungsmaßnahmen ein probates Mittel. Zum Zweiten möchte ich Ihnen sagen, dass ich glaube, dass wir ohnehin zeitlich enorm in Verzug sind, und zwar dadurch, dass in unseren Tourismuseinrichtungen das noch nicht Stand der Technik ist. Ich kenne mich in diesem Bereich insofern aus, als ich an internationalen Tagungen teilgenommen habe und dort immer wieder erkennen habe müssen, dass uns mehrere Länder in Westeuropa bei weitem voraus sind und dass es einem Österreicher oder einer Österreicherin gar nicht gelingt, reflexartig Errungenschaften im Bereich der barrierefreien Planung aus dem eigenen Land aufzulisten, nicht annähernd so wie es jemandem gelingt, der in Frankreich, Spanien, England, Finnland und so weiter zu Hause ist. Das heißt, wenn wir unsere Reputation als Tourismusland erhalten wollen, müssen wir auch in diesen Bereich dringend investieren. Zum Abschluss noch etwas Grundsätzliches: Räumliche Erreichbarkeit sicherzustellen für Menschen mit Behinderung heißt, sie am sozialen Leben teilhaben zu lassen. Diese räumlichen Voraussetzungen nicht sicherzustellen heißt, sie aktiv auszugrenzen. Wir haben einen Passus – Anne Marie Wicher hat es heute schon gesagt – in der Österreichischen Verfassung, die eine solche Diskriminierung von Menschen auf Grund ihrer Behinderung eindeutig verbietet. Wir haben vielleicht eine Schwachstelle, weil das noch nicht in landesgesetzliche Regelungen überführt worden ist. Und trotzdem gibt uns das eigentlich nicht das Recht, uns über diese Verfassungsbestimmung hinwegzusetzen. Wir werden diesen Antrag gerne unterstützen und hoffen, dass das ein erster Schritt ist von vielen, die noch folgen mögen, wo im Übrigen auch das Sozialressort mit dem Behindertengesetz vielleicht nicht unmittelbar, aber doch als Anwalt beziehungsweise in meinem Fall als Anwältin Aktivität notwendig ist um zu schauen, wie man die Baugesetzgebung in diesem Bereich verändern kann. Insofern möchte ich replizieren auf den Herrn Flecker, der vorhin vermisst hat, dass in Personalfragen der Personallandesrat da ist. Auch hier hätte es mir sehr gut gefallen, ihn noch in diesem Raum zu sehen und mit ihm darüber zu reden, wie man vom Sozialressort her diese Tendenz positiv unterstützen kann. Danke! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 13.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Tasch (13.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin eigentlich ein sehr frauenfreundlicher Mensch und oft als der Frauenliebling ausgerufen. (Abg. Genaro: „Lieb bist du nicht!“) Aber die Frau Präsidentin hat mich vom ersten auf den letzten Platz degradiert. Ich bin aber ganz gerne als Letzter am Rednerpult. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei unserer Tourismusabteilung, bei seinem Chef, Herrn Hofrat Dr. Hermann, und bei Herrn Dr. Pögl und seinen Mitarbeitern für den enormen Einsatz unseres Tourismus in der Steiermark. Ein besonders herzlicher Dank gilt dem Büroleiter von Herrn Landesrat Dr. Hirschmann, Herrn Dr. Schnabel, der sich für den Tourismus in der Steiermark besonders einsetzt. Herrn Wolfgang Eltner von der Steirischen Tourismus GmbH. möchte ich ebenfalls in meinem Namen einen herzlichen Dank aussprechen. Ein Dankeschön für den enormen Einsatz. Es ist nicht von ungefähr, einen Tourismuslandesrat als Chef zu haben, der derart engagiert ist, dass das Land Steiermark auf der Überholspur ist. Lieber Gerhard, ich darf dir für deinen unermüdlichen Einsatz für den Tourismus in der Steiermark ein herzliches Danke sagen. (Beifall bei der ÖVP.) Wie schon gesagt, befindet sich die Steiermark bezüglich Tourismus in den letzten Jahren kräftig auf der Überholspur. Erfolgsfaktoren kann man dazu einige nennen, wie zum Beispiel die Erfolgsstory der steirischen Thermenregion und die sprunghafte Weiterentwicklung der Dachstein-Tauern-Region. Vorbildlich im Besonderen ist die steirische Eventstrategie eng verbunden mit der Arbeit von unserem Tourismuslandesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Sportliche Großereignisse, wie das Formel-I-Rennen, die Weltcuprennen am Semmering, der Nachtslalom in Schladming mit über 40.000 Besuchern, die Weltcuprennen der Damen in Haus im Ennstal, die Nordische Ski-WM in der Ramsau, das Schispringen in Bad Mitterndorf, wo an drei Tagen über 70.000 Besucher zu verzeichnen waren und die Idee von unserem Landesrat Gerhard Hirschmann, eine Schiflugmattenschanze in Bad Mitterndorf auf der größten Naturschanze der Welt zu installieren ist

etwas, was gerade das Steirische Salzkammergut besonders in Auftrieb bringen könnte. Hier möchte ich sagen, dass die Region „Steirisches Salzkammergut“ in der letzten Zeit leider Gottes von der Weiterentwicklung und von der Erfolgsstory des steirischen Tourismus nicht sehr mitprofitiert hat. Es wäre dort notwendig, dass man auch in Zukunft von den Standards her vieles verbessern müsste und die Schiliftregion Tauplitzalm modernisiert, um auf den letzten Stand zu bringen. Besonders freut es mich, dass die Snowboard-WM in Murau stattfinden wird und insbesondere von der Steiermärkischen Landesregierung forciert und gefördert wird. Es hat in letzter Zeit starke Zuwachsraten an Vier-Sterne-Hotels mit über 35 Prozent gegeben. Leider Gottes sind hier die Hotels mit niedrigerem Standard eher von Abnahme begriffen. Es wäre daher ganz wichtig, dass man in Zukunft in der Steiermark Hotels errichtet, die von größter Qualität sind und Vier-Sterne-Hotels forcieren sollte. Weitere Veranstaltungen in der Steiermark sind – und das ist schon meinem Bericht zu entnehmen gewesen – die Alpentour, die Hufeisentour, das Narzissenfest in Bad Aussee. Die Nächtigungszahlen zeigten im Großen und Ganzen eine sehr positive Entwicklung. Auffällig ist jedoch eine immer stärkere Konzentration des Tourismusaufkommens auf die Tourismuskernregionen „Steirisches Thermenland“ und „Dachstein-Tauern-Region“. Im Tourismus geht es jedoch nicht nur um Nächtigungszahlen, sondern vor allem um die Wertschöpfung. Die jüngst veröffentlichte Destinationsstudie zeigt einem, dass punkto Umsatzentwicklung und Auslastung zukünftig in der Steiermark noch einiges zu tun ist. Allein die Thermenregion und die Dachstein-Tauern-Region erreichen einen jährlichen Umsatz aus Tourismus von über 2 Milliarden Schilling. Herausragend – auch im Vergleich zum Gesamtösterreich – sind die Bettenauslastungsfaktoren in der Region des steirischen Thermenlandes. Der hohe Anteil an Qualitätsbetten führt in dieser Region allein bei den Vier-Sterne-Hotels zu 247 Vollbelegtagen pro Jahr – Vergleich Graz nur 138 Tage. Das zeigt, welche enorme Auslastung der Spitzenhotels im Thermenland stattfindet. Einen größeren Umstrukturierungsprozess gibt es im Besonderen in den traditionellen steirischen Regionen, insbesondere im alpinen Teil der Steiermark oder in der Obersteiermark. Aber auch dort bestätigt sich der Trend zur Qualität. Während Komforthotels beispielsweise in der Dachstein-Tauern-Region die Auslastungszahlen halten konnten, gab es in den „unteren Kategorien“ in den letzten Jahren Rückgänge bis zu 35 Prozent.

Es muss daher insgesamt dem Steiermark-Tourismus gelingen, die Wertschöpfung aus dem Tourismus zu erhöhen und zumindest auf Salzburger Niveau zu bringen. Dies kann nur durch gezielte Maßnahmen passieren, wie – ich habe es bereits erwähnt – Forcierung der Qualitätsverbesserungen und Neubauten in der Hotellerie, forciertes internationales Marketing, Qualitätsmanagement – die Chancen liegen in höherpreisigen Marktsegmenten, Entwicklung der Tourismusorganisationen hin zu Marketing-Destinationsgesellschaften.

Internationalisierung: Einzig und allein der Dachstein-Tauern-Region und dem Salzkammergut ist es gelungen, eine Internationalisierung der Gästeschicht zu erreichen. Nur dadurch ist eine Nachfragebeschränkung auszugleichen. Dies wiederum ist nur perfekt organisierten und gut finanzierten Destinationen (Region) ab einer Mindestgröße möglich.

Destinationsmanagement ist unbestritten der neue Schwerpunkt der Tourismusdiskussion in Österreich. Nur effektive regionale Kooperationen können es im heutigen Wettbewerb noch schaffen. Was ist eine Destination? Der geografische Raum, in welchem der Gast die Angebotselemente findet, deren Summe das touristische Produkt ergibt! Es muss gelingen, diese einzelnen Leistungen und notwendigen Einrichtungen zur Beherbergung, Verpflegung und Unterhaltung zu verschiedenen Dienstleistungsketten zu formen.

Das Produkt Tourismus muss kundenorientiert ausgerichtet sein. Durch die Konzentration der Kräfte und der Etablierung von professionellem Management kann eine funktionierende Destination einen überregionalen Risikoausgleich vollziehen und für neue Finanzierungsmöglichkeiten sorgen. Im Zuge der Novellierung des Tourismusgesetzes im Jahr 2001 muss insbesondere auf die Entwicklungen im Tourismus Rücksicht genommen werden. (Präsidentin Dr. Rieder: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit beträgt nur mehr eine Minute, wenn ich Sie darauf aufmerksam machen darf!“) Danke schön, die Steiermark dominiert im Österrichtourismus. Mit Freude muss man auch zur Kenntnis nehmen, dass steirische Tourismusspitzenvertreter auch im Österrichtourismus kräftig den Ton angeben. Die Tourismusstaatssekretärin Mares Rossmann kommt aus unserem Lande, ebenso der neue Direktor der Österreich-Werbung Dr. Arthur Oberascher. Georg Bliem, der Tourismusdirektor der Dachstein-Tauern-Region, ist neuer Präsident aller österreichischen Tourismusmanager – (Präsidentin Dr. Rieder: „Herr Abgeordneter, wenn Sie bitte zum Schluss kommen!“) Du hast mich als Letzter drangenommen, jetzt brauche ich ein wenig länger – und vertritt die österreichischen Organisationen auch im neuen Marketingbeirat der Österreich-Werbung.

Im anerkannten Fachmagazin „FM“ wurde Herr Landesrat Dr. Hirschmann als zweiterfolgreichster österreichischer Tourismuspolitiker gewählt. Herr Landesrat, ich darf dir recht herzlich danken! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Wünsche zusammenfassend für die Zukunft (Präsidentin Dr. Rieder: „Herr Abgeordneter, bitte es gilt für alle gleich!“): Ich bin gleich fertig! (Präsidentin Dr. Rieder: „Das kann es nicht sein, bitte!“)

Das ist richtig, wenn die Frau Präsidentin abschaltet, muss ich zum Schluss kommen. Ich möchte nur sagen, wir sind stolz auf den steirischen Tourismus und wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir auch in Zukunft Erfolg haben. Und mit den Sportveranstaltungen und mit unseren Tourismusveranstaltungen sind wir weiter auf Überholspur und werden nicht mehr lange brauchen, um die Nummer 1 in ganz Österreich zu werden. (Beifall bei der ÖVP. – 13.46 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile es dir.

Abg. Prattes (13.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vor uns liegt ein sehr farbenfroher Tourismusbericht aus dem Jahre 1999 und es ist der Abteilung zu gratulieren, es ist ein sehr farbenfroher und man muss auch durchaus neidlos anerkennen, ein sehr erfolgreicher Bericht geworden mit einer Rekordnächtigungszahl. Und als Abgeordneter des steirischen Oberlandes bin ich schon sehr stolz, dass es gerade bei den Nächtigungen im Fremdenverkehrsjahr 1999 das steirische Oberland war, das 7,9 Prozent an Zuwachs verzeichnen kann, was überhaupt die beste Marke aller Mitbewerber ist. Selbstverständlich, das muss ich auch sagen, sind wir Mickymaus im Gesamt zu den Nächtigungen. Aber immerhin, es freut und zeigt auch, dass bei uns etwas weitergeht und ich möchte nur eines, Herr Landesrat, sagen, was mir ein bisschen abgeht dabei, das sind zwei Sachen: Das Erste ist der Tagestourismus, denn ich frage mich, Erfolg im Fremdenverkehr kann nicht unbedingt nur an Nächtigungen allein gemessen werden und das Zweite, das nur ganz kurz erwähnt worden ist, ist der Kulturtourismus. Und da bin ich sehr froh, dass bereits im Innovationsprogramm des Landes für die Tourismuswirtschaft diese beiden Themen, nämlich Kulturtourismus und Freizeitanlagen, als Schwerpunkte anführt werden. Und ich darf hier zum Vergleich bringen, was ich damit meine. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Stadt Leoben durfte 1997 die steirische Landesausstellung „Made in Styria“ durchführen und ich behaupte, bitte, niemand, der bereits eine Landesausstellung durchgeführt hat, sei mir böse, aber ein bisschen darf man sich auch loben, ich glaube, der Stadt Leoben ist es gelungen, eine der besten Nachnutzungen zu erzielen. Nämlich in den vergangenen drei Jahren, wo wir unsere ethnologischen Ausstellungen durchgeführt haben, haben wir allein 250.000 Besucher verzeichnen können. Das sind nicht Fantasiezahlen, das sind registrierte Besucherkarten, zahlende Besucher. Und daneben, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben über 300.000 Besucher noch das Rahmenprogramm besucht. Da kann man sich vorstellen, was derartige Ausstellungen bewegen. Und ich freue mich und ich darf die Damen und Herren des Landtages bereits jetzt sehr herzlich einladen, am 30. März wird die diesjährige Ausstellung „Ägypten, im Reich der Pharaonen“ eröffnet. Auch hier hoffen wir, dass wir wieder sehr viele Zuschauer und Besucher haben werden. Daneben, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat der Erzberg 80.000 Besucher jährlich, ich betone Tagestourismus. Das darf man nicht unter den Tisch fallen lassen, das bringt für die Gastronomie, das bringt für den Handel zusätzlich Kaufkraft, ist ein sehr, sehr wichtiger Faktor. Natürlich gibt sich das steirische Oberland, der Bezirk Leoben nicht zufrieden. Wir wollen nicht nur Tagestourismus, wir wissen aber auch, dass wir noch sehr viel tun müssen. Dass es an der Nächtigungsinfrastruktur hängt, da müssen wir nachjustieren, da müssen wir ein besseres Angebot liefern. Und dafür – und, Herr Landesrat – ich darf bereits jetzt sehr herzlich um die Hilfe und Unterstützung bitten, wir tun auch was. Es gibt fertige Tourismusprojekte, nämlich Erlebniswelt Iron-Mountain ist schon sehr, sehr oft durch die Medien gegangen mit der Au-Vision in Leoben, mit der Glaboggen, dem Holzfällbad in Trofaiach und natürlich mit dem Abenteuer- und Erlebnispark Erzberg. Daneben haben wir auf der anderen Seite das Tourismusprojekt Elfenberg-Mautern. Das sind alles Bausteine, die wir brauchen, um dieses touristische Angebot zu vervollständigen. Was wollen wir damit bezwecken? Wir wollen, dass wir die Leute länger als einen Tag oder zwei Tage in der Region haben. Dazu – das hat der Kollege Tasch vorher erwähnt – muss man eine Destination entwickeln, das tun wir. Da brauchen wir aber auch die Unterstützung des Landes. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landesrat, ich wollte das nur noch einmal vor dem Hohen Landtag berichten, das steirische Oberland lebt, braucht aber auch die Unterstützung des Landes. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 13.51 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wicher. Ich erteile es ihr.

Abg. Wicher (13.51 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum vorliegenden Tourismusbericht ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon sehr viel Gescheites und Richtiges gesagt worden. Ich gestatte mir auch, zu diesem Tourismusbericht einige Bemerkungen zu machen. Ich bin, und das gestehe ich ganz offen, eine leidenschaftliche Grazerin und unendlich stolz auf die große Vielfalt unserer steirischen Heimat. Wir sind das Sportland Nummer eins, ein viel beachteter Wirtschaftsstandort, der Tourismus boomt und die Thermen sind überlaufen. Im Kulturbereich, und dessen bin ich mir wirklich ganz sicher, werden wir auch die Spitzenposition erringen. Spätestens im Jahr 2003, wenn Graz die Kulturhauptstadt Europas sein wird mit einem Kunsthause, um das uns die ganze Welt beneiden wird. (Beifall bei der ÖVP.) Daher wünsche ich mir, dass möglichst viele Menschen in den Genuss dieser Schönheiten und kulturellen Angebote kommen – als Gäste unserer Tourismuseinrichtungen. Dasselbe wünsche ich mir aber auch für behinderte Menschen, die ebenso wie andere Bedürfnisse nach Erholung und Entspannung haben. Auch sie sind Urlauber, Touristen, Konsumenten, die allerdings, vor allem wenn sie bewegungseingeschränkt sind, gewisse Anforderungen stellen müssen. Es bleibt ihnen auch nichts anderes übrig. Rollstuhlfahrer zum Beispiel brauchen barrierefreie Zugänge, Aufstiegshilfen, geeignete WCs, benutzerfreundliche Sanitäranlagen. All dies kommt sehr wohl auch älteren, gehbehinderten Gästen zugute und sie wissen diesen Komfort außerordentlich zu schätzen. Aus Gesprächen mit Hoteliers weiß ich, dass die so genannten „Rollstuhlzimmer“ bei allen Gästen sehr beliebt sind. Sie sind einfach viel komfortabler. Den Bedürfnissen sinnesbehinderter Menschen und bewegungsbehinderter Menschen entgegenzukommen, dazu sind die Tourismuseinrichtungen aufgefordert. Warum, so frage ich mich ernsthaft, gibt es immer wieder viele finanziell begründete Einwendungen, wenn es darum geht, behindertengerechte Adaptionen vorzunehmen? Behinderte Menschen, und da muss ich mich wiederholen, sind ebenso Konsumenten, die ein Anrecht auf angemessene Angebote, die ihren Bedürfnissen entsprechen, haben.

Sie bezahlen ja schließlich und endlich auch dafür. Leider, und das ist für mich ein sehr ernstes Thema, gibt es noch immer viele Barrieren in den Köpfen und Bretter vor denselben. Ein ganz schlimmes Beispiel dafür ist der Betreiber einer Freizeiteinrichtung, der einer Rollstuhlfahrerin und deren Begleitung den Zutritt zur Sauna verwehrte mit einer Begründung, die ich nicht wiedergeben möchte. Sie ist einfach abscheulich und in höchstem Maße diskriminierend. Dieser Herr allerdings dürfte die Gewerbeordnung nicht studiert haben, in der eine solche Vorgangsweise ausdrücklich untersagt und auch mit Strafe bedroht wird. Dass oft nicht gehandelt wird, ist leider eine sehr bedauernswerte Tatsache. Aber jetzt genug mit diesem grauslichen Thema. Mein Traum, meine Damen und Herren, ist es, dass die Steiermark ihr grünes Herz beweist und führend im Anbieten barrierefrei zugänglicher Tourismuseinrichtungen für in- und ausländische Gäste wird. Dass sich das in Zukunft zusätzlich auch noch rechnen wird, davon bin ich zutiefst überzeugt. Jetzt gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, Ihnen noch den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wicher, Tschernko und der Kollegin Gross, worüber ich mich sehr freue, dass sie diesen Entschließungsantrag unterstützt, vorzutragen. Viele Tourismuseinrichtungen, insbesondere Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe, sind zurzeit für ältere und behinderte Menschen, im Speziellen auch Rollstuhlfahrer, nur schwer oder gar nicht zugänglich. Über behindertengerechte Toiletten und Zimmer beziehungsweise Zugang zu Freizeiteinrichtungen, wie Sauna, Pool et cetera, verfügen nur wenige Betriebe. Damit die Steiermark dem internationalen Tourismusstandard auf diesem Sektor endlich gerecht wird, sollten zukünftige Wirtschaftsförderungen für Tourismusbetriebe und -einrichtungen von einem behindertengerechten Mindeststandard abhängig gemacht werden. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der zukünftigen Förderung von Tourismuseinrichtungen und -betrieben eine behindertengerechte Mindestausstattung, das sind die Zugänglichkeit der Gasträume, Toiletten, zumindest ein behindertengerechtes Gästezimmer sowie die Zugänglichkeit zu Freizeiteinrichtungen, wie Sauna, Pool et cetera einzufordern. Ich bitte Sie, diesen Entschließungsantrag zu unterstützen und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 14.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (14.00 Uhr): Kollege Straßberger, jetzt bin ich doch noch vor dir dran, weil es umgereicht wurde. Aber das macht nichts. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde natürlich nicht mitstimmen in dem Weihrauchgeplänkel, was bis jetzt war, sondern stelle anerkennend fest, dass dieser Bericht auch vom Visuellen her sehr gut gelungen ist. Ich möchte daher jenen, die ihn gestaltet haben, herzlich gratulieren. Er ist ein wirklich schön ansehbarer Bericht. Ich möchte auf eines gleich hinweisen: Natürlich ist aus dem Bericht klar ersichtlich und das sollte man auch anerkennen, dass gerade die Tourismuswirtschaft in den letzten Jahren sicherlich einen Boom erlebt hat, wenn ich zum Beispiel an die Thermenlinie denke und wenn ich an den Tourismus der Regionen denke. Das sind so die touristischen Schlagworte. Aber, meine Damen und Herren, gerade aus diesem Grund, wenn ich die Statistik im Thermenbereich hernehme, die Spitzenwerte einfährt, kann ich sagen, dass Gott sei Dank der begonnene Weg schon Finanzreferent Landesrat Ing. Ressel seinerzeit die positive und richtige Richtung angepeilt hat. Dass diese Thermen überwiegend in manchen Monaten und zu manchen Zeiten so voll belegt sind, dass sie am Vormittag schon gesperrt werden müssen, beweist auch, dass wir die Entscheidung von Gleichenberg richtig getroffen haben. Und ich möchte feststellen, dass man gerade in diesem Thermenbereich versucht und es wird auch darauf ankommen, dass dieser Thermentourismus um die vorhandenen Strukturen abgesichert, gefestigt werden und dass auch neue Felder aufgemacht werden müssen. Wenn ich an die Obersteiermark denke, wir haben hier Gott sei Dank Spitzenwerte. Und diese Herausforderung, dieser Tourismus wird sich auch im Arbeitsmarkt künftig vermehrt niederschlagen und wir werden bei den Beschäftigten veränderte Situationen vorfinden, vor allem in der Aus- und Weiterbildung müssen Personen neuen Anforderungen gerecht werden. Das wird zu wenig sein, Herr Landesrat, dass die Voraussetzungen nur geschaffen werden, um den steirischen Tourismus entsprechend der jeweiligen Regionen zu stärken. Wir müssen auch auf einem internationalen Niveau versuchen sie zu halten beziehungsweise zu bringen. Und wenn die Beschäftigung von mir auch angezogen wird, dann ist es sicherlich notwendig, dass man auch im Tourismusförderungsfonds Mittel zur Verfügung stellt, nicht nur alles auf den Ausbau der Bettenkapazität richtet, sondern auch diesen Anforderungen gerecht wird und die Novellierung dahin gehend macht, dass es auch möglich ist, für Ausbildungen eine Förderung zu bekommen. Und die Obersteiermark verfügt über ideale Voraussetzungen, dass auch ganzjährige touristische Nutzungen als Erlebniswelt für die ganze Familie sich öffnen. Zum Beispiel Wasserwelt, Kindererlebnispark, Schaubergwerke und so weiter. Das ließe sich alles in ein gesamtes Konzept integrieren. Und wenn wir diese Beschäftigung in den Vordergrund stellen, dann glaube ich, dass es auch notwendig ist, generell den Tourismusförderungsfonds, wie er sich derzeit darbietet, in Frage zu stellen. Wir haben bereits 1999, als wir gewusst haben, dass mit 31. Dezember 1999 vom Tourismusförderungsfonds die Richtlinien auslaufen, hat man sich beim Landtag vorbeigeschwindelt und hat schnell in der Regierung mit Mehrheit die derzeitigen Richtlinien bis 2006 verlängert, damit ja alles gleich bleibt. Und in dem Bericht ist ganz klar zu erkennen, dass der Tourismus generell sich teilweise übernommen hat und dass jetzt über den Tourismusförderungsfonds man darangehen muss, diesen Betrieben unter die Arme zu greifen, dass sie vielleicht nicht in Konkurs oder in sonstige Situationen schlittern. Das ist aber nicht einzusehen, wenn zum Beispiel die Bearbeitung eines Aktes rund 6000 Schilling kostet und dann bekommt einer, der um eine Förderung ansucht, läppische 1200 Schilling und wir haben Fälle gehabt, die unter 1200 Schilling sind. Also ich würde mich gefrotzelt fühlen, wenn ich ein Projekt einreiche und ich bekomme eine Förderung von 1200 Schilling. Da kannst vielleicht gerade

einmal ein bisschen feiner Mittagessen gehen, aber dann bist schon fertig. Dann ist in der weiteren Folge auch die Frage zu führen, für was diese Förderungen gewährt werden. Wir wissen und die Zahl ist hier im Bericht angeführt, dass im Jahr 1999 rund 48,3 Millionen Schilling an Förderungen ausbezahlt wurden und dass nach einem Dispositionsstand mit 1. Jänner 2000 – weil irrsinnig viele überhaupt noch nicht drangekommen sind – von über 57,9 Millionen Schilling vorhanden ist. Und da gibt es – im Wirtschaftsförderungsbeirat wurde es diskutiert – viele, viele Fälle, die noch warten, dass sie in irgendeiner Form überhaupt eine Zustimmung bekommen und eine Förderung bekommen. Wenn man schon hilft, dann sagt man, „schnell geholfen ist viel“, dann muss man auch überlegen, in welchen Bereichen. Und ich habe kein Verständnis dafür, ich sage das wirklich wertfrei, wenn man sich dann noch prahlt damit und sagt, dann fördern wir die Einrichtung eines romantischen Zimmers mit 75 Prozent. Das mag alles eine Gaudi sein, keine Frage. Aber wenn man dann gegenüberstellt, dass man für so etwas 75 Prozent zahlt und für andere Bereiche, die sicherlich weit, weit wichtiger sind, wo Arbeitsplätze geschaffen werden können, da ist man mit der Förderung vielleicht bei 15 Prozent, bei 5 oder 7 Prozent, hier gibt es unterschiedliche Situationen. Das muss sicherlich überdacht werden und ich glaube auch, dass wir auch im Gesundheits- und Wellnessbereich zur Schaffung und Aufrechterhaltung neuer Teilbereiche kommen müssen. Wir müssen das ausbauen und festigen. Wir müssen ein strategisches Förderprogramm einrichten. Und die Vernetzung, Herr Landesrat, die muss vom Land unterstützt werden. Generell muss die Förderungspolitik, wie ich schon gesagt habe, weg von der reinen Förderung der Bettenkapazitäten hin zur Unterstützung bei der Schaffung von den regionalen Marken. Das Land muss in dem Sinne die Tourismusregion zu international verkaufbaren Markennamen verhelfen. Es ist notwendig, dass die bisher von verschiedenen Ressorts unterstützten Einzelprojekte besser koordiniert werden und unter dem jeweiligen Regionsbegriff einheitlich vermarktet werden. Es ist heute schon einiges festgestellt worden. In diesem Zusammenhang bietet sich sicher an, eine Koordinationsstelle aller Einrichtungen, die mit dem Tourismus und der Freizeitwirtschaft befasst sind, zu installieren. Ich wollte das aufzeigen, weil ich glaube, dass es nicht nur Jubelberichte gibt, sondern auch Sorgen gerade im Tourismusbereich. Und, Herr Landesrat, ich bin schon gespannt auf Ihre Antwort, ob Sie zur Sache Tourismusförderungsfonds, weil ich habe es nur läuten gehört, dass du eine andere Meinung hast, dass du sehr wohl denkst daran, dem Tourismus Förderung zu evaluieren, aber vielleicht kannst du uns das heute bestätigen, danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.07 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (14.07 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Verehrter Herr Landesrat! Verehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Ich darf auch einmal vorweg ein herzliches Dankeschön sagen für die Gestaltung dieses Berichtes. Einen Bericht kann man nur gut gestalten, wenn man gute und hervorragende Ziffern und Zahlen hat. Und dieser Bericht sagt aus, dass in den letzten Jahren oder Jahrzehnten – eine hervorragende nachhaltige touristische Politik in der Steiermark gemacht wurde. Das möchte ich ganz deutlich sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nachdem ich immer das Gefühl habe, dass die Steiermark in Bruck an der Mur zu Ende ist und touristische Schwerpunkte im Mürztal nicht stattfinden, muss ich mich da ein bisschen auf das Mürztal konzentrieren und es wieder in Erinnerung rufen und gleich vorweg eine Werbung machen. Es ist für uns unverständlich, warum die Grazer Bevölkerung nicht auf dem Semmering oder nach Spital am Semmering Schifahren kommt. Da gibt es hervorragende Einrichtungen. Verehrte Damen und Herren! Das Mürztal hat es ja nicht leicht gehabt, durch seine Struktur, Schwerindustrie, verstaatlichte Industrie, sich nebenbei auch – ich will gar nicht sagen – ein zweites Standbein im Tourismus zu festigen. Und das war sicherlich nicht leicht, das darf ich sagen. Und dank vieler, vieler privater Initiativen, denn im Mürztal haben wir nur einen Holdingbetrieb, wenn ich das provokant formulieren darf, ansonsten gibt es da ausschließlich private Betriebe. Wenn man bedenkt, dass Dr. Girardoni in Spital am Semmering 370 Millionen Schilling investiert, dass auf der Lammeralm in Langenwang, auf dem Alpl, am Hauregg und in der Veitsch, Brunneralm nur Privatbetriebe sind, haben hier die privaten Leute oder Unternehmungen sehr ordentlich in die Tasche gegriffen, um dem Wintertourismus im oberen Mürztal auf die Beine zu helfen. Dass solche Einrichtungen die Pistenpflege und die neuen Abfahrtsstrecken auch Anreiz sind für große und internationale Wettbewerbe, wie der Damenweltcup am Semmering, es ist ja nur das Starthäusl auf niederösterreichischer Seite, alles andere spielt sich ja auf steirischer Seite ab, Gott sei Dank. Aber gerade im Sport und im Tourismus soll eine Landesgrenze bitte keine Barriere sein. Oder die FIS-Rennen in der Veitsch und das Europacuprennen der Damen alle zwei Jahre am Alpl in Peter Roseggers Waldheimat. Eine hervorragende touristische Veranstaltung, die vielleicht noch gar nicht so publik ist, ist die so genannte Kaiserrallye, die vier Tage dauert und heuer zum vierten Mal durchgeführt wird, wo tausende Leute sich auch grenzüberschreitend dieser Veranstaltung bedienen. Ich darf daher dir, lieber Herr Landesrat, einmal ein Dankeschön sagen, will aber nicht in den Chorgesang der Danksänger einstimmen. Aber ich sage das wirklich ganz ernst, denn die Wünsche, die die Unternehmungen und auch die Gemeinden im Mürztal an dich herangetragen haben, hast du fast ausschließlich erfüllt. Ich stehe daher nicht an, dir wirklich herzlich zu danken und bitte dich aber gleichzeitig, das Mürztal in Zukunft nicht zu vergessen, sondern auch weiterhin so gut zu be-treuen. Wie auch die Tourismusabteilung, Herr Hofrat Dr. Hermann, Herr Dr. Pögl, Herr Klopff das tun. Und jetzt komme ich zum Inhalt dieses Berichtes und darum bin ich auch herausgegangen, denn ursprünglich wollte ich zu diesem Bericht gar nicht Stellung nehmen. Bei den Ankünften ist das Mürztal, die Peter-Rosegger-Waldheimat mit 8,2 Prozent an der Spitze und das freut mich ganz besonders. Die Alpentour wurde durch das obere Mürztal geführt, die Wasser-

straße mit ihrem dreitägigen internationalen Wasserforum, was hunderte von Menschen anlockt. Die Romantikzimmerprojekte und diese, lieber Kurt Gennaro, würde ich nicht so abtun, denn erstens ist dieses Projekt befristet und es war ein Anreiz, um eine Marktlücke – das darf ich sagen – auszufüllen. Wenn man mit jenen Unternehmungen redet, wo so ein Romantikzimmer bereits installiert ist, dann hört man, dass diese jetzt schon eineinhalb Jahre im Voraus ausgebucht sind. Das heißt, es ist sehr gut, wenn ich einem Projekt generell unter die Arme greife, dass dieses Projekt einmal ins Laufen kommt und dann muss es sich grundsätzlich von selbst erhalten. Ein Problem sind die Qualitätsbetten. Das liegt aber in der Struktur dieser Region und hier ist ein Aufholbedarf notwendig. Wenn man den Bericht liest, dass von den Fünf- und Vier-Sterne-Hotels und von den Qualitätsbetten über 50 Prozent ausgelastet sind, das heißt, jeden zweiten Tag sind diese Einheiten voll, dann glaube ich, dass das eine hervorragende Sache ist und hier muss man ansetzen – wenn ich das so sagen darf. Jetzt komme ich noch zu einem Wunsch: Ich weiß, wie schwierig es ist, denn es gibt noch zwei oder drei weitere Schiliftprojekte. Man muss sich überlegen, wie man hier weitergeht. Es sind das die Schiliftprojekte auf der Aflenzer Bürgeralm, das Salzstiegel und nicht zuletzt die Tauplitz. Das sind drei Projekte, die uns noch nachhängen. Ich darf dir, Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann, danken, dass am 6. Dezember diese Anträge dem Bundeskanzleramt vorgelegt wurden. Denn von 1996 oder 1997 weg wurde gerade das Projekt in Aflenz meines Erachtens sabotiert. Lieber Herr Klubobmann Siegfried Schrittwieser, ich unterstelle es dir, dass du von ganzem Herzen in diesen Jahren dieses Projekt genauso haben hast wollen wie alle anderen. Ich behaupte heute, du bist hier sehr enttäuscht worden. Ich darf dir daher nur eines sagen, wir brauchen jetzt nicht herumsputzen – Entschuldigung, wenn ich das im Hohen Haus so sage. Ich glaube, wir müssen nach wie vor einen Schulterschluss machen, um nach Möglichkeit dieses Projekt umzusetzen. Eines sage ich auch: Wenn die politische Entscheidung rechtzeitig gefallen wäre und du weißt das genau, dann wäre das längst passiert. Jetzt haben wir diese Hürde in Brüssel mit der Notifizierung und dergleichen zu bewältigen. Ich denke, wenn wir uns hier gegenseitig beschuldigen, wer nicht mehr will oder wer gewollt hat, das ist falsch. Zum Schluss kommend, meine Damen und Herren: Wir haben immer wieder davon geredet, dass es zu viele Tourismusverbände gibt. Ich bin auch dafür, dass man diese Tourismusverbände konzentrieren soll, aber das muss professionell passieren. Das Anforderungsprofil für diese Leute muss ganz gezielt und ganz spezifisch sein. Es darf hier keine Versorgungsposten geben, denn nur durch wirklich professionelles Arbeiten in dieser Branche können Erfolge erzielt werden. Man kann den Tourismus nicht mehr alleine, sondern man muss ihn in einem Paket, ob mit Kultur, Sport und Erholung, sehen. Wenn es heißt, der Kulturtourismus ist ganz wichtig, dann darf ich auch auf das Mürztal aufmerksam machen: Es gibt die Neuberger Kulturtage, die Privatkulturinitiative – Bürgermeister Stöhrmann – KIM in Mitterdorf, es gibt die Woche der alten Musik, die Brahms-Tage, das Kunsthause in Mürzzuschlag und viele andere Dinge, die auch dazu beitragen und das freut mich ganz besonders, dass das Mürztal mit den Ankünften enorm aufgeholt hat. Ich weiß, was die Formulierung „Ankünfte“ bedeutet. Das sind natürlich auch die Tagestouristen. Leider Gottes, und das sage ich ganz offen, ist das Mürztal noch auf Tagestouristen angewiesen. (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter Straßberger, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit von zehn Minuten bereits abgelaufen ist.“) Herr Präsident, ich komme schon zum Schluss. Wir im Mürztal können froh sein, dass die Wiener in so großen Scharen zu uns kommen und letztendlich hier ihr Geld lassen und dass damit die Kaufkraft und Wertschöpfung in der östlichen Obersteiermark verbleibt. In diesem Sinne nochmals herzlichen Dank für diesen hervorragenden Bericht. Herr Landesrat, ich weiß, dass du das Mürztal auch in der Zukunft freudig unterstützen wirst. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.17 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (14.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie soll es anders sein, dass Kollege Straßberger hier für die Bürgeralm und für die Brunneralm eintritt. Hast du Brunneralm auch gesagt? (Abg. Straßberger: „Natürlich!“) Das ist gut. Bei jeder Tourismusedebatte, und ich mache das heute das dritte oder vierte Mal, ist es für uns wichtig, dass auch das Murtal und das Mürztal und da hast du Recht, nicht übrig bleibt. Das ist ganz entscheidend. Uns ist jeder, der touristisch die Steiermark nützt, ein willkommener Gast, weil ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt ist. Dazu gehören aber auch Einrichtungen im Tourismus, die hervorragend sind und die auch angenommen werden. Ich will jetzt überhaupt nichts schmälern, aber der Korrektheit halber sei schon dazugesagt, dass, vor allem was die Schiberge betrifft, aber auch die Thermen, Landesrat Ing. Ressel, der jetzt nicht mehr in der Landesregierung sitzt und in die Wirtschaft übergewechselt ist, sehr vieles gelungen ist, viel Touristisches gelungen ist. Wenn ich jetzt zur Bürgeralm komme, lieber Freund, und zur Brunneralm und anderen, dann werfe ich dir vor, dass du seit dem Wechsel der Ressorts viel zurückhaltender geworden bist. Ich habe nie, egal ob Landesrat Ressel zuständig war oder jetzt Landesrat Hirschmann oder Landesrat Paierl, einen Unterschied gemacht (Abg. Straßberger: „Ihr wart säumig!“), weil ich immer gesagt habe, die Bürgeralm ist ein unverzichtbares Projekt. Ich weiß auch, dass Herr Bürgermeister Ing. Lenger von Aflenz mit seinem Vizebürgermeister zur Stunde bei Frau Landeshauptmann ist und wiederum um Unterstützung ersucht. Jetzt sage ich noch etwas zur Notifizierung: Ich war immer der Meinung, eine Wettbewerbsfähigkeit in der EU herauszulesen. Wenn man die Bürgeralm baut und so unterstützt, wie das in anderen Bereichen auch war, dann halte ich das überhaupt für eine Annahme, die absolut falsch ist. Das Zweite ist, ich bin zuversichtlich, dass sie kommt – eine Verzerrung meine ich damit. Ich bin zuversichtlich, dass die Bürgeralm jetzt doch kommen wird, weil ich aus vielen Veranstaltungen, auch Wahlveranstaltungen vor der Landtagswahl weiß und ich habe das schon im Ausschuss gesagt, was Frau Landeshauptmann am Hauptplatz von Bruck erklärt hat: „Sollten wir in die Lage versetzt werden, dass wir den Finanzreferenten stellen und die Beteiligungen in unsere

Reihen bekommen, dann wird die Bürgeralm selbstverständlich nach der Wahl sofort gebaut!" Jetzt warten wir alle darauf. Nun bist du derjenige, der im Ausschuss gesagt hat, machen wir eine Stellungnahme der Landesregierung, was normalerweise ein halbes Jahr dauert, bis eine Antwort kommen muss. Jetzt haben wir das schon mit den drei Monaten gemacht. Nur ist das, lieber Freund, eine zweideutige Sprache. Wenn du wirklich für diese Aflenzer Bürgeralm eintreten würdest, so wie du das vorgibst, dann wärst nicht du der gewesen, der eine Verzögerung einleitet, indem er das der Landesregierung zuweist, die ein halbes Jahr Zeit hat, das zu beantworten. Jetzt hoffe ich, dass sie es nicht in drei Monaten tun, ich hoffe, dass es in einem Monat so weit ist, weil wenn man will geht das.

Und dann tust du Schuldzuweisungen machen, dass Ressel der gewesen sei, der diese Bürgeralm verhindert hat. Das ist unrichtig. (Abg. Straßberger: „Vier Jahre länger!“)

Du sagst selber, lieber Freund, dass wir gegenseitig keine Schuldzuweisungen vornehmen müssen und der letzte Teil deiner Rede waren nur Schuldzuweisungen.

Fest steht, meine Damen und Herren, wenn die Region Aflenz – und ich sage dir auch, ich wohne 2 Kilometer von der Talstation der Aflenzer Bürgeralm – diesen Umbau oder Ausbau der Aflenzer Bürgeralm nicht bekommt, und zwar so wie die anderen, dass sich das Land beteiligt, dass sie die Investitionsmittel aus der Regionalförderung erhält, dann muss ich euch sagen, ist das für die Beschäftigten, für die Gewerbebetriebe, die es dort vor Ort gibt, der Tod. Die können nicht mehr weiter bestehen, wenn sich da nicht bald etwas entwickelt.

Ich sage euch eines, ich beobachte in diesem Winter sehr genau den Besuch. Ich kann das natürlich so lange runterfahren – und jetzt spreche ich da niemanden frei, der nicht für die Bürgeralm offensiv eintritt, egal wo er hingehört –, ich kann natürlich eine Geschichte so weit runterfahren, dass ich dann sage, das rechnet sich alles nicht. Ich weiß, dass sich das nicht rechnet, wenn dieses Liftunternehmen die Investitionsmittel verdienen muss. Aber da wollen wir nicht mehr als eine Gleichbehandlung. Was andere gehabt haben, wollen wir auch. Mehr wollen wir gar nicht. Und das bedeutet 90 Prozent Beteiligung oder 80 Prozent Beteiligung und den Rest muss die Region aufbringen. Wenn wir das nicht bald tun, brauchen wir wirklich nichts mehr machen, weil jetzt kannst schon die schönsten Schitage haben, es traut sich da keiner mehr hinauffahren, mit Kindern überhaupt nicht, weil die Liftanlagen so veraltet sind. Wenn der mit seinem Kind da steht, kommt der Lift mit einer Geschwindigkeit daher, dass die Kinder natürlich gefährdet sind und alle anderen Schifahrer auch. Das heißt, tun wir nicht herumzittern und die Schuld zuschieben, sondern schauen wir, dass das wirklich kommt. Und ich appelliere wirklich. Lieber Freund Straßberger, da kannst dir du kein Mascherl mehr umhängen, wenn die Bürgeralm kommt und ich auch nicht mehr, in Wirklichkeit ist die Meinung in der Region, habts alle groß geredet und eh nichts zusammengebracht. Und dass wir diesen Zustand ändern, ist mein Appell an die Landesregierung, weil sie hat es jetzt in der Hand, tun wir oder tun wir nicht. Unsere Unterstützung wird es 100-prozentig dort geben.

Ich erinnere mich auch an ein Gespräch mit der Frau Landeshauptmann, wo wir durchaus eine Meinung gehabt haben, ob die Frage der EU-Notifizierung tatsächlich notwendig ist. Über das lässt sich auch streiten. Dazu kommt noch, dass man auch um Befreiung ansuchen kann. Vielleicht kann man das auch noch machen. Mir ist alles recht. (Abg. Straßberger: „Warum habt ihr es nicht gemacht?“)

Es kann nicht mehr so sein, dass wir noch ein paar Jahre brauchen, weil dann muss ich euch sagen hat da oben kein Fleischhacker, kein Wirtshaus, kein Hotel und kein Friseur mehr offen, weil keine Leute mehr da sind. Und da sage ich wirklich, da geht es jetzt um eine Region, die in der Vergangenheit – wer immer dafür verantwortlich ist – nicht von dem Kuchen in dem Ausmaß erhalten hat wie das andere haben. Jetzt gönne ich den anderen diesen Kuchen. Die Entwicklung in der Dachstein-Tauern-Region ist hervorragend und international von wichtiger Bedeutung. Das Thermenland hat eine Entwicklung, wo wir alle begeistert sind und sagen Gott sei Dank. Wir würden eine Therme bauen, wenn wir das Wasser hätten. Aber ich glaube, der nächste Schritt neben der Verbesserung von dem was wir haben ist der, dass diesen Regionen geholfen wird, die jetzt die kleineren sind, die angewiesen sind, dass sie Hilfe des Landes erhalten, dass man jetzt die drannimmt und sagt, wir müssen – auch Kollege Paierl im Budget – an diese Regionen denken. Wir müssen dort Mittel vorsehen und sagen, jawohl, jetzt machen wir das, sonst wird es dort aus.

Ich möchte mich nicht in der Region und in anderen Regionen – ob das im Mürztal ist oder da, oder es gibt ja andere, die nicht gerade von Vorteil gesegnet sind – fragen lassen von unseren Kindern und Enkelkindern, was habt denn ihr, die ihr jahrzehntelang in der Politik gewesen seid und mitgewirkt und große Reden gehalten habt, zusammengebracht? Zu denen wollen wir alle nicht gehören. Darum meine ich, dass wir jetzt einmal dran sind. Jetzt ist mir völlig Wurscht, wie der Regierer, wie der Abgeordnete, wie der Beamte, wie der Bundeskanzler heißt, wichtig ist, dass etwas geschieht. Weil wenn nichts geschieht, dann schauen wir traurig aus. Und um das ersuche ich. (Beifall bei der SPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (14.26 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich muss hier einige Worte dazu sagen, weil du, Herr Klubobmann, jetzt muss ich ganz förmlich werden, weil du da heraußen eine Kehrtwendung gemacht hast, das ist ja ungeheuerlich. Du bringst einen Antrag ein, wo du genau weißt, dass es nur mehr über die Vorlage in Brüssel, über das BKA geht. Und jetzt sage ich dir, 1997, hier auf diesem Regierungssitz, hat der ehemalige Finanzlandesrat Ing. Ressel gesagt, diese drei Projekte sind noch zu machen. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe dem Landes-rat Ressel das Gleiche gesagt was ich hier gesagt habe!“)

Bis 1999 hat er null gemacht. Du hast gesagt, junktimieren, Therme in Aflenz und Bürgeralm, wenn die Therme nicht kommt, kommt die Bürgeralm nicht. Ich kann dir die Zeitungsberichte zeigen. Und heute gehst du her und sagst, wir brauchen keine Notifizierung, da ist Zeit im Verzug. Wenn das rechtzeitig passiert wäre, wäre das Projekt längst über die Bühne. Siegfried, da könnten wir sagen, wie andere Projekte. Ich zähle es dir jetzt auf: Präbichl, Sankt Sebastian und Niederalpl. Letztendlich ist die Bürgeralm übrig geblieben. Jetzt sage ich in diesem Hohen Haus etwas: Weil es eine schwarze Gemeinde war, hat man es bewusst nicht gemacht. (Abg. Schrittwieser: „Nicht schon wieder ein Politi-kum daraus machen!“) Hier war politisches Versagen von deinem Finanzlandesrat gegeben. Die Rechnung hat er präsentiert gekriegt, denn heute ist er nicht mehr da. (Abg. Schrittwieser: „Ihr habt in einem Wahlbrief geschrieben, wenn wir das haben, dann bauen wir es!“)

Du hast es junktimiert. (Abg. Schrittwieser: „Ich habe das in keinen Wahlbrief hineingeschrieben!“)

Entschuldigung, du hast es ja genau gewusst. Mir den Vorwurf zu machen, ich hätte die Zuweisung an die Regierung im Ausschuss gemacht. Was hätten wir denn tun sollen? Sage mir das! (Abg. Schrittwieser: „Jetzt verzögert ihr!“)

Und das ist eine Linke, die du machst, Siegfried, und diesbezüglich kann ich mit dir überhaupt nicht mit. Das muss ich dir sagen. Welche Vorgangsweise hättest du mit diesem Antrag denn gemacht? Beschließen? Was willst du denn beschließen? Das muss ich dir als Klubobmann sagen, ich als kleiner Abgeordneter vom Mürztal? Sei mir nicht böse. Entschuldigen Sie meine Emotionen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.29 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster ist der Herr Landesrat Dr. Hirschmann am Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (14.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf das sehr kurz machen. Wenn ich von der vorletzten Wortmeldung absehe, vom Sigi Schrittwieser, dem aber der Sepp Straßberger die einzige historisch richtige Antwort und auch sachlich und fachlich richtige Antwort gegeben hat, darf ich mich bei allen Damen und Herren, von Peter Tschernko beginnend, sehr herzlich für die Wortmeldungen bedanken.

Ich darf das Lob selbstverständlich weitergeben an die, denen es gebührt. Das sind erstens einmal alle Damen und Herren, die in diesem Lande in der Tourismuswirtschaft tätig sind und das sind tausende zwischen Bad Radkersburg und Bad Aussee, die den Kern und die Substanz dieser Erfolge der letzten Jahre ausmachen. Ich möchte mich selbstverständlich auch sehr herzlich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung, die ja heute hier mit dem Herrn Hofrat Hermann an der Spitze zum Teil vertreten sind, bei der STG (Beifall bei der ÖVP.) – ja, Applaus schadet nie – und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Holding.

Meine verehrten Damen und Herren, damit das klar ist, weil der Name Ressel auch mehrfach gefallen ist, selbstverständlich hat er in seiner Funktion und in seiner Aufgabe für dieses Land hier ganz hervorragende Dinge gemacht. Das steht ja außer Zweifel. Ich bin gerne bereit, das auch von diesem Punkt des Hauses hier aus zu sagen. Ich sage es im Übrigen auch anderswo. Es ist ja absurd und lächerlich zu sagen, meine tun alles, klass und die anderen tun nichts. Darauf ist das ja auch nicht angelegt. Und dass gewisse Dinge nicht geschehen sind, so wie der Sepp Straßberger das gesagt hat, das war auch so. Sigi, du weißt das, der Landesrat Ressel wollte das nicht und partout wollte er es nicht. Und Punkt, ist Historie, ist vorbei. Und gewisse Dinge wollte er und dafür sind wir auch dankbar, weil das in Zusammenarbeit mit der jeweils betroffenen Region und mit den Betrieben und mit den Leuten, die dort tätig sind, durchaus sehr gute und erfolgreiche Dinge waren.

Und im Übrigen man kann über jedes dieser Projekte streiten, Sigi, das was du – der neue Bürgermeister aus Aflenz ist erfreulicherweise auch da – gerade über die Aflenzener Bürgeralm gesagt hast, da habe ich sofort 20, 30 Regionen, die dieselben Parameter erfüllen wie du, nämlich benachteiligt, nicht beim Kuchen dabei gewesen et cetera, et cetera.

Meine verehrten Damen und Herren, ich darf das also für alle Abgeordneten dieses Hauses sagen, sie sind gerne eingeladen, wir werden in den nächsten Wochen und Monaten ein paar sehr langfristige und länger wirkende entscheidende Umstellungen machen. Ich habe gerade mit dem Landesrat Paiarl ein bisschen geschwätzt und über die Umstrukturierung der Holding gesprochen. Es wird sich in der Finanzpolitik einiges verändern müssen und nicht, weil der Herbert Paiarl dort sitzt und kein anderer dort sitzt, sondern weil man das nach objektiv und politisch nicht disponiblen Gesichtspunkten machen muss und würde dort der Kollege Ressel heute sitzen, na schön täte er ausschauen, er würde das Gleiche machen müssen wie wir, wobei man durchaus da oder dort den einen oder anderen Akzent so oder so setzen kann und setzen wird. Das ist unbenommen, aber zu der Geschichte, Sigi und meine verehrten Damen und Herren, wir werden das gemeinsam ausreden müssen, es wird neue Wege geben und ein Punkt ist vom Sepp Straßberger auch richtig angesprochen worden, es gibt einfach ein paar Spielregeln, an die wir uns in der EU halten müssen, wir werden nicht überall sagen können, können wir nicht, sind wir nicht dabei oder haben wir noch nie etwas davon gehört und das wird in der Summe, unter dem Strich einige entscheidende auch neue Initiativen bewirken und es wird gemeinsame Zielvorgaben geben. Das gilt auch für die Thermen, denn, meine verehrten Damen und Herren, das kann es ja auch nicht sein, dass am Schluss in dem Land in jedem zweiten Dorf eine Therme steht, ein Schilift steht und ein Erlebnispark. Ich meine, das kann ja aus der Tourismuspolitik bitte für niemanden wirklich eine Zukunftsvision sein, sondern es wird vor allem geschaut werden, dass wir das jeweils Beste auch im Interesse einer Gesamtpolitik für diese

Region und für dieses Land gemeinsam bewerkstelligen können. Aber es wird selbstverständlich auch geschaut werden, dass wir – und da liegt mir persönlich sehr daran – jene Regionen, die bis jetzt ein bisschen im Hintertreffen waren, durchaus mit klugen Projekten, klugen Ideen versehen – und noch einmal, das kann nicht immer die 17. Therme, der 28. Schilift und der 55. Erlebnispark sein. Im Übrigen zum Thema Erlebnisparks bitte, das sage ich pro futuro gleich, also amerikanische Erlebnisparks wird es bei uns nicht geben, solange ich Tourismusreferent bin, a) wir können sie uns nicht bezahlen, b) wir haben nicht das Publikum und c) sie verfälschen die Identität des Landes. Die Steiermark ist ein hervorragendes, gottgesegnetes Land (Beifall bei der ÖVP.) auf Grund seiner natürlichen Landschaften und Talschaften. Wir haben erfreulicherweise, was viele Damen und Herren richtigerweise jetzt auch im Zusammenhang mit dem Tourismus angesprochen haben, kulturell etwas zu bieten, was sich die Amerikaner nicht kaufen können und sehr wünschen würden und wir werden mit die-sen in der Steiermark ausgesprochen authentischen Ressourcen unsere Tourismuspolitik der Zukunft gestalten.

Ich darf aus Zeitgründen, meine verehrte Damen und Herren, allen noch einmal sehr herzlich danken, ich möchte nur auf eine Geschichte, Kurti List, ich habe es dir schon gesagt, zu sprechen kommen. Ich schaue mir das gerne an, was du hier vorgetragen hast, ich darf dir auch offiziell sagen, es hat für dieses Vitalbad eine Förderung in der Summe von 8,5 Millionen Schilling gegeben und all die Dinge, die du angesprochen hast, schauen wir uns gerne gemeinsam vor Ort an, ich lade dich ein. Ich möchte nur sagen, das ist einer der wichtigsten Punkte, verehrte Damen und Herren, weil der Kollege Prattes, glaube ich, zu Recht auch auf den Tagestourismus hingewiesen hat, den wir nicht minder schätzen wollen und der für viele steirische Regionen eine außerordentlich wichtige wirtschaftliche Einkommens-quelle darstellt, ist aber auf der anderen Seite doch all unser Trachten danach auszurichten, dass wir eine erhöhte Wertschöpfung in die Regionen bringen und die bringen wir natürlich nur hinein, wenn wir zusätzliche Beherbergungskapazitäten in höchster Qualität haben. Da gibt es ja auch mehrere Beschlüsse des Landtages auf ein Qualitätsbetten-Förderungsprogramm. Ich hoffe, dass wir in den nächsten ein, zwei Jahren auch einen Teil davon umsetzen können. Ich möchte nur sagen, Kurti, natürlich ist das, was du angesprochen hast, eine Frage der Marktpolitik insgesamt oder ökonomischer Betrachtungsweisen, denn auch dieses Förderungsprogramm, von dem ich jetzt gesprochen habe und das wir uns alle wünschen, ist letztlich eine Wettbewerbsverzerrung, weil eine Förderung, egal, wem ich sie gebe, unter welchen Kriterien ich sie gebe, sie ist immer wettbewerbsverzerrend. Ich habe dich verstanden, was du meinst und wir werden das, wie gesagt, gerne gemeinsam angehen.

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend für die Zukunft sagen, es ist ja auch in diesem sehr schönen Bericht, für den ich mich auch bedanken darf, auch am Schluss sehr schön dargestellt. Wir möchten natürlich schauen, dass wir diese steirische Entwicklung der letzten Jahre – und ich durfte ja von Frau Landeshauptmann dieses Ressort vor genau fünf Jahren übernehmen – und wir dürfen gemeinsam stolz sein, dass die Steiermark in diesen Jahren die absolute Nummer eins in der österreichischen Entwicklung war, der Nächtigungszahlen, der Umsätze, das, was wir aufgeholt oder einfach hinzugewonnen haben in diesen Jahren und das ist, wie gesagt, wirklich der Phantasie, der Innovation, dem Fleiß der Menschen in diesem Land zu verdanken und das werden wir gemeinsam in dieser gemeinschaftlichen Gesinnung, wie wir sie heute hier sozusagen fraktionsübergreifend erfreulicherweise feststellen konnten, auch weiter tragen, damit wir diesen absolut entwicklungsfähigen Wirtschaftsbereich der Steiermark zum Wohle dieses Landes und seiner Menschen in den nächsten Jahren noch intensiver ausbauen können. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, ich komme daher zur Abstimmung betreffend Tagesordnungspunkt 11.

Ich ersuche zunächst die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 39/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP und SPÖ, betreffend die behindertengerechte Ausstattung von Tourismuseinrichtungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Schließlich ersuche ich die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Förderung des Tourismus in der Region um die Therme Bad Radkersburg, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest und komme damit zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 120/1, Überprüfung der Lachtal Lifte- und Seilbahnen Ges.m.b.H. & Co. KG.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (14.39 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 16. Jänner 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Lachtal Lifte- und Seilbahnen Ges.m.b.H. und Co. KG., Einl.-Zahl 120/1 beraten.

Der Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Lachtal Lifte- und Seilbahnen Ges.m.b.H. und Co. KG., wird zur Kenntnis genommen. (14.40 Uhr.)

Präsident Purr: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (14.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Landesrechnungshof hat in einem Bericht von 1989, betreffend die Überprüfung der Kreischberge Lifte AG., Folgendes festgestellt: „Beteiligungen des Landes sollten nicht dazu führen, dass Wettbewerbsverzerrungen einsetzen und private Betreiber von Schiliftgesellschaften in Schwierigkeiten kommen.“

Hier bei der Lachtal Schilifte AG. kam es dazu, dass die Verlagerung der Gäste zu den besser ausgebauten und mit größerem Angebot ausgestatteten Kreischbergbahnen, die zusätzlich bessere Anfahrmöglichkeiten besitzen, geführt hat. Aus diesem Grunde hat auch das Land Steiermark sich entschlossen, eine Beteiligung bei der Lachtal Schilifte AG. durchzuführen. Und das war für diese Region irrsinnig wichtig, so wie es auch für viele andere Regionen wichtig ist. Das möchte ich zu bedenken geben, dass zwar, wie es heißt, nicht jedes Schibergerl gefördert werden sollte, aber doch getrachtet werden soll, dass die Regionen zu ihrem Recht kommen. (Beifall bei der SPÖ. – 14.42 Uhr.)

Präsident: Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Bacher das Wort.

Abg. Bacher (14.42 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ein paar Worte zu dem Rechnungshofbericht. Ich teile die Meinung von der Frau Kollegin Gruber, die gemeint hat, dass am Beginn das Lachtal ein traditionelles Schigebiet war. Ich erinnere daran, dass es in der Meinung der Öffentlichkeit und bei uns den Titel „der steirische Arlberg“ gehabt hat, weil es zu dieser Zeit – es hat im Jahr 1950 den ersten Schilift gegeben – ein sehr anspruchsvolles Schigebiet war.

Mit der Entwicklung, mit der touristischen Entwicklung am Kreischberg und auch im Ennstal und überall anders, wo mit der Beteiligung des Landes Lifte entstanden sind, war es notwendig, dass vor allem auch im Lachtal das Land eingestiegen ist und versucht hat, das Gebiet attraktiver zu gestalten. Ich bin sehr froh, dass das auch gelungen ist. Ich meine, dass dieser Impuls, diese Initialzündung für die Region ganz, ganz wichtig war. Wir haben ja auch sehr darunter gelitten, zum Beispiel damals in der Eisen- und Stahlkrise, wo wir gemerkt haben, wie wenig Touristen dann in dieses Schigebiet gekommen sind. Ich nehme das auch zum Anlass, nachdem es ja Ausbaupläne gibt für das Lachtal, dass man diese auch in weiterer Folge unterstützt, weil die Verbindung, die logische Verbindung vom Lachtal Richtung Pusterwald, hinunter in die Region Judenburg, in den Nachbarbezirk, eine ideale Ergänzung wäre und dieses Schigebiet viel, viel attraktiver machen würde als es zurzeit ist.

Das Hauptproblem und darunter leiden ja viele Schigebiete und ich denke an einen Artikel, der vor kurzem in den „Salzburger Nachrichten“ geschrieben wurde, scheint jetzt die Klimaveränderung zu sein. Gäbe es am Lachtal keine Schneekanonen, hätte man heuer den ganzen Winter fast nicht Schi fahren können. Das ist eines der Probleme.

Ich habe mir das Schigebiet Sölden angeschaut. Bekannterweise liegt es auf 3000 Metern. Die haben dort sogar 27 Schneekanonen, damit sie auf die Dauer den Schnee dort garantieren können. Das heißt, es wird in Zukunft eine wichtige Voraussetzung für die Schigebiete sein, Schneekanonen zu haben, damit auf die Dauer das Schifahren gesichert ist.

Ich ersuche den Landtag heute schon, wenn dieses Projekt ins Haus kommt, dass man dieses auch unterstützt und damit das Schigebiet am Lachtal dementsprechend attraktiv gestaltet und dadurch zusätzliche Impulse von der Region ausgehen. In diesem Sinne danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 und 14 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

13. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 121/1, Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (14.46 Uhr): Ich berichte über die Einl.-Zahl 121/1: Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 16. Jänner 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 121/1 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, wird zur Kenntnis genommen. (14.47 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und komme damit zu Punkt

14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 119/1, Überprüfung der Steiermärkischen Landesbibliothek.

Berichtersteller ist der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Hans-Helmut Forenbacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Forenbacher (14.47 Uhr): Herr Präsident!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 16. Jänner 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Steiermärkischen Landesbibliothek, Einl.-Zahl 119/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Steiermärkischen Landesbibliothek, wird zur Kenntnis genommen. (14.48 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (14.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Meine Ausführungen beziehen sich auf Tagesordnungspunkt 13, die Überprüfung der neu geschaffenen Organisationseinheiten und Abteilungen im Amt der Steiermärkischen Landesregierung, im Speziellen auf die Abteilung Forschung und Kultur einschließlich der Abteilung für Forschungs- und Kulturmanagement.

Rechnungshofberichte sind grundsätzlich sehr kritisch und es ist Aufgabe einer solchen Kontrolleinrichtung, verschiedene Landesdienststellen sehr genau zu beleuchten, durchaus Kritik zu üben und Verbesserungsvorschläge zu machen. Insofern kann gesagt werden, dass Rechnungshofberichte im Allgemeinen eher verbesserungswürdige Aspekte aufzeichnen und seltener voll des Lobes sind. Wäre das umgekehrt, würde der Rechnungshof vermutlich seine Aufgaben zu wenig ernst nehmen.

Die Abteilungsgruppe Forschung und Kultur, kurz FoKu genannt, wurde mit Landesregierungsbeschluss vom 7. Juli 1997 eingesetzt und ist als Versuch zu bezeichnen, eine Verwaltungsinnovation in diesem Bereich vorzunehmen. Es war ein mutiger Schritt, die damals zersplitterte Materie Kunst, Kultur und Wissenschaft organisatorisch zusammenzufassen und positive Synergieeffekte zu bewirken. Dass bei einem derartigen Versuch dienstrechtliche und formalrechtliche Probleme auftreten können, steht außer Streit.

In diesem Bericht ist die eine oder andere Unzulänglichkeit aufgezeigt und sind Verbesserungsvorschläge dargelegt. Auf einige Punkte möchte ich nun eingehen.

Es wird Kritik am Landesamtsdirektor und am Landeshauptmann insofern geübt, als der Landesamtsdirektor nicht um Informationen betreffend Umsetzungsstand der einzelnen Aufträge ersucht hat und somit seine Koordinierungs- und Organisationsaufgabe nicht ausreichend wahrgenommen hat.

1996 hat der Rechnungshof empfohlen, grundsätzliche Rahmenbedingungen sowohl für die Einrichtung von Abteilungen als auch für die Untergliederungen nebst zweckmäßiger Förderungsrichtlinien zu erlassen.

Dieser Empfehlung sind Landeshauptmann Klasnic und der Landesamtsdirektor bei Schaffung der Abteilungen Landesmuseum Joanneum am 2. Juni 1995 sowie der FoKu am 7. Juli 1997 nicht nachgekommen. Bei der Schaffung neuer Abteilungen hat es der Landesamtsdirektor unterlassen, eine Kalkulation der finanziellen Auswirkungen sowie der Personalbedarfsabschätzung zu dokumentieren beziehungsweise nachzuweisen. Weiters wird es vom Landesrechnungshof als unzweckmäßig erachtet, dass das Blasmusikwesen bei der Landesamtsdirektion angesiedelt ist. Es besteht kein sachlicher Zusammenhang und widerspricht somit den diesbezüglichen Bestimmungen des Landes.

Nun zur Kritik an der Abteilungsgruppe FoKu. Der Rechnungshof bezeichnet die Schaffung der Abteilungsgruppe FoKu und der Abteilung Forschungs- und Kulturmanagement als missglücktes Organisationskonzept, da es hierbei zu Problemen zwischen Fach- und Dienstaufsicht kommen kann. Formal ist die letzte Stufe der Dienstaufsicht jedoch beim Landesamtsdirektor, die der Fachaufsicht beim politischen Referenten. Der Rechnungshof gesteht aber auch ein, dass es zu keinen größeren Kompetenzkonflikten gekommen ist. Grundsätzlich hält der Rechnungshof aber die Zusammenfassung von Abteilungen zu Gruppen für zweckmäßig, wenn damit die Aufbau- und Ablauforganisation optimiert wird. Kritisiert wird weiters, dass es im Büro des Landeshauptmannstellvertreters Dr. Schachner zu keiner Personalreduktion gekommen ist. In diesem Zusammenhang muss gesagt werden, dass es trotz Gründung dieser großen Abteilungsgruppe zu keiner Dienstpostenaufstockung gekommen ist, sondern wurden vielmehr aus anderen Bereichen, zum Beispiel Wirtschaftsförderung frei gesetzte Personalkapazitäten optimiert eingesetzt. Insgesamt gibt es in der Gruppe FoKu 575 Bedienstete, davon 196 im Landesmuseum Joanneum und 163 im Landeskonservatorium. Die Notwendigkeit dieser hohen Anzahl wird vom Landesrechnungshof grundsätzlich anerkannt. Der Rechnungshof fordert die Entflechtung der Agenden der Rechtsabteilung 6 nach Sachlichkeitskriterien. Derzeit untersteht die gesamte Rechtsabteilung 6 der Gruppe

FoKu, die Kulturabteilung sollte weiters laut Rechnungshof zu einer Rechtsabteilung zusammengefasst werden, wobei ihr Agenden der Rechtsabteilung 6 übertragen werden sollen. Hiezu ist zu sagen, dass in den Bereichen der betroffenen Abteilungen Rechtsabteilung 6, Abteilung für Wissenschaft und Forschung, Kulturabteilung, Landesmuseum Joanneum Aufgaben zivilrechtlicher, betriebswirtschaftlicher und organisatorischer Art bestehen, die abteilungsübergreifend sind und personelle beziehungsweise fachliche Ressourcen benötigen, die in einer Abteilung alleine nicht ausgelastet wären. Durch eine abteilungsübergreifende Steuerung und Koordination hingegen wird die Initiierung und Abwicklung von übergreifenden Projekten beziehungsweise solchen, die nicht zu den Kernaufgaben einer Abteilung alleine gehören, erleichtert und gefördert. Weiters wird seitens des Rechnungshofes angemerkt, dass die Organisation und Rechtsform des Landesmuseums Joanneum neu gestaltet werden sollte. Dazu ist zu bemerken, dass von der FoKu eine Studie für eine neue Rechts- und Organisationsform des Landesmuseums eingeleitet und betreut wurde, die auch vom Rechnungshof als sehr positiv erachtet wird. Es wird nunmehr an Landesrat Hirschmann liegen, diese Umstrukturierung rasch in Angriff zu nehmen.

Laut Rechnungshof sollen Landesausstellungen im zweijährigen Rhythmus stattfinden. Was diese Thematik angeht gibt es durchaus vieles, was für einen zweijährigen Rhythmus, aber auch vieles, was für einen jährlichen Rhythmus spricht. Wenn man bedenkt, dass anlässlich von Landesausstellungen gewaltige Infrastrukturinvestitionen in die betreffenden Regionen fließen, die nachhaltig wirksam sind und eine hohe qualitative Verbesserung des Standortes der Ausstellung und auch des gesamten Umlandes mit sich bringen, dann kann man einer jährlichen Durchführung viel Positives abgewinnen. Vor allem aber sollten jene Landesausstellungen, die bereits fix geplant sind, auch zu den zugesagten Terminen stattfinden.

Der Rechnungshof kritisiert weiters Landeshauptmannstellvertreter Schachner, weil er Sonder- und Landesausstellungen beziehungsweise sonstige Großprojekte an die FoKu übertragen wollte. Hiezu ist zu bemerken, dass in den ersten drei Jahren des Bestandes der FoKu Sonderprojekte und Veranstaltungen initiiert beziehungsweise gefördert und betreut wurden, die zu den kulturellen Höhepunkten der letzten Jahre in der Steiermark zählen, wie die Gauguin-Ausstellung und die Impressionismus-Ausstellung – die Gauguin-Ausstellung hatte zum Beispiel über 100.000 Besucher –, Classics in the city und der Grazer Jazz-Sommer sowie die Ansiedlung eines Forschungszentrums im Grazer Metahofschloss, die Entwicklung innovativer, interaktiver Technologien zur Präsentation kultureller Themen auf CD-ROM und so weiter, zum Beispiel Zeughaus-CD. Vor allem gelang es unter der Ägide der FoKu den Grazer Kultursommer als Markenzeichen zu etablieren, das die kulturellen Highlights werbewirksam verbinden konnte. Wie der „Kurier“ in seiner Ausgabe vom 22. Jänner unter Bezugnahme auf den Grazer Kultursommer berichtete, konnte im Jahr 2000, dem Jahr der Gauguin-Ausstellung, in Graz ein Nüchternungsplus von 5,3 Prozent bei einem Umsatz von 1,17 Milliarden Schilling erzielt werden. Von der FoKu wurden in den geprüften zwei Jahren weiters zirka 75 komplexe Vertragswerke für die einzelnen Abteilungen verhandelt und erstellt, deren Errichtung laut Notariatstarif rund 3,5 Millionen Schilling gekostet hätten.

Zu dem vom Rechnungshof erwähnten Deckungskredit der FoKu ist anzumerken, dass dieser lediglich zur Bedeckung von Voranschlagsstellen der anderen Abteilungen herangezogen wurde, wobei diese Mittel sehr rasch und flexibel eingesetzt werden konnten. Eine Überschneidung mit den Fachgeschäften der einzelnen Abteilungen ist dadurch nicht gegeben. Der Rechnungshof hinterfragt weiters die Sonderausstellung „Imperial Austria“ auf Burg Rabenstein bei Frohnleiten. Hiezu ist festzustellen, dass diese Ausstellung vom Landesmuseum Joanneum unter Beauftragung externer Unternehmen durchgeführt wurde, wobei seitens der Abteilung Forschungs- und Kulturmanagement die notwendigen komplexen Ausschreibungen koordiniert, die Verträge mit allen Beteiligten verhandelt und bei der Erstellung der Regierungsvorlagen betreuende Unterstützung geleistet sowie für die Bereitstellung der notwendigen Fördermittel Sorge getragen wurde. Die Projektentwicklung selbst erfolgte natürlich durch die fachlich zuständige Abteilung. Mit über 150.000 Besuchern war dies das von der Besucherzahl erfolgreichste Kulturprojekt der vergangenen Jahre sowie des Landesmuseums Joanneum überhaupt in seiner nahezu 200-jährigen Geschichte. Äußerst positiv wird seitens des Rechnungshofes der Kulturbericht erwähnt, welcher für die Jahre 1997 bis 1998 erstellt wurde und als sehr umfassend und informativ bezeichnet wird.

Es gäbe sicherlich noch vieles zu diesem Rechnungshofbericht zu sagen, aber das würde den Rahmen meiner Wortmeldung und auch die mir zur Verfügung stehende Zeit überschreiten. Was mich persönlich nachdenklich stimmt ist, dass wir seit der letzten Landtagswahl eine Geschäftsverteilung und eine Geschäftsordnung im Land haben, die keine großen Aussichten auf nachvollziehbare Verbesserungen im inhaltlichen, administrativen und organisatorischen Bereich erwarten lässt. Wenn man sich ansieht, wie viele Regierungsmitglieder heute für die seinerzeitigen Agenden des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Dr. Schachner und seiner Abteilung FoKu zuständig sind, nämlich sechs an der Zahl, dann meine ich, dass ein rasches Reorganisationskonzept dringend erforderlich wäre. Herr Landesrat Hirschmann – es tut mir schon sehr leid, dass er jetzt nicht hier ist, ich dachte, Kultur ist ihm ein Anliegen, aber offensichtlich hat er anderes zu tun – hat bereits öffentlich erklärt, dass er die FoKu nicht mehr braucht, was er nun weiterhin mit der Abteilungsgruppe und mit den Mitarbeitern der Abteilung FoKu machen wird, ist zurzeit nicht bekannt. Im Interesse der 15 unmittelbar betroffenen Mitarbeiter der Abteilung, die mehr oder weniger ohne Aufträge aus dem Büro Hirschmann ihrer weiteren Zukunft mit sehr großer Ungewissheit entgegensehen, liegt es uns nunmehr an Herrn Landesrat Hirschmann, diese Mitarbeiter von seinen weiteren Absichten und damit über ihr weiteres Schicksal unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Vielleicht sagt er uns ja noch heute etwas dazu.

Ich bin nun am Ende meiner Ausführungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.
– 15.01 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (15.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich widme mich ganz kurz in wenigen Sätzen dem Rechnungshofbericht betreffend die Landesbibliothek, der grundsätzlich positiv ausgefallen ist. Ich möchte hier auch mein Kompliment an die Beamten des Landesrechnungshofes aussprechen. Sie haben in sehr eingängiger Weise die Problematik des Geschäftsganges und auch die Problematik moderner Bibliotheken, vor allem im Hinblick auf die EDV-Erfassung von Katalogisaten, sehr gut dargestellt. Es ist mir persönlich kein einziger terminologischer Fehler aufgefallen. Also haben sich diese Beamten in die Materie sehr gut eingelese und sich sehr eingehend mit ihr befasst.

Ganz zu Recht kritisiert der Rechnungshof das Budget für den Buchankauf. Dieses Budget hat sich seit 20 Jahren nicht erhöht und liegt noch immer bei nur 1,7 Millionen Schilling und hat sich in seinem Wert halbiert. Das heißt auch, dass die Bibliothek ihren ursprünglichen Anspruch, Universalbibliothek zu sein, schon lange nicht mehr erfüllen kann. Zudem haben die österreichischen Verlage ihren Sitz zumeist in Wien, so dass auch das Pflichtexemplarrecht für den Buchbestand der Landesbibliothek nicht mehr entscheidend ist. Erklärung: Pflichtexemplarrecht besteht seit Maria Theresia und heißt ganz einfach, dass jede steirische Publikation, jedes steirische Druckwerk an die Landesbibliothek, an die Universitätsbibliothek und an die Nationalbibliothek abgeliefert werden muss, vermutlich eines der besonders wichtigen Gesetze, die unter Maria Theresia verabschiedet wurden. Nämlich nur dadurch lässt sich die Buchproduktion eines Staates, eines Landes, einer Region lückenlos nachweisen. Einen lückenlosen Nachweis ihrer Buchpräsentation hat übrigens nur ein Land in Europa seit Beginn des Buchdrucks und das ist Holland.

Die Erhöhung des Buchbudgets wäre also dringend geboten. Wie gesagt, die Neuanschaffungen haben sich auf zirka die Hälfte reduziert. Die Forderung nach Erhöhung wurde auch in den letzten Jahren in die verschiedenen Budgetverhandlungen immer wieder eingebracht, konnte aber nicht durchgesetzt werden. Da sieht man wieder, dass kurzsichtiges Sparen in Wahrheit nichts bringt, weil das wirkt sich auf die nächsten Generationen aus, wenn wichtige Bestände, wichtige Bücher für die nächsten Generationen auf Grund eines kurzfristigen Sparziels nicht mehr erfüllt werden können.

Allerdings ist in den letzten Jahren in anderer Weise für die Landesbibliothek sehr viel geschehen. Die bedeutendste Leistung war sicherlich der Erwerb des ehemaligen Landesschülerheims in der Grenadiergasse, wo neben der Umsiedlung der Landesbibliothek auch ein Medienzentrum entstehen soll. Für dieses Projekt liegen Grundsatzbeschlüsse der Landesregierung vor. Die Realisierung dieses Projekts wird jetzt Landesrat Hirschmann obliegen. Ich bin gespannt, mit welchem Engagement er diese Realisierung in Angriff nehmen wird.

Weiters wurde im Zuge der Renovierung des Landesmuseums Joanneum auch die Fassade der Bibliothek in der Kalchberggasse mit saniert – Kostenpunkt 5,7 Millionen Schilling. Für Instandsetzungen im Gebäudeinneren, besonders für die Benutzerräume wurden 3,6 Millionen Schilling aufgebracht. Für die Buchsicherung wurden 0,35 Millionen Schilling zusätzlich zum Normalbudget investiert. Buchsicherung heißt ganz einfach elektronische Diebstahlsicherung. Und, auch sehr wichtig, für den Ankauf von PC-Anlagen wurden 0,4 Millionen Schilling ausgegeben. Alle diese Ausgaben sind außerhalb des üblichen Budgets der Landesbibliothek geschehen.

Es ist also trotz aller Probleme sehr viel für die Landesbibliothek passiert in den letzten Jahren. Ich kann nur an Herrn Landesrat Hirschmann appellieren, dass wir uns eine Fortsetzung dieser Bibliothekspolitik von ihm wünschen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.06 Uhr.)

Präsident: Als nächste Wortmeldung habe ich den Herrn Abgeordneten Straßberger vorgemerkt. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (15.06 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Dieser Bericht ist sehr umfangreich. Grundsätzlich wäre diese Einrichtung sicherlich zum Verfolgen, allerdings sind hier schon gravierende Dinge aufgezeigt worden, die nicht so gelaufen sind, wie man es sich vorgestellt hat.

Aber, liebe Frau Dr. Bachmaier-Geltewa, wissen Sie, ich habe mich deshalb eigentlich gemeldet, mich wundert es schon, wenn Sie heute einen Rechnungshofbericht unrichtig zitieren. Ich zitiere: „Nach wie vor vertritt der Landesrechnungshof die Auffassung, dass zwischen den Landesausstellungen ein zeitlicher Abstand von mindestens zwei Jahren sein sollte.“ – Seite 27. Und dann geht es anders weiter und da steht nirgends, dass die bisherigen Abstände oder die bisherigen Landesausstellungen in diesem Rhythmus beibehalten werden sollen. Es wäre schön, aber – (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Habe ich nicht gesagt!“) Ja, Sie haben das gesagt. Das kann man dann im Protokoll nachlesen. Darum bin ich eigentlich herausgekommen. (Abg. Gennaro: „Das war unsere Meinung!“)

Was auch in diesem Bericht zum Ausdruck gekommen ist, dass viele Budgetposten unterschiedlich bewirtschaftet worden sind, dass die Vertreterfähigkeit hier nicht funktioniert hat und dass auch einige Weisungen nicht zur Kenntnis genommen worden sind.

Ich glaube, dass das Ergebnis dieses Berichtes ausschließlich Ihrem Parteivorsitzenden zuzuordnen ist.

Und wenn Sie jetzt sagen, der Herr Landesrat. Er hat ja die Kultur erst jetzt übernommen, er wird das schon anders machen und nicht so wie bisher. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber dieser Bericht ist ausschließlich eurem Parteivorsitzenden DDr. Schachner-Blazizek zuzuordnen, der eh nicht mehr hier ist im Landtag (Abg. Gennaro: „Er sucht gerade die Frau Landeshauptmann!“), oder sehr selten. Aber bitte schön, sonst ist das Ergebnis dieses Berichtes niemand anderem zuzuordnen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.09 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich dazu Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (15.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Frau Abgeordnete, ich war leider nicht da, wie Sie gesprochen haben. Ich möchte aber zu dem Bericht Folgendes festhalten:

Ich persönlich bin ein Überzeugter, nicht nur Anhänger, sondern habe auch einiges da oder dort ein wenig bewegen können, Frau Abgeordnete, in Richtung einer notwendigen Verwaltungsreform. Wenn die FoKu gedacht war als ein Beitrag zur Verwaltungsreform, dann sage ich, so weit, so gut. Ich möchte gleich sagen, weil ja einige der Damen und Herren auch heute uns die Ehre geben hier im Zuschauerraum, das sind alles sehr qualifizierte Leute.

Die FoKu war aber eine ausschließlich politische Konstruktion des Landeshauptmannstellvertreters. Es sollte die Gegen-LAD sein auf seinem Weg zum Landeshauptmann in der Steiermark. Und daraus ist nichts geworden. Ich sage das ohne jede Schadenfreude, nur damit wir die Dinge auch richtig zuordnen können, wie sie in Wahrheit gemeint waren. Das war die Sache. Und es tut mir für die Beschäftigten dort heute Leid.

Wie ich dann das Ressort vom Kollegen Schachner übernommen habe – ich möchte das auch sagen, weil heute im vorhergehenden Gespräch zum Tourismus und bei der Kultur werden wir wieder darauf kommen –, meine Damen und Herren, ich lass die Vergangenheit ruhen, weil sie für mich vorbei ist und ich schau dort gar nirgends hinein. Verstehen Sie mich, was ich meine?

Ich schaue nach vorne. Zurückkommend zur FoKu. Meine verehrten Damen und Herren, wenn man – und da habe ich so einen gewissen Einblick – sieht, da hat man eine Kulturabteilung – die habe ich jetzt, Hofrat Glawogger ist gerade auch erschienen –, ich habe daneben eine Wissenschaftsabteilung und es ist gar keine Frage, noch einmal, dass ein Gruppenprinzip etwas bedeuten könnte im Sinne einer Verwaltungsreform, nur, wenn ich dann hergehe und darüber 18 Leute setze in eine Gruppe hinein, davon zehn Akademikerinnen und Akademiker – das ist ja etwas von höchst Qualifiziertem unseres Personals – darunter gar nichts mache, sondern dann nur schaue, wie die Abteilung oben quasi ins operative Geschäft der Abteilungen unten ständig hineinregiert, meine verehrten Damen und Herren, dann noch einmal, unabhängig von allen handelnden Personen – und der Landeshauptmannstellvertreter hat meinen ganzen Respekt ad personam –, aber das unter Verwaltungsreform zu verkaufen und zu sagen, das ist jetzt etwas, was der Sache gut tut, den Leuten gut tut, das ist ein gewagtes Stück, meine verehrten Damen und Herren.

In diesem Sinne Schluss darunter, der Fall ist erledigt, ich habe festgestellt für meine Aufgabenbereiche, die mir übertragen wurden, bediene ich mich der Kulturabteilung und das reicht und muss sogar dort auf Sicht hin weniger werden, meine verehrten Damen und Herren, weil wir uns diese Apparate nicht leisten können, nämlich im Interesse der Steuerzahler, die draußen auf der Straße gehen, während wir da sitzen. Und für meine anderen Bereiche im Joanneum, dort werden wir ohnedies eine ganz neue, völlig umgestaltete Zukunftskonstruktion finden müssen und damit ist der Fall erledigt. Deswegen hoffe ich, dass die Damen und Herren in der FoKu das nicht falsch verstanden haben, das ist nichts gegen irgendeine dort handelnde Person, aber ich brauche sie nicht für meine Aufgabenteilung. Und was mit den Leuten passiert, die Frau Kollegin steht da hinten jetzt, Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa, es wird sein wie in vielen Abteilungen, wir werden umschichten müssen, Leute neu zuordnen müssen und wir müssen auch mit dem Personalstand des öffentlichen Dienstes herunterfahren. Es wird eine gute Gelegenheit sein, die Damen und Herren an verantwortungsvollen notwendig nachzubesehenden Positionen einzusetzen, also wir haben Arbeit für jede und für jeden und daran wird es nicht mangeln. Der Vorteil der Leute bei uns ist, dass sie bitte einen gesicherten Arbeitsplatz haben, dass sie gesicherte Gehälter haben, das ist auch das große Privileg – ich sage das als ehemaliger Personalreferent dieser Landesregierung –, das die Leute bei uns Gott sei Dank auch haben, also es gibt keine wie immer geartete soziale Härte in irgendeiner Hinsicht, sondern es wird zu schauen sein, wie in einem neuen, hoffentlich weit reichenden Anlauf eine Gesamtreform der steirischen Landesverwaltung auch neue Akzente gesetzt werden und die Leute gute, neue Funktionen bekommen. In diesem Sinne – für mich ist dieser Teil beendet für meinen Aufgabenbereich – sage ich trotzdem noch einmal, dass das Gruppenprinzip als Gestaltungsprinzip der Landesverwaltung durchaus Sinn machen könnte. Nur, unter dem Strich, meine verehrten Damen und Herren, darf nie ein Plus an Dienstposten herauskommen, niemals! Es kann nur so sein, dass unter dem Strich maximal es bedeutet, gleichbleibend und auf Sicht hin müssen wir einfach Stück um Stück schauen, dass wir zu vorsichtigen, klugen, aber doch nachhaltigen Reduktionseffekten auch im öffentlichen Dienst kommen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.15 Uhr.)

Präsident: Frau Bachmaier-Geltewa hat sich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Straßberger, ich würde mir wünschen, wenn Sie nicht nur den Rechnungshofbericht sehr genau lesen würden, sondern auch mir zuhören würden, was ich hier ausführe. Ich habe gesagt, was im Rechnungshofbericht, nicht wie Sie sagen auf Seite 27, sondern auf Seite 25 steht: „Nach wie vor vertritt der Landesrechnungshof die Auffassung, dass zwischen den Landesausstellungen ein zeitlicher Abstand von mindestens zwei Jahren sein sollte.“ Ich habe gesagt, nachzulesen im Protokoll, laut Rechnungshof sollen Landesausstellungen in zweijährigem Rhythmus stattfinden. Wo habe ich da den Rechnungshofbericht falsch zitiert? Ich habe dann im Anschluss daran, meine Meinung – (Abg. Straßberger: „Frau Kollegin!“) – Sie können sich dann wieder melden – dargelegt und da habe ich gesagt, dass vieles, wenn Sie mir bitte zuhören, Herr Kollege Straßberger (Abg. Straßberger: „Ich höre zu!“), dafür spricht, wenn die Landesausstellungen in einem zweijährigen oder in einem jährlichen Rhythmus stattfinden, da gibt es Argumente dafür und dagegen. Das zu dem bitte.

Und nun zum Herrn Landesrat, ich würde mich sehr freuen, wenn eine Verwaltungsinnovation möglichst rasch durchgeführt werden würde, aber wenn ich mir die Geschäftsverteilung des Landes anschau (Landesrat Dr. Hirschmann: „Es wird neu gemacht!“) – und ich habe es erwähnt, Sie waren ja nicht hier –, dass für die seinerzeitige FoKu jetzt sechs Regierungsmitglieder zuständig sind und wenn man diese übergreifenden Zuständigkeiten ansieht, dann ist meine Hoffnung sehr gering, aber ich lasse mich gerne positiv überraschen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.16 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 121/1, Tagesordnungspunkt 13, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 119/1, Tagesordnungspunkt 14, ihre Zustimmung geben, bitte ich nun um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Auch hier kann ich die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Damit komme ich zum nächsten Tagesordnungspunkt.

15. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 179/1, stichprobenweise Prüfung einer von der Stadtgemeinde Mürzzuschlag, 8680 Mürzzuschlag, Wiener Straße 9 errichteten Wohnanlage.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (15.18 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung einer von der Stadtgemeinde Mürzzuschlag, 8680 Mürzzuschlag, Wiener Straße 9 errichteten Wohnanlage, Einl.-Zahl 179/1 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Prüfung einer von der Stadtgemeinde Mürzzuschlag, 8680 Mürzzuschlag, Wiener Straße 9 errichteten Wohnanlage, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (15.18 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (15.19 Uhr): Herr Präsident, Herr Baulandesrat!

In aller Kürze bringe ich zu diesem Tagesordnungspunkt 15 einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, der der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages entspricht, der Freiheitlichen, meiner Person und des Kollegen Klubobmann Lafer ein.

Der Landesrechnungshof hat im Rechnungshofbericht betreffend die stichprobenweise Prüfung einer von der Stadtgemeinde Mürzzuschlag errichteten Wohnanlage (Landesrechnungshofbericht Nr. 2) Verstöße gegen das Vergaberecht durch die Stadtgemeinde Mürzzuschlag aufgezeigt.

Bereits in der Vergangenheit hat der Landesrechnungshof wiederholt kritisiert, dass es zu Verstößen gegen die Vergabegesetze kommt, wenn Gemeinden selbst die Bauführung von Wohnanlagen vornehmen, ohne dabei gemeinnützige Wohnbauträger zu beauftragen.

Durch bessere Information und Beratung der verantwortlichen Gemeindeorgane könnten diese Missstände leicht abgestellt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden Antrag:

Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert: erstens die Anwendung der Normen des Vergaberechts im Bereich der Errichtung von Wohnungen unter Bauführung der Gemeinden verstärkt zu prüfen, zweitens im Rahmen der Gemeindeaufsicht über die Anwendung des Vergaberechts Beratungen für die Gemeinden, die von den Gemeinden freiwillig in Anspruch genommen werden können, durchzuführen, um eine gesetzeskonforme Anwendung der Normen des Vergaberechts sicherzustellen.

Zwei Minuten noch, Herr Jungbaulandesrat, zwei Minuten deiner Aufmerksamkeit. Herr Jungbaulandesrat Dr. Gerhard Hirschmann, ich weiß, du bist in diesem Bereich noch unbelastet. Vielleicht bist du schon am Weg, um dich beim Abschlusstraining für die Champions-League-Party morgen vorzubereiten. Wir aber im Landtag nehmen dich hier beim Wort, die angekündigten Gespräche mit den Verantwortlichen des Landesrechnungshofes und den zuständigen Mitarbeitern der Rechtsabteilung 14 rasch zu führen und auch dementsprechend darauf auszurichten, dass diese aufgezeigten Mängel nachhaltig beseitigt werden. Wörtlich jetzt: „Du wirst Sorge dafür tragen, dass die Dinge abgestellt werden!“ Wir im Landtag ersuchen und bitten dich darum. Herzlichen Dank! (Beifall bei der FPÖ. – 15.21 Uhr.)

Präsident: Weiters hat sich dazu zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann: (15.21 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es liegt uns der Rechnungshofbericht über ein Bauvorhaben der Stadtgemeinde Mürzzuschlag vor. Im Ausschuss hat es diesbezüglich schon die diversen Wortmeldungen gegeben. Man muss sich das so vorstellen, bei Mürzzuschlag handelt es sich um unsere Bezirkshauptstadt am äußersten Ostende des Tales. Diese Stadt verfügt über eine eigene Bauabteilung. Auf Grund dessen haben sie es trotz unterschiedlichsten Wettbewerbsverzerrungen, die es gibt, auf sich genommen, ein derart großes Bauvorhaben im eigenen Wirkungsbereich abzuwickeln. Wettbewerbsverzerrung warum? Gegenüber den Genossenschaften deswegen, weil allein durch die Vergaberichtlinien die Gemeinden bei derartigen Projekten schon wesentlich benachteiligt sind.

Natürlich hat es sich bei einem so großen Bauvorhaben ergeben, dass der eine oder andere Kritikpunkt hier in diesem Bericht aufscheint. Aber um was geht es dabei wirklich? Kritikpunkt an den Auftragsvergaben beziehungsweise Leistungsverzeichnissen bezüglich der Aufbewahrungsfrist. Das ist ein Kritikpunkt, der auch berechtigt ist und der auch in Zukunft abgestellt wird. Abweichungen von Ausführungsplänen zur Einreichplanung. Also bitte, Hand aufs Herz, wer hat jemals ein Haus gebaut und hat nicht gegenüber dem Einreichplan abgeändert? Es gibt auch noch einige andere Kritikpunkte kleinerer Art, wie zum Beispiel die Fassadenausführung des Sockels oder es wurden keine Schneefänger montiert, die nachträglich montiert worden sind.

Es wurde aber auch in diesem Rechnungshofbericht die Arbeit der Stadtgemeinde Mürzzuschlag und ihrer Bauabteilung sehr lobend erwähnt. Die Art der Bebauung wurde als sehr zweckmäßig und gelungen bezeichnet. Und letzten Endes und das, glaube ich, ist ja wirklich das Wichtigste bei dieser Angelegenheit, es wurden auf Grund sparsamster Planung und Ausführung 1,3 Millionen Schilling eingespart gegenüber den ursprünglichen Schätzkosten, die letzten Endes dann den Mietern, den zukünftigen und jetzigen Mietern, zugute gekommen sind.

Und deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, dass im Großen und Ganzen dieser Rechnungshofsbericht ein sehr positiver ist und dass es nicht notwendig ist, auf Grund dieses Rechnungshofberichtes in einer Entschließung festzustellen, dass die Gemeinden besonders und verstärkt überprüft gehören. Deswegen darf ich hier auch für meine Fraktion festhalten, dass wir bei dieser Entschließung sehr wohl dem zweiten Punkt zustimmen. Ich beantrage auch eine getrennte Abstimmung zwischen Punkt eins und zwei, denn für den ersten Punkt, wo eine verstärkte Gemeindeprüfung gefordert wird, liegt wahrlich kein Grund vor. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.25 Uhr.)

Präsident: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir keine weitere Wortmeldung vor.

Damit komme ich nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters, Einl.-Zahl 179/1, Tagesordnungspunkt 15 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag, wo eine punktuelle Abstimmung zu eins und zwei erfolgt.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt eins des Entschließungsantrages der FPÖ betreffend Verstöße gegen das Vergaberecht im Gemeindebereich zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Punkt eins ist mehrheitlich angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Punkt zwei des Entschließungsantrages der FPÖ zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Punkt zwei ist einstimmig angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu Punkt

16. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 124/1, betreffend die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2000 (siebenter Bericht für das Rechnungsjahr 2000).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (15.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Ich darf meinen Bericht zur Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2000 (siebenter Bericht für das Rechnungsjahr 2000) bringen.

Ich berichte, dass in der Zeit vom 23. Oktober bis 19. Dezember 2000 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 223,443.329,99 Schilling durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt:

Erstens: Bindung von Ausgabenersparungen 128,541.354,19 Schilling, zweitens: Mehreinnahmen 48,043.982 Schilling und drittens: Rücklagenentnahme 33,788.000 Schilling. Das sind in Summe 210,373.336,19 Schilling.

Außerordentlicher Haushalt:

Erstens: Bindung von Ausgabenersparungen 9,889.975,80 Schilling und zweitens: Mehreinnahmen 3,180.018 Schilling. Das sind in Summe 13,069.993,80 Schilling.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 15. Jänner 2001 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der siebente Bericht für das Rechnungsjahr 2000 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 223,443.329,99 Schilling wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme! (15.29 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich zum Tagesordnungspunkt 16 die Frau Abgeordnete Barbara Gross.

Abg. Gross (15.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bekenne mich, wie bereits Kurt Gennaro in der letzten Landtagsitzung, grundsätzlich zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben beziehungsweise Umschichtungen.

Ich möchte aber namens meiner Fraktion zwei Entschließungsanträge einbringen, nämlich erstens Unselbstständiger Entschließungsantrag betreffend ausreichende Budgetdotierung für die Landes-EDV im Rahmen der Landesvoranschläge 2001 und 2002 der Abgeordneten Gross, Gennaro und Prattes.

In der letzten Zeit ist es leider schon fast Usus geworden, dass dem Steiermärkischen Landtag im Rahmen der Berichte der Steiermärkischen Landesregierung betreffend über- und außerplanmäßige Ausgaben massive Umschichtungen von Budgetmitteln der verschiedensten Abteilungen zugunsten des EDV-Budgets der Organisationsabteilung zur Genehmigung vorgelegt werden. Erst im letzten, bereits zur Kenntnis genommenen sechsten Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben waren massive Umschichtungen zugunsten der EDV-Mittel enthalten.

So umfangreich, wie im vorliegenden Bericht Einl.-Zahl 124/1 waren die Verschiebungen aber noch nie. Mangels vorhandener korrekter Budgetierung seitens des zuständigen Ressorts ist diesem Bericht zu entnehmen, dass verschiedene Abteilungen über 12 Millionen Schilling selbst aufbringen müssen, um sich eine zeitgemäße EDV-Ausstattung zu sichern. Über 12 Millionen Schilling, welche diese Abteilungen dringend brauchen würden, um die ihnen übertragenen Aufgaben im Sinne der Steirerinnen und Steirer ordnungsgemäß erfüllen zu können. Das ist eine Situation, die den Menschen in diesem Land, die auf die Servicefunktion des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung vertrauen, nicht weiter zuzumuten ist. Außerdem wird es den in den Abteilungen tätigen Kolleginnen und Kollegen fast unmöglich gemacht, ihre Aufgaben pflichtgemäß zu erfüllen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in den Entwürfen der Landesvoranschläge 2001 und 2002 eine korrekte, ordnungsgemäße Budgetierung der EDV-Ausgaben des Landes vorzunehmen. Ziel ist, dass die einzelnen Abteilungen des Landes nicht mehr genötigt werden, ihre eigenen Budgetmittel dazu verwenden zu müssen, die budgetären Defizite des zuständigen Ressorts auszugleichen, um einen zeitgemäßen EDV-Standard zu erreichen.

Zum zweiten Entschließungsantrag eine kurze Einleitung. Das Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen wurde im Jänner dieses Jahres vom Ministerrat beauftragt, die Erstellung eines Nationalen Aktionsplanes gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu koordinieren. Der Prozess zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung wurde von der EU initiiert und hat seine Wurzeln im Vertrag von Amsterdam und auch im Gipfel des Europäischen Rates von Lissabon im März 2000. Bis Juni 2001 sind die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Nationalen Aktionspläne zu erstellen mit dem primären Ziel, konkrete Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung vorerst für die nächsten zwei Jahre zu entwickeln. Wir werden uns mit diesem Plan und auch mit diesem Thema sicher noch einige Male in diesem Haus zu beschäftigen haben. Um präventiv einen kleinen Part zu diesem Thema in der Steiermark beizutragen, darf ich folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag unserer Fraktion, betreffend Heizkostenzuschuss für die Heizperiode 2001/2002 einbringen, und zwar der Abgeordneten Gross und Schrittwieser.

Auf Initiative der Sozialdemokratischen Partei gewährte das Land Steiermark im heurigen Winter 2001/2002 Personen, die durch gestiegene Heizkosten über Gebühr belastet wurden, einen Heizkostenzuschuss. Dafür wurden vom Land rund 66 Millionen Schilling aufgewendet.

Aus derzeitiger Sicht ist nicht abzuschätzen, wie sich die Heizölpreise bis zur Heizperiode 2001/2002 entwickeln werden. Um die Betroffenen von der Unsicherheit über die zukünftige Preisentwicklung zumindest teilweise zu entlasten, sollte das Land Steiermark schon jetzt klarstellen, dass bei einer ähnlichen finanziellen Belastung durch Heizölpreise diese Förderungsaktion des Landes auch im Winter 2001/2002 wieder durchgeführt wird.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, schon jetzt zu beschließen, dass Steirerinnen und Steirer, die in der Heizperiode 2001/2002 durch hohe Heizölpreise über Gebühr belastet werden, wiederum eine Unterstützung durch das Land Steiermark erhalten. Ein Heizkostenzuschuss in derselben Höhe wie bei der bisherigen Aktion soll dann zustehen, wenn der Heizölpreis im Oktober 2001 in einer Höhe von über 90 Prozent des Durchschnitts des Heizölpreises der Monate November 2000 bis Februar 2001 liegt. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir bisher nicht vor, deshalb komme ich nunmehr zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 124/1, Tagesordnungspunkt 16, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Weiters komme ich nunmehr zum Entschließungsantrag der SPÖ. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend ausreichende Budgetdotierung für die Landes-EDV im Rahmen der Landesvoranschläge 2001 und 2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Danke, das hat nicht die mehrheitliche Zustimmung gefunden.

Damit kommen wir zum nächsten Entschließungsantrag der SPÖ. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Heizkostenzuschuss für die Heizperiode 2001/2002 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Danke, auch dieser Antrag hat nicht die mehrheitliche Zustimmung gefunden.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 92/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Ferstl, Graf, List und Wiedner, betreffend Versicherungsleistungen des Landes Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.38 Uhr): Ich berichte über den Antrag mit der Einl.-Zahl 92/1 der Abgeordneten Lafer, Dietrich, Ferstl, Graf, List und Wiedner, betreffend Versicherungsleistungen des Landes Steiermark.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alle Versicherungsleistungen des Landes Steiermark nach dem neuesten Stand der EU-weiten Versicherungstechnik neu auszuschreiben, insbesondere die Feuer- und Allrisk-Sachversicherung, die Haftpflichtversicherung und die Kfz-Haftpflichtversicherung, um bei Optimierung der Leistungen eine bestmögliche Prämie zu erzielen. Ich ersuche um Annahme. (15.38 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Auch zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir bisher keine Wortmeldung vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 18 und 19 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 125/1, betreffend Industriepark Scheifling, EZ. 467, KG. 65320 Scheifling; Optionseinräumung an die Firma Resch GmbH. & Co. KG. Wels auf Erwerb des Grundstückes 252/3 im Flächenausmaß von 2101 Quadratmeter zu einem Quadratmeterpreis von 250 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (15.39 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es geht um die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Einl.-Zahl 125/1. Das Land Steiermark ist Eigentümer eines Teiles des so genannten Schlossgrundes im Gewerbepark Scheifling im Ausmaß von rund 16.000 Quadratmeter. Erworben wurde diese Liegenschaft im Jahre 1994.

Die Firma Resch GmbH. & Co. KG. hat den Wunsch geäußert, für eine Betriebserweiterung zu einem späteren Zeitpunkt rund 2100 Quadratmeter erwerben zu können. Die Firmenplanung ist Gott sei Dank hinsichtlich einer Betriebserweiterung schon jetzt so weit gediehen, dass ein Antrag auf Optionseinräumung für den Erwerb von 2100 Quadratmeter gestellt worden ist.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge des Beschlusses vom 17. Juli 2000 den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Optionseinräumung an die Firma Resch GmbH. & Co. KG. Wels auf Erwerb des Grundstückes 252/3 im Flächenausmaß von 2101 Quadratmeter zu einem Quadratmeterpreis von 250 Schilling aus der EZ. 467, KG. Scheifling wird genehmigt. (15.40 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und komme damit zur Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 108/1, betreffend den Gewerbepark Albersdorf-Prebuch, 8200 Gleisdorf; schenkungsweise Übereignung von Restflächen der Liegenschaften EZZ. 1838, 1835 und 1500 je KG. 68111 Gleisdorf im Gesamtausmaß von 12.300 Quadratmeter, davon: 1. 6133 Quadratmeter an die Gemeinde Gleisdorf, 8200 Gleisdorf, 2. 5402 Quadratmeter an den Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf-Prebuch, Region Gleisdorf, Kommanditerwerbsgesellschaft, 8200 Gleisdorf, 3. 765 Quadratmeter an die Steirische Ferngas AG., 8041 Graz.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (15.41 Uhr): Danke, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren über eine Fahrradfabrik in den achtziger Jahren hat das Land Steiermark in den Gemeinden Gleisdorf und Albersdorf-Prebuch Liegenschaftsflächen zum Zwecke der Errichtung eines Industrie- und Gewerbeparks erworben.

Um weitere Betriebsansiedelungen zu forcieren und rasche Initiativen setzen zu können, wurde seitens der Gemeinde Albersdorf-Prebuch eine Betreibergesellschaft – Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf-Prebuch – gegründet.

Diesem Umstand hat die Steiermärkische Landesregierung Rechnung getragen und dem Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf-Prebuch über Antrag Grundstücke im Ausmaß von 51.760 Quadratmeter schenkungsweise übertragen.

Folgende Firmen haben sich dort mittlerweile angesiedelt:

Austria Druckguß, Neuhold, MKT, Schwarz, Tupperware, Temmel, Tesma, Meier, Magna und Ottis mit einer Gesamtmitarbeiterzahl von 561.

Die dem Land Steiermark letztlich verbliebenen Grundstücke im Gewerbepark Albersdorf-Prebuch betreffen drei Parzellen im Gesamtausmaß von 12.300 Quadratmetern.

Bei diesen Parzellen handelt es sich um Flächen, die für industriell-gewerbliche Zwecke nur schwer verwendbar sind. In den letzten Jahren hat es ständig Schwierigkeiten mit der Erhaltung, Reinigung und Sanierung der Zufahrtswege gegeben.

Bei diesen Parzellen handelt es sich um lang gestreckte Parzellen, die hauptsächlich als Bahnzubringer, Zufahrtsstraße, Ferngaszuleitungen sowie Stromversorgungsleitungen dienen.

Weiters ist zu berücksichtigen, dass die Grundstücke durch diverse Dienstbarkeiten, wie zum Beispiel Hochspannungs- und Niederspannungsleitungen, Erdgasleitungen, Geh- und Fahrrechte, belastet sind.

Für die Übertragung der Liegenschaftsanteile liegen folgende Ansuchen vor:

Erstens: Steirische Ferngas Aktiengesellschaft, zweitens: Stadtgemeinde Gleisdorf, drittens: Gewerbepark der Gemeinde Albersdorf-Prebuch.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend schenkungsweise Übereignung von Restflächen der Liegenschaften EZZ. 1838, 1835, 1500 je KG. 68111 Gleisdorf im Gesamtausmaß von 12.300 Quadratmetern, wird genehmigt. Ich bitte um Annahme! (15.43 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Mir liegen derzeit zu diesen beiden Tagesordnungspunkten 18 und 19 keinerlei Wortmeldungen vor.

Deshalb komme ich nunmehr zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 125/1 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 108/1 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 77/1, der Abgeordneten Kaufmann, Gennaro, Kröpfl und Dr. Reinprecht, betreffend die Erzeugung genetisch identer Lebewesen mit Hilfe gentechnologischer Methoden (Klonierung).

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Wolfgang Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (15.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Monika Kaufmann, Kurt Gennaro, Walter Kröpfl und Dr. Ilse Reinprecht betreffend die Erzeugung genetisch identer Lebewesen mit Hilfe gentechnologischer Methoden – Klonierung.

Fast täglich werden in den Medien Meldungen hinsichtlich der enormen Fortschritte in der Gentechnologie publiziert. Die Produktion des Klons „Dolly“ wurde weltweit als Erfolg der Wissenschaft gefeiert. Vom Nutztier zum Menschen ist es meist nur ein kleiner Schritt: Nach der Entschlüsselung des menschlichen Genoms, wie rudimentär diese auch erfolgt ist, werden bereits Projekte hinsichtlich der Erzeugung menschlicher Klone in Angriff genommen, zum Beispiel zur Produktion transplantabler Organe.

Mit diesen wissenschaftlichen Versuchen werden Grundtatsachen, wie die Einzigartigkeit und Besonderheit jedes Lebewesens und insbesondere jedes Menschen in Frage gestellt. Von der Gültigkeit dieser Grundtatsachen hängt eine Vielzahl von gesellschaftlich anerkannten Regeln des menschlichen Zusammenlebens wie auch des Umganges des Menschen mit seiner eigenen leiblichen Natur und mit der äußeren Natur – insbesondere mit Tieren – ab.

Auf Grund der zu erwartenden negativen, ja katastrophalen Folgen derartiger Versuche auf das menschliche Selbstverständnis, auf das gesellschaftliche Zusammenleben und auf den Umgang des Menschen mit anderen Lebewesen sind diese Forschungsarbeiten und umso mehr ihre zu erwartende Anwendung abzulehnen. Der Schutz der menschlichen Würde und der dem Menschen obliegende Schutz der Arten wie auch der Einzelbewesen ist in diesem Fall höher zu bewerten als die Freiheit der Wissenschaft.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit in Österreich weder an Menschen noch an Nutztieren Klonierungsversuche unternommen werden. Insbesondere wäre ein Klonierungsverbot ausdrücklich gesetzlich (zum Beispiel Gentechnikgesetz, Fortpflanzungsmedizinengesetz) festzuschreiben. Darüber hinaus müsste darauf im Bereich der Forschungsförderung Bedacht genommen werden.

Des Weiteren wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, auf internationaler Ebene, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, auf ein Verbot von Klonierungsversuchen an Menschen und Nutztieren hinzuwirken. Auch hier ist kurzfristig auf eine Einstellung der diesbezüglichen Forschungsförderung abzielen. Ich bitte um Annahme! (15.47 Uhr.)

Präsident Ich danke für die Berichterstattung.

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, ersuche ich die Klubobmänner der im Landtag vertretenen Parteien dafür Sorge zu tragen, dass auch die Präsenz im Plenum entsprechend ist und ich appelliere damit auch sehr deutlich an die Disziplin der Abgeordneten dieses Hauses.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Rauch das Wort.

Abg. Dr. Rauch (15.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Herren Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Der Steiermärkische Landtag ist aufgefordert, sich wieder einmal mit dem Thema Klonen zu befassen. Um es gleich vorwegzunehmen: Ich halte es für gut, dass der Steiermärkische Landtag sich immer wieder mit dieser Frage auseinandersetzt und ich spreche mich dafür aus, diesem Antrag zuzustimmen.

Allerdings müssen wir uns bei einer derartig schwierigen Materie die Frage gefallen lassen, ob wir überhaupt wissen, worüber wir hier reden und abstimmen. Können wir die langfristigen, die indirekten, die unbeabsichtigten Konsequenzen dieser Entwicklung überhaupt abschätzen? Oder sollten wir zu diesem Thema vielleicht doch besser schweigen?

Ich glaube, wir wissen tatsächlich noch sehr wenig über die Tragweite der Gentechnik und damit auch über die Sinnhaftigkeit unseres Beschlusses. Trotz-dem oder besser gerade deswegen müssen wir dieses Thema diskutieren, müssen damit unseren Beitrag zur Meinungsbildung leisten und auch öffentlich einen Standpunkt beziehen.

Die Gentechnik ist neben der Informations- und Kommunikationstechnologie die Schlüsseltechnologie unserer Zeit. Sie birgt durchaus die Gefahr einer schrecklichen Fehlentwicklung, von unbekanntem Seuchen, von unverantwortlichen Eingriffen in die Schöpfung, sie hat das Potenzial zu Entwicklungen, deren wir nicht mehr Herr werden.

Andererseits haben wir ebenso berechtigte Hoffnung, dass wir durch Gentechnik einen Qualitätssprung in der Landwirtschaft erreichen können und damit für Millionen Menschen den Hunger lindern. Wir hoffen, dass die Gentechnik der Medizin neue Heilmethoden bringen kann und damit das Los vieler kranker Menschen verbessern wird.

Welchen Weg die Entwicklung tatsächlich nehmen wird, wissen wir nicht. Jede Prognose dazu wäre reine Spekulation, auch Vergleiche mit vergangenen wissenschaftlichen Innovationen können bestenfalls als Illustrationen dienen.

Das heißt aber bitte nicht, dass wir der künftigen Entwicklung der Gentechnik gleichsam schicksalhaft ausgeliefert sind, dass sie unbeeinflussbar unserem politischen Willen entzogen wäre.

Die Gentechnik ist wie jede wissenschaftliche Entwicklung von Menschen gemacht. Von Menschen, die in der ganzen Welt auf diesem wissenschaftlichen Gebiet mit Hochdruck und unter Einsatz großer öffentlicher und privater Mittel forschen, auch in Österreich.

Eine derartige wissenschaftliche Disziplin entwickelt eine beachtliche Eigendynamik. Sie kann, weil sie in vielen Ländern läuft, weil sie in vielen unterschiedlichen Institutionen, privat wie öffentlich, vorangetrieben wird, auch nicht zentral gesteuert werden.

Die Gentechnik kann über öffentliche Programme bis zu einem gewissen Grad beschleunigt oder in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Da aber auch privatwirtschaftliche Hoffnungen die Entwicklung vorantreiben, sind der Kontrolle durch die öffentliche Hand deutlich Grenzen gesetzt. Ein gutes Beispiel dazu haben wir gestern erlebt: In fünf Städten wurde gleichzeitig das Human Genome Project vorgestellt: die Entschlüsselung der menschlichen Erbinformation. Ein Projekt, das parallel von öffentlicher und privater Seite betrieben worden ist und das allein etwa 45 Milliarden Schilling gekostet hat.

Wir müssen uns daher bewusst sein, dass niemand diese Entwicklung alleine steuern kann und dass Österreich nur eine Stimme in einem großen internationalen Diskussionsprozess ist, allerdings spielt Österreich in dieser Entwicklung keine unbedeutende Rolle.

Wenn ich von den Stimmen im derzeitigen internationalen Meinungsbildungsprozess spreche, dann meine ich keineswegs nur die Meinungen der Wissenschaft. Wir dürfen die Entscheidung über Richtung und Geschwindigkeit einer derartigen Entwicklung niemals der Wissenschaft alleine überlassen. Die Wissenschaft wäre überfordert, wenn wir ihr alleine die Verantwortung für die Anwendung ihrer Erkenntnisse überlassen würden. Sie will das auch gar nicht. (Abg. Gennaro: „Bravo!“) Die Gesellschaft ist viel mehr verpflichtet, in der öffentlichen Diskussion mit der Anwendung wissenschaftlicher Entwicklungen Schritt zu halten. Die Bevölkerung muss eine eigene Meinung entwickeln und diese den wissenschaftlich Tätigen auch klar vermitteln. Natürlich darf die Gesellschaft in diesem Meinungsbildungsprozess nicht allein gelassen werden. Sie muss dabei von der Politik ebenso unterstützt werden wie von den Medien, aber auch von der Kunst, der Religion und der Philosophie.

All diese Instrumente zum Verstehen der Welt und ihrer Entwicklung müssen gemeinsam mit der Wissenschaft die ethischen Fragen der Anwendung der Gentechnik diskutieren. Gemeinsam müssen wir Mechanismen zu ihrer Kontrolle erarbeiten. Es ist daher legitim und notwendig, dass sich auch der Steiermärkische Landtag zu einem derart wichtigen Thema deutlich äußert.

Die Botschaft, die wir mit unserem Beschluss formulieren, lautet:

Für die Steirerinnen und Steirer stellt das menschliche Leben ein unantastbares Gut von höchstem Wert dar.

Experimente mit menschlichen Föten und Embryonen, Eingriffe in die menschliche Keimbahn scheinen uns beim derzeitigen Stand der Wissenschaft nicht gerechtfertigt. (Abg. Gennaro: „Bravo!“)

Die Bevölkerung unseres Landes möchte hier höchst sensibel und sehr vorsichtig sein.

Und: Wir blicken mit Besorgnis auf viel weiter gehende Entwicklungen in anderen Ländern.

Diese Haltung beschränkt sich auch nicht nur auf den Menschen: Sie erstreckt sich auch auf höhere Tiere, deren Schutz und Achtung für uns einen großen Wert darstellt. Tierversuche haben in der Wissenschaft allgemein und daher auch in der Gentechnik auf das absolute Minimum beschränkt zu werden. Sie sind in jedem einzelnen Fall auf ihre Notwendigkeit und ihre moralische Vertretbarkeit hin zu überprüfen.

Andererseits ist uns bewusst, dass wir die Entwicklung der Gentechnik durch Verbote weder aufhalten können noch wollen. Die Gentechnik pauschal zu verteufeln wäre genauso dumm wie sie unkritisch hochzujubeln. Und Angst zu erzeugen wäre jedenfalls die falsche Reaktion.

Wir haben im Ausschuss daher den ursprünglichen Antragstext dahin gehend abgeändert, dass wir von „Nutztieren“ gesprochen haben und nicht von „Tieren“ allgemein. Damit soll zum Ausdruck kommen, dass wir verantwortungsvolle gentechnische Forschung an niederen Tieren, an Einzellern, an Insekten nicht von vornherein ausschließen wollen.

Außerdem sind wir auf die Entwicklung der Gentechnik in Österreich nicht so schlecht vorbereitet. Wir haben ein Gentechnikgesetz, das großes Gewicht auf Sicherheitsaspekte legt und die Öffentlichkeit mit einbezieht. Wir haben eine Gentechnikkommission, öffentliche Anhörungsverfahren bei der Freisetzung und die Kontrolle durch die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Unsere umfassende Sicherheitsforschung der Gentechnik an den Universitäten ist international anerkannt.

Es wäre verhängnisvoll, wenn sich Österreich durch übertriebene Selbstbeschränkung in diesem wichtigen Bereich vom wissenschaftlichen Kenntnisstand abkoppeln würde. Das ist für mich ein entscheidender Punkt. Wir brauchen verantwortungsbewusste Gentechnikforschung gerade in Österreich, wenn wir auf internationaler Ebene auch in Zukunft mitreden wollen.

Wenn wir unsere nachdenkliche, zurückhaltende und sehr, sehr vorsichtige Haltung in der internationalen Diskussion zu Gehör bringen wollen, müssen wir kompetente Gesprächspartner bleiben. Wir müssen wissen, worüber wir reden und dazu brauchen wir wissenschaftliche Forschung und Lehre. Wenn wir in unserem Beschluss daher die Forschungsförderung ausdrücklich erwähnen, so ist damit auch die Aufforderung zu verstehen, gerade auf dem Gebiet der Wirkungs- und Sicherheitsforschung weiterhin aktiv zu bleiben. Wenn wir die internationale Ebene, vor allem die Europäische Union speziell hervorheben, so erheben wir damit den Anspruch, die Forschung an vorderster Front auch in Zukunft begleiten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Dieser Antrag ist sicher nicht das letzte Mal, dass wir uns mit Gentechnik befassen werden. Ganz im Gegenteil, wir signalisieren damit, dass wir diese Entwicklung aufmerksam verfolgen, die Risiken und Chancen der Gentechnik der Bevölkerung nahe bringen wollen und dass wir uns selbst einem ständigen weiteren Meinungsbildungsprozess unterziehen werden.

Ich wünsche mir, dass uns in nicht allzu ferner Zukunft medizinische Erfolge der Gentechnik ermöglichen, unsere sehr vorsichtige und zurückhaltende Haltung zu lockern. Dass wir zum Wohl des Menschen und unter realistischer Beurteilung der Konsequenzen auch gentechnische Heilverfahren an Menschen werden zulassen können. Gleichzeitig ist zu hoffen, dass uns gefährliche Fehlentwicklungen, derzeit noch unbekannte Gefahren oder gar Unfälle nicht zu einer noch viel restriktiveren Haltung zwingen werden.

Ich bekenne offen, dass wir als politisches Gremium ebenso wie die Wissenschaft und letztlich die gesamte Bevölkerung Suchende sind. Unser Beschluss stellt einen weiteren Schritt in unserem Meinungsbildungsprozess dar, keineswegs sein Ende.

Wir nehmen für uns auch nicht in Anspruch, klüger zu sein als andere, höchstens vorsichtiger. Vielen Dank! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 16.00 Uhr.)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort. (Abg. Gennaro: „Es ist schon alles gesagt worden!“)

Abg. Mag. Zitz (16.00 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als ich jetzt herausgekommen bin, hat Kollege Gennaro als SPÖ-ler und Antragsteller unter anderem gesagt: „Es ist schon alles gesagt worden!“ Zum Glück nicht, Herr Kollege Gennaro, und ich möchte auch sagen, dass dieses Thema, welches vom Landtag jetzt, hoffe ich, einstimmig beschlossen wird, nämlich ein Verbot von Klonierung von Lebewesen österreichweit in Europa und international gar nicht so groß ein Thema geworden wäre, wenn nicht genau die Leute darauf aufmerksam gemacht hätten, die sonst gesellschaftlich sehr oft am Rande stehen.

Ich denke an Behindertenorganisationen, die sich engagiert dagegen gewehrt haben, dass man im Rahmen der EU-Gesetzgebung Versuche am Menschen bei so genannten nicht einwilligungsfähigen Personen durchführen kann im Sinn einer Bioethikkonvention, die genau in der Tradition von der High-Tech-Medizin gestanden ist und von bestimmten Pharmafirmen, die einfach bei diesen Entwicklungen ökonomisch sehr gut profitieren. Und ich denke, das möchte ich auch sagen, an die Kirchen, die die Kirchen, auch die katholische Kirche, bei ihrer ethisch-spirituellen Haltung zu diesem Thema eingenommen haben.

Ich möchte auch daran erinnern, dass vor vier Jahren 1,2 Millionen Leute in Österreich das Gentechnikvolksbegehren unterschrieben haben. Damals war der tagesaktuelle Aufhänger zwar ein Verzicht auf Gentechnik in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelproduktion, aber ein Teil des Blocks des damaligen Engagements war, kein Patent auf Leben.

Heute in der Zeitung hat es große Artikel gegeben, dass sich das Human Genome Project sehr weit entwickelt hat. Man sieht genau, bei der Debatte um dieses große internationale Projekt herum, wie stark beinharte marktwirtschaftliche Interessen hinter einem scheinbar visionären und wissenschaftlichen Interesse stehen.

Ich möchte auch Herrn Prof. Rauch für seine differenzierte Wortmeldung danken. Ich glaube, der Dialog braucht Partner und Partnerinnen auf allen Seiten. Es ist aber klar aus Sicht der Grünen, dass wir sehr parteiisch – ich hoffe in einem guten Sinne des Wortes – die Positionen vertreten werden, die stark in Richtung Technologiefolgenabschätzung gehen beziehungsweise die auch stark von den Personen geäußert werden, die eben nicht im Zentrum der Macht und des politischen Diskurses stehen. Und da wünsche ich mir insgesamt Form- und Dialogmöglichkeiten, wo man sehr wohl die ökonomischen Verwertbarkeiten zum Thema macht.

Genau bei dem Thema geht es darum zu zeigen: „Es gibt ein Leben hinter der Technologie.“

Und in diesem Sinne glaube ich, dass das ein Antrag ist, der hoffentlich auch von anderen Bundesländern in unserem Sinne angenommen wird. Ich hoffe sehr stark, dass die Bundesregierung doch bereit ist, in diesem Bereich die Position einzunehmen, die der steirische Landtag jetzt einmal vorgibt. Danke schön! (Beifall bei den Grünen, der ÖVP und SPÖ. – 16.04 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Deshalb komme ich nunmehr zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 111/1, betreffend den Abverkauf des zum Landwirtschaftsbetrieb Hafendorf gehörenden Objektes Töllergraben 3, bestehend aus der Bauparzelle 43 laut Änderungsausweis des Dipl.-Ing. Karl Neuper in einem Ausmaß von 998 Quadratmeter mit einem darauf befindlichen Wohnhaus an die Familie Gabriele und Peter Michl, 8605 Kapfenberg, Mühlbacher Straße 14 zum Kaufpreis von 1,251.000 Schilling.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (16.04 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Herren Regierungsmitglieder, verehrte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Abverkauf des zum Landwirtschaftsbetrieb Hafendorf gehörenden Objektes Töllergraben 3, bestehend aus der Bauparzelle 43 laut Änderungsausweis des Dipl.-Ing. Karl Neuper in einem Ausmaß von 998 Quadratmeter mit einem darauf befindlichen Wohnhaus an die Familie Gabriele und Peter Michl, 8605 Kapfenberg, Mühlbacher Straße 14 zum Kaufschilling von 1,251.000 Schilling.

Hinsichtlich des Verkehrswertes des Objektes Töllergraben 3 wurde durch die Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, Fachabteilung 4 c ein Gutachten, datiert vom 20. Dezember 1999, erstellt, das für dieses Objekt einen Verkehrswert von 1,025.000 Schilling ausweist. Das Angebot der Familie Gabriele und Peter Michl liegt daher deutlich über dem geschätzten Verkehrswert.

Die Rechtsabteilung 10 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wäre im Einvernehmen mit der Abteilung für landwirtschaftliches Schulwesen zu ermächtigen, weitere Verhandlungen zu führen und bei Vorliegen eines positiven Landtagsbeschlusses einen Kaufvertrag zu errichten.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 11. Dezember 2000 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Abverkauf des Objektes Töllergraben 3 aus dem Gutsbestand des Landwirtschaftsbetriebes Hafendorf, bestehend aus der Bauparzelle 43 laut Änderungsausweis des Dipl.-Ing. Karl Neuper, Bruck in einem Ausmaß von 998 Quadratmeter mit einem darauf befindlichen Wohnhaus an die Familie Gabriele und Peter Michl, 8605 Kapfenberg, Mühlbacher Straße 14 zum Kaufschilling von 1,251.000 Schilling wird zur Kenntnis genommen und genehmigt. Ich bitte um Annahme! (16.07 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 21 liegt mir nicht vor. Deshalb schreite ich nunmehr zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 123/1, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (16.07 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es liegt uns die Vorlage der Landesregierung, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration vor mit der Einl.-Zahl 123/1 und ich stelle den Antrag auf Annahme. (16.07 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (16.08 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, Hohes Haus!

Dieser Bericht ist ein Rekord an Aktualität, denn das Quartal des letzten Jahres war kaum zu Ende, so ist schon, nämlich am 15. Jänner, der Regierung dieser 61-seitige Bericht vorgelegen. Ich bedanke mich bei den Akteuren im Hintergrund, bei den Damen und Herren, den Kollegen der Europaabteilung, die so schnell arbeiten, dass wir aktuellst nämlich auch schon zum Beispiel auf den EU-Gipfel von Nizza zu sprechen kommen können.

In diesem Bericht, und ich beziehe mich nur auf jene Punkte, die uns eine Entschließung notwendigerweise einzubringen lassen erschienen, nämlich den Bereich im Abschnitt 5, Tagung in Nizza, und hier wiederum jene Passage, in der unter anderem auch darauf hingewiesen wird – zu Recht –, dass eines der positiven Ergebnisse von Nizza die Aufforderung des Kongresses der Konferenz an die EU-Kommission war, ein Programm zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Grenzregionen zu starten. Und auch die Kollegen der ÖVP haben sich mit dieser Aufforderung auseinander gesetzt und einen Entschließungsantrag eingebracht, dem wir durchaus beitreten können, obwohl ich ihn ergänzen möchte.

Ich möchte ergänzend bemerken, dass nicht nur, wie hier angesprochen, grenzüberschreitende Projekte geplant und finanziert werden sollen, sondern selbstverständlich auch Projekte im Grenzland selbst, also im Grenzland Steiermark, so wie wir ja auch gemeinsam schon gesagt haben, wir wollen auch das INTERREG-Programm so interpretiert wissen, dass nicht nur grenzüberschreitende Projekte, sondern auch Projekte in Grenznähe, steirische Projekte gefördert werden können.

So wird es auch zu wenig sein, dass die Landesregierung an die Kommission herantritt, wie es im Antrags-text heißt, um einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten. Ich denke, wir selbst sind aufgefordert und angehalten die steirische Position so klar zu umreißen, dass sie seitens der EU-Kommission bei der Verteilung der Mittel an die Grenzregionen nicht übersehen und übergangen werden kann. Und in diesem Sinne haben wir auch unsere ergänzenden Entschließungsanträge formuliert und ich beginne mit dem einen, der den Titel hat: „Zusätzliche Mittel für die Grenzlandförderung durch die EU.“ Unter Hinweis auf das eben Gesagte, auf den Gipfel von Nizza, wo es speziell um die Förderung von EU-Grenzlandregionen mit zusätzlichen Mitteln geht, dass die steirische Landesregierung aufgefordert ist, zukunftsorientierte Grenzlandentwicklungsprogramme zu erstellen, in denen ein angemessener steirischer Anteil an den seitens der EU in Aussicht gestellten Grenzregionenförderungen gesichert werden möge. Ich ersuche um Annahme dieses Entschließungsantrages.

In weiterer Folge beschäftigen wir uns mit dem, was auch in der Regierungsvorlage, in dem Bericht den Anhang bildet, in dem es hier heißt „Neue Dynamik für die Erweiterung“. Es geht hier um ein Strategiepapier zur Erweiterung und auch wir, glaube ich, haben als Steirer durchaus zu erwarten, dass die steirische Position eindeutig klargestellt wird, damit wir im Wettbewerb der Grenzlandregionen bestehen können. Es erscheint mir daher sehr wichtig, dass wir die steirische Position klar umreißen. Es geht um die Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, um eine offensive Wirtschaftspolitik, Regionalpolitik und Infrastrukturpolitik. Es geht uns daher darum, dass wir in dem Papier, das wir ausgearbeitet haben und das wir „Pakt für Arbeit und Europa“ nennen, dieses Forderungspaket zusammengefasst haben, das die genannten Vorschläge, wie eben kurz angerissen, zusammengefasst enthält. Wir ersuchen die Landesregierung, die steirische Position so klar zu umreißen, dass wir uns um die entsprechende Unterstützung als Grenzland aus dem erweiterten Topf, der für die Grenzlandregionen vorgesehen ist, erfolgreich bemühen können.

In dasselbe Horn stößt auch der Entschließungsantrag, den wir „Information des EU-Ausschusses und Finanzierung der steirischen EU-Regionalmanagementstellen“ nennen. Dieser Antrag hat folgenden aktuellen Hintergrund: Der EU-Ausschuss, der vorige Woche getagt hat, hatte keine Kenntnis davon, dass in Bälde, wie wir hören am Samstag dieser Woche die Bundesländervertreter zusammentreten sollen, um eine gemeinsame Bundesländerstellungnahme zur EU-Osterweiterung zu erarbeiten. Diese Aktivitäten sind durchaus zu begrüßen mit dem Vermerk, dass es im Sinne der steirischen Landesverfassung durchaus Angelegenheit des im Verfassungsrang befindlichen Ausschusses für Europäische Integration wäre, sich mit dieser wichtigen Frage sachlich auseinander setzen zu können. Des-halb geht unser Ersuchen sehr eindringlich an die steirische Landesregierung, wenn solche Entscheidungen anstehen, den Ausschuss damit zu befassen. Unser Ersuchen geht genau in diese Richtung und das ist auch der Grund, warum wir eine Passage in den Erklärungen hatten, wo wir schreiben: „Gleichzeitig scheint auf Grund des aktuellen Budget-Crash-Kurses der schwarzblauen Koalition auf Bundesebene die Finanzierung und damit das Bestehen der EU-Regionalmanagementstellen der Steiermark gefährdet.“ Warum, meine Damen und Herren? Am 1. und 2. Februar, also vorigen Donnerstag, Freitag, sind im Bundeskanzleramt alle EU-Regionalmanager, die Geschäftsführer unserer EU-Büros einberufen gewesen, um dort zu vernehmen, dass seitens des Bundeskanzleramtes praktisch ab sofort die Basisförderung eingestellt wird und durch ein Paket von Projektförderungsmaßnahmen ersetzt werden soll. Jetzt wissen wir, dass die Basisförderung es ist, die es den Regionen selbstständig ermöglicht, mit diesen Geldern nach den Kenntnissen der Mandatäre vor Ort, die dort das Sagen haben, diesen Regionen und den Projekten in diesen Regionen zu helfen und diese zu unterstützen. Wir halten also dafür, dass die Basisförderung, die Basisfinanzierung dieser Regionalmanagementbüros unserer fünf Stellen in der Steiermark unerlässlich ist und dass wir als Land Steiermark jedenfalls an den Bund heranzutreten haben, um die Basisförderung nicht aufzugeben, wie dem auch sei, durch irgendetwas anderes zu ersetzen, jedenfalls adäquat dafür zu sorgen, dass die EU-Regionalmanagementstellen ausreichend dotiert bleiben. Wir haben deshalb einen diesbezüglichen Antrag eingebracht. Ich bitte Sie diesem zuzustimmen.

Und wir haben einen weiteren Antrag eingebracht, von dem ich sehe, dass ich ihn schon vorgetragen habe. Damit haben wir also jene drei Anträge zur Kenntnis gebracht. Ich habe mich auch mit dem des Kollegen Majcen beschäftigt. Wir ersuchen unter dem Eindruck dessen, was im umfassenden Bericht aufgelistet wurde und der uns durchaus veranlasst hat, diese Themen aufzugreifen, diesen unseren Entschließungsanträgen beizutreten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (16.18 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Grabner, der ja eines Tages wahrscheinlich nicht mehr im Hause sein, sondern in Brüssel tätig sein wird, hat wichtige Passagen schon über diesen Vierteljahresbericht gesagt, den Sie alle, wie ich uns kenne, ausführlich gelesen haben. Es ist richtig, dass wir allen Entschließungsanträgen der sozialistischen Fraktion zustimmen werden, mit Ausnahmen – und da bitte ich gleich, punktuell abzustimmen – bei dem, der die Regionalmanagementstellen betrifft, weil wir dort dem ersten Punkt zustimmen, dem zweiten Punkt nicht zustimmen, weil eigentlich aus unserer Sicht für die nächsten Jahre die Finanzierung gewährleistet ist, weil – und das ist in dieser Rechnung vergessen – der Eigenfinanzierungsanteil der Region gar nicht erwähnt wird. Ich möchte nur sagen, die Regionen haben einen sehr hohen Eigenfinanzierungsanteil bei den EU-Regionalmanagementstellen, der Landesbeitrag ist gesichert und der Bundesbeitrag nach meinem Wissen auch. Wir haben jedenfalls keine anders lautende Information. In diesem Bericht, diesem Vierteljahresbericht, der wie gesagt bemerkenswert schnell das Haus erreicht hat und wofür ich mich auch bedanken möchte, sind eine ganze Reihe von interessanten Punkten enthalten. Es wird berichtet über die informelle Tagung in Biarritz, über diese Charta der Grundrechte für die Europäische Union, die angenommen wurde und deren Qualität insgesamt sehr gelobt wurde. Es wurde über den Europäischen Rat von Nizza ausführlich berichtet, über den Abschluss der Regierungskonferenz, über die Reform der Institutionen. Da muss man schon sagen, das, was schon oft gesagt wurde: Österreich hat trotz dem öffentlich negativen Ergebnis von Nizza zumindest in der Reform der Institutionen sich, ich möchte nicht sagen durchgesetzt, aber als einer der Gewinner positioniert. Wir haben den Kommissar behalten, also die Funktion eines Kommissars behalten, wir haben zweitens die Abgeordnetenzahlen im Parlament behalten und zum Beispiel ist im Bezug auf Wasser – das ist für uns Österreicher und für uns Steirer besonders wichtig – noch immer das Prinzip der Einstimmigkeit und nicht das Prinzip der Mehrheitlichkeit geblieben.

Das ist durchaus als Erfolg zu betrachten und so können wir sagen, dass die – und das freut mich immer so, wenn diese Ausdrücke so durch die europäische Zeitungslandschaft schwirren – „left overs“ von Amsterdam, das, was dort übergeblieben ist, in Nizza aufgearbeitet wurden. Und dann sind da die so genannten left overs von Nizza, die aber nicht mehr left overs heißen sondern post Nizza. Die werden jetzt diskutiert in ganz Europa und natürlich auch in Österreich.

In Bezug auf die Erweiterung hat die Kommission am 18. November ihre Berichte über den Fortschritt präsentiert und geht nach wie vor von den Kopenhagener Kriterien – gelebte Demokratie, funktionierende Marktwirtschaft und Übernahme des Acquis communautaire – aus. Positiv für die Steiermark könnte in diesem Zusammenhang sein oder ist in diesem Zusammenhang, dass allen voran, nämlich allen Erweiterungskandidaten voran, unter anderen auch diejenigen sind, an die wir angrenzen und mit denen wir zu tun haben, nämlich Ungarn und Slowenien. Das ist gut für uns, weil wir uns auf diesen Prozess einstimmen müssen.

Und wenn heute in einem Entschließungsantrag der sozialistischen Fraktion steht, mit den Sozialpartnern gemeinsam müssen wir uns über die Erweiterung Gedanken machen, dann hoffe ich sehr, dass die Sozialpartner dabei bleiben, weil es scheinen sich unterschiedliche Auffassungen abzuzeichnen zwischen ÖGB und AK und sozialistischer Fraktion auf Bundesebene. Zumindest war das der Presse vom vergangenen Wochenende zu entnehmen. Ich hoffe, dass das nur so eine vorübergehende Geschichte ist, weil sonst wird es schwer für uns werden.

Wir wollen die Erweiterung, weil wir sie brauchen. Wir sind der Meinung, dass die Erweiterung etwas ist, um das wir uns nicht herumschwindeln können und wir sollen sie gut vorbereiten. Ich habe das bei meiner ersten Wortmeldung schon gesagt. Deswegen können wir allen Entschließungsanträgen, die jetzt sagen, bereiten wir uns gut vor, setzen wir uns zusammen, formulieren wir Maßnahmen, wie wir diese Erweiterung am besten bewältigen, diesen ganzen Vorschlägen sehen wir sehr positiv entgegen und stehen wir positiv gegenüber. Und ich bitte jeden Einzelnen hier im Haus, der einen diesbezüglichen Vorschlag hat, um seine Mithilfe – ganz egal, ob er ein Mitglied des Ausschusses ist oder nicht – in seiner Fraktion und dann auch im Ausschuss.

Und nicht nur deswegen, aber besonders auch deswegen haben wir diese Informationsfahrt nach Brüssel mit dem Schwerpunkt Erweiterung gewählt und wollen uns dort vor Ort über den letztaktuellen Stand seitens der EU, der Kommission und der Gremien informieren, wie es ausschaut, damit wir unsere Schlüsse ziehen können.

Weil angesprochen wurde diese Tagung am Wochenende der Landeshauptleute, dann muss ich sagen, dass ich selbstverständlich erwarte, dass es im Anschluss daran einen Bericht gibt an uns und dass wir informiert werden darüber, was dort herausgekommen ist, was dort besprochen wurde, damit auch wir im Ausschuss wiederum diese Informationen in unsere Überlegungen einarbeiten können.

Sehr interessant ist in diesem Vierteljahresbericht – und ich bitte alle Damen und Herren das zu lesen, ich verzichte darauf darüber zu reden – auch alles, was mit der nuklearen Sicherheit zu tun hat, nämlich das, was die EU in diesem Bereich tut und das für uns besonders Wichtige, was sich im Zusammenhang mit Křsko tut, dieser Bericht über Křsko, dass es erdbebensicher ist. Und ich sehe und höre, dass es heute eine Initiative der Freiheitlichen gibt, die da lautet, noch einmal einen Bericht zu machen oder einen vertiefenden Bericht in Bezug auf Křsko, ob es wirklich in einer erdbebenfreien Zone liegt. Jedenfalls liegen die Unterlagen hier in diesem Vierteljahresbericht vor und ich bitte Sie, sich damit zu beschäftigen.

In wenigen Tagen, ich glaube am 13./14., ist wieder der nächste Ausschuss der Regionen in Brüssel – die Frau Landeshauptmann wird dort anwesend sein – und es wird sich der Ausschuss der Regionen in diese Post-Nizza-Debatte einschalten, um den Regionen und Kommunen ausreichend Gewicht zu verleihen. Ich hoffe, dass das in dem geplanten Umfang gelingt.

Ich habe einen Entschließungsantrag, meine Damen und Herren, der Abgeordneten Majcen, Purr, Tschernko, Mag. Koller, Gangl, Beutl, Ing. Ober und Straßberger, betreffend die Förderung der Grenzregionen im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union.

Er heißt, dass die Landesregierung aufgefordert werden soll sich dafür einzusetzen, dass der zu erarbeitende Maßnahmenkatalog der Kommission zur Förderung der Grenzregionen so schnell wie möglich fertig gestellt wird und sodann ehestbald umgesetzt werden kann. Ich bitte Sie auch um Zustimmung und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.27 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (16.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Majcen hat ja schon darauf hingewiesen, dass in diesem Vierteljahresbericht der Endbericht der geophysikalischen Untersuchungen der Umgebung des AKW Krško festgehalten ist, zumindest Details daraus.

Ich glaube, das AKW Krško ist für uns ein ständiger Bedrohungsfaktor aus dem einen Grund, wir alle haben von Tschernobyl gelernt. Wir haben Angst vor dem Umgang mit Atomenergie. Das AKW ist 20 Jahre alt und in einer Entfernung geringer als 150 Kilo-meter. Dies alles sind Bedrohungsfaktoren und die zwingen uns, uns mit dem Thema Krško auseinander zu setzen. Wir haben auch als Nachbarstaat das Gefühl, dass ein mangelndes Informationssystem herrscht und wir ja als Steirer oder die Frau Landeshauptmann nicht informiert wurde mittels Notruftelefon, das ja existieren sollte.

Ein etwaiger Vertrag, der damals mit Ministerpräsident Peterle geschlossen wurde und der ein Ausstiegsszenario vorgesehen hätte, der schon 1995 realisiert hätte werden können, wurde auch nicht umgesetzt.

So glaube ich schon, dass wir politisch quer über die Fraktionen aktiv werden sollten, noch vor dem Beitritt Sloweniens.

Der Bericht hat folgendes Ergebnis gebracht:

Erstens einmal, das AKW Krško liegt auf keiner tektonischen Bruchlinie, aber sehr wohl wurden sensible Bereiche in der Nachbarschaft festgestellt. Das heißt, es gibt dort zwei Störungslinien. Im Bericht wird von Experten empfohlen, dass man die seismologischen Untersuchungen mit einem dichteren Netz auch in Zukunft weiter voran treibt.

Ich glaube, und Kollege Majcen hat ja darauf hingewiesen, dass wir die Osterweiterung sehr gut vorbereiten sollten. Und dazu gehört auch, dass wir alle Maßnahmen rund um dieses AKW vorher festlegen. Das heißt, vor den Verhandlungen muss festgelegt werden, wie das Ausstiegsszenario aussieht, wie man Österreich oder wie man uns Steirer vor einem möglichen atomaren Unfall bewahren kann, vor den Folgen davon.

Ich bringe deshalb den Antrag ein: Unselbstständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Lafer betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration.

Die unterfertigen Abgeordneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, dass eine vertiefende Studie zur Erdbebensicherheit des slowenischen Atomkraftwerkes Krško in Auftrag gegeben wird. Ich bitte um Annahme! (Beifall bei der FPÖ. – 16.30 Uhr.)

Präsident: Als weitere Wortmeldung liegt mir die vom Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner vor. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (16.31 Uhr): Hohes Haus!

Ich muss Sie noch einmal ganz kurz um Aufmerksamkeit ersuchen, nachdem mich Herr Hofrat Dr. Anderwald dankenswerterweise darauf hingewiesen hat, dass ich es aus zeitökonomischen Gründen, wie ich meinte, unterlassen habe, die Antragstexte im Original zu verlesen und das darf ich hiemit machen. Der Antragstext unseres Unselbstständigen Entschließungsantrages Nummer eins hat gelautet:

Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse der Steirerinnen und Steirer an die Bundesregierung ein Forderungspaket zu richten, das die oben genannten Vorschläge, vorrangig den „Pakt für Arbeit und Europa“, enthält. Ich bitte nochmals um Annahme.

Der zweite Antrag mit dem Titel „Zusätzliche Mittel für die Grenzlandförderung durch die EU“ hat den Antragstext:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zukunftsorientierte Grenzlandentwicklungsprogramme zu entwickeln und schnellstens intensive Verhandlungen mit den zuständigen politischen Stellen in der Europäischen Union aufzunehmen. Dies mit dem Ziel, einen für die in den Grenzlandregionen der Steiermark lebenden Menschen notwendigen gerechten Anteil an den von der EU zusätzlich zugesagten Fördermitteln für die steirischen Grenzregionen sichern zu können. Wir bitten auch hier um Annahme.

Und ich bringe noch den Antragstext unseres dritten Unselbstständigen Antrages zur Kenntnis, der zweigeteilt ist und der Punkt 1 lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, vor für die Steirerinnen und Steirer wichtigen, mit Maßnahmen der EU zusammenhängenden Entscheidungen den EU-Ausschuss des Steiermärkischen Landtages verstärkt in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Ziel dabei ist es, das Wissen und die Erfahrungen aller durch die Abgeordneten vertretenen Regionen zu nutzen.

Zweitens: Die Handlungsfähigkeit der steirischen Regionalmanagementstellen muss im Interesse der Steirerinnen und Steirer im vollen Umfang erhalten bleiben. Sollte der Bund versuchen, sich wirklich aus der Finanzierung dieser Managementstellen zurückzuziehen, ist die steirische Landeshauptfrau massiv gefordert, dies zu verhindern. Wenn sie sich nicht durchsetzen sollte, ist der steirische Landesfinanzreferent gefordert, im Interesse der Steirerinnen und Steirer die Handlungsfähigkeit der EU-Regionalmanagementstellen aus Landesmitteln zu sichern und alles Notwendige zu unternehmen, um den Bund in seine Finanzierungspflicht den Steirerinnen und Steirern gegenüber einzubinden.

Ich bitte auch um Annahme dieses dritten Antrages und erwähne nur, dass wir dem Antrag der Freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen durchaus zustimmen können, wiewohl ich bezweifle, ob sie bei ihren Parteifreunden in der Bundesregierung dafür ein offenes Ohr finden werden, dass die österreichische Bundesregierung eine vertiefte Studie über das slowenische Atomkraftwerk in Krško beauftragen und damit auch bezahlen soll. Aber im Sinne der Sensibilisierung, die in dieser Frage durchaus schon passiert ist und im Sinne unserer Bemühung um Aufklärung in dieser Richtung werden wir durchaus diesem Antrag beitreten. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.34 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 123/1, Tagesordnungspunkt 22, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend die Förderung der Grenzregionen im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle auch dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Erweiterung der Europäischen Union, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dazu stelle ich die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend zusätzliche Mittel für die Grenzlandförderung durch die EU, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Information des EU-Ausschusses durch die Steiermärkische Landesregierung und Finanzierung der steirischen EU-Regionalmanagementstellen ihre Zustimmung geben, bitte ich jetzt Folgendes zu beachten: Es kommt zu einer punktuellen Abstimmung, Punkt eins und Punkt zwei. Nun bitte ich Sie, wenn Sie dem Punkt eins Ihre Zustimmung geben, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Punkt eins einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zum selben Entschließungsantrag zu Punkt zwei. Wenn Sie diesem Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Handzeichen.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit ergeben.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend den vierten Vierteljahresbericht 2000 über den Stand der Europäischen Integration ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit komme ich zu Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht, Einl.-Zahl 34/1, Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, betreffend Steiermark, Verwaltungsjahr 1999.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (16.38 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. Februar 2001 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, betreffend Steiermark, Verwaltungsjahr 1999, Einl.-Zahl 34/1 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, betreffend Steiermark, Verwaltungsjahr 1999, wird zur Kenntnis genommen. (16.38 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (16.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Europäische Kommission überwacht die Entwicklung der Haushaltsdisziplin in den Mitgliedsstaaten, namentlich anhand von zwei fiskalischen Maastricht-Konvergenzkriterien – öffentliches Defizit und öffentlicher Schuldenstand. Gemäß dem Stabilitätspakt bilden bis 31. Dezember 2001 die Voranschlags- und Rechnungsquerschnitte für Länder und Gemeinden gemäß der VRV 1997 die Grundlagen der Berechnung der Haushaltsergebnisse. In verschiedenen Aufstellungen führt der Rechnungshof Ländervergleiche an. Eine Aufstellung der Maastricht-Ergebnisse 1997 bis 1999 zeigt zwar, dass die Steiermark als einziges Bundesland ein negatives Ergebnis ausweist, dass jedoch mit Ausnahme von Kärnten, Niederösterreich und Vorarlberg auch alle anderen Bundesländer teilweise gravierende Ergebnisverschlechterungen hinnehmen mussten.

Anders verhält es sich bei der Verschuldung. Hier ist es der Steiermark seit 1997 gelungen, neben Wien als einziges Bundesland, seinen Schuldenstand drastisch zu reduzieren. Besonders zu erwähnen ist die Tatsache, dass durch innere Anleihen der Anteil der echten Fremdmittel seit 1995 um fast 23 Prozent oder in Zahlen ausgedrückt um über 3,6 Milliarden Schilling gesenkt werden konnte. Dadurch sind wesentliche Zinseneinsparungen möglich, die natürlich das Budget ausdrücklich entlasten. Noch positiver stellt sich der Nettoschuldenabbau dar. Hier sehen wir sowohl 1998 wie 1999 jeweils einen Abbau der Nettoschulden von 1,5 beziehungsweise 1,3 Milliarden Schilling, während Niederösterreich, Kärnten, Burgenland und Tirol eine Nettoverschuldung aufweisen.

Wie wir wissen, und das möchte ich nicht verhehlen, bestätigt auch Prof. Lehner dem Land Steiermark in einem Gutachten ein sehr effizientes Schuldenmanagement.

Zum Bereich Teilprivatisierung der Landeshypothekenbank Steiermark AG. seien fünf Punkte erwähnt.

Erstens: Der Verkaufserlös mit 1,666 Milliarden Schilling durch die Raiffeisen-Landesbank ist außerordentlich hoch.

Zweitens: Die künftigen Strategien der nunmehrigen Partnerbank werden als zielführend beurteilt.

Drittens: Für die strategische Partnersuche wurde eine Expertengruppe bestellt und damit zum Land ein Verhältnis geschaffen, das jeden Vorwurf einer politischen Einflussnahme von vornherein ausschloss.

Viertens: Die Honorarnote der Expertengruppe überschritt den geschätzten Kostenrahmen um rund 300 Prozent, was der Rechnungshof auch kritisch anmerkte. Ebenfalls kritisiert der Rechnungshof die Honorarerhöhung der externen Beratungsunternehmung. Auch stand das vertraglich vereinbarte Erfolgshonorar in keinem Verhältnis zu der damit verbundenen Tätigkeit.

Zum Reinhaltungsverband Pöls möchte ich bemerken, dass die Gemeinden Pöls und Oberkurzheim mit der Zellstoff Pöls AG. den Reinhaltungsverband Pöls gegründet haben, und zwar 1976.

Die gesamte Geschäftsführung war der CAB formlos übertragen worden. Hier bemängelt der Rechnungshof, dass die Jahresabschlüsse keinen Überblick über die wahre wirtschaftliche Lage des Verbandes boten. Die satzungsgemäß vorgesehenen Vorstandssitzungen zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung wurden auch nicht durchgeführt. Der Rechnungshof bemängelt das Fehlen einer vollständigen Verbandsgebarung. Er vermerkt auch kritisch, dass die seiner Meinung nach unzulässigen Nutzungsrechte der ZBA als Rechnungsabgrenzungsposten in die Verbandsbilanz eingesetzt wurden. Der Rechnungshof weist explizit darauf hin, dass die Aufsichtsbehörde dennoch untätig blieb.

Der Rechnungshof beurteilt das Ergebnis der Abwasserbehandlung zwar als konsensgemäß, aber nicht völlig zufrieden stellend. Bei den Schadstoffparametern absetzbare Stoffe, wie CSB und Wärmefracht, sind die Bemühungen um emissionsbegrenzende Maßnahmen fortzusetzen.

Es ist aber auch, und das soll man auch sagen, festzuhalten, dass der Verband sein wesentliches Ziel – die Verbesserung der Gewässergüte der Pöls und der Mur – erreicht hat. Und wir alle, die entlang der Mur, besonders im Oberlauf, oberhalb von Graz meine ich, leben, können diese Verbesserung nachdrücklich bestätigen.

Zur Gebarung des Sozialhilfeverbandes Leibnitz wäre noch anzumerken, der Rechnungshof beurteilte die Aufgabenerfüllung durch den Sozialhilfeverband weit gehend als zufrieden stellend, er empfiehlt aber die Gebarung des Verbandes durch den Prüfungsausschuss und die Aufsichtsbehörde verstärkt zu überprüfen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Deshalb schreite ich nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest!

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 118/1, stichprobenweise Überprüfung der bisher angelaufenen Planungs- und Bauvorbereitungskosten einschließlich der Nebenkosten für das Trigon-Haus im Pfauengarten und das Kunsthause am Fuße des Schlossbergs.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (16.45 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 16. Jänner 2001 über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung der bisher angelaufenen Planungs- und Bauvorbereitungskosten einschließlich der Nebenkosten für das Trigon-Haus im Pfauengarten und das Kunsthaus am Fuße des Schloßbergs, Einl.-Zahl 118/1 beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung der bisher angelaufenen Planungs- und Bauvorbereitungskosten einschließlich der Nebenkosten für das Trigon-Haus im Pfauengarten und das Kunsthaus am Fuße des Schloßbergs, wird zur Kenntnis genommen. (16.46 Uhr.)

Präsident: Danke dem Berichterstatter.

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lopatka. Er ist am Wort.

Abg. Dr. Lopatka (16.46 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Spät aber doch kommen wir zur Kunsthausdebatte und spät aber doch, hoffentlich, kommen wir auch zu einem Kunsthaus. Wir hätten uns beides früher gewünscht. Auch heute hier die Debatte im Haus, aber es war nicht möglich, diesen Tagesordnungspunkt früher anzusetzen. Und wir hätten auch schon längst ein Kunsthaus, wäre so vorgegangen worden, wie wir es schon vor Jahren angestrebt haben.

Die Position der Landeshauptstadt Graz auf der europäischen Landkarte hat sich ja durch die internationalen Umwälzungen in den Neunzigerjahren Gott sei Dank schlagartig verbessert. Unsere Landeshauptstadt hat in den letzten Jahren ein dichtes Netz von Beziehungen zu den Nachbarländern knüpfen können. Ob das nach Ungarn geht, Slowenien, Kroatien oder auch nach Oberitalien. Dieses Geflecht an Verbindungen wird sicherlich noch stärker in dem Maße zunehmen und wachsen, wie auch der Südosten Europas politisch und wirtschaftlich sich der Europäischen Union nähert und auch in dieser Europäischen Union Aufnahme finden wird.

Graz als ein Wirtschafts- und Siedlungsraum von rund 400.000 Einwohnern beginnt sich hier als ein Zentrum in diesem Südosten Europas herauszukristallisieren. Eine Landeshauptstadt mit entsprechend starken Ambitionen braucht auch entsprechende Grundausrüstungen. Auf den Gebieten von Kunst und Kultur hat ja Graz diese Ausstrahlung und ist ja auch lange als die heimliche Literaturhauptstadt des deutschsprachigen Raumes gehandelt worden. So ist es auch möglich geworden, trotz starker Konkurrenz, dass Graz 2003 europäische Kulturhauptstadt ist. Das ist eine Riesenchance für Graz, aber nicht nur für Graz, für die gesamte Steiermark und auch für Österreich. Und dieses Jahr 2003 sollte ein Jahr der Ereignisse werden. Graz sollte als Kulturhauptstadt im Gedächtnis der Menschen in ganz Europa und über Europa hinaus haften bleiben, so wie es zum Beispiel Schladming seinerzeit gelungen ist, als die Schiweltmeisterschaft in Schladming war. Heute noch, Jahre später, man könnte sagen Jahrzehnte später, verbindet man mit Schladming die Schiweltmeisterschaft. So sollte es auch gelingen, dass man Jahre später mit Graz diese Kulturhauptstadt verbindet.

Was aber nun diese kulturellen Grundausstattungen betrifft, hat Graz einiges, aber Graz braucht auch noch etwas. Um nur einige wichtige Bauwerke anzuführen, das Opernhaus, das Schauspielhaus oder nicht weit von uns entfernt den Stefaniensaal, jetzt kommt noch die Stadthalle dazu, das Joanneum mit dem Zeughaus oder die Neue Galerie. Was aber Graz fehlt, ist ein repräsentativer Bau für neue Ausstellungen. Wir glauben, dass Graz so einen einzigartigen Anziehungspunkt für Touristen, ein touristisches Zugpferd könnte man auch sagen, bitter nötig hat, denn das bestehende Künstlerhaus am Burgstern ist sieben Jahre nach Kriegsende, in einer Zeit, wo sicherlich jeder Schilling mehrfach umgedreht worden ist, bevor er ausgegeben wurde, errichtet worden, nämlich 1952. Es ist nett, aber klein und Graz braucht ein neues Haus, das den Namen Kunsthaus verdient.

Hier haben wir nun eine jahrelange Diskussion und nach einem langen Verlauf ist nun endlich in einem Architektenwettbewerb das Projekt von Cook und Fournier für diesen attraktiven Standort beim Eisernen Haus preisgekrönt worden.

Und wir glauben, dass dieses Kunsthaus ein Ort zeitgenössischer Kunst werden kann, ein Kunsthaus einer Dimension, wie wir es in der Landeshauptstadt brauchen. Es geht hier nicht nur um kulturpolitische Aspekte. Wir glauben, dass von diesem Kunsthaus auch wichtige touristische und somit ökonomische Impulse ausgehen können. In einer Analyse des Institutes für Technologie und Regionalpolitik des Joanneum Research kommt man hier auch zu klaren Ergebnissen. Alleine die Bauphase bringt einen so genannten Produktionswert in der Höhe des ein- bis eineinhalbfachen Wertes der Bausumme, das heißt, die Unternehmen, die direkt oder indirekt mit dem Projekt Kunsthaus zu tun haben, wird dieses Geld noch zusätzlich umgesetzt und auf fünf Jahre hochgerechnet, bringt das mindestens 420 Arbeitsplätze und auch zusätzliche Einkommen von 250 Millionen Schilling. Nach der Fertigstellung des Baues wird zwar mit jährlichen Betriebskosten von 80 Millionen Schilling gerechnet, dem stehen aber auch Einnahmen von 50 bis 57 Millionen Schilling gegenüber und immerhin rund 100 Dauerarbeitsplätze. (Abg. Gennaro: „Wer hat denn das ausgerechnet?“) Ein Institut, das auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek in der Vergangenheit mehrfach beauftragt hat, ein Institut beim Joanneum Research, wenn Kollege Gennaro das wissen möchte, ich weiß nicht, warum Herr Landeshauptmannstellvertreter auch mit diesem Institut gearbeitet hat. (Abg. Schrittwieser: „Kollege Lopatka, der Herr Landeshauptmann hat alle Unterlagen geliefert. Er hat das vorbereitet!“ – Abg. Gennaro: „Du tust so, als ob das etwas Neues wäre!“) Euch muss man das immer wieder sagen, weil ihr habt immer wieder etwas Neues gefunden, um letztendlich dann den Bau doch noch zu verhindern (Abg. Schrittwieser: „Wir stehen zum Kunsthaus,

Herr Kollege!"), aber ich werde euch das schon noch erklären. Ich weiß nicht, warum ihr jetzt schon so nervös seid. Aber man merkt, dass ihr sehr in Bedrängnis seid, ihr seid eindeutig im Abseits. Ihr seid da ganz eindeutig im Eck. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich werde euch das aber noch sehr ausführlich erklären, warum ihr hier auch leider für die Steiermark im kulturpolitischen Eck seid und wir müssen euch leider in diesem Eck stehen lassen. Wir müssen euch in diesem Eck stehen lassen, in das ihr euch selber hineinmanövriert habt. Aber ihr hättet heute noch eine Chance, aus diesem Eck herauszukommen. (Abg. Tasch: „Seit fünf Jahren, in denen wir euch die Kultur gelassen haben, habt ihr es noch immer nicht begriffen!“ – Abg. Gennaro: „Kurt, wenn die Ruhigen so ausschauen wie du, dann bleibe ich lieber nervös!“)

Das Kunsthausprojekt bringt also ein Mehr an Einnahmen, ein Mehr an Arbeitsplätzen und ein Mehr an Touristen. Und für das Land Steiermark haben sich in Wirklichkeit die Voraussetzungen, was das Finanzielle betrifft, verbessert, denn das Trigon-Haus im Pfauengarten, das Kunsthaus am oder im Schlossberg hätte zu 100 Prozent vom Land finanziert werden müssen. Durch die jetzige Drittelfinanzierung, Stadt, Land und Bund, ist das Land weniger belastet. Und da ist schon wieder einmal die Miesmacherei bei der SPÖ, die das eine Drittel madig machen möchte, nämlich das Drittel des Bundes.

Keine Sorgen, liebe Kollegen von der SPÖ, Landesrat Hirschmann wird es euch auch noch sehr deutlich sagen, dieses Drittel wird kommen. (Abg. Gennaro: „Sprich ein bisschen langsam, es wird eh mitgeschrieben. Sprich langsam, dass die Damen mitschreiben können!“)

Ich wiederhole es für Kurt Gennaro ganz langsam. Keine Sorge, dieses Drittel des Bundes wird kommen. Übrigens die Damen kommen auch mit, wenn ich viel schneller spreche, aber ich habe es für dich so langsam gesagt, dass auch du dir das merkst, weil bei euch braucht manches etwas länger. Nur beim Kunsthaus haben wir keine Zeit mehr, da haben wir lange genug auf euch gewartet, wir lassen euch heute dort stehen, wo ihr steht, nämlich im Abseits. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich sage euch eines ganz deutlich, wenn ihr heute daraufkommt, dass die 200 Millionen Schilling, die das Land leistet, quasi ein hoher Betrag wären, dann sage ich euch auch eines ganz klar und deutlich, 200 Millionen Schilling für ein Projekt mit einer derartigen Nachhaltigkeit, dazu sagen wir gerne ja, vor allem wenn man bedenkt, was der bisherige Kulturreferent für kurzfristige Projekte ohne jede Nachhaltigkeit ausgegeben hat, alleine dieser Megaflop, seine Landesausstellung im letzten Jahr in Graz hat beinahe 200 Millionen verschlungen. Aber nicht nur dieser Megaflop, sondern auch jener dreistellige Millionenbetrag, den Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek in den letzten Jahren für Großausstellungen, die keinerlei Nachhaltigkeit haben und für persönliche PR-Aktionen ausgegeben hat, das ist äußerst zweifelhaft, ob diese Millionenbeträge gerechtfertigt waren. Hier nimmt sich der Betrag für das Kulturhaus eher bescheiden als großzügig aus. Großzügig war Schachner-Blazizek beim Ausgeben, bei Projekten, die keine Nachhaltigkeit gehabt haben. Umso unverständlicher ist es für uns, dass weiterhin die Blockadepolitik der SPÖ betrieben wird, wenn es um das Kunsthaus geht. Denn wenn die SPÖ heute wieder unserem Entschleunigungsantrag, den ich namens unserer Fraktion und auch der Grünen einbringen werde, nicht zustimmt, dann bleiben Sie wirklich im kulturpolitischen Abseits stehen. (Abg. Schrittwieser: „Hoffentlich stimmt ihr unserem zu!“) Nein, auf keinen Fall. Wir wollen keine weitere Verzögerung. Eure Verzögerungsspielchen haben heute ein Ende, sage ich euch. (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben lange genug eurer Hinhaltetaktik und euren Frotzeleien leider keinen Einhalt gebieten können. Wir hätten es gerne gemacht. Aber heute haben wir Gott sei Dank eine konstruktive Kooperation gefunden, dass wir hier endlich weiterkommen und nicht immer nur reden, reden und zerreden und nichts tun. Denn die steirische SPÖ wird sich heute von der Kulturpolitik verabschieden, das wird heute sehr deutlich werden bei dieser Debatte.

Denn wir stehen und kämpfen für eine offene Kulturpolitik und laden auch alle Fraktionen ein, alle Fraktionen, uns dabei zu unterstützen, denn vielleicht findet nach der Ära Schachner-Blazizek auch die SPÖ wieder zu jener Haltung zurück, die es ihr seinerzeit ermöglicht hat, die Kulturpolitik von Hanns Koren und Kurt Jungwirth zu unterstützen (Landesrat Dr. Flecker: „Der Hanns Koren dreht sich im Grab um, wenn du ihn vergleichst mit dem, was du sagst!“), denn seit nämlich Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek für die Kulturpolitik zuständig war und die SPÖ das Sagen gehabt hat, hat das zweierlei bewirkt, wir haben viel an Zeit verloren und an Geld. Das war die Kulturpolitik von Schachner-Blazizek, Zeit vergeuden und auch Geld vergeuden, das muss Ihnen heute deutlich gesagt werden. (Abg. Schrittwieser: „Das glaubt dir keiner, was du da sagst!“)

Nein, das weiß man und der Rechnungshof hat es festgelegt. Alleine die Verzögerung, was das Kulturhaus betrifft bitte, Rechnungshofbericht, 50 Millionen Schilling. Ich könnte auch sagen Schaden, den Schachner-Blazizek angerichtet hat. Oder glauben Sie, dass es gerechtfertigt war, für solche Megaausstellungen, für irgendwelche Impressionisten (Abg. Gennaro: „Werde nicht nervös!“) 50 Millionen Schilling – nein, das waren nicht die besten Impressionisten. Kurt Gennaro, ich weiß, dass du ein Kunst- und Kulturspezialist bist, aber diese Impressionisten, die in Graz waren, die waren nicht die erste Klasse, das sage ich dir. (Abg. Gennaro: „Die erste Sahne!“) Das war nicht die erste Sahne. (Abg. Schrittwieser: „Jetzt hast du bewiesen, dass du von Kulturpolitik keine Ahnung hast!“) Also wenn die Impressionisten von Schachner-Blazizek der Megahit waren oder seine Farbe Schwarz, die er da ausgestellt hat oder andere PR-Geschichten (Abg. Gennaro: „Das beurteilen andere!“), immer mit zweistelligen Millionenbeträgen an persönlicher PR versehen, das hat einem gedient, seiner Persönlichkeit, man könnte auch sagen seiner persönlichen Eitelkeit. (Abg. Schrittwieser: „Bei Schachner ist wieder Kulturpolitik gemacht worden, im Gegensatz zu euch!“)

Stimmt, zu seiner persönlichen Ehre, wie im Hochmittelalter für den Fürsten. Nur, diese Zeit ist vorbei, sage ich euch, die Zeit ist vorbei, wir haben ein anderes Kulturverständnis, nichts zur persönlichen Eitelkeit, alles für eine offene Kulturpolitik, um euch das klar zu sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der SPÖ in diesem Land und ihrem Vorsitzenden Schachner-Blazizek – und wir wissen ja nicht, wie lange er noch Vorsitzender ist – ist immer etwas eingefallen, um zu verhindern und zu verzögern. Und es ist lächerlich, heute hier einen Artikel-15 a-Vertrag zu verlangen, damit das Kunsthaus rechtzeitig in Betrieb gehen kann, wie es im Antrag heißt, das Gegenteil wollen Sie. Das Gegenteil, Sie wollen genau das, was Sie bisher gemacht haben, weiter verzögern und verhindern. Denn jeder, der ein bisschen eine Ahnung von Politik hat, weiß, wie lange der Abschluss von 15 a-Verträgen braucht. Wir wollen rasch handeln und können nicht mehr länger warten. Und ich sage Ihnen, es ist genauso ins Reich der Fabeln zu verweisen und dort anzusiedeln, wenn die SPÖ heute behauptet, dass wir Wohnbaugelder für das Kunsthaus verwenden müssen. Das gehört auch in das Reich der Fabeln, Landesrat Hirschmann wird euch das noch näher erläutern können.

Ich sage Ihnen eines, die Steirerinnen und Steirer haben ja schon dreimal deutlich gemacht, was sie von einer solchen Politik des Blockierens, des Verzögerns und des Verhinderns halten. Dreimal war DDr. Peter Schachner-Blazizek Spitzenkandidat, die drei schlechtesten Ergebnisse in der langen Geschichte der steirischen Sozialdemokratie hat er zu verantworten, genau mit dieser Politik, weil die Steirerinnen und Steirer spüren genau, wer etwas für das Land will und wer sich immer dagegen stellt und immer nur verzögert und verhindert. (Beifall bei der ÖVP.)

Ihre Verhinderungs- und Verzögerungspolitik findet heute und hier innerhalb der nächsten Stunden ein Ende. Daher lassen wir Sie mit Ihren Anträgen und mit Ihren Spielchen abseits stehen und bringen nachfolgenden Entschließungsantrag ein, um auch seitens des Landtages klar zu dokumentieren, ein klares Ja zum Kunsthaus, um auch hier vom Landtag her Tempo zu machen. Und ein klares Ja zu jenem Weg, den Landesrat Hirschmann innerhalb kürzester Zeit, in der er jetzt im Amt ist, eingeschlagen hat, denn er hat in anderen Bereichen, wo auch ihr versucht habt alles zu verhindern, bewiesen, dass er Dinge durchsetzt. Wir hätten bis heute noch keinen Österreicherling, wäre es nach euch Verhinderern und Verzögerern gegangen, sage ich euch. Und wir würden nie ein Kunsthaus haben, würden wir auf euch warten. (Beifall bei der ÖVP.)

Es freut mich, dass ab dieser Hälfte hier von allen Fraktionen, wenn es teilweise auch nur teilweise ist, auch Zustimmung kommt zu der Vorgangsweise. (Abg. Gennaro: „Was heißt teilweise?“) Das werdet ihr schon noch sehen, was teilweise ist. Aber es reicht aus. Es ist die ausreichende Mehrheit, die wir brauchen, um euch im Abseits stehen zu lassen. Und ihr wisst, Abseits ist etwas, von der Stellung aus schießt man keine Tore mehr.

Also daher, damit ich nicht zu lange bin, ihr könnt eure Verzögerungsanträge gerne einbringen.

Ihr werdet allein bleiben mit euren Verzögerungsanträgen und mit eurer Verzögerungstaktik. Gott sei Dank betreibt Stingl noch eine andere Politik und bis 2003 wird er in Funktion sein. Und wenn auch Schachner-Blazizek bis 2003 noch in Funktion ist (Abg. Schrittwieser: „Er wird noch viel länger sein, wirst sehen!“), er wird Stingl und uns nicht bremsen können, wenn wir hier in der Landeshauptstadt Graz etwas weiterbringen wollen. Bleibt ihr in eurem Eck stehen. Wir schauen, dass etwas weitergeht.

Daher bringen wir diesen Antrag ein, der wie folgt lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, weiterhin alle Maßnahmen auch in den Landesvoranschlägen 2001 und 2002 zu treffen, um die Realisierung des von der Stadt Graz beschlossenen Kunsthausprojektes zu ermöglichen, welches eine kulturpolitische Maßnahme und ein architektonisches Zeichen von internationalem Format für die Kulturhauptstadt Graz 2003 sein soll.

Ich danke allen schon jetzt, die zustimmen. Vielleicht gibt es auch in der SPÖ Mutige. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort. (Allgemeine Unruhe.) Die Frau Abgeordnete Zitz ist am Wort.

Abg. Mag. Zitz (17.04 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Dieser gemeinsame Entschließungsantrag von der ÖVP und den Grünen ist der Grundstein, der im Landtag für das Kunsthaus in Graz für die Kulturhauptstadt 2003 gelegt wird. Uns geht es darum, dass das Kunsthaus rasch, professionell und an einem von der Bevölkerung gewünschten Ort geplant und erbaut wird.

Ich habe den Eindruck, das Land ist jetzt endlich gestaltungsbereit für das Leitvorhaben für die Kulturhauptstadt Graz 2003. Die Grünen konnten dazu einen Beitrag leisten.

Wir werden dem SPÖ-Antrag insofern nicht zustimmen, als er für mich weiter diesen Geist der Langsamkeit ausdrückt, der von diversen Kulturreferenten (Abg. Gennaro: „Wir werden es verkraften!“) im Land in den letzten Jahrzehnten getragen wurde. Wir werden dem freiheitlichen Antrag insofern nicht zustimmen, als wir sehr wohl Interesse haben, dass andere bauliche Kunstwerke in Graz gut gestaltet und saniert werden, aber nicht im Rahmen des Budgets für die Kulturhauptstadt 2003.

Ich möchte noch etwas sagen. Für mich ist die jetzige Möglichkeit, eine Offensive für den Kunsthausbau endlich durchzubringen, gleichzeitig ein deutliches Signal für die Abschaffung des Proporz in der Landesregierung. Hätten wir eine klare Regierungsverantwortung mit einer Koalition und hätten wir eine klare Oppositionsverantwortung, wäre diese Situation, wie wir sie jetzt jahrzehntelang erlebt haben, nicht zustande gekommen.

Ich hoffe, dass unser Antrag jedenfalls mehrheitsfähig ist. Es ist die letzte Chance für einen Grundstein für ein Kunsthaus in Graz für 2003. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 17.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (17.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mir geht es doch noch ein bisschen um diesen Rechnungshofbericht, bevor ich auf das Kunsthaus und auf die Versäumnisse der SPÖ eingehen möchte.

Meine Damen und Herren, zum Bericht. Die stichprobenweise Überprüfung durch den Landesrechnungshof hatte das Ziel, alle Ausgaben und Zahlungen, die in diesem Zusammenhang getätigt wurden, in ihrer Gesamtsumme zusammenzufassen. Da wird es interessant. Weiters ist versucht worden, die Kosten der innerbetrieblichen Leistungserstellung für das Trigon-Haus und das Kunsthaus abzuschätzen.

Meine Damen und Herren, beide Projekte dauerten zwölf Jahre und fünf Monate, von Juni 1986 bis Oktober 1998.

Und jetzt zum Bericht des Landesrechnungshofes. Meine Damen und Herren, es sieht für die Verantwortlichen in der Politik nicht gut aus. Besonders für die SPÖ, wie ich festhalten möchte. Ich zitiere: 1985, meine Damen und Herren, gab Landeshauptmann Dr. Josef Krainer den Auftrag ein Kunsthaus zu projektieren. Es stimmt, Graz braucht Einrichtungen für Forschung, Graz braucht Einrichtungen für Gesundheit und für viele andere Bereiche. Graz braucht aber auch Einrichtungen für Kunst und Kultur. Dem kann man entgegen, Graz hat viele Häuser für Kunst und Kultur, wie schon Dr. Lopatka erwähnte. Das stimmt. Es fehlt aber die Lokomotive für viele verschiedene Waggons, wie es Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann vor kurzem ausdrückte und vor allem ein Haus für große Ausstellungen und die Präsentation der neuen Medien in der Kunst. Das damals ins Auge gefasste Projekt im Pfauengarten – meines Erachtens, meine Damen und Herren, wäre das auch heute noch der ideale Standort – wurde bis zur Baureife entwickelt. Allerdings waren manche Politiker damals nicht reif für das Bauen oder haben nichts verstanden. Immer wieder wurde dieses Projekt verschleppt und das trotz vieler für die Planung laut Rechnungshofbericht ausgegebener Millionen. Und als 1995 Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek Kulturreferent des Landes wurde, war das Projekt gestorben, weil er nicht die Größe aufbrachte und es nicht verstanden hat, ein Projekt zu verwirklichen, das Landeshauptmann Dr. Josef Krainer zur fertigen Baureife gebracht hat.

Vor zirka drei Wochen, meine Damen und Herren, in der Sendung „Diskussion Kunsthaus“ im Forum Radio Steiermark wurde unter anderem von allen Architekten, an der Spitze Dipl.-Ing. Kada, ausgesagt, das Projekt Pfauengarten von Dr. Josef Krainer sei das beste und damals auch das billigste gewesen.

Meine Damen und Herren, hätten vor 100 Jahren Politiker so wie der Herr Landeshauptmann Schachner und seine Partei agiert, hätten wir bis heute noch kein Opernhaus. Das ist meine Meinung. (Beifall bei der ÖVP.)

Beim eher alibimäßigen Suchen nach einem Ersatzstandort, der die Handschrift Schachners trug, sollte bewiesen werden, wie wenig Fingerspitzengefühl Schachner hatte. Mit dem ins Auge gefassten Projekt hinter der Neuen Galerie am Schlossberg manövrierte sich Schachner ins Eck, aus dem er nicht mehr herauskam.

Durch eine Volksbefragung am 18. Oktober 1998 in der Stadt Graz wurde dieses Projekt zu Fall gebracht. Aber bereits am nächsten Tag hier im Haus, am 19. Oktober 1998, ist mit Regierungssitzungsbeschluss die Beendigung des Projektes verfügt worden.

Meine Damen und Herren – ich komme dann noch zu den Zahlen –, außer Spesen ist hier von Herrn Schachner nichts gewesen.

Auf Initiative der Stadt Graz wurde ein neuer Standort gefunden, nämlich das Eisernen Haus. Im Architektenwettbewerb wurde ein Projekt ausgewählt, durch die Initiative von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic die entsprechenden Beschlüsse zur Finanzierung gefasst. Und das Versteckenspiel Ihrerseits, meine Damen und Herren von der SPÖ, begann von neuem.

Denn manche Politiker scheinen nicht zu wissen, was sie wollen und führen einen unwürdigen Eiertanz auf. Von gewissen Seiten wird eine Volksbefragung ventilert, um die Mehrheitsfähigkeit des Projektes am Eisernen Haus zu untergraben, auch das muss gesagt werden, wo es doch Aufgabe der gewählten Politiker ist, die auch bezahlt bekommen und anständig bezahlt bekommen, ein Projekt, das beschlossen wurde, mehrheitsfähig zu machen und dessen Sinnhaftigkeit gerade im Bezug auf das Jahr 2003 – Graz als Kulturhauptstadt Europas – nicht mehr diskutiert werden darf. Und hier, meine Damen und Herren, unterscheiden Sie sich von unserer Fraktion. Wir haben Standfestigkeit. Von gewissen Seiten werden bewusst Planungen hintertrieben und wieder einmal erweist sich Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek als Sandstein, wie es schon Friedo Hütter 1994 formulierte, als er schrieb: „SPÖ-Chef Schachner, der ganz offenbar den größten Sandstein im Getriebe hat, war gestern zu keiner Stellungnahme erreichbar!“ Er ist auch heute nicht anwesend, in der Früh habe ich ihn kurz gesehen. Er ist auf Tauchstation, ich weiß nicht wo, wir wissen nicht wo. (Abg.

Gennaro: „Er sucht die Frau Landeshauptmann!“) Die Frau Landeshauptmann war Mittag da, Herr Schachner ist schon in der Früh weg, lieber Freund Gennaro. (Landesrat Dr. Flecker: „Aber Sie sind zu lange da geblieben!“)

Ein anschließendes Zitat, Herr Dr. Flecker, Herr Landesrat, ein altgedienter SPÖ-ler und Kulturmanager in Ihrem Bereich sagte seufzend: „Ich verstehe in dieser Sache keinen mehr, am wenigsten aber meine Freunde in der SPÖ!“ Das waren die Grazer SPÖ-ler, die verstehen euch sicher nicht. Und so, meine Damen und Herren, kann man es heute noch verstehen, die in der Stadt Graz haben alle mitgestimmt, jetzt vor kurzem am letzten Donnerstag, außer der Kommunist, auf den können wir verzichten. (Abg. Gennaro: „Sagen Sie, was abgestimmt worden ist!“)

Der Skandal der Verschleppung dieses Projektes, meine Damen und Herren, der uns in Europa an den Pranger der Lächerlichkeit stellen wird, gewinnt noch an Dimensionen. Wenn man die Ergebnisse einer kürzlich vorgestellten Analyse – (Landesrat Dr. Flecker: „Ihr werdet es bis 2003 schaffen!“) Sie haben die Analyse nicht gelesen, Herr Dr. Flecker, schauen Sie, lesen Sie sie anständig durch, dann wissen Sie, wovon ich spreche – der regionalwirtschaftliche Effekt, der vor kurzem vorgestellt wurde, wird durch Errichtung und Betrieb des Kunsthouses beachtet. Die Kernaussage dieser Studie besteht darin, dass für das Kunsthaus die Kulturinfrastruktur nicht nur notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll ist, so wie Klubobmann Lopatka bereits erwähnt hat. Außerdem besteht mit dem Kunsthaus die Möglichkeit, sich auf der internationalen Kulturkarte publikumswirksam zu positionieren und damit vielleicht auch etwas vom ehemaligen Flair von Graz in Bezug auf moderne Kunst wieder zu gewinnen, wie es durch den „steirischen Herbst“ und Graz als die Literaturhauptstadt Europas möglich war. Die Verantwortlichen aber für die Verschleppung dieses Projektes müssen sich deswegen einige Fragen gefallen lassen. Setzen wir nicht, meine Damen und Herren, den Ruf von Graz und der Steiermark im Hinblick auf 2003 aufs Spiel, weil Politiker einfach keine Handschlagqualität besitzen, wie es in dieser Stadt Graz Bürgermeister Stingl immer besessen hat. Und Klubobmann Dr. Lopatka hat es erwähnt, ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich bin kein Hutträger, das ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek, aber eines kann ich sagen, ich war mit Herrn Stingl zwölf Jahre in der Kommunalpolitik zusammen, das, was Stingl gesagt hat, hat gehalten und wenn in den Parteien noch so diskutiert wurde. Sollte Stingl – und Entschuldigung vielmals, Sie waren es immer und Ihre Fraktion von diesem Haus, die den Stingl abschießen wollte –, sollte Stingl eines Tages, 2003 nicht mehr antreten, aber Sie werden wahrscheinlich keinen Besseren haben, dann muss ich Ihnen eines sagen, dann gehe ich dem sozialistischen Bürgermeister gerade entgegen und schüttle ihm die Hand und danke für diese zwölf Jahre, für diese aufrichtige Politik, die ich mit ihm mitgehalten habe. Das möchte ich hier nur sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, wie will man dem Wähler klar machen – und jetzt kommt der Punkt –, wie will man dem Wähler klar machen, dass bis jetzt bereits 39,7 Millionen Schilling aus Steuergeldern für ein Trigon-Haus und ein Kunsthaus aufgewendet wurden, mit der Indexberechnung immerhin 45 Millionen Schilling, das nicht gebaut wurde und nicht gebaut werden soll? Und jetzt kommt der Punkt, dazu kommen noch 6,671.921,52 Schilling, also fast 7 Millionen Schilling, die dann die Volksbefragung gekostet hat, heute höre ich noch einmal 250.000 Schilling Druckkosten. Meine Damen und Herren, das alles nur wegen einer peniblen Streiterei, weil der Herr Schachner nicht wollte, dass der Herr Landeshauptmann Krainer ein fertiges Projekt hatte. Diese Arbeit, meine Damen und Herren, hier in diesem Hause, die verstehe ich nicht, die haben wir in Graz nicht gehabt, das möchte ich Ihnen sagen.

Wie will man auch in der kurzen Zeit – und da möchte ich jetzt eine Frage stellen –, die durch politischen Streit noch verkürzt wird, ein Konzept schaffen, das die Akzeptanz der Bevölkerung für das Kunsthaus steigert, indem man ihre Bedürfnisse mit einbezieht? Das ist wichtig. Es gibt berechtigte Sorgen, meine Damen und Herren, dass das Kunsthaus nur ein Haus für eine verschwindend kleine Kulturschicht der Bevölkerung werden könnte. Wenn man aber die Kultur als die Förderung der Grundlagen des Zusammenlebens und des Hinausdenkens auf neue Perspektiven versteht, so wird man merken, dass Kultur und Kunst alle Menschen und vor allem die Jugend angehen. Das muss man aber klar machen, dafür braucht man Zeit. Zeit, die durch das verschleppte Gerede um das Kunsthaus in den letzten Jahren verloren gegangen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Weichenstellung, die sich in diesem Zusammenhang aufdrängt, ist: Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner-Blazizek, der die Verantwortung für den vorliegenden Landesrechnungshofbericht auch hat, inhaltlich – das steht auch so drinnen, keine Frage –, er sollte seinen Hut ergreifen, er hat nämlich keine Handschlagqualität, möchte ich festhalten und im Hinblick auf 2003 sollte er gehen, damit ein lebensnotwendiges Projekt unterstützt und durchgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren in der SPÖ, mit Ihrer jahrelangen taktischen Blockadepolitik, es ist heute schon gesagt worden, hat sich die gesamte steirische SPÖ mit ihrem Vorgesetzten Dr. Schachner-Blazizek endgültig ins kulturpolitische Abseits gestellt, dahin gehend ist nichts mehr hinzuzufügen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.17 Uhr.)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Walter Kröpfel. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfel (17.18 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin schon etwas überrascht, wenn ich diese Wortmeldungen bisher verfolgt habe. Vom Herrn Klubobmann Lopatka höre ich, wie die SPÖ die ganze Zeit auf der Bremse gestanden ist. Wenn man sich das ein bisschen aus der Geschichte wieder ins Gedächtnis ruft, dann hat doch die Geschichte des Trigon-Hauses bereits

1984 begonnen. Und so weit ich mich erinnere, hatte doch die ÖVP bis 1991 in diesem Lande eine absolute Mehrheit und da frage ich mich wirklich, wenn dieses Projekt Trigon-Haus im Pfauengarten so ein gutes Projekt ist, von dem Sie heute noch schwärmen, warum haben Sie es in Ihrer Zeit, als Sie die Möglichkeit dazu hatten, nicht umgesetzt? (Beifall bei der SPÖ.)

Mir kommt vor, verehrte Damen und Herren von der Seite der ÖVP, dass Sie recht froh waren, als auch von unserer Seite kritische Anmerkungen zu diesem Projekt gekommen sind, denn schließlich und endlich hat der Trigon-Gedanke auch einen kleinen Schaden erlitten dadurch, dass Ex-Jugoslawien nicht mehr bestanden hat und ein völlig neues Konzept hätte erarbeitet werden müssen. Außerdem muss man noch festhalten, dass der Ausstieg einstimmig erfolgte, und nicht nur mit den Stimmen der SPÖ. (Abg. Gennaro: „Das haben sie vergessen!“) Und wenn ich da hier auch noch höre, dass das Haus im Schloßberg so kritisiert wird, bitte, bei der Platzsuche hat doch der ÖVP-Stadtrat Strobl mitgewirkt und heute tun Sie so, als ob das Projekt von Landeshauptmann Schachner alleine gewesen wäre. Betreiben Sie doch keine Kindesweglegung, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Bleiben Sie bei den Fakten und tun Sie heute nicht so, als ob die Kulturpolitik von Landeshauptmann Peter Schachner eine schlechte Politik gewesen wäre. (Abg. Dr. Lopatka: „Eine teure war es aber!“) Sie sind wahrscheinlich zu wenig in der Steiermark herumgekommen, um bei den kleinen Kulturinitiativen nachzufragen, wie die in der Zeit von Dr. Schachner aufgelebt sind und wie dort plötzlich finanzielle Mittel geflossen sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn Sie sich da hierher stellen und sagen, Peter Schachner ist schuld daran, dass das Projekt im Schlossberg nicht zustande gekommen ist, da muss ich wirklich die Seite der FPÖ in diesem Fall fragen, denn der Ex-Landesrat und Ex-Bundesminister Schmid war doch ein Befürworter dieses Projektes, er ist voll und ganz hinter dieser Sache gestanden und was war mit der Stadtpartei FPÖ? Die hat dagegen gearbeitet. Deswegen kam es zu dieser Volksbefragung. Die Kosten für die Volksbefragung möchten Sie vielleicht auch noch dem Dr. Peter Schachner in die Schuhe schieben. Also da, meine Damen und Herren, muss man sich wirklich einmal fragen, wo bleibt eine reale Sicht zu diesen Dingen? (Beifall bei der SPÖ.)

Aber nun, meine Damen und Herren, darf ich auch zu dem Kunsthausprojekt kommen und zu unserer Haltung dazu.

Damit das Kunsthaus tatsächlich realisiert werden kann, meine Damen und Herren, ist es einmal wirklich notwendig, dass ein Finanzierungskonzept vorgelegt wird und Ausgang für dieses Konzept kann nur ein Vertrag, ein 15 a-Vertrag, zwischen Bund und Land sein, wo die Finanzierungsschlüssel genauestens aufgeteilt sind.

Kulturreferent Peter Schachner hat schon lange die Bedeutung eines Kunsthauses für Graz erkannt. (Abg. Dr. Lopatka: „Kollege!“) Ja, hören Sie genau zu.

Während seiner Amtszeit als Kulturreferent hat er dafür gesorgt – dazu gibt es einen einstimmigen Regierungsbeschluss vom 21. Dezember 1999 –, dass die Mittel des Landes für das Kunsthaus bereit stehen. Unklarheit gibt es über die Bundesmittel. Im Wahlkampf hat Frau Landeshauptmann Klasnic immer wieder versichert, dass es mit dem Bund keine Probleme gibt. Sie hat immer wieder behauptet, dass sie eine Zusage über die 200 Millionen Bundesmittel vom Bundeskanzler Schüssel in der Hand hätte. Gesehen hat diese Zusicherung bis heute noch niemand.

Im Gegenzug dazu betont Bundesminister Grasser immer wieder, dass von Bundesseite keine Finanzmittel für dieses Projekt fließen werden. Ein wörtliches Zitat vom 3. März 2000 aus „Täglich Alles“. (Abg. Dr. Lopatka: „Genierst du dich gar nicht?“) Wie Sie dieses Blatt bewerten, ist Ihre Sache. Das Zitat stammt trotzdem von Bundesminister Grasser und er sagt dort (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr seid weit gekommen!“), und hören Sie gut zu, was er sagt, damit Sie es nicht vergessen, weil Sie werden es wahrscheinlich noch brauchen, wenn die Mittel nicht kommen. Er sagt dort: „Wenn Stadt und Land es haben wollen – (Abg. Dr. Lopatka: „Da müsstet ihr die ‚NZ‘ zitieren, und nicht ‚Täglich Alles‘. Zitiert die ‚Neue Zeit‘!“ – Glockenzeichen des Präsidenten: „Am Wort ist der Abgeordnete Kröpf!“)

Herr Klubobmann, ich weiß, dass Sie das nicht sehr gerne hören, was der Herr Bundesminister Grasser gesagt hat. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Zeitung gibt es eh nicht mehr!“) Es ist egal, ob es die Zeitung gibt oder nicht, aber auf alle Fälle hat es der Herr Bundesminister Grasser gesagt und wörtlich gesagt. (Abg. Dr. Lopatka: „Die Zeitung gibts nicht mehr!“) Hören Sie zu, damit Sie das wissen.

„Wenn Stadt und Land das haben wollen, dann sollen sie es auch bezahlen!“ Na bitte, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Lopatka: „Das sagt ‚Täglich Alles‘!“) Nein, das sagt Bundesminister Grasser, passen Sie auf.

Es gibt also vom Finanzminister kein Geld für steirische Kulturprojekte – und jetzt darf ich noch ein Schmankerl am Rande bemerken –, aber auf Einladung von Landeshauptmann Haider reist der Herr Bundesminister Grasser nach Klagenfurt und sagt dem Herrn Landeshauptmann dort 600 Millionen Schilling für Projekte zu. Und unter diesen Projekten befinden sich auch Kulturprojekte. Nur für die Steiermark hat der Herr Bundesminister kein Geld übrig. Also mir kommt wirklich vor, die Werbung stimmt, Kärnten ist anders als die Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns stellt sich jetzt natürlich schon die Frage, wo die angeblich guten Kontakte der Frau Landeshauptmann Klasnic zu der von ihr gewollten Bundesregierung bleiben. Entweder ist die Verbindung derzeit unterbrochen nach Wien oder es gibt das gute Einvernehmen überhaupt nicht. (Abg. Dr. Lopatka: „Ja sicher!“)

Landeshauptmann Klasnic hat mit dem Kunsthaus – und damit die ÖVP – ein Riesenproblem. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr habt ein Problem mit dem Gusenbauer!“)

Auf der einen Seite die angebliche Finanzierungszusage von Bundeskanzler Schüssel und auf der anderen Seite die Aussage des Finanzministers Grasser, der keine Gelder für das Kunsthaus in der Steiermark zur Verfügung stellt. (Abg. Wiedner: „Wo ist das von Vranitzky zugesagte Geld?“)

In dem Dilemma befindet sich jetzt die ÖVP in der Steiermark. Und im krampfhaften Suchen nach Finanzmitteln ist die ÖVP auf die glorreiche Idee gekommen, Wohnbaumittel in der Höhe des Bundesanteiles – das sind immerhin 200 Millionen Schilling – den Häusbauern wegzunehmen, um damit das Kunsthaus zu finanzieren. (Abg. Dr. Lopatka: „Eure Propaganda!“) Für diese Vorgangsweise ist die SPÖ, meine Damen und Herren, nicht zu haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Wohnbaumittel dürfen nicht angegriffen werden. Niemand kann nämlich verstehen, dass sein Antrag auf Fördermittel für die Wohnhaussanierung abgelehnt – und derzeit, das wissen Sie auch, sind mehr als 700 dieser Anträge zurückgestellt – und gleichzeitig aber 200 Millionen für das Kunsthaus bereitgestellt werden. Mit dieser von der ÖVP geplanten Maßnahme kann kein positives Image für das Kunsthaus aufgebaut werden. (Landesrat Schützenhöfer: „Das ist purer Stumpfsinn!“) Sie haben nachher die Gelegenheit, das anders darzustellen. (Abg. Dr. Lopatka: „Steht das in ‚Täglich Alles‘ drinnen?“) Wo ich das her habe, das wissen Sie auch, nämlich von den Sitzungen, die Sie abhalten und wo Sie dann in der Presse auch zitiert werden.

Es wird also auch dem Kunsthaus, wenn das so geschieht, niemand positiv gegenüberstehen, wenn gleichzeitig dafür Wohnbaumittel verwendet werden. (Abg. Dr. Lopatka: „Jetzt macht ihr es schon wieder mies, das Kunsthaus!“)

Wir wollen, dass dieses Kunsthaus nicht nur im Ausland – (Abg. Dr. Lopatka: „Ihr macht alles mies!“) Hören Sie zu, was wir wollen. (Abg. Dr. Lopatka: „Alles wird mies gemacht!“) Wir wollen, dass dieses Kunsthaus nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland akzeptiert wird und ein positives Image bekommt. (Abg. Dr. Lopatka: „Mit euren Reden leistet ihr keinen Beitrag dazu!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die steirische SPÖ steht zu diesem Kunsthaus. Wir wissen um die Bedeutung eines solchen Hauses für unser Land. Wir wissen auch, dass wir damit international sicherlich wieder aufholen können und wieder besser im Rampenlicht stehen. Und wir wissen auch, dass, wenn dieses Projekt realisiert wird, diese touristischen Auswirkungen haben wird, die sich positiv niederschlagen werden.

Wir sagen aber, und das wiederhole ich jetzt noch einmal, ein klares Nein zur Verwendung der Wohnbaufördermittel für die Finanzierung des Kunsthauses. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir kämpfen – zum Unterschied von anderen Parteien – für die Menschen in diesem Lande. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Der Bund soll schauen, wie er seine Finanzmittel aufbringt.

Den haben wir bei dir schon erlebt, Herr Klubobmann, den Parteitag. Deine Rede hättest du genauso dort halten können. (Abg. Dr. Lopatka: „Ein großer Erfolg für die Frau Landeshauptmann. Ich wünsche eurem nächsten Vorsitzenden auch so ein Ergebnis!“) Wunderbar, wir werden ja sehen, wenn die Finanzierung dann läuft, wie die Bevölkerung darüber urteilen wird.

Ich darf noch einmal wiederholen, nach unserer Auffassung soll der Bund schauen, dass er seine Mittel auftreibt, der Bund soll schauen wie er zur Finanzierung kommt. (Abg. Dr. Lopatka: „Wir müssen euch nicht um Erlaubnis fragen!“) Und wenn das, was du, Herr Klubobmann, hier gesagt hast, alles kein Problem ist, dass der Bund sowieso seine Mittel zur Verfügung stellt, dann wird wahrscheinlich einer 15 a-Vereinbarung auch nichts mehr im Wege stehen.

Warum die grüne Fraktion diesem Antrag zustimmt, ist mir nicht ganz klar, aber das wird an der grünen Fraktion liegen das zu erklären und auch der Bevölkerung klar zu machen. (Landesrat Dr. Flecker: „Wenn die Grünen überzeugt wurden, dann kann das nicht stimmen!“)

Abschließend noch ein paar Bemerkungen zu dem Antrag der Freiheitlichen Partei. Wir können dort nicht mitgehen, weil wir, zum Unterschied von anderen Fraktionen, ja für das Kunsthaus sind.

Wenn Sie diese Projekte anschneiden, die in Graz um- und ausgebaut werden sollen, dann darf ich nur sagen, dass eben ein irrsinniger Nachholbedarf da war und dass Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner einen Anfang gemacht hat. (Abg. List: „Ein schlechtes Wahlergebnis hat er gemacht!“) Er hat zum Beispiel im Schloss Eggenberg in weiten Bereichen eine Fertigstellung erreicht um 99 Millionen Schilling, die Neue Galerie wird demnächst eröffnet – der erste Bauabschnitt um 63 Millionen Schilling, das Schloss Trautenfels fertig gestellt – 7,5 Millionen Schilling. Ich könnte Ihnen von der Liste noch einige Dinge vorzeigen, damit Sie wissen, was neben den guten Ausstellungen, die Peter Schachner initiiert hat, auch in anderen Bereichen noch geschehen ist.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich noch einmal an die ÖVP appellieren, keine Wohnbaumittel für die Finanzierung dieses Kunsthauses heranzuziehen.

Die SPÖ stellt einen Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend die Finanzierung des Kunsthauses Graz.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Das Land Steiermark bekennt sich zum Bau des Grazer Kunsthauses und wird alles in seiner Macht Stehende unternehmen, damit das Kunsthaus „Eisernes Haus“ am Südtiroler Platz rechtzeitig in Betrieb gehen kann.

Zweitens: Die Steiermärkische Landesregierung, insbesondere Frau Landeshauptmann Klasnic, wird aufgefordert, umgehend eine staatsrechtliche Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG mit dem Bund abzuschließen, mit dem der Bund rechtlich verbindlich die Übernahme eines Drittels der Kosten für die Finanzierung des Projektes „Graz 2003 – Kulturstadt Europas“, dessen integrierter Bestandteil das Grazer Kunsthaus ist, anerkennt.

Drittens: Für den Fall, dass eine Vorfinanzierung für die rechtzeitige Inbetriebnahme des Kunsthauses unabdingbar ist, sind diese Mittel durch den Verkauf von vorhandenen Darlehen im Tourismus- und Wirtschaftsförderungsbereich flüssig zu stellen.

Ich ersuche um eine punktuelle Abstimmung und um die Annahme unseres Antrages. (Beifall bei der SPÖ. – 17.32 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bleckmann (17.32 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Landesräte, Frau Landeshauptmann!

Irgendeiner meiner Vorredner hat gesagt, setzen wir nicht den Ruf aufs Spiel. Er hat zwar gemeint den Ruf der Stadt Graz, aber ich würde einmal sagen, setzen wir nicht den Ruf der Politik aufs Spiel, denn das, was in Sachen Kunsthaus passiert ist, grenzt schon an Lächerlichkeit und wir machen uns mit dem, auch wie heute die Debatte hier war, schon lächerlich. Mit gegenseitigen Vorwürfen und gegenseitigen Vorhaltungen, was einmal war. Und ich verstehe die SPÖ hier wirklich nicht, dass man einerseits großartig sagt, wir bekennen uns zum Kunsthaus, aber natürlich wollen wir ein Kunsthaus, aber wenn man probiert Geld dafür aufzutreiben, dann heißt es, nein, Geld darf man dafür keines auftreiben und schon gar nicht vom Bund, weil das wollen wir nicht. (Abg. Gennaro: „Das stimmt doch nicht!“)

Ja, wenn man sich hier bemüht Gelder zu besorgen, dann heißt es, wir glauben nicht, dass das Geld überhaupt kommt und schaut dann auch noch neidvoll nach Kärnten, wo halt ein freiheitlicher Landeshauptmann gute Beziehungen zu einem freiheitlichen Finanzminister hat und Gelder holt. (Beifall bei der FPÖ.) Da ist halt ein richtiger Landeshauptmann und ich hoffe, dass wir bei uns auch einen richtigen Landeshauptmann haben. (Abg. Gennaro: „Dann stimmt zu!“)

Ich werde bei eurem ersten Punkt zustimmen und ich werde dem schwarzen Antrag zustimmen, dass wir für 2003 etwas machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und genau, dass ich diesen beiden Punkten zustimme, zeigt, wie lächerlich das eigentlich ist, weil ihr bringt die gleichen Punkte ein, aber stimmt euch gegenseitig nicht zu, wo ihr eigentlich ja scheinbar das Gleiche wollt, denn ihr wollt ja das Kunsthaus haben. (Abg. Mag. Erlitz: „Aber nicht um diesen Preis!“) Aber nicht um diesen Preis, um welchen Preis? (Abg. Stöhrmann: „Wohnbaugelder nicht zweckentfremden!“)

Wer sagt denn, die Wohnbaumittel werden zweckentfremdet, wenn hier Gelder seitens des Bundes zur Verfügung gestellt werden und Herr Grasser – das ist mir auch wichtig, das zu sagen – hat gesagt, das stand nicht in „Täglich Alles“, aber in einem Telefonat hat er mir gesagt, wenn Schüssel dieses Geld selbst von irgendwo her bekommt aus seinem eigenen Bereichen, aus den Umschichtungsbereichen heraus, dann ist das für ihn kein Problem. Scheinbar gibt es ja hier über den Flughafen diese Möglichkeit. Da darf ich doch nicht Augen und Ohren verschließen und sagen, dass das nicht möglich und nicht machbar ist. (Abg. Mag. Erlitz: „Nur scheinbar, nur scheinbar!“) Wenn es diese Möglichkeit gibt, nehmen wir sie doch in Anspruch und sind wir doch froh, dass uns der Bund Geld gibt und sagen wir nicht, ich will das nicht, ich mag das nicht, ich kann das nicht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Frau Abgeordnete, wer spielt denn jetzt Pingpong?“) Ich spiele nicht Pingpong, ich zeige hier auf, was in dieser Diskussion passiert und ich komme auch zur ÖVP, um Pingpong zu machen, weil ich hier nicht so ganz verstehe, dass man andererseits einem Finanzierungs- und Betriebskonzept nicht zustimmen will. Also ich hoffe, dass ihr diesem Punkt der Freiheitlichen sehr wohl zustimmen werdet, dass es zu einem Finanzierungs- und Betriebskonzept kommen wird, denn das bitte muss ja wohl vorhanden sein, wenn ein Kunsthaus gebaut werden soll, denn man muss doch nachher wissen, wie schaut die Finanzierung aus, wie schaut der laufende Betrieb aus, wie wird mit diesen 80 Millionen, wie wir gehört haben, dass der laufende Betrieb kosten wird, umgegangen, wer wird sie zahlen, wer wird sie finanzieren und wer soll überhaupt das Ganze betreiben? Ich glaube, es war auch lange genug Zeit für Landesrat Hirschmann sich da jetzt einzuarbeiten und eben sein Konzept, das er ja in der Fragestunde schon angekündigt hat mit einer großen Holding, langsam einmal umzusetzen, also nicht umzusetzen, sondern einmal zu Papier zu bringen, sage ich einmal, um hier ein ganzes Konzept zu haben, wie dann auch der Betrieb der gesamten Kulturgeschichte in der Steiermark gemacht werden sollte, denn das kann ja nicht das Kunsthaus alleine sein, sondern es muss mit allen Bereichen gemeinsam sein. (Abg. Gross: „Wer dann die Abgangsdeckungen übernimmt!“) Eben, das würde mich eben auch interessieren. (Abg. Mag. Erlitz: „Sprichst du als künftige Bürgermeisterin oder als Abgeordnete?“) Nein, die Frau Bürgermeister steht nicht hier, liebe Kollegen, bitte 2003 ist noch lange und ihr braucht keine Angst haben, ich bleibe hier gerne sitzen, das ist ein schöner Platz, ihr braucht keine Angst davor haben, dass ich nach Graz gehe, mir gefällt es da sehr gut und mir sind hier viele Dinge sehr wichtig, eben genau das anzuschauen, wie es eben mit dieser Diskussion auch weitergeht. (Abg. Gennaro: „Aber du wirst es nicht durchstehen!“)

Ja, ich habe mir das auch lange überlegt, dass es dann mit dieser Wortmeldung sofort heißt, nur bitte, es geht jetzt auch als Grazer Abgeordnete, lieber Kollege Gennaro, auch du als Grazer Abgeordneter solltest ein Anliegen haben mit der Kulturhauptstadt 2003 und mit Graz, dass hier einiges passiert und dass hier einiges gemacht wird und deshalb sage ich als Magda Bleckmann, als Grazer Abgeordnete, ein Ja zum Kunsthaus, wenn es 2003 fertig gestellt wird, dass also das Ende des Baues 2003 sein soll. Dann gibt es von meiner Seite auch ein Ja dazu, weil ich glaube, dass es wirklich wichtig und notwendig ist für die Kulturhauptstadt 2003.

Sind wir uns einig bei diesem Punkt? Na, wunderbar, scheinbar schon, weil du als Grazer Abgeordneter solltest das schon, denn für uns muss es ja auch wichtig sein, dass das Eiserne Haus saniert wird, dass es dort einen Parkplatz gibt, dass all diese Bereiche gemacht werden, die ja für die Stadt Graz wichtig und notwendig sind.

Als zweiter Punkt ist für mich auch wichtig, dass es hier auch zu einer Deckelung der Kosten kommt, denn es wurde mit 600 Millionen ausgeschrieben und es darf dann diese ganze Angelegenheit nicht auf einmal mehr kosten. Da würde ich mir auch wünschen, dass es hier eine Stellungnahme des Kulturreferenten dazu gibt, dass es wirklich bei den 600 Millionen bleiben wird und ich wünsche mir sehr wohl auch dieses Finanzierungs- und Betriebskonzept. Denn bitte, ohne ein solches Konzept ist es ja doch auch ein bisschen schwierig das dann weiterzuführen, denn wir müssen sehr wohl heute auch schon wissen, wie es in der Zukunft weitergehen soll. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann muss ich sagen, wenn diese drei Punkte nicht erfüllt sind und vor allem nicht der erste Punkt, dass es bis 2003 fertig sein wird – und heute sitzt ja wieder der Kollege Strobl hinten, der ja auch zuständig ist für den Bau, ich werde ihn dann selbst fragen, ob er meint, dass bis 2003 der Bau auch fertig sein wird, er nickt. Fein, dann bin ich beruhigt.

2003 wird man dann auch darüber sprechen können. Denn wenn nicht, dann verstehe ich wirklich nicht diese Eile und dann verstehe ich, warum hier so rasch alles umgesetzt werden muss. Also ich hoffe, dass dieses Ja ein wirklich eindeutiges Ja war und ich mit gutem Gewissen auch ein Ja zu diesem Antrag geben kann. Denn – und das hat die SPÖ ja auch hier noch nicht gesagt – der Rundfunk- und Fernsehschilling, von dem hier der Kollege Kröpfl gesagt hat, die Mittel stehen bereit, ja da frage ich schon, wo bitte die Mittel sind. Die wurden nämlich alle ausgegeben mit den ganzen Aktionen, die gestartet wurden und den ganzen Dingen, die durchgeführt worden sind. (Abg. Dr. Lopatka: „Jawohl, weg sind sie! Leider!“)

Das Geld steht nicht mehr bereit. Das Geld ist ausgegeben worden, das muss bitte schon auch einmal dazu gesagt werden und deshalb muss, wenn es jetzt zu diesem Bau kommt, der Rundfunk- und Fernsehschilling auf Jahre hinaus schon verbraucht werden müssen und auf Jahre hinaus ist damit das Geld schon ausgegeben, weil es eben nicht, so wie es geplant war, zusammengehalten wurde und gespart wurde, sondern alles ausgegeben worden ist. Das finde ich schon ein bisschen erschütternd, sich dann jetzt hier hin zu stellen und zu sagen, das Geld und die Mittel sind bereit gestellt. Das ist bitte eine Fehlinformation! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich sage nur eines, wir sollten, wenn wir jetzt über den gesamten Bereich des Kunsthauses diskutierten, jetzt nicht mehr über die Vergangenheit sudern, wie das hier gegenseitig jetzt auch schon passiert ist. Ich gebe schon zu, auch die FPÖ hat hier ihren Anteil gehabt. Nur, ich sage, jetzt gibt es für mich einen Unterschied mit der Volksbefragung. Ich bin immer dafür, dass wir das Volk befragen, nur gibt es jetzt mit 2003 als Kulturhauptstadt andere Rahmenbedingungen und andere Prämissen, wo es eben für mich dann heißt, da sollte und muss dieser Bau fertig sein, weil das gehört zu einer Kulturhauptstadt 2003 für mich als Grazer Abgeordnete dazu. Deshalb sage ich auch, setzen wir unseren Ruf nicht aufs Spiel, indem hier herumdiskutiert wird, über die Vergangenheit gesudert wird, schauen wir in die Zukunft, dass 2003 das Kunsthaus steht. (Abg. Gennaro: „Und was willst du jetzt wirklich?“) Ich bin für das Kunsthaus 2003! (Beifall bei der FPÖ. – 17.41 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prof. Dr. Rauch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rauch (17.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, meine Damen und Herren, Hohes Haus!

Gesellschaft und Wirtschaft sind gewaltig im Umbruch. Die neuen Technologien verschieben die Zentren des wirtschaftlichen Geschehens mit großer Geschwindigkeit. Heute sind nicht mehr Bodenschätze oder klimatische Bedingungen, nicht mehr die Lage an Flussläufen oder an Verkehrsknoten für den Wohlstand einer Region verantwortlich. Über die wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität entscheiden vielmehr der Ausbildungsstand der Bevölkerung, die Infrastruktur, die Sicherheit, aber vor allem die Lebensqualität einer Region. Die Gründe, warum endlich der Mensch in den Mittelpunkt von Standortüberlegungen der Wirtschaft gerückt ist, kennen wir alle. Für High-Tech-Unternehmen ist heute die Gewinnung von geeignetem Personal das zentrale Problem. Für die zunehmend mobilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wiederum ist die Lebensqualität am Arbeitsort das wichtigste Kriterium für die Auswahl eines Arbeitsplatzes.

Hier sind wir in der Steiermark begünstigt. Klima, Landschaft, Sicherheit, Infrastruktur stimmen. Das Freizeitangebot ist exzellent. Das Ausbildungsangebot ist von höchster Qualität. Das kulturelle Programm hat internationales Niveau.

Aber wissen das die Menschen außerhalb der Steiermark auch? Hat sich das in Europa, ja selbst in Österreich herumgesprochen, wie attraktiv Graz und die Steiermark sind?

Ich glaube, nein. Die Qualitäten unseres Landes sind viel zu wenig bekannt und das liegt darin, dass uns die plakativen Attraktionen fehlen – die Symbole, die Flaggschiffe der Kunst, Kultur und Lebensqualität unseres Landes. Derartige Lokomotiven sind für das Bild einer Region entscheidend. Eine Aufteilung von Mitteln wäre aus diesem Grund kontraproduktiv. Eine weitere Verzögerung wäre eine Katastrophe.

Das ist der Grund, meine Damen und Herren, warum 2003 für Stadt und Land so wichtig ist. Eine solche Chance, sich selbst darzustellen, bekommt eine Region vielleicht ein- oder zweimal in einem Jahrhundert.

Meine Damen und Herren, 2003 hat schon begonnen. Schon jetzt wird international über Graz berichtet und schon jetzt steht das Kunsthaus im Mittelpunkt der Diskussion. Hier hat sich die Entwicklung längst verselbstständigt. Ob wir es wollen oder nicht, ja selbst wenn das Kunsthaus nicht gebaut würde, was Gott sei Dank heute abgewendet wird, das Kunsthaus wird das Symbol für das Jahr 2003 sein und damit für Graz und die Steiermark der Stempel, den wir für die nächsten Jahre und Jahrzehnte tragen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, die Realisierung des Kunsthauses wird darüber entscheiden, ob Graz und die Steiermark international mit dem Etikett innovativ, tatkräftig, zukunftsorientiert oder mit dem Stempel zögernd, provinziell, verkrustet ins dritte Jahrtausend starten wird. Es geht längst nicht mehr nur um jene Mitbürgerinnen und Mitbürger, die das Kunsthaus selbst besuchen und nutzen wollen. Es geht um die vielen Menschen, die wegen des innovativen Rufes der Stadt zu uns kommen werden, um die Betriebe, die sich hier ansiedeln, weil die Steiermark und Graz für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter attraktiv sind. Es geht um die Tagungen, die zu uns kommen, weil wir mehr zu bieten haben als schöne Parks und gute Luft. Wir stehen als Region in einem immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb. Und dieser Wettbewerb wird auch dadurch entschieden, wie wir uns nach außen darstellen, wie wir wahrgenommen werden, woran die Welt denkt, wenn sie Graz oder Steiermark hört.

Wählen wir als Symbol für Graz und die Steiermark am Beginn des dritten Jahrtausends eine transparente, heitere, poetische Wolke unseres Kunsthauses. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.46 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (17.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Aus der Sicht der Grünen möchte ich jetzt noch zwei Aspekte aufzeigen. Das eine, worum es uns in Sachen Kunsthaus hier geht. (Abg. Stöhrmann: „Wenn es in Zukunft keine Wohnbauförderung gibt, Herr Kollege, sind Sie auch mit verantwortlich!“)

Sie kriegen schon die Antwort, keine Sorge.

Das Zweite: Eine kleine Anmerkung zum Thema Kunst in der Politik werde ich mir nicht verkneifen können anlässlich der bisher gelaufenen Debatte.

Jetzt zum Ersten, und das ist auch schon eine Antwort, Herr Kollege Kröpfl beziehungsweise Stöhrmann, warum wir so gehandelt haben, wie wir gehandelt haben. Die Frau Kollegin Zitz hat es schon angezogen. Machen Sie einmal alle – auch durchaus die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP sind hier herzlich eingeladen – ein Gedankenexperiment. Wenn wir heute auch uns zurückgelehnt und gesagt hätten, nein, das und das sind alles so notwendige und plausible Bedingungen, wäre es dann auch so laut und heftig geworden hier im Saal? Was hätten wir denn für eine Stimmung? Wie würden wir ausschauen? Erstens.

Zweitens, wir – und das ist der Grund unseres Verhaltens – gehen davon aus, dass jetzt nicht mehr Jahre, nicht einmal mehr Monate, ich bin mir nicht einmal mehr über die Wochen sicher, zählen, sondern jetzt zählen Tage.

Finanzierungskonzepte hat es übrigens in dem Haus und in der Regierung schon mehrere gegeben. Auch der Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner hat so ein Finanzierungskonzept vor geraumer Zeit vorgelegt. Ich habe den Artikel da aus der „Kleinen Zeitung“. Ich kann ihn Ihnen gerne zitieren. Damals waren halt, wie so oft in dieser Kunsthausdebatte, einfach vertauschte Rollen. Man hat ihm von Seiten der ÖVP vorgeworfen, es sei unseriös.

Ich will dem aber nicht mehr hinzufügen. Ich will nur sagen, dass das jetzt eigentlich gar nicht zur Debatte steht. Worum es hier geht ist das, dass sofort und innerhalb von Tagen grünes Licht gegeben wird für das Projekt, wo angeblich – die Betonung liegt auf angeblich, nach dem, was ich mir heute wieder anhören habe können – ohnehin alle immer dafür waren.

Was die Gründe für ein Kunsthaus sind, brauche ich mich daher auch nicht länger verbreiten. Einiges ist ja schon hier gesagt worden und in der Vergangenheit reichlich. Ich möchte nur aus unserer Sicht, aus der grünen Sicht, daher etwas ergänzen. Vergessen wir nicht, dass das Kunsthaus nicht nur – obwohl es das sein wird – ein quasi touristisches Projekt ist, keine Frage. Man kann das gar nicht hoch genug einschätzen, da bin ich mir ganz sicher. Ein Frank O. Gehry in Bilbao, was der hingestellt hat, war, wie wir alle wissen, ein absoluter Renner. Ich bin bin der bescheidenen Meinung, dass der Peter Cook in Graz etwas hinstellen wird, was noch ein größeres Echo haben wird. Aus dem einfachen Grund, dass der gute Frank O. Gehry viele Kunsthäuser oder mehrere gebaut hat, der Peter Cook baut das erste Mal und ist trotzdem eine weltweit bekannte Legende.

Das ist nur ein Grund von vielen. Übrigens sind wir daher auch der bescheidenen Meinung, dass die Wirtschaftsförderung des Landes aufgerufen ist bei der Finanzierung des Kunsthauses mitzudenken. Wir haben auch nicht vergessen, dass der Herr Landesrat Paierl im Jahr 1999 einmal bei einer denkwürdigen Veranstaltung im ORF unten erklärt hat, dass er eine Zukunftsmilliarde aus dem ESTAG-Aktienverkauf auch gerne zur Finanzierung dieses Projektes heranziehen wird.

Aber das ist, wie gesagt, nicht Gegenstand der heutigen Debatte. Es gilt jetzt nur mehr festzumachen, dass da nicht mehr debattiert wird, auch nicht über die Finanzierung, sondern dass gebaut wird. Alles andere ist lächerlich. (Beifall bei den Grünen und der ÖVP.)

Es geht aus unserer Sicht darum, um es kurz zusammenzufassen, ich zitiere – es stammt nicht von mir, nicht, dass Sie glauben, der Hagenauer redet da so gescheit daher – das ist ein Zitat von Frido Hütter – es geht einmal endlich darum zu zeigen, was in Graz gemacht werden kann, sondern es geht aus unserer Sicht sehr wohl darum zu zeigen, was aus Graz gemacht werden kann. Wir spielen beim Kunsthaus in dieser Liga nach unserer bescheidenen Meinung.

Und jetzt die Ergänzungen weiter. Zum Tourismus habe ich schon gesagt, das wird spektakulär werden, keine Frage. Aber natürlich muss man sich bewusst sein, dass hier auch ein Versprechen abgegeben wird mit diesem Kunsthaus, weltweit abgegeben wird und man wird das natürlich auch erfüllen müssen. Ich hoffe sehr, dass sich alle Beteiligten darüber im Klaren sind, dass man hier einen Anspruch setzt, den man auch kulturpolitisch einlösen muss, also im und um das Kunsthaus muss sich dann etwas abspielen, das müssen keine Milliardenprojekte sein, aber es muss Niveau haben.

Das Zweite, die Architektur. Keine Frage, das Signal, keine Debatte. Aber auch hier ein Versprechen, wo ich so manches Mal den Eindruck habe, die Steiermark war schon besser unterwegs, wenn ich das so locker formulieren darf. Die Steiermark war einmal in Österreich und weit über Österreich hinaus bekannt dafür, was hier in Sachen Architektur gelaufen ist, wie Sie alle wissen. Das waren Verdienste, nicht zuletzt nenne ich da stellvertretend den Herrmann Schaller, den Dieter Dreiholz. Das Schicksal dieser Verdienste kennen wir und auf diejenigen, die hier fleißig gegraben haben daran, dass dieses Niveau gesunken ist, komme ich noch.

Damit komme ich auch jetzt zum nächsten Punkt, nämlich zur Frage der Kunst in der Politik. Ich habe schon gesagt, ich hätte mir ein bisschen eine gemäßigtere Debatte erwartet von der Tonlage her, nicht zuletzt durchaus auch von Seiten der ÖVP, wenn man sich bewusst ist, dass hier zwar die Hauptverantwortung, das ist schon klar gestellt worden, zweifellos beim Herrn Landeshauptfraustellvertreter festzumachen ist, aber auch das ist schon gesagt worden, eine Reihe von Beschlüssen sind einstimmig in diesem Land beziehungsweise in der Landesregierung gefasst worden. Vom Aus für den Pfauengarten über diverse Finanzierungen beim Schlossberg et cetera, et cetera. Oder denken Sie nur an diesen legendären Beschluss der Landesregierung, wo es geheißen hat, man setze keine weiteren Schritte mehr in Sachen Kunsthaus. Ich halte es der ÖVP zugute, nicht zuletzt hier und heute, dass sie sich trotzdem aufgegriffen hat und die Sache durchzieht, keine Frage. Aber diverse Schwächeanfälle hat es da gegeben, ich will das gar nicht aufwärmen, ich sage das auch nur an der Stelle, weil mich die Tonlage hier und heute ein bisschen überrascht hat.

Damit komme ich abschließend, wenn ich von der Kunst in der Politik spreche, zum politischen Gesamtkunstwerk schlechthin in diesem Land, nämlich die Freiheitliche Partei. Frau Kollegin Bleckmann, zu meinem Erstaunen erklären Sie hier und heute, dass Sie eigentlich ja eh dafür sind und überhaupt. (Abg. Mag. Dr. Bleckmann: „Das ist meine persönliche Position!“) Das ist Ihre Position, das meine ich ja mit einem politischen Gesamtkunstwerk. Jetzt ist es erst ein paar Tage her, dass Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl auch so eine Bedingung gestellt hat. (Abg. Dietrich: „Das ist freie Meinungsäußerung, Kollege Hagenauer!“) Das ist nicht die freie Meinungsäußerung, das ist die freiheitliche Meinungsäußerung und das nehmen Sie bitte schön nicht als Kompliment. (Beifall bei den Grünen. – Abg. Wiedner: „Von Ihnen erwarten wir uns keine Komplimente!“)

Ich hätte schon erwartet, dass Sie ein bisschen einen Anstand haben und ein bisschen wenigstens, so drei, vier Wochen vergehen lassen, bevor Sie wieder das Gegenteil von dem behaupten, was Sie gerade vorhin behauptet haben. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Über Anstand brauchen wir uns von euch nichts sagen lassen!“)

Aber zum Glück gibt es seit der letzten Landtagswahl die Mehrheitsverhältnisse, wie sie nun einmal sind und zum Glück, denke ich, haben wir heute diesen Beschluss zustande gebracht. Ich sage es Ihnen auch ganz offen, wir Grüne stehen nicht an zu sagen, obwohl wir für unsere sprichwörtliche Bescheidenheit bekannt sind und nicht zuletzt bin ich das, es gibt nur wenige Augenblicke in meinem schon jahrzehntelangen politischen Leben, wo ich derartig stolz war (Abg. Gennaro: „Auf wen?“), mich politisch betätigt zu haben, als ich es jetzt hier und in diesem Augenblick bin. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der ÖVP. – 17.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Er ist am Wort.

Abg. Lafer (17.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, Hohes Haus!

Ein Wort nur an die Grünen. Wenn Sie hier bezweifeln, was die Meinung der Freiheitlichen Partei ist, dann möchte ich feststellen, dass Ihnen der Bezug für die Wirklichkeit ein wenig fehlt. Magda Bleckmann kann man gratulieren. Sie vertritt ihre Meinung hier als Grazer Abgeordnete und das ist auch richtig so. Wir sind ja hier nicht in ein Korsett gezwängt, wo eine persönliche Meinung nicht erlaubt ist und als Grazerin hat sie genau die

richtige Argumentation vertreten. Denn wenn ich ein Grazer wäre und für das Anliegen einer Gemeinde oder einer Stadt wie Graz argumentieren müsste, dann würde ich gleich agieren. Sie hat die positiven Dinge für ein Kunsthaus aufgezählt und es muss zulässig sein, dass es in einer Partei auch andere Dinge gibt.

Wir Freiheitlichen sind grundsätzlich gegen das Kunsthaus, weil wir nicht glauben, dass das Kunsthaus in Graz in der geplanten Form überhaupt umzusetzen ist. (Abg. Tasch: „Herr Klubobmann, glauben kannst du in der Kirche!“) Ich bin zwar nicht so ein Kirchengänger wie du, aber dafür glaube ich mehr als du. Wenn man hier die Kritik gehört hat auch von der ÖVP an die SPÖ bezüglich des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schachner, dann muss man auch Kritik an die ÖVP weitergeben. Diese Geschichte mit dem Grazer Kunsthaus zieht sich ja schon über Jahre hinweg, sie hat seinerzeit begonnen mit dem Trigon-Haus, wo die alleinige Verantwortung auch die ÖVP getroffen hat und es ist ihr ja seit dem Jahre 1986 nicht gelungen, für Graz ein Kunsthaus zu errichten, wo es zum damaligen Zeitpunkt, wenn man die finanzielle Situation betrachtet, noch unter wesentlich besseren und günstigeren Umständen möglich gewesen wäre. Die Nachfolgejahre, in denen Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner hier als Kulturreferent für die Steiermark zuständig war, haben ja das Gleiche gezeigt. Auch hier war der politische Wille, sich für ein Kunsthaus in Graz einzusetzen und es auch umzusetzen, nicht vorhanden. Und sich hier und heute gegenseitige Schuldzuweisungen zu geben, das finde ich eigentlich ein bisschen komisch. Aber gut, das mag die Kunst der Politik sein oder überhaupt das Schöne an der Politik, wenn man das so bezeichnen kann. Jetzt, fünf nach zwölf, nein zehn nach zwölf, kommt man darauf, dass man für Graz, welches im Jahre 2003 ja Kulturhauptstadt Europas wird, ein Kulturhaus benötigt. Das kommt mir so vor, als ob man zwar den Willen gehabt hat, ein Kunsthaus zu planen beziehungsweise zu bauen, jedoch keinen Gedanken an die Umsetzung und Finanzierung verwendet hat. Es scheint daher, dass schlussendlich irgendwann und nicht zum Termin 2003, wo Graz die Fertigstellung dieses Baus benötigen würde, das Kunsthaus entsteht. Für diese Situation hat sich die Politik aber nicht stark gemacht. Das ist auch der Grund, warum sich unser Landeshauptmannstellvertreter Schögggl dafür einsetzt, dass man auch jene Projekte in Graz in die Überlegungen mit einbezieht, die historisch und aus kultureller Sicht für diese Stadt besonders wichtig sind. Und gerade bei diesen Projekten ist auch Handlungsbedarf, sie zu renovieren und zu sanieren, damit Graz im Jahre 2003 wirklich als Kulturhauptstadt etwas herzuzeigen hat. Diese Projekte könnten auch bis zum Jahr 2003 fertig gestellt werden.

Ich möchte da noch einmal zurückkommen auf die Kosten dieses Kunsthauses, vor allem aber auch auf die Finanzierung über den Fernseh- und Rundfunkschilling. Und hier muss man ausschließlich die SPÖ kritisieren. Am 31. Dezember 1995 waren noch 236.000.197 Schilling da. Von diesem Zeitpunkt an erfolgte aber ein stetiger Abbau. Mit 31. Dezember 1998 waren es nur mehr 14 Millionen Schilling, mit 31. Dezember 1999 nur mehr 4 Millionen Schilling und zurzeit sind überhaupt keine Rücklagen mehr vorhanden.

Es sind daher für Baumaßnahmen, so auch für ein Kunsthaus in Graz, keine wesentlichen Rücklagebestände mehr gegeben beziehungsweise aus dem Fernseh- und Rundfunkschilling refundierbar. Das ist die Tragik daran, wie man in den letzten fünf Jahren unter der Kulturpolitik der SPÖ mit diesem Geld umgegangen ist. Wenn dieses Geld sinnvoll für das Grazer Kunsthaus eingesetzt worden wäre, dann würden wir heute hier nicht vor dem Dilemma stehen, nicht zu wissen woher wir das Geld nehmen. Das ist die Tragik überhaupt bei dem Ganzen.

Meine Kollegin Magda Bleckmann hat ja schon angeführt, dass hier ein Finanzierungs- und Betriebskonzept fehlt. Wer wird für die laufenden Kosten eines Kunsthauses, die mit einer Höhe von ungefähr 80 Millionen Schilling zu beziffern sind, aufkommen? Haben Sie sich darüber schon einmal Gedanken gemacht? Die Stadt Graz sagt zwar ja zum Kunsthaus, aber die laufenden Kosten soll das Land übernehmen. Ich bin davon überzeugt, dass es das nicht spielen kann.

Außerdem ist anzumerken, dass laut Landesrechnungshofbericht vom 14. März 2000 für die Planung des Trigon-Hauses und auch des Kunsthauses am Schlossberg schon 39,7 Millionen Schilling aufgewendet worden sind. Beim Kunsthaus Eisernes Haus wird hier schon die doppelte Höhe erreicht als mit den beiden vorangegangenen Projekten.

Der dritte Grund, wieso die Freiheitlichen das Kunsthaus ablehnen, ist einerseits, dass das Kunsthaus vorbudgetiert ungefähr an die 600 Millionen Schilling kosten soll, wobei noch die Frage offen ist, inwieweit die 132 Millionen Schilling für den Grundstückskauf eingerechnet worden sind und zum anderen nach Aussagen von Experten das Kunsthaus vor dem Jahre 2005 nicht fertig sein wird.

Hier stellt sich schon berechtigterweise die Frage, brauche ich ein Kunsthaus für 2003, wenn ich es nicht habe und es erst im Jahr 2005 fertig wird? Weil dann hätte ich auch Zeit, in Bezug auf Planung, Ausschreibung und auch der Sicherung der Budgetierung jene Maßnahmen zu treffen, die entscheidend sind, damit auch ein wirklich schönes und vernünftiges Kunsthaus in Graz entsteht.

Die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung – das ist der nächste Punkt –, wo es zwar eine Zusage von Herrn Bundeskanzler Schüssel gibt, jedoch bis heute ein schriftliches Stück über eine Zusage nicht vorliegt. Es gibt zwar Verhandlungen, die sicherstellen sollten, dass über den Verkauf der Flughafenanteile das Land Geld flüssig machen kann, jedoch von einer sicheren Zusicherung kann man weit und breit nicht sprechen.

Deshalb, sehr geehrte Damen und Herren, werden wir oder ein Teil der FPÖ uns zu diesem Zeitpunkt sicher gegen das Kunsthaus aussprechen. Ein Kunsthaus, das aus heutiger Sicht keine Zukunft hat, ein Kunsthaus, das bis zum Jahr 2003 für die Kulturhauptstadt Graz überhaupt nicht fertig sein kann und ein Kunsthaus, dessen Finanzierung nicht sichergestellt ist. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 18.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (18.05 Uhr): Hoher Landtag, Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzter Herr Kollege!

Ich möchte mich hier mit meiner kritischen Position zum Projekt Kunsthaus im Zusammenhang mit dem Projekt Kulturhauptstadt 2003 nicht verschweigen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen das ja trennen. Hier das Projekt Kulturhauptstadt 2003, das ja zustande gekommen ist ohne das Kunsthaus. Das Kunsthaus war ja keine Bedingung für diese Kulturhauptstadt 2003.

Ich und meine Fraktion sind also der Meinung, dass es wichtiger wäre, die Juwelen, die wir hier in Graz haben, zu heben, zu sanieren, zu beleben, in den Vordergrund zu rücken und zu vernetzen, und zwar mit den Projekten, die die Stadt zu bieten hat. Man könnte das, und das würde dem Kollegen Paierl sehr gefallen, so quasi als Kulturcluster bezeichnen oder Artcluster Graz. Gemeinsam mit einem vernünftigen und weit greifenden umfassenden Vermarktungskonzept könnte das eine große Chance sein. Ich denke da zum Beispiel an die Sanierung und Belebung der Aula der alten Universität, bisher faktisch verstellt mit Regalen aus dem Landesarchiv. Dort könnte ein Veranstaltungszentrum für 800 Personen entstehen. Beim Joanneum werden die Fenster schön langsam morsch, dort muss dringend etwas getan werden. Beim Volkskundemuseum, das mir sehr am Herzen liegt, auch als Referent für die Volkskultur, ist überhaupt keine Rede hinsichtlich Sanierung, Belebung der Ausstellung, Modernisierung und Zugänglichmachung.

Die zitierte Studie, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht von vielen Unwägbarkeiten aus. Ich würde sie so umschreiben mit dem Begriff, was Genaueres weiß man nicht. So steht es also drinnen, die Annahmen sind sehr optimistisch. Die Finanzierung ist unserer Meinung nach noch nicht völlig geklärt, auch wenn es Zusagen gibt. Es liegt, wie gesagt, noch nichts Schriftliches vor. Ein Betriebskonzept liegt nicht vor. Aus der Studie, auch wenn sie von Unwägbarkeiten ausgeht, geht eindeutig hervor, dass die Stadt Graz der Hauptnutznießer natürlicherweise dieses Projektes ist. Etwa zwei Drittel der Wertschöpfung finden in Graz statt. Ich bin der Meinung, dass dann bei den Betriebskosten die Stadt Graz auch zwei Drittel übernehmen sollte. Aber diese Fragen sind zu klären, sie sind noch nicht behandelt.

Wenn man in die Vergangenheit schaut – seit 1986 beschäftigt sich die Stadt Graz unter den verschiedensten Kulturreferenten mit diesem Projekt –, so ist das sicherlich kein Ruhmesblatt. Man könnte also sagen, vor allem was die Rolle und den Umgang mit den Finanzen des Kollegen Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner betrifft, könnte man Karl Kraus zitieren, der einmal gesagt hat: „Wenn die kulturpolitische Sonne niedrig steht, dann werfen auch kleinere Menschen lange Schatten!“ Das ist so, meine Damen und Herren.

Aber das ist vorbei. Kollege Hammerl hat gesagt: „Wir setzen uns dem Pranger der Lächerlichkeit in Europa aus, der Ruf als Kulturhauptstadt 2003 sei gefährdet!“ Er wäre tatsächlich gefährdet, wenn wir dann 2003 den Leuten, die hier die kulturellen Aktivitäten sehen möchten, eine Baustelle zeigen müssten.

Ich bin dafür, dass man die Planung fortführt. Ich bin dafür, dass man sofort mit dem Bau der Tiefgarage beginnt – ein wichtiges Infrastrukturprojekt für Graz. Ich bin dafür, dass das Eiserne Haus – ein Schandfleck für Graz – sofort saniert wird. Ich bin dafür, dass der Bauplatz für das Kunsthaus reserviert bleibt für ein architektonisches Zeichen für die Zukunft. Aber man muss die beiden Projekte trennen. Und das ist der Grund, warum wir so skeptisch sind. Es sind noch viel zu viele Unwägbarkeiten, viel zu viele Unklarheiten in diesem Projekt enthalten, als dass wir heute ungeteilt dafür sein könnten.

Wir sind dafür, dass jene Projekte, die es in Graz gibt, belebt, vernetzt und vermarktet werden, dann ist es die Kulturhauptstadt Graz. Und die ganze Stadt ist ein einziges Kunsthaus. Und das wird den GrazerInnen und den SteirerInnen besonders gut gefallen und wird angenommen werden. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.09 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (18.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der ÖVP muss ihre verhaute oder verbockte Rechnungshofpräsidenten-, -direktorendebatte noch stark in den Knochen liegen, dass sie heute mit so einer Gehässigkeit diese Kulturdebatte führt, die einen Kulturreferenten, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer Weise heruntermacht, der sehr wohl in der Hochkultur wie auch in der Volkskultur die Kulturpolitik dieses Land endlich wieder einmal belebt hat, meine Damen und Herren (Beifall bei der SPÖ.) und auch für viele Steirerinnen und Steirer diese Kulturpolitik wieder mehr zugänglich gemacht hat als das jemals zuvor der Fall war, meine Damen und Herren.

Die 100 Millionen sind nicht nur dahin gelaufen, wo wir hunderte Millionen wieder Abgang zahlten, sondern er hat die Kulturpolitik geöffnet, dass jeder die Möglichkeit hatte, auch wenn er nicht das Geld hatte, dorthin zu gehen, Kulturpolitik in der Steiermark zu erleben. (Beifall bei der SPÖ.) Das war österreichweit, meine Damen und Herren, beispielgebend! Ich sage noch etwas dazu, mit Recht zitiert die ÖVP immer wieder, wenn ihr nichts mehr einfällt, Prof. Koren, jawohl, Prof. Koren war ein ganz großer Kulturpapst. (Abg. Dr. Lopatka: „Aber kein Sozialdemokrat!“) Prof. Koren war auch der letzte Kulturpapst in der ÖVP, meine Damen und Herren, den einzigen, den ihr noch zitieren könnt, ansonsten haben die Kulturreferenten der ÖVP vor Schachner dieses Ressort nur verwaltet und dieses verstaubte Ressort wurde wieder lebendig gemacht, meine Damen und Herren, durch diesen Kulturreferenten. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage Ihnen noch etwas zu dem Kunsthause, egal welche Partei sich da zu Wort meldet, wir werden alle in der Öffentlichkeit dort kein großes Lob mehr ernten. Das wissen wir, weil es hier vieles gibt, wo man sagen könnte, da hätten wir die Dinge insgesamt anders, besser machen können. Aber sich an einer Person abzuputzen ist unzulässig, meine Damen und Herren. Die SPÖ sagt Ja zum Kunsthause, das ist richtig, aber, meine Damen und Herren, was da dazu gehört ist schon, dass politische Versprechen eingefordert werden und ich erinnere daran, dass die Frau Landeshauptmann landauf landab von Interview zu Interview geeilt ist und erklärt hat, Herr Bundeskanzler Schüssel wird die 200 Millionen Schilling für das Kunsthause zur Verfügung stellen. Frau Landeshauptmann, zeigen Sie uns das, wo das drinnen steht. Ich weiß nicht einmal, ob Sie das haben, ansonsten hätten Sie das längst der Öffentlichkeit gezeigt. (Abg. Dr. Lopatka: „Aufpassen was du sagst!“) Ich sage noch etwas dazu, Herr Stadtrat Strobl sitzt da hinten (Abg. Dr. Lopatka: „Hast du das auch schon bemerkt?“) und verlangt und die Stadt Graz, alle Parteien, verlangen vom Land eine Ausfallhaftung, wenn der Bund seine 200 Millionen als Drittelbeteiligter nicht bezahlt. Ich verstehe nicht, warum der Stadt Graz das Wort des Bundeskanzlers und das Wort der Frau Landeshauptmann nicht ausreichen, wenn sie beide erklären, der Bund wird diese 200 Millionen bezahlen, meine Damen und Herren. Anscheinend nicht und Sie wissen, dass die ÖVP und die Frau Landeshauptmann zwar eine Wahl gewonnen haben, aber das nicht immer für dieses Land ein Glück ist.

Ich führe einige Beispiele an: Die Salzburger haben sich von der Bundesregierung bereits die 200, 250 Millionen Schilling vom Bund geholt und gesichert. Der Landeshauptmann von Kärnten ist in einer anderen Angelegenheit, nämlich Infrastrukturmittel, nach Wien gefahren oder bestellt sich sogar seine Regierungsmitglieder nach Kärnten und hat durchgesetzt, dass sofort 1,5 Milliarden Schilling in das südlichste Bundesland fließen. Wir haben ein Problem, die Frau Landeshauptmann schreibt Briefe, sie führt Klausuren durch, Gipfel durch, nur es gibt ein Problem, sie kommt immer ohne tatsächliche Zusagen und Geld zurück, meine Damen und Herren. (Abg. Straßberger: „Das ist tief, das ist tief!“) Jetzt verstehe ich auch, warum die Stadt Graz nicht vertraut darauf, was der Herr Bundeskanzler und die Frau Landeshauptmann ihr zusichern, meine Damen und Herren. Und ich sage noch etwas dazu. Es ist für uns absolut unzulässig, dass wir aus den Wohnbaumitteln, wo im letzten Wohnbauförderungsbeirat über 700 Anträge von Sanierungen zurückgestellt wurden, weil es geheißen hat, es gibt kein Geld – ich weiß, dass die Rechtsabteilung 14 mit Anträgen weggeschickt wird und ich weiß aber auch, dass es jetzt in der letzten Regierungssitzung am Montag eine wesentliche Verschlechterung für die Wohnbauwerber gegeben hat – und trotzdem geht man her und sagt man, 200 Millionen Schilling geben wir jetzt für das Kunsthause aus, meine Damen und Herren. (Abg. Majcen: „Geh, das glaubst du ja selber nicht!“) Und am wenigsten verstehe ich, dass die Grünen einer solchen Vorgangsweise, die die kleinen Häuslbauer und diejenigen, die 10.000, 15.000 und 20.000 Schilling verdienen, schlechter stellt, zustimmen, meine Damen und Herren. Da tun wir nicht mit. Wir sagen, machen wir einen Darlehensverkauf, soll der Bund seine Immobilien veräußern, da sind wir überall damit einverstanden, aber es ist unmöglich auf diese Weise über Wohnbauförderungsmittele das zu finanzieren. Und ich sage noch etwas auch dazu, wenn das so ist, dass der Bund bezahlt und wenn das so ist, dass man sich auf das Wort des Herrn Bundeskanzlers verlassen kann – in der Steiermark war das zwar noch nie der Fall, dass er für die Steiermark etwas übrig gehabt hat –, aber wenn das wirklich künftig so sein soll, dass wir diese 200 Millionen vom Bund bekommen, dann frage ich mich, meine Damen und Herren, warum hat man nicht seit September, Oktober vorigen Jahres diesen Vertrag mit dem Bund gemacht und hat gesagt, jawohl, der sichert uns diese 200 Millionen zu. Mir ist es völlig egal, ob er 2001, 2002 oder 2003 zahlt, aber man hat diesen Vertrag nicht gemacht, weil es im Bund keine Zustimmung gibt und weil der Finanzminister gesagt hat, nicht nur in Printmedien, dass er für das Kunsthause in der Steiermark keinen Schilling locker machen wird. Wir haben diese Unterstützung nicht und wir würden in vielen Bereichen, meine Damen und Herren, nicht nur beim Kunsthause einen Schulterschluss aller Parteien brauchen, dass wir uns endlich in Wien durchsetzen. Es scheint so, dass die Mehrheit in diesem Lande – das ist die Österreichische Volkspartei –, das ist in der Vergangenheit mehrfach bewiesen worden, kein Gehör in Wien hat. Beim Kunsthause wird es gleich sein und jetzt versucht man, über Wohnbauförderungsmittele dieses Nichtdurchsetzungsvermögen mit Mitteln aus dem Wohnbau wettzumachen und dafür sind wir wirklich, meine Damen und Herren, nicht zu haben. (Beifall bei der SPÖ. – 18.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dr. Hirschmann (18.18 Uhr): Verehrter Herr Präsident, liebe Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zum Beginn den Herrn Finanzminister abwandelnd zitieren, meine verehrten Damen und Herren, ein schöner Tag endet mit einem Beschluss für ein Kunsthause. (Abg. Wiedner: „Das hat er nicht gesagt!“) Ich habe gesagt, abwandelnd zitieren, du musst genauer aufpassen und dass ich deinen Finanzminister lobe, wird dich ja nicht ganz von den Socken schmeißen oder ist es schon so weit bei euch, dass ihr gegenüber dem Finanzminister auch Probleme habt?

Meine verehrten Damen und Herren, ich möchte mich bei allen Damen und Herren sehr herzlich bedanken, die heute für dieses Kunsthause hier gesprochen haben. Ich beziehe, Sigi Schrittwieser, deine Fraktion gerne mit ein, ich habe das auch so verstanden und lieber Leo Schöggel, ich habe dich auch so verstanden, dass du eigentlich auch für das Kunsthause bist, die Frau Abgeordnete Bleckmann hat es dezidiert sogar so gesagt. Dass meine Fraktion hier geschlossen hinter dieser Vorstellung steht, dafür bin ich sehr dankbar, besonders danken möchte ich aber der grünen Fraktionen an diesem Tag und es ist für uns ein historischer Tag, meine Damen und Herren.

Ich denke, das, was über die Geschichte, die Genesis dieses Kunsthauses heute hier gesagt wurde stimmt. Da wurden viele Fakten angesprochen mit sehr unterschiedlichen Akzenten. Für mich ist dieses Kapitel mit dem heutigen Tag – und für uns alle, hoffe ich – beendet, meine Damen und Herren. Nämlich in einem guten Sinne, *alea iacta est*, die Würfel sind gefallen, meine verehrten Damen und Herren, und ich freue mich (Präsidentin Dr. Rieder: „Sunt!“), *na eben alea iacta est*, das ist eben – wenn du aufgepasst hättest, Susi, beim Lateinunterricht, Xandl Steiner wird dir das gerne einmal erklären, eine besondere Form des Latein – aber um das geht es nicht, meine verehrte Damen und Herren – es geht darum, glaube ich, dass wir in Summe heute eine Zustimmung hier vermerken durften zu einem, wie die Frau Kollegin Zitz das gesagt hat, Projekt, wo wir die letzte Chance in die Hand nehmen müssen und wo es von Debatten Gott sei Dank Abschied zu nehmen gilt und zu Taten zu schreiten ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte nicht noch einmal über die Zielsetzungen reden. Ich möchte nicht über die ökonomischen Effekte, die von Reinhold Lopatka und vielen anderen angesprochen wurden, reden. Aber bitte, schauen wir uns um. Wir sind doch alle der Meinung, dass Graz und die Steiermark in diesem neuen Europa des 21. Jahrhunderts eine wichtige Rolle spielen sollen, in einem Raum mit unseren Nachbarländern. Und weil heute der Trigon-Gedanke richtigerweise angesprochen wurde, meine verehrten Damen und Herren, jetzt ist auch hier Zeit zu handeln mit unseren Freunden in Slowenien, in Kroatien, in Oberitalien, in Ungarn. Das ist unsere Heimat, meine verehrten Damen und Herren, und hier gilt es Gemeinsamkeiten zu entwickeln in diesem Raum drinnen.

Meine verehrten Damen und Herren, warum sage ich das mit diesem Kunsthaus? Weil sich der Kreis von Hanns Koren zu diesem Beschluss, den wir heute hier fassen werden, in einer dankenswerten Weise schließt, meine verehrten Damen und Herren.

Ich möchte gar nichts von der Debatte weiterhin aufgreifen, außer zu einer Sache muss ich aus sachlichen Gründen Stellung nehmen. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ bitten – und ich kann mir nicht vorstellen, dass der Landeshauptmannstellvertreter das so gemeint hat –, eine sachliche Richtigstellung hier zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bin gemeinsam mit dem Kollegen Schützenhöfer für den Wohnbau jetzt verantwortlich und das ist – da sind wir einer Meinung, Sigi – eine wichtige Aufgabe für unser Land. Die Wohnbaupolitik dieses Landes war immer ein zentrales Herzstück der Politik unseres Landes und sie wird es auch weiterhin bleiben. Wir werden aber einige Dinge, meine verehrten Damen und Herren, den Zeichen der Zeit dort anpassen müssen.

Wenn hier davon gesprochen wird, dass Wohnbaumittel sozusagen zweckentfremdet werden für ein fragwürdiges Projekt (Abg. Schrittwieser: „Verwendet!“) verwendet werden, dann möchte ich bitten, Sigi, den Dingen so auf den Grund zu gehen wie sie auch sind. Ich danke der Frau Landeshauptmann – und sie ist nicht, Sigi, im Wahlkampf landauf, landab gereist und hat Versprechungen gemacht, die nicht gehalten werden –, sie hat eine Zusage (Abg. Schrittwieser: „Wo ist sie?“) des Bundeskanzlers und des Finanzministers. Ich habe mit ihm vor 14 Tagen selber gesprochen. Ich habe aber Verständnis, dass der Finanzminister in einer Zeit, wo er diese Zusage gemacht hat, um gewissen anderen Anfechtungen, unter Anführungszeichen, standhalten zu können, sich auf eine Formulierung einigen wollte, mit der er und mit der alle anderen auch leben können. Und ich danke der Frau Landeshauptmann, sie hat es zustande gebracht, dass wir 250 Millionen vom Bund für das Programm bekommen und 200 Millionen für den Bau des Kunsthauses. (Beifall bei der ÖVP.)

Eine zweite wichtige Richtigstellung, liebe Barbara, damit wir die Dinge auch so sehen wie sie sind. Ich bin von Bürgermeister Stingl und vom Finanzreferenten – ich freue mich, dass der Helmut Strobl heute da ist – als die Vertreter der Stadt Graz gebeten worden, für die Beschlussfassung im Gemeinderat sozusagen einen vorsorglichen Beschluss in der Landesregierung herbeizuführen über die Sicherstellung auch der Bundesmittel. Meine verehrten Damen und Herren, ich habe dann den Vorschlag gemacht, dass wir das über einen Weg machen, der eine Sicherstellung bedeutet, wo wir aber kein Geld aus dem Wohnbau brauchen, nämlich über die Ortserneuerung. Ich möchte Ihnen Folgendes sagen, meine verehrten Damen und Herren, wir haben allein im Vorjahr mit den Stimmen der SPÖ unter dem Titel der Ortserneuerung an die 400 Millionen Schilling aus so genannten Wohnbaugeldern für Nichtwohnbau verwendet. Und weißt du, lieber Sigi, da bin ich dann wirklich sauer, wenn ich hier solche Darstellungen höre, 400 Millionen Schilling aus Wohnbaugeldern über die Ortserneuerung, mit den Stimmen der SPÖ im Vorjahr beschlossen, ausgezahlt, mit dem Wissen des Finanzreferenten. Ich sage noch einmal dazu, meine verehrten Damen und Herren, das ist auch im Paket der Wohnbaugelder drinnen. Sie wissen, dass es hier ein Umdenken gibt in ganz Österreich, dass es hier intensive Debatten gegeben hat in den letzten Monaten über die künftige Notwendigkeit an Wohnbaugeldern. Ich habe es vorher schon gesagt, wir haben es uns sehr gut überlegt in den letzten Monaten, wie wir die Wohnbaupolitik dieses Landes für die Zukunft gestalten werden und da werden wir auch alle einbinden in diesem Haus.

Aber noch einmal, bitte, ich empfinde das wirklich als ungeheuerlich, wenn hier versucht wird mit politischem Kleingeld Dinge gegeneinander auszuspielen. Ich wiederhole noch einmal, es wird Ihnen neu sein, 400 Millionen Schilling, also den doppelten Betrag dessen, was wir als Sicherstellung für einige Monate vorgehen hätten. Ich darf dir noch etwas sagen, Sigi, wir verbürgen uns hier, dass dieser Vorratsbeschluss der 200 Millionen Schilling über die Ortserneuerung in keinsten Weise realisiert werden muss, weil wir vorher das Geld – ohne eure Verträge, ohne euren Bürokratismus, ohne eure Aufhalterei – vom Bund bekommen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Lieber Leo Schöggel, und ich darf noch einmal auf etwas zurückkommen, weil ich das sehr anständig finde (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Ich bin ein anständiger Mensch!“), was du hier sagst und weil wir da im selben Boot sitzen und hoffentlich die Ruder in die gleiche Richtung in der Hand haben. Selbstverständlich gehört es zur Kulturpolitik dieses Landes, dass unsere traditionellen Bauten, dass all das, was wir im Joanneum als Erbe auch über Jahrhunderte übermittlelt haben, renoviert werden muss. Es ist richtigerweise heute auch gesagt worden, dass mein Vorgänger im Amte hier einiges an Geldern bereits zur Verfügung gestellt hat. Ich möchte das überhaupt nicht ausspielen. Leo, da sind wir vollkommen auf der selben Linie, das muss gemacht werden, das ist ein langfristiges Konzept, seinerzeit vom Kulturreferenten Kurt Jungwirth und vom Finanzreferenten Christoph Klauer erarbeitet und wie gesagt in den letzten zehn Jahren zu guten Stücken umgesetzt. Wir werden selbstverständlich schauen, dass wir in den nächsten zehn Jahren dieses Werk vollenden können. Da werden wir Schritt für Schritt setzen.

Ich habe dieser Tage, bei allen Problemen, die wir im Budget haben, für das angesprochene Joanneum geschaut, dass wir hier einen zusätzlichen Betrag in diesem Jahr noch zur Verfügung stellen können, dass die notwendigsten Umbauarbeiten dort im Hause geschehen können – Dr. Burböck sitzt da hinten.

Lieber Leo, ich möchte schon abschließend bitten, und ich sehe das schon so, meine verehrten Damen und Herren, dass wir natürlich an einem Punkt angelangt sind, wo wir nicht mehr sagen können, tun wir noch ein bisschen warten, tun wir noch diese Prüfung vornehmen, tun wir noch jenes. Ich verkenne nicht, meine verehrten Damen und Herren, dass all das, was angesprochen wurde, auch von der Frau Kollegin Bleckmann, was das Konzept anbelangt, was die künftige Finanzierung des Betriebes anlangt, dass das durchaus Probleme machen wird, wie uns jeder Budgetposten Probleme macht. Wir werden das aber schaffen. Und ich darf nur einen Hinweis geben. Natürlich die Ausstellungen, die mein Vorgänger in den letzten Jahren gemacht hat – und ich beurteile das nicht, weil ich immer gesagt habe, das war seine Linie und ich respektiere sie –, wir haben für die Ausstellungen in den letzten Jahren mindestens per anno einen dreistelligen Millionenbetrag ausgegeben. Das, meine verehrten Damen und Herren, wird in Hinkunft, wenn wir das Kunsthause haben, nicht mehr notwendig sein, weil wir ein Kunsthause haben und die Mittel, die dafür in den letzten Jahren verwendet wurden, in den Betrieb dieses Kunsthause geben können.

Lassen Sie mich, meine verehrten Damen und Herren, deswegen noch einmal eine Einladung aussprechen. Ich weiß, wie das ist und ich war lange genug mit großer Freude Klubobmann der steirischen Volkspartei. Ich weiß, man hat sich dann irgendwo festgefahren und sagt, wir beschließen das und die beschließen das und die Dritten beschließen jenes. Ich nehme aber als Positives mit von diesem Tag, dass erfreulicherweise in der FPÖ und ebenso erfreulicherweise auch in der SPÖ doch sehr viele auch in diesem Haus sitzen, die hinter diesem Kunsthause stehen werden, meine verehrten Damen und Herren. Und das ist mir wichtig, denn, meine lieben Damen und Herren im Hohen Haus, ich möchte etwas wiederholen, was ich beim letzten Mal zu diesem Thema hier gesagt habe.

Wir leben heute in der reichsten aller Gesellschaften. Es hat nie eine Gesellschaft auf diesem Boden, in dieser Stadt gegeben, die so reich war wie die heutige. Und es wäre ein verdammt erbärmliches Zeichen, meine verehrten Damen und Herren, wenn wir nicht zu einer Zeichensetzung, auch im immateriellen Sinne, in einer nachhaltigen Art und Weise kommen würden. In diesem Sinne, meine verehrten Damen und Herren, darf ich mich nochmals bei der Fraktion der Grünen sehr herzlich bedanken. Schwarzgrün ist die Farbe des Kernöls (Abg. Gennaro: „Kernöl verträgt nicht jeder!“), meine verehrten Damen und Herren, das scheint mir eine gute Basis für dieses nachhaltige Projekt für ein Jahrhundert und wenn ein blaues Dach hinzukommt, lieber Leo, würde mich das freuen, für Graz und für die Steiermark. (Beifall bei der ÖVP. – 18.32 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt somit nicht mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 118/1, Tagesordnungspunkt 24, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Sicherstellung eines Kunsthause mit internationalem Format in Graz ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Ich komme damit zum nächsten Entschließungsantrag der SPÖ. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt eins des Entschließungsantrages der SPÖ, betreffend die Finanzierung des Kunsthause Graz ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen damit zum Punkt zwei des Entschließungsantrages der SPÖ, betreffend die Finanzierung des Kunsthause Graz. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt drei des Entschließungsantrages der SPÖ, betreffend die Finanzierung des Kunsthause Graz, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Auch dieser Punkt drei hat nicht die erforderliche Zustimmung bekommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend ein Gesamtkonzept „Graz – Kulturstadt 2003“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 18.34 Uhr.)

